

# VERFASSUNGS SCHUTZ BERICHT 1995



Bayerisches  
Staatsministerium  
des Innern

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München  
RB Nr. 03 / 96 / 04

Druck: Color-Offset GmbH, Geretsrieder Straße 10, 81379 München

**Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier**

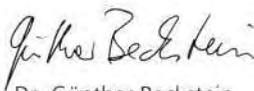
Seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland bedrohen Extremisten unterschiedlichster Art mit wechselnder Intensität Freiheit, Demokratie und Innere Sicherheit. Die Sicherheitsbehörden müssen sich laufend an die Veränderung der Sicherheitslage anpassen. Dies gilt auch und gerade für den Verfassungsschutz. Der hier vorgelegte Verfassungsschutzbericht für 1995 ist der 20. Jahresbericht Bayerns. Ein Vergleich mit den 19 Vorgängerberichten zeigt, daß das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz den jeweiligen Herausforderungen durch die aktuelle Sicherheitslage voll entspricht. Standen in den früheren Berichten die Aktivitäten linksextremistischer Terroristen im Zentrum, waren es in den letzten Jahren insbesondere die Gewalttaten von Rechtsextremisten. Inzwischen hat sich die Tendenz zur Ausübung politisch motivierter Gewalt abermals verlagert. Während die Gewalttaten im Rechts- und im Linksextremismus rückläufig sind, ist die Zahl der Gewalttaten durch extremistische Ausländer im Steigen begriffen. Verantwortlich hierfür ist in erster Linie die linksterroristische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Interessant ist ein Vergleich der Verfassungsschutzberichte der Jahre 1976 und 1995 auch in einer anderen Hinsicht:

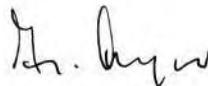
Seinerzeit lag die Bedrohung der freiheitlichen Demokratie im orthodoxen Kommunismus, propagiert und repräsentiert durch die DKP, ihre Nebenorganisationen und die von ihr beeinflussten Organisationen. Die Vereinigung Deutschlands führte zur absoluten Bedeutungslosigkeit der DKP, und eine kurze Zeit schien es so, als hätten nun alle Menschen in Deutschland begriffen, daß der Kommunismus nicht zur Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme taugt. Deswegen ist es sowohl überraschend als auch erschütternd, wenn wir nun wieder feststellen müssen, daß der orthodoxe Kommunismus, jetzt in Form der PDS, trotz 40 Jahren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Unterdrückung von 16 Millionen Deutschen wieder hoffähig zu werden scheint. Ein Schwerpunkt in diesem Bericht ist deshalb die Darstellung der extremistischen Ziele der PDS.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat auch im vergangenen Jahr durch seine Aufklärungstätigkeit dazu beigetragen, unsere Demokratie zu sichern. Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamts für Verfassungsschutz für ihre engagierte Arbeit.

München, im März 1996



Dr. Günther Beckstein  
Staatsminister



Hermann Regensburger  
Staatssekretär

## Verfassungsschutz in Bayern

Einführung .....	9
1. Gesetzliche Grundlagen .....	10
2. Aufgaben des Verfassungsschutzes .....	10
3. Informationsbeschaffung .....	11
4. Kontrolle .....	12
5. Verfassungsschutz durch Aufklärung .....	13

### 1. Abschnitt

## Rechtsextremismus

1. Allgemeines .....	15
1.1 Merkmale des Rechtsextremismus .....	15
1.2 Entwicklung .....	16
2. Die Republikaner (REP) .....	19
2.1 Ideologisch-politischer Standort .....	19
2.2 Organisation .....	22
2.3 Verwaltungsgerichtsverfahren .....	23
2.4 Aktivitäten und interne Machtkämpfe .....	24
3. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) .....	27
3.1 Ideologisch-politischer Standort .....	27
3.2 Organisation .....	29
3.3 Aktivitäten .....	30
3.4 Interne Auseinandersetzungen .....	32
3.5 Junge Nationaldemokraten (JN) .....	33
4. Deutsche Volksunion (DVU) .....	34
4.1 Ideologisch-politischer Standort .....	34
4.2 Organisation .....	37
4.3 Bündnispolitik .....	38
4.4 Teilnahme an Wahlen .....	39
4.5 Sonstige Aktivitäten .....	39
5. Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) .....	40
5.1 Ideologisch-politischer Standort .....	40
5.2 Organisation .....	41
5.3 Bündnisbemühungen .....	41
6. Neonazismus .....	42
6.1 Allgemeines .....	42
6.2 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) .....	44
6.3 Deutsche Nationalisten (DN) .....	45

6.4	Neonazistisches Potential bei Skinheads .....	45
6.5	Rechtsextremistisch motivierte Straftaten .....	48
6.6	Strafverfahren .....	49
7.	Sonstige rechtsextremistische Organisationen .....	50
7.1	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) .....	50
7.2	Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. ....	51
8.	Revisionismus-Kampagne .....	51
8.1	Ziele und Methoden .....	51
8.2	Entwicklung .....	52
8.3	Träger der Revisionismus-Kampagne .....	53
9.	Organisationsunabhängige Publizistik .....	55
9.1	Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) .....	55
9.2	Nation Europa Verlag GmbH .....	56
10.	Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus .....	57
10.1	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) .....	57
10.2	Verlag Samisdat Publishers Ltd. ....	58
11.	Nutzung der Informationstechnik durch Rechtsextremisten .....	59
11.1	Mailboxen .....	60
11.2	Nationale Info-Telefone .....	61
11.3	Mobilfunk-Anlagen .....	62
12.	Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse .....	63

## 2. Abschnitt

### Linksextremismus

1.	Allgemeines .....	65
1.1	Merkmale des Linksextremismus .....	65
1.2	Entwicklung in Bayern .....	66
2.	Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten .....	68
2.1	Überblick .....	68
2.2	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) .....	68
2.2.1	Ideologische Ausrichtung .....	68
2.2.2	Organisation .....	76
2.2.2.1	Bundesweite Gliederung .....	76
2.2.2.2	Landesverband Bayern .....	77
2.2.3	Plattformen und Arbeitsgemeinschaften .....	80
2.2.3.1	Kommunistische Plattform (KPF) .....	80

2.2.3.2	Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS .....	82
2.2.3.3	Marxistisches Forum .....	85
2.2.3.4	Libertäres Forum bei der PDS .....	86
2.2.4	Teilnahme an Wahlen .....	87
2.2.5	Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Linksextremisten .....	88
2.2.5.1	Kommunistischer Internationalismus .....	88
2.2.5.2	Inländische Zusammenarbeit .....	90
2.3	Deutsche Kommunistische Partei (DKP) .....	91
2.3.1	Ideologisch-politischer Standort .....	91
2.3.2	Organisation .....	94
2.3.3	Teilnahme an Wahlen .....	94
2.4	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) ...	95
2.5	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) .....	96
3.	Autonome .....	97
3.1	Überblick .....	97
3.2	Ideologische Ausrichtung .....	98
3.3	Aktionsthemen .....	99
3.4	Autonome Strukturen .....	100
3.5	Autonome Publikationen .....	101
3.6	Aktivitäten autonomer Gruppen in Bayern .....	103
3.7	Entwicklungstendenzen .....	107
4.	Bündnisse gegen Rassismus .....	108
5.	Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse .....	109

### 3. Abschnitt

## Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1.	Allgemeines .....	112
2.	Kurdische Gruppen .....	115
2.1	Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) .....	115
2.2	KOMKAR - Verband der Vereine aus Kurdistan e.V. ....	123
3.	Türkische Gruppen .....	124
3.1	Linksextremisten .....	124
3.1.1	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) .....	124

3.1.2	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	125
3.2	Extreme Nationalisten	126
3.3	Islamische Extremisten	127
3.3.1	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)	127
3.3.2	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)	127
4.	Iranische Gruppen	128
5.	Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Pressezeugnisse	131

#### 4. Abschnitt

### Terror und sonstige politisch motivierte Gewalt

1.	Entwicklung im Bundesgebiet	135
1.1	Rechtsextremistische Gewalt	135
1.2	Linksextremistische Gewalt	139
1.3	Gewalttaten ausländischer Extremisten	140
2.	Politisch motivierte Gewalt in Bayern	143
2.1	Rechtsextremistische Gewalt	143
2.1.1	Briefbombenanschläge in München und Lübeck	144
2.1.2	Brandanschläge	145
2.1.3	Sonstige rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten	145
2.1.4	Strafverfahren	146
2.2	Linksextremistische Gewalt	147
2.2.1	Passau Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt	147
2.2.2	Sonstige Gewalttaten	148
2.3	Gewalttaten ausländischer Extremisten	149
2.3.1	Anschläge und Gewalttaten in Bayern	149
2.3.2	Spendengelderpressungen	152
2.3.3	Urteile gegen PKK-Anhänger	152
2.3.4	Exekutivmaßnahmen gegen die PKK	153
3.	Rote Armee Fraktion (RAF)	154
3.1	Überblick	154
3.2	Entwicklung der RAF	155
3.3	Verurteilung	156
4.	Antiimperialistischer Widerstand	156
4.1	Sprengstoffanschläge der AIZ	157
4.2	Reaktionen anderer Linksextremisten und Ausblick	159

5.	Revolutionäre Zellen (RZ)	160
6.	Frauengruppe Rote Zora	161
7.	Festnahme und Auslieferung des Terroristen Johannes Weinrich	161

## 5. Abschnitt

### Spionageabwehr

1.	Ausgangslage	162
2.	Die Nachrichtendienste Rußlands	162
3.	Sonstige Nachrichtendienste des ehemaligen Ostblocks	164
3.1	Polen	164
3.2	Rumänien	164
3.3	Bulgarien	165
4.	Nachrichtendienstliche Bedrohung aus dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten	165
4.1	Allgemeines	165
4.2	Iran	166
4.3	Irak	166
4.4	Libyen	167
4.5	Syrien	167
4.6	Pakistan	167
4.7	Volksrepublik China	167
5.	Nachrichtendienste der ehemaligen DDR	168
6.	Ausblick	169

## 6. Abschnitt

Organisierte Kriminalität	170
---------------------------	-----

## Anhang

Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen	174
Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)	175
Sachwortregister	183

## Verfassungsschutz in Bayern

---

### Einführung

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung eine wertgebundene, wachsame und wehrhafte Demokratie. Der Staat kann gegen Bestrebungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen, die in der Verfassung vorgesehenen Abwehrmittel einsetzen, sei es durch ein Partei- oder Vereinsverbot, sei es durch die Aberkennung demokratischer Grundrechte. Dies setzt voraus, daß er solche Bestrebungen oder Aktivitäten, die als „extremistisch“ oder als „verfassungsfeindlich“ bezeichnet werden - diese Begriffe sind gleichbedeutend -, erkennen kann. Hier setzt die Aufgabe des Verfassungsschutzes ein. Er dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Schutz des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes.

*Wehrhafte  
Demokratie*

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine Ordnung zu verstehen, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

*Freiheitliche  
demokratische  
Grundordnung*

Zu den grundlegenden Prinzipien dieser freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören mindestens:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

## 1. Gesetzliche Grundlagen

### Rechtliche Grundlagen

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich genau festgelegt. Das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz beschreibt die von Bund und Ländern auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben. Es ist zugleich Rechtsgrundlage für die Arbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz. Neben diesem Bundesgesetz bestehen in allen Ländern eigene Verfassungsschutzgesetze. In Bayern regelt das im **Anhang** abgedruckte Bayerische Verfassungsschutzgesetz die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, das seinen Sitz in München hat und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet ist. Für das Landesamt wurden im Haushaltsplan 1995 insgesamt 424 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter ausgewiesen; das Haushaltsvolumen 1995 betrug 34,4 Millionen DM.

## 2. Aufgaben des Verfassungsschutzes

### Beobachtungsauftrag

Nach dem Bayerischen Verfassungsschutzgesetz hat das Landesamt für Verfassungsschutz im wesentlichen den Auftrag,

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht (Sabotage und Spionage),
- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungsmaßnahmen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und
- (seit dem 1. August 1994) Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität

zu beobachten.

Darüber hinaus wirkt das Landesamt für Verfassungsschutz u.a. bei Sicherheitsüberprüfungen mit.

Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen Aktivitäten von extremistischen Organisationen. Dabei müssen zwangsläufig auch die handelnden Personen, die Mitglieder dieser Organisationen sind oder

die deren Aktivitäten unterstützen, erfaßt werden. Aber auch die Beobachtung von Einzelpersonen ist zulässig.

Der Verfassungsschutz beobachtet verfassungsfeindliche Bestrebungen im Inland. Er informiert die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Beobachtung, vor allem über mögliche Gefahren. Er versetzt die zuständigen staatlichen Stellen des Bundes und der Länder in die Lage, verfassungsfeindlichen Kräften rechtzeitig und angemessen zu begegnen. Die Erkenntnisse bilden die Grundlage für Exekutivmaßnahmen wie beispielsweise Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z.B. für Sammlungen, Info-Stände).

Im Gegensatz zum Verfassungsschutz beschafft der Bundesnachrichtendienst (BND) Informationen über das Ausland, die für die Bundesrepublik Deutschland außen- und sicherheitspolitisch von Interesse sind. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) nimmt Verfassungsschutzaufgaben im Bereich der Bundeswehr wahr. Einen zentralen Nachrichtendienst gibt es nicht.

*Abgrenzung zu  
BND und MAD*

### 3. Informationsbeschaffung

Zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz verpflichtet, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu speichern. Diese Nachrichten werden zum weit überwiegenden Teil aus offenen Quellen gewonnen (z.B. aus Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren und sonstigem Material extremistischer Organisationen sowie bei deren öffentlichen Veranstaltungen). Nur etwa 20 % der Informationen erhält der Verfassungsschutz durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel. Zu diesen Mitteln gehören im wesentlichen:

*Nachrichtendienstliche Mittel*

- der Einsatz von verdeckt arbeitenden V-Leuten („V“ steht für „Vertrauen“) in extremistischen Organisationen,
- das kontinuierliche Beobachten verdächtiger Personen (Observation) sowie
- verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen.

Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Öffnen von Briefen, Abhören von Telefongesprächen) sind besonders strengen rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen. Sie sind in einem ei-

### *Brief- und Telefonkontrolle*

genen Gesetz geregelt, das nach dem Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses „Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz“ (G 10) genannt wird. Ein Verfahren mit mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt sicher, daß in dieses Grundrecht nur eingegriffen wird, wenn die im Gesetz genannten besonderen Gründe vorliegen. Die gleichen Sicherungen gelten für den Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes, also für den Einsatz von Abhörgeräten oder versteckten Kameras in Wohnungen und Büros.

### *Keine polizeilichen Befugnisse*

Dem Verfassungsschutz stehen keine polizeilichen Befugnisse zu. Polizeibehörden und Verfassungsschutz sind voneinander getrennt. Deshalb dürfen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes keinerlei Zwangsmaßnahmen, wie z.B. Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw., durchführen. Verfassungsschutzbehörden dürfen auch keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden. Dies steht aber einer Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung in Form der Amtshilfe nicht entgegen.

Erscheint aufgrund der dem Verfassungsschutz vorliegenden Informationen ein sicherheitsrechtliches Eingreifen erforderlich, so wird die zuständige Sicherheitsbehörde unterrichtet. Diese entscheidet dann selbständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

## **4. Kontrolle**

### *Vielfältige Kontrollen*

Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden unterliegt einer vielfältigen Kontrolle. Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle, die durch die Berichtspflicht des verantwortlichen Ministers gegenüber dem Landtag im Rahmen von aktuellen Stunden, Anfragen von Abgeordneten, Petitionen usw. ausgeübt wird. Eine besondere Kommission des Bayerischen Landtags, die Parlamentarische Kontrollkommission, überwacht die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die G 10-Kommission überprüft die Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die Verwaltungskontrolle obliegt dem Innenminister im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht, ferner dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Diese Kontrollen werden ergänzt durch eine mögliche gerichtliche Nachprüfung belastender Einzelmaßnahmen sowie durch die Öffentlichkeit in Form von Presse, Funk und Fernsehen.

## 5. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann dauerhaft nicht ohne die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus gesichert werden. Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes gewährleistet, daß Regierung und Parlament, aber auch die Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Organisationen informiert werden.

*Aufklärungs-  
tätigkeit*

In Bayern werden die Aufgaben des „Verfassungsschutzes durch Aufklärung“ vom Innenministerium mit Unterstützung des Landesamts für Verfassungsschutz wahrgenommen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden kostenlos der Verfassungsschutzbericht sowie weitere Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt.

Vor dem Hintergrund der Zunahme überwiegend politisch motivierter Gewalttaten gegen Ausländer und ihre Unterkünfte beschlossen die Innenminister des Bundes und der Länder 1992 eine bundesweite Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit. Ziel dieser im März 1993 mit dem Logo „FAIRSTÄNDNIS - Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß“ eingeleiteten und auch im Jahr 1995

fortgeführten Kampagne ist die Aufklärung der Bevölkerung über den Extremismus und seine Gefahren, über Fremdenfeindlichkeit, über Rassismus und Antisemitismus als Elemente rechtsextremistischer Ideologie und Propaganda. Im Rah-

*Aufklärungs-  
kampagne*



UNSERE DEMOKRATIE  
SCHÜTZEN

3

KOMMUNISMUS

RECHTS  
EXTREME  
PARTEIEN

VERFASSUNGSSCHUTZ

UNSERE DEMOKRATIE  
SCHÜTZEN

4  
NEO  
NAZISMUS

Gewalt von  
LINKS

UNSERE DEMOKRATIE  
SCHÜTZEN

6  
REVISIONISMUS

Gewalt  
von Ausländern





men dieser Aufklärungskampagne wurden in Bayern im Jahr 1995 u.a. 62.000 Hefte des erstmals 1994 herausgegebenen Jugendmagazins „basta - Nein zur Gewalt“ mit 8.000 pädagogischen Handreichungen, 20.000 Poster unter dem Motto „Annäherung statt Gewalt“ und wei-

tere 9.000 Disketten des Computerspiels „Dunkle Schatten“ kostenlos abgegeben.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern stellte zur Aufklärung über extremistische Bestrebungen und über die Arbeit des Verfassungsschutzes darüber hinaus eigene Publikationen vor: Von den ersten sechs Faltschriften der neuen Serie „UNSERE DEMOKRATIE SCHÜTZEN“ mit den Titeln „Verfassungsschutz“, „Rechtsextreme Parteien“, „Kommunismus“, „Neonazismus“, „Terror und Gewalt“ sowie „Revisionismus“ wurden bereits knapp

95.000 Exemplare verteilt, von der neuen Broschürenreihe „DER VERFASSUNGSSCHUTZ INFORMIERT“ rund 16.000 Hefte zu den Themen „Kurdischer Extremismus“, „Islamischer Extremismus“ und „Revisionismus“ sowie von der Broschüre mit dem Titel „Portrait eines Nachrichtendienstes“ etwa 20.000 Exemplare. Teil der Öffentlichkeitsarbeit ist auch dieser Verfassungsschutzbericht.



## 1. Abschnitt

# Rechtsextremismus

## 1. Allgemeines

### 1.1 Merkmale des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus verfügt über kein gefestigtes theoretisches System, ganz im Gegensatz zum Linksextremismus, der mit dem Marxismus-Leninismus bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Machtblocks auf einem geschlossenen ideologischen Weltbild beruhte. Die Bestrebungen rechtsextremistischer Organisationen in Deutschland sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und - aus taktischen Gründen meist nicht offen erklärt - statt dessen eine totalitäre Regierungsform unter Einschluß des Führerprinzips anstreben, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist. Bestimmende Merkmale des organisierten Rechtsextremismus sind vor allem

*Ablehnung der Grundlagen der Demokratie*

- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des einzelnen, die eine Aushöhlung der Grundrechte bedeutet (völkischer Kollektivismus),
- ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus,
- die offene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus und anderer rassistischer Thesen, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind,
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reiches zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen.

*Kollektivismus*

*Nationalismus*

*Rassismus*

*Verharmlosung des NS-Unrechts*

Hinzu kommt die allen Extremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten in

*Verunglimpfung der Demokratie*

der Absicht, den überragenden Wert der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in den Augen der Bevölkerung zu erschüttern.

Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen Rechtsextremisten zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Mittel des Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich.

## 1.2 Entwicklung

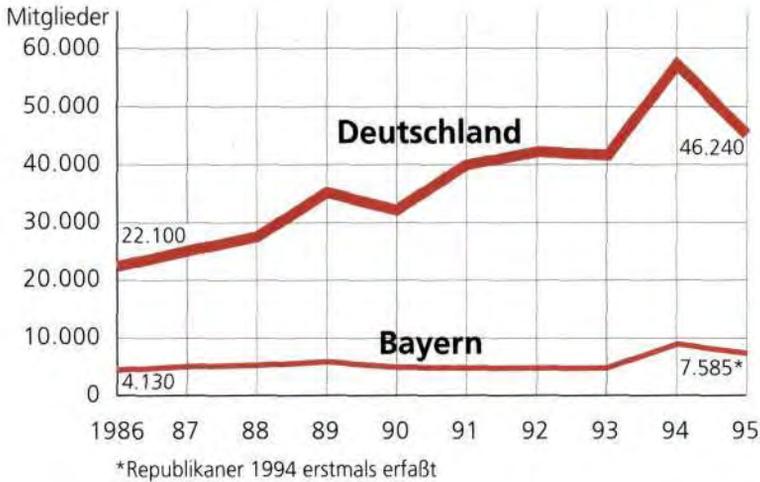
Die Entwicklung der Zahl rechtsextremistischer Organisationen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen. Bei erkannten Mehrfachmitgliedschaften wurde die Person nur bei einer Organisation mitgezählt.

Zahl und Mitgliederstärke rechtsextremistischer Organisationen

	1993	1994	1995
Anzahl der Organisationen	22	23	23
<b>Mitgliederstärken</b>			
Die Republikaner	nicht erfaßt <sup>1</sup>	5.000	4.000
NPD mit JN und NHB	860	800	790
DVU <sup>2</sup>	3.100	2.800	2.000
Neonazistische Organisationen	100	100	65
Sonstige Organisationen	440	440	360
	4.500 <sup>1</sup>	9.140	7.215
Neonazistische Einzelaktivisten	40	40	45
Rechtsextremistische Skinheads	300	330	325
Rechtsextremisten insgesamt	4.840 <sup>1</sup>	9.510	7.585

<sup>1</sup> Wegen des seinerzeit noch nicht abgeschlossenen Prüfverfahrens wurden die 6.000 Mitglieder der Partei „Die Republikaner“ 1993 nicht mitgezählt.

<sup>2</sup> Die Zahlen umfassen die Mitglieder der Partei und des gleichnamigen Vereins.



Die Mitgliederzahlen der beiden größten rechtsextremistischen Parteien sind kontinuierlich zurückgegangen. Mehr als die Hälfte des gesamten rechtsextremistischen Mitgliederpotentials stellte die Partei „Die Republikaner“ (REP). Ihr Niedergang ist jedoch unverkennbar. Erhebliche personelle Einbußen hatte auch die DVU zu verzeichnen. Wahlniederlagen von DVU, REP und NPD in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin machten deutlich, daß der organisierte Rechtsextremismus keine Chance hat, auf die politische Willensbildung der Bevölkerung Einfluß zu nehmen. Die Bemühungen um ein Bündnis des rechtsextremistischen Lagers blieben erfolglos, ebenso die vielfältigen Versuche, die öffentliche Diskussion um die Bedeutung des 50. Jahrestags der deutschen Kapitulation und der Befreiung vom Nationalsozialismus im rechtsextremistischen Sinn zu beeinflussen.

*Rückgang der Mitgliederzahlen*

Im organisierten Neonazismus sind die Mitgliederzahlen in Bayern u.a. aufgrund des Niedergangs der Gruppierung „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF) und des Verbots der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) ebenfalls zurückgegangen.

Neonazistische Bestrebungen werden zunehmend in Kleingruppen diskutiert, propagiert und in Aktionen unterschiedlicher Art umgesetzt. Vorbild sind offensichtlich die Organisationsstrukturen autonomer Linksextremisten, wobei auch im Bereich des Rechtsextremismus inzwischen von legalem und illegalem Kampf sowie der Rechtfertigung von Gewalt gesprochen wird.

Ein Beitrag der neonazistischen Publikation „Umbruch“ Nummer 7 enthielt strategische Überlegungen zur Beseitigung des „volksfeindlichen Systems“ der Bundesrepublik Deutschland. Ziel des revolutionären Widerstands sei der Angriff auf die Macht- und Entscheidungszentralen des Feindes: Die „wunden Punkte des Systems“ müssten ermittelt und „zielgerichtet attackiert“ werden. In jüngster Zeit gab es Hinweise auf umfangreiche Waffendepots in Hessen und Niedersachsen. Der Verbalradikalismus im rechtsextremistischen Spektrum reicht bis zu Mordaufrufen. Mehrere Rechtsextremisten haben durch Teilnahme am Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien Kampferfahrung gewonnen. Nach wie vor gibt es aber keine Anzeichen für die Entstehung eines Rechtsterrorismus, einer „braunen RAF“; insbesondere fehlt eine entsprechende Sympathisantenszene.

Durch grundlegende Verhaltensänderungen versuchen Neonazis, Exekutivmaßnahmen einschließlich von Organisationsverboten zu entgehen. Insbesondere sind sie mittlerweile bestrebt, äußerliche Erkennungsmerkmale (z.B. uniformähnliche Kleidung, Skinhead-Glatzen) zu vermeiden und möglichst unauffällig zu bleiben.

#### *Rückgang der Gewalttaten*

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten, insbesondere der fremdenfeindlichen Gewalttaten war weiterhin rückläufig, bewegte sich aber immer noch auf hohem Niveau. Obwohl der Rechtsextremismus für unseren Staat derzeit keine akute Bedrohung bedeutet, stellt er oftmals eine Gefahr für die Innere Sicherheit und das internationale Ansehen Deutschlands dar. Er ist unverändert Brutstätte menschenverachtender Gewalt und Nährboden für Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und nationalistische Exzesse.

#### *Stagnation der Anti-Antifa- Kampagne*

Die Anti-Antifa-Kampagne, die zur Gewalt gegen politische Gegner aufstachelt, fand in Bayern keinen nennenswerten Widerhall. Sie verstand sich ursprünglich als Reaktion auf die linksextremistische Antifaschismusbewegung und deren Gewalt gegen Rechtsextremisten. Ihr Ziel ist die Ausspähung des politischen Gegners, um selbst offensiv werden zu können und sich nicht auf die Abwehr von Angriffen beschränken zu müssen. Mittlerweile richtet sie sich auch gegen Justiz- und Sicherheitsbehörden und damit unmittelbar gegen die Funktionsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats.

#### *Bundesweites Informations- system*

Unverminderter Aufmerksamkeit bedarf der fortschreitende Aufbau eines bundesweiten Nachrichten- und Informationssystems. Rechtsextremisten nutzen Funktelefone, um Aktionen und Veranstaltungen kurzfristig zu verabreden und so einen Zugriff der Sicherheitsbehör-

den zu erschweren. Über Info-Telefone und Mailboxen bewerten sie politische Vorgänge und geben Parolen aus.

Angesichts der Verbote von Organisationen und des staatlichen Überwachungsdrucks versuchen Rechtsextremisten zunehmend, neue unorganisierte Strukturen, sogenannte „Kameradschaften“, zu bilden und moderne Kommunikationsmittel verstärkt zu nutzen. Damit wollen sie sich der Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden und auch staatlichen Verbotsmaßnahmen entziehen. Eine Ausnahme von dieser - zu erhöhter Wachsamkeit mahnenden - Entwicklung stellt die Gründung eines Skinhead-Vereins in Schwaben dar.

*Neue unorganisierte Strukturen*

## 2. Die Republikaner (REP)

### 2.1 Ideologisch-politischer Standort

Die Partei vertritt einen übersteigerten, oft aggressiven Nationalismus, verbunden mit Feindschaft gegen fremde Staaten und Minderheiten. Ihre Überbetonung des völkischen Kollektivismus deutet auf ein Staatsverständnis hin, in dessen Mittelpunkt nicht das Individuum, sondern das Volk als Gemeinschaft steht. In Verlautbarungen der REP finden sich Fremdenfeindlichkeit und rassistisches, antisemitisches Gedankengut; damit werden der Gleichheitsgrundsatz und die Unantastbarkeit der Menschenwürde in Frage gestellt. Die Diffamierung demokratischer Institutionen und Personen, die das übliche Maß der politischen Auseinandersetzung weit übersteigt, offenbart eine Ablehnung des Mehrparteienprinzips und des Grundsatzes der Chancengleichheit der Parteien.

*Übersteigertes Nationalismus*

*Fremdenfeindlichkeit*

Ein zentrales Agitationsthema der Partei ist nach wie vor die Ausländer- und Asylpolitik. Die nationalistisch und rassistisch geprägten Aussagen der REP verknüpfen in grob vereinfachender Weise Umweltfragen, Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Steuerbelastung, Wohnungsnot und andere soziale Probleme mit der Zuwanderung von Ausländern, die sie für diese Probleme allein verantwortlich machen. So polemisierte der stellvertretende Parteivorsitzende Christian Käs am 3. Okto-



ber auf einem Treffen in Stuttgart gegen die „multi-ethnischen Phantasien unserer Regierungen“ und erklärte:

*„Wir wollen nicht mehr die Opfer steigender ausländischer und antideutscher Gewalt sein, wir stehen nicht mehr zur Verfügung als Tummelplatz aller Rassen und Völker dieser Welt, und deshalb wiederholen wir den alten Ruf nach dem Ende der Massenzuwanderung so laut und so ungebrochen, daß es auch im letzten Negerkral in Afrika klar sein muß: Deutschland will sie nicht! Deutschland will sie nicht! Deutschland will sie nicht!“*

Das Programm des REP-Landesverbands Hessen wendet sich gegen die Folgen der angeblich „politisch geförderten Masseneinwanderung von Millionen von Ausländern“ und erklärt dazu:

*„Unter dem Deckmantel von Asylbegehren findet nun schon seit Jahren in Deutschland eine schleichende Inbesitznahme von Wohnungen durch Ausländer statt. Die bevorzugte Versorgung von Zuwanderern mit Wohnraum lockt aus aller Herren Länder weitere Zuwanderer an. Ohne eine rigorose Beschränkung der Zuwanderer gibt es auch kein Ende der Wohnungsnot.“*

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Otmar Wallner behauptete, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland betreibe eine „Holocaust-Fortführungskampagne“ mit dem Ziel, „unser Volk weichzuklopfen und zahlungsfähig zu halten“. Außerdem trage er dazu bei, daß „unser Volk eine willfährige Verfügungsmasse fremder Mächte bleibt“.

Antisemitismus

Des weiteren verfaßte Wallner im April ein Thesenpapier mit dem Titel „Aus dieser Quelle möge die Republikanische Jugend geistig schöpfen“. Darin knüpfte er mit der Forderung nach Wiederherstellung der „Volksgesundheit“ an das NSDAP-Programm von 1920 an. Mit der Aussage, die Nation sei „eine Gemeinschaft, in der der Starke vorangehen muß“, warb er für das mit dem Grundgesetz unvereinbare „Führer-Prinzip“. Ferner vertrat er neben neuheidnischen Vorstellungen vor allem nationalistische und rassistische, insbesondere antisemitische Positionen. Eine These lautete:

Führer-Prinzip

*„Kritik an Israel? Ja, sonst macht man sie zu Herren dieser Erde, die niemand schelten darf, dieses Privileg verträgt kein Volk. Dies gilt für Bubis, Friedmann und Elie Wiesel ebenso.“*

Wallner wurde daraufhin vom Parteipräsidium als Jugendbeauftragter der REP abberufen und Mitte Juni auf einer Bundesvorstandssitzung dazu bewogen, sein Papier zurückzuziehen. Er blieb aber stellvertretender Bundesvorsitzender.

In einer Anfang April verabschiedeten Stellungnahme zum 8. Mai relativierte das REP-Bundespräsidium die Verantwortung der Nationalsozialisten für den Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen. Es erklärte, für die REP sei der 50. Jahrestag des Kriegsendes „kein Anlaß zur Freude oder zu Feiern“. Das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft habe für die Häftlinge in den Konzentrationslagern, für die politischen Häftlinge, für die Kriegsgefangenen anderer Nationen und für die Regimegegner eine Befreiung dargestellt. Für das deutsche Volk sei es eine vernichtende Niederlage gewesen.

Vergangenheitsbewältigung



Die Vorstandschaft des Arbeitskreises Republikanische Jugend Bayern äußerte im Juli in einer Flugschrift:

*„Lassen wir uns nicht immer von einem Herrn Bubis sagen, was wir zu denken haben. Wir haben für die 12jährige Amtszeit Hitlers schon gebüßt. Es ist genug! Jedes Volk hat Licht- und Schattenseiten in seiner Geschichte.“*

Damit betreiben die REP durch Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen eine Aufwertung der NS-Zeit.

Der Landesverband Bayern behauptete, die CSU mißbrauche den „politisch ausgerichteten“ und zu einem „Etabliertenschutz“ umfunktionierten Verfassungsschutz für ihre „Machtsicherungspolitik“ und benutze ihn „als Waffe gegen die Meinungsfreiheit“. Ferner bezichtigten die REP einen Vorsitzenden der „Altparteien“ der Anbiederung an eine „rot-grüne multikulturelle Verteilungspolitik auf Kosten deutscher Interessen“. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Wallner erklärte, er verachte die „Kriechsucht“ in diesem „angeblich freien Staat“. Außerdem diffamierte er demokratische Parteien als „Handlanger der Sieger“ und behauptete, die „Gefälligkeits- und Verzichtspolitiker der Altparteien“ hätten „114.000 qkm deutschen Osten verschenkt mit der Lüge, dies wäre der Preis für die Wiedervereinigung gewesen“.

Diffamierung demokratischer Institutionen

Nach wie vor besteht in Teilen der Partei die Bereitschaft zu einer Kooperation mit anderen Rechtsextremisten, deren Ziel die Einigung

*Kontakte  
zu anderen  
Rechtsextremisten*

des „rechten Lagers“ ist. So vertrat der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen die Auffassung, die Partei mache durch ihre 1990 beschlossene Abgrenzung gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen „sich selbst und somit das gesamte demokratische rechte Spektrum handlungsunfähig“.

*Parteiaustritte  
wegen  
Extremismus*

Einige Funktionäre sind unter Hinweis auf die extremistische Zielrichtung der REP zurückgetreten oder haben die Partei verlassen. So erklärte der bayerische Landesvorsitzende der Republikanischen Jugend (RJ) Thomas Stockmaier mit Schreiben vom 7. Mai seinen Austritt aus der Partei. Zur Begründung verwies er auf die in Teilbereichen erkennbaren „Tendenzen zum Rechtsextremismus“, die u.a. in Kontakten von RJ-Mitgliedern und -Funktionären zu Rechtsextremisten, in Sympathien für führende Vertreter des Revisionismus und auch in einem vom REP-Jugendbeauftragten Otmar Wallner verbreiteten Thesenpapier deutlich geworden seien. Auch der bayerische Landesvorsitzende Alexander Hausmann kritisierte bei seinem Rücktritt am 10. November eine von Teilen des Parteivorstands mitgetragene „Fehlentwicklung“, die offensichtlich „in den Extremismus und Antisemitismus mit allen Folgen führt“.

*Schönhuber-Flügel  
geschwächt*

Die Anhänger des früheren Parteivorsitzenden Schönhuber sehen mittlerweile offenbar wenig Chancen, den künftigen Kurs der REP maßgeblich zu beeinflussen. So zog sich eine Reihe von Vertretern rechtsextremistischer Positionen aus der Partei zurück. Öffentliche Verlautbarungen mit rechtsextremistischem Inhalt haben quantitativ erheblich abgenommen. Die Partei war in den vergangenen Jahren ersichtlich bemüht, ihre programmatischen Aussagen zu entschärfen und extremistische Positionen nicht nach außen dringen zu lassen. Das Parteiprogramm wurde mehrfach geändert. Die Parteigliederungen sind gehalten, Flugblätter und Broschüren vor Veröffentlichung den Führungsgremien zur Kontrolle vorzulegen. Die vorgebliche Betonung von „nationaler“ und „konservativer“ Politik sowie der Versuch des neuen Parteivorsitzenden, Fühler in das konservative Spektrum auszustrecken, konnten den Abwärtstrend der REP gleichwohl nicht aufhalten.

## 2.2 Organisation

*Bundespartei*

Die Partei zählt bundesweit rund 16.000 (1994: 20.000) Mitglieder in 16 Landesverbänden. Die Schwerpunkte liegen in Süddeutschland und in Nordrhein-Westfalen. Bundesvorsitzender ist Dr. Rolf Schlie-

rer, der auf dem Bundesparteitag am 17./18. Dezember 1994 in Sindelfingen seinen wegen seiner Bündnispolitik mit Rechtsextremisten zunehmend umstrittenen Vorgänger Franz Schönhuber ablöste. Seine Stellvertreter sind Dr. Rudolf Krause, Ursula Winkelsett, Ingeborg Seifert, Otmar Wallner und Christian Käs.

In Bayern und einigen anderen Bundesländern besteht ein „Arbeitskreis Republikanische Jugend“. Bundesweit wird außerdem für den Ende Oktober 1993 gegründeten „Republikanischen Bund der öffentlichen Bediensteten“ (RepBB) geworben.

Der Landesverband Bayern gliedert sich in acht Bezirksverbände, die in rund 85 Kreis- und etwa 290 Ortsverbände mit insgesamt rund 4.000 (1994: 5.000) Mitgliedern unterteilt sind. Auf dem Landesparteitag am 22. Januar in Ingolstadt wurde Alexander Hausmann zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Er und seine Stellvertreter sind dem Flügel um Dr. Schlierer zuzurechnen. Hausmanns Vorgänger Wolfgang Hüttl, ein erklärter Anhänger Schönhubers, trat daraufhin mit den Mitgliedern der gesamten REP-Fraktion im Augsburger Stadtrat aus der Partei aus und gründete die Partei „Die Freiheitlichen“ (DF). Nach Hausmanns Rücktritt am 10. November übernahm dessen Stellvertreter Johann Gärtner die Leitung des Landesverbands. Weitere Aus- und Rücktritte hatten zur Folge, daß viele Orts- und Kreisverbände darniederliegen oder sich sogar auflösten. Empfindlich traf die REP auch der Austritt des ehemaligen Würzburger Oberbürgermeisters, der ihnen bis April 1995 als demokratisches „Aushängeschild“ diente.

*Landesverband  
Bayern*

Infolge zermürbender Richtungskämpfe sind im wesentlichen nur noch die Landesverbände Baden-Württemberg und Bayern einigermaßen funktionsfähig. Zudem war die Finanzsituation der Partei zeitweise höchst prekär. So war der Landesverband Bayern trotz rigoroser Sparmaßnahmen seit Ende August zahlungsunfähig und von einem zinslosen Kredit des Landesverbands Baden-Württemberg abhängig.

### 2.3 Verwaltungsgerichtsverfahren

Der REP-Landesverband Bayern stellte am 8. Juni beim Verwaltungsgericht München den Antrag, dem Freistaat Bayern im Wege der einstweiligen Anordnung zu untersagen, den Landesverband als „extremistisch“ oder „verfassungsfeindlich“ zu bezeichnen, diszipli-

*Erfolgloser Antrag  
des Landesver-  
bands Bayern*

narrechtliche Maßnahmen gegen Mitglieder der Partei, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, zu ergreifen sowie den bayerischen Verfassungsschutzbericht 1994 in der vorliegenden Form weiter zu verbreiten. Zur Begründung hieß es, dieser Bericht beschränke sich hinsichtlich der REP auf polemische Unterstellungen und unbewiesene Vorwürfe, widerspreche elementaren demokratischen Grundsätzen und sei in weiten Teilen widersprüchlich. Die fragwürdige Argumentation der bayerischen Verfassungsschutzbehörde zum Stichwort „Fremdenfeindlichkeit“ entspreche klassischen Mustern linker Verleumdungskampagnen gegen alles, was „rechts“ stehe.

Mit Beschluß vom 18. Dezember wies das Gericht den Antrag in vollem Umfang zurück. Es sei nicht erkennbar, daß die Einstufung der Partei als „extremistisch“ auf sachfremden Erwägungen beruhe und offensichtlich fehlerhaft sei. Soweit die Partei die Unterlassung dienstrechtlicher Maßnahmen gegen REP-Mitglieder verlange, sei der Antrag unzulässig, da die Partei keine Mitgliederrechte geltend machen könne. Gegen diesen Beschluß legte der Landesverband Beschwerde zum Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein.

*Franz-Schönhuber-Stiftung nicht genehmigungsfähig*

Nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster vom 8. Dezember haben die REP keinen Anspruch auf Genehmigung der parteinahen „Franz-Schönhuber-Stiftung“. Dazu erklärte das Gericht, eine solche Stiftung würde das Gemeinwohl gefährden, weil sie Rechte und Rechtsgüter beeinträchtigen würde, die unter dem Schutz der Verfassung stehen. Der sich aus dem Erscheinungsbild der Partei erschließende Stiftungszweck verstoße gegen die Menschenwürde, das Verbot der Diskriminierung wegen der Rasse und des Glaubens sowie gegen das Demokratieprinzip. Grundlage dieser Feststellung seien u.a. fremdenfeindliche Veröffentlichungen und die von den REP betriebene Diffamierung demokratischer Institutionen und Personen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

## 2.4 Aktivitäten und interne Machtkämpfe

Intrigen, Rücktritte, Machtkämpfe und interner Streit um den weiteren Kurs der REP prägten auch 1995 das Erscheinungsbild der Partei. Der neue Bundesvorsitzende Dr. Schlierer konnte bisher keinen innerparteilichen Konsens erzielen. Der bei einem Teil der Mitglieder unverändert populäre frühere Bundesvorsitzende Schönhuber betrieb eine Strategie der Konfrontation und der Eskalation interner

Auseinandersetzungen mit dem Ziel, Dr. Schlierers Position zu untergraben und ihn letztlich zu stürzen. Zusammen mit anderen Funktionären bemühte er sich um ein Bündnis mit rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen.

In einem am 21. April an die Mitglieder der REP gerichteten „Offenen Brief zum 8. Mai“ erklärte Schönhuber, er halte es für seine Pflicht, in dieser für die Partei „schicksalhaften Zeit“ seine politische Abstinenz aufzugeben und bestehende Differenzen über den künftigen Weg der REP kollegial innerhalb der Partei zu diskutieren. Die REP stünden mit dem Rücken zur Wand und müßten nunmehr deutlich machen, daß sie „trotz Kriminalisierung weiterhin in Idee und Programm das andere Deutschland, das ehrlichere Deutschland vertreten“. „Unabweichbar“ komme die Zeit der „Fundamentalisten“ als Antwort auf „hemmungslose Liberalisierungstendenzen“, die Moral und Gemeinsinn zersetzten. Damit meine er einen Fundamentalismus, der - ohne sich der Gewalt zu verschreiben - seinen demokratischen Weg durch die Parlamente gehe. Die REP sollten dabei „jene nicht an der Wegbegleitung hindern“, die gleichfalls „ausgegrenzt“ seien; „Spinner, notorische Querulanten und Provokateure ausgeschlossen“.

*Offensive  
Schönhubers*

Der Bundesvorsitzende Dr. Schlierer reagierte auf diese Kampfansage seines Vorgängers mit einer Pressemitteilung vom 2. Mai. Darin betonte er, gerade in der momentanen Situation der Partei dürfe es keinerlei Annäherung an Rechtsaußengruppierungen geben. Die REP benötigten weder einen neuen noch einen alten politischen Fundamentalismus. Die Partei werde vielmehr weiterhin *offensiv* ihre programmatischen Vorstellungen vertreten und sich gegen den Versuch wehren, einen linken Gesinnungstotalitarismus in Deutschland zu installieren. Er halte daran fest, daß jeder Versuch, zum jetzigen Zeitpunkt eine neue Richtungsdebatte in der Partei zu eröffnen, zu einer Selbstzerstörung der REP führe.

Entgegen der von Dr. Schlierer vertretenen Abgrenzungsstrategie gegenüber den übrigen Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums setzten seine innerparteilichen Gegner ihre Bemühungen zur Einigung des „rechten Lagers“ fort. So fand am 1. Juni auf Initiative des REP-Landespräsidiums Thüringen in Eisenach ein „1. Runder Tisch“ über die Zukunft der deutschen Rechten statt. Dabei erörterten Vertreter rechtsextremistischer Organisationen die Chancen einer künftigen Zusammenarbeit unter dem Schlagwort „Eisenacher Signal“.

*Fortgesetzte  
Einigungs-  
bestrebungen*

Dies veranlaßte Dr. Schlierer, in einer Pressemitteilung vom 19. Juni die Gültigkeit des seit 1990 bestehenden Abgrenzungsbeschlusses der REP gegenüber anderen rechtsextremistischen Gruppierungen zu bekräftigen. Zugleich wies er darauf hin, daß der Parteivorstand tags zuvor auf einer Sitzung in Berlin den jüngsten Initiativen in Form „Runder Tische“ zur Bildung einer rechten Sammlungsbewegung eine klare Absage erteilt habe.

#### *Halbherzige Reaktionen*

Dennoch setzten die Gegner des Parteivorsitzenden ihre vom Bundesvorstand verbal mißbilligten Gespräche mit Repräsentanten anderer rechtsextremistischer Parteien fort, ohne daß dies wirksame Sanktionen nach sich zog. Offenbar befürchtete die Parteiführung, daß an sich gebotene Ordnungsmaßnahmen bei Teilen der Basis auf Unverständnis stoßen und zu einer Spaltung der Partei führen könnten. So fand ein Antrag des bayerischen Landesvorstands, Ordnungsmaßnahmen gegen Schönhuber wegen dessen Teilnahme an einem „Runden Tisch“ am 22. September in München einzuleiten, keine Mehrheit im Bundespräsidium. Der Parteivorsitzende vertrat dazu die Auffassung, er lasse sich nicht provozieren.

#### *Rücktritt Hausmanns*

Dieses inkonsequente Lavieren veranlaßte den bayerischen Landesvorsitzenden und Angehörigen des Parteipräsidiums Alexander Hausmann, von beiden Funktionen zurückzutreten. In einem an den Parteivorsitzenden gerichteten Schreiben vom 10. November warf er der Bundesführung zögerliches Verhalten im Umgang mit Mitgliedern wie Schönhuber vor, die durch Teilnahme an „Runden Tischen“ ein parteischädigendes Verhalten an den Tag legten. Wenn die Partei jetzt nicht reagiere, werde sie ein Teil des braunen „Narrensaumes“ und auf Dauer bedeutungslos.

Hausmanns Entschluß hat die Position des Parteivorsitzenden zunächst weiter geschwächt. Dr. Schlierer ist es zudem nicht gelungen, die internen Richtungskämpfe der Öffentlichkeit vorzuenthalten, da Hausmann die Gründe seines Rücktritts auch den Medien bekanntgab.

#### *Austritt Schönhubers*

Nach einem offenbar von Dr. Schlierer initiierten Gespräch erklärte Schönhuber am 16. November seinen Austritt aus der Partei. Zuvor hatte der Landesverband Bayern ein Ausschlußverfahren betrieben. Als Austrittsgrund gab Schönhuber unüberbrückbare Differenzen zur offiziellen Parteilinie des Bundesvorstands an. Wie die zwiespältigen Reaktionen in den Landesverbänden zeigten, hat Schönhubers Schritt die konträren Positionen zum künftigen bündnispolitischen

Kurs der Partei nicht beseitigt. Während in Bayern Erleichterung herrschte, überwog in den Landesverbänden der neuen Länder - der traditionellen Hausmacht Schönhubers - die Enttäuschung. Schönhubers Anhängern fehlt aber eine organisatorische Alternative, solange ihr Idol auf ein neues parteipolitisches Engagement verzichtet.

### 3. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

#### 3.1 Ideologisch-politischer Standort

Obwohl die NPD in ihren Ende Mai 1992 unter der Bezeichnung „Nationaldemokratisches Manifest“ aktualisierten programmatischen Aussagen einen „demokratisch“ organisierten Staat fordert und dabei insbesondere die Volkssouveränität betont, lehnt sie wesentliche Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab. Trotz ihres Lippenbekenntnisses zum Grundgesetz erstrebt sie in Wirklichkeit einen Staat mit einer von völkisch-kollektivistischen Strukturen bestimmten Volksgemeinschaft. Sie knüpft damit an ein Leitbild an, das wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie war. Die Auffassungen der NPD über die Stellung des einzelnen in Staat und Gemeinschaft sind mit der Staats- und Gesellschaftsordnung des Grundgesetzes unvereinbar. Die NPD gibt dem Staat vor dem einzelnen den Vorrang. Diese Betrachtungsweise läuft dem Rang der in Art. 1 des Grundgesetzes normierten Menschenwürde, insbesondere dem daraus resultierenden Vorrang des einzelnen vor dem Staat, zuwider. Die Überbewertung der „Volksgemeinschaft“ im Sinn eines völkischen Kollektivismus und die Absicht, Interessengegensätze innerhalb der Gesellschaft durch die Unterordnung des einzelnen unter nicht näher definierte Gemeinschaftsinteressen aufzuheben, stehen außerdem im Gegensatz zur Verbindlichkeit der Grundrechte gegenüber der staatlichen Gewalt.

*Völkischer  
Kollektivismus*



*Nationalismus  
und  
Rassismus*

Ferner lassen Veröffentlichungen der Partei nach wie vor rassistische und nationalistische Zielsetzungen und Denkweisen erkennen. Die NPD versucht, ihre für Rechtsextremisten charakteristische Ablehnung alles Andersartigen, hinter der sich die Überzeugung von der Höherwertigkeit der eigenen Rasse und Nation verbirgt, unter Beru-

fung auf die „Vielfalt des Lebens und seiner Erscheinungen“ zu rechtfertigen. Sie präsentiert sich dabei als Gegnerin des „längst überholten Dogmas von der angeblichen Gleichheit aller Menschen“. Diese Grundeinstellung läuft auf eine mit Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes unvereinbare Rassendiskriminierung hinaus. Dementsprechend behandelt die Partei das Ausländer- und Asylantenproblem vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der „Überfremdung“ und vertritt die Auffassung, die „Zwangsgermanisierung“ der hier lebenden Ausländer bedrohe die „deutsche Volkssubstanz“. Ausländer belasteten nicht nur den deutschen Arbeits- und Wohnungsmarkt, sondern verfremdeten auch die deutsche Kultur und Sprache. Der Rückgang der deutschen Geburtenrate und parallel dazu eine „laufende Zuwanderung mit hoher Gebärfreudigkeit der Ausländer“ werde zur „Umvolkung Deutschlands“ führen und den „Volkstod der Deutschen“ einleiten. Die Umerziehung der Deutschen und ihrer „volkszerstörenden Parteien“ gehe aber bereits so weit, daß sie das Aussterben des eigenen Volkes als „Beitrag gegen Überbevölkerung“ feierten.

#### Agitation gegen die europäische Einigung

Nationalistische Bestrebungen kamen ferner insbesondere in der Agitation gegen die europäische Einigung zum Ausdruck. So propagierte die NPD-Jugendorganisation den Aufbau einer „europäisch-nationalistischen Einheitsfront“ und behauptete:

*„Das imperialistische Gesicht der sog. Europäischen Union wird heute mehr als jemals zuvor durch eine unbegrenzte Herrschaft des Großkapitals, internationale Bevormundung, Souveränitätsverlust sowie durch die grenzenlose liberalistische Arroganz der Mächtigen geprägt.“*

#### Antisemitismus

Der Antisemitismus der NPD wurde insbesondere bei polemischen Angriffen gegen Repräsentanten jüdischer Institutionen deutlich. So verwies die Partei auf das angeblich „schändliche und schädliche Treiben“ des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. Sie bezeichnete ihn als „Schulmeister der Bundesrepublik“ und „jüdischen Hochkommissar über Deutschland“, warf ihm „Deutschenhetze“ vor und kritisierte ihn als „offenbar die oberste Instanz dieser Republik“:

*„Nach dem Motto ‚Bubis befiehl, wir folgen Dir!‘ machen sich Behörden, Medien und Regierung zum Büttel derer, denen die Grundrechte für Deutsche, denen die nationale Opposition ein Greuel ist.“*

#### NS-Apologie

Ferner solidarisierte sich die NPD mit ihrem u.a. wegen Leugnung des Holocaust rechtskräftig verurteilten Parteivorsitzenden und erklärte,

immer mehr Deutsche könnten „die vorgeschriebenen Meinungsrituale zum Holocaust nicht mitvollziehen“. Deutschland bewege sich zunehmend in Richtung eines „Gesinnungsstaates“, der „zeitgeschichtliche Dogmen“ festschreibe. Heutzutage seien „tatsächliche oder behauptete Opferzahlen systemimmanent geworden“. Die NPD fordere eine „objektive Geschichtsschreibung und nicht die Fortführung alliierter Kriegspropaganda in deutschen Medien und Geschichtsbüchern“.

Zu den Hauptangriffszielen der Partei gehören nach wie vor die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und ihre Repräsentanten. Dabei tritt an die Stelle konstruktiver Kritik an einzelnen Mißständen eine bewußt entstellende und überspitzt verallgemeinernde Form der Darstellung. So bezeichnete die NPD ihre politischen Gegner als „Systemparteien“, „Nestbeschmutzer-Extremisten“, „Diätenkrämer“ und „anti-deutsche Bonner Sprücheklopfer und Versagerriege“. Ferner behauptete sie, die Justiz in Deutschland sei zur „politischen Hure“ verkommen. Der Rechtsstaat sei „auf dem direkten Weg in den ‚Bonner Provinz- und Verbotsfaschismus‘ im Geiste von Metternich und Dollfuß“. Inzwischen werde „wohl auch dem Dümmersten bewußt, daß dieser Staat von Verrückten beherrscht“ werde. Diese diffamierende Polemik läßt darauf schließen, daß die NPD die Prinzipien des Mehrparteiensystems und der Chancengleichheit der Parteien trotz ihres formalen Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnt.

*Diffamierung  
demokratischer  
Institutionen*

Unter der Überschrift „Haben die Deutschen kein Recht darauf, sich zu wehren?“ wandte sich die NPD gegen eine Bagatellisierung der angeblich alltäglichen Gewalt von Ausländern gegen Deutsche:

*Haltung zur  
Gewalt*

*„Scheinheilig geht man darüber hinweg. Keine Lichterketten für die Opfer krimineller Ausländer.“ .... „Es wird Zeit, gewaltfreie Zeichen gegen die Überfremdung einerseits und auch gegen die etablierte Arroganz der Parteienmacht zu setzen.“*

### 3.2 Organisation

Die am 28. November 1964 in Hannover von Funktionären der ehemaligen Deutschen Reichspartei (DRP) gegründete NPD gliedert sich derzeit in 15 Landesverbände, die wiederum in Bezirks- und Kreisverbände unterteilt sind. Die Partei zählte Ende 1995 nach erneuten personellen Einbußen bundesweit noch rund 4.000 (1994: 4.500)

*Rückläufige  
Mitgliederzahlen*

Mitglieder. Parteivorsitzender ist seit Juni 1991 Günter Deckert aus Weinheim. Seine Stellvertreter sind der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Udo Holtmann und die saarländische Landesvorsitzende Ellen-Doris Scherer.

Mit der Wiedereinrichtung eines Präsidiums kehrte die NPD Mitte 1995 zu einer 1991 aufgegebenen Struktur zurück. Dieses Gremium soll den Parteivorsitzenden unterstützen und Beschlüsse des Parteivorstands vorbereiten. Ihm gehören acht Vorstandsmitglieder an, darunter der Parteivorsitzende und seine Stellvertreter.

Neues Geschäfts-führungsorgan

Organisation in Bayern

Der Landesverband Bayern mit Sitz in München zählt rund 730 (1994: 750) Mitglieder (ohne JN und NHB). Er gliedert sich in sieben Bezirks- und rund 50 Kreisverbände, von denen aber mehr als die Hälfte nicht aktiv ist. Landesvorsitzender ist der Diplom-Politologe Udo Voigt aus Moosburg a.d. Isar.

Das in Teilen des bayerischen Landesverbands mangelnde persönliche Engagement konnte auch durch organisatorische Maßnahmen nicht gesteigert werden. Insbesondere den Bezirksverbänden Niederbayern und Schwaben fehlt der Nachwuchs. Erheblichen Schwierigkeiten begegnet die Auswahl geeigneter Personen für Parteifunktionen. Gleiches gilt für die Werbung neuer Mitglieder, weil die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten kontinuierlich zurückgegangen sind. Die schlechte Zahlungs- und Abrechnungsmoral einzelner Verbände erschwert eine Konsolidierung der Finanzen.



3.3 Aktivitäten

Der Parteivorstand ist nach wie vor bereit, mit anderen rechtsextremistischen Organisationen, insbesondere den REP, auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten. So forderte Deckert noch vor der hessischen Landtagswahl am 19. Februar die Vorsitzenden von DVU und REP zu einem Gespräch auf, erhielt aber keine Antwort. Beide Parteien zeigen offenbar keine Neigung, sich auf das von der NPD insbesondere vor Wahlen propagierte „Bündnis Deutschland“ einzulassen. Damit

Erfolgreiche Bündnisbemühungen

erwies sich das von Deckert angekündigte „offensive, aber dosierte Umarmen der politikfähigen Teile des nationalen Lagers“ als Fehlschlag. Auch die Beteiligung von Repräsentanten der NPD an einigen von Rechtsextremisten initiierten „Runden Tischen“ brachte keine erkennbaren Fortschritte.

Das Landgericht Karlsruhe verhängte am 21. April gegen Deckert u.a. wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren ohne Bewährung. Das Urteil erging in einem erneut aufge- rollten Verfahren. Zuvor hatte der Bundesgerichtshof am 15. Dezember 1994 auf die Revision der Staatsanwaltschaft hin die Verurteilung Deckerts zu einer einjährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung durch das Landgericht Mannheim vom 22. Juni 1994 aufgehoben. Gegenstand des Verfahrens war die Leugnung des Holocaust. Der NPD-Vorsitzende hatte am 10. November 1991 in Weinheim auf einer Revisionismustagung einen antisemitischen Vortrag des US-Amerikaners Fred A. Leuchter übersetzt und zustimmend kommentiert.



*Stratverfahren  
gegen Deckert*

Die NPD nutzte das Urteil zur Diffamierung der Justiz und demokratischer Institutionen, konnte damit aber nicht den erhofften propagandistischen Erfolg erzielen. In einer am 27. Oktober veröffentlichten Entscheidung bestätigte der Bundesgerichtshof das Urteil und verwarf damit Deckerts Revision.

*Rechtskräftiges  
Urteil*

Unter dem Motto „Deutschland wird leben“ führte die NPD am 10./11. Juni in Arnstorf, Landkreis Rottal-Inn, ihren 26. Ordentlichen Bundesparteitag durch. Daran beteiligten sich über 400 Personen, darunter 164 Delegierte. Wesentliches Ergebnis war die Wiederwahl des seit 1991 amtierenden Bundesvorsitzenden Günter Deckert. Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Walter Bachmann, der als stellvertretender Bundesvorsitzender ausschied, wurde zum NPD-Ehrenvorsitzenden gewählt. Deckert behauptete in seinem Rechenschaftsbericht, seine Verurteilung wegen Volksverhetzung zeige, wie „gewisse Teile der Verfassung außer Kraft gesetzt“ würden. Wörtlich äußerte er:

*Bundesparteitag*

*„Die Richter von heute sind in ihrer politischen Willfähigkeit nicht besser als die Honecker- oder die Hitler-Richter, von Ausnahmen abgesehen.“*

Der Parteitag demonstrierte noch einmal Solidarität mit dem ohne Gegenkandidaten gewählten Bundesvorsitzenden. Deshalb unterblieb auch eine kritische Auseinandersetzung mit Deckerts antisemitischen und revisionistischen Aktivitäten. Auf der konstituierenden Sitzung des neuen Bundesvorstands wurde im Anschluß an den Parteitag der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende Udo Voigt zum geschäftsführenden Bundesvorsitzenden im Falle einer Inhaftierung von Deckert bestimmt.

### 3.4 Interne Auseinandersetzungen

Die schon geraume Zeit schwelenden strategischen Differenzen im Bundesvorstand ließen sich nach dem Bundesparteitag nicht mehr länger verdecken. Sie hatten sich u.a. an Deckerts antisemitischem und revisionistischem Kurs entzündet. Gegenstand interner Kritik war auch Deckerts selbstherrlicher Führungsstil und sein Finanzgebahren.

Am 30. September wurde der Parteivorsitzende durch das NPD-Präsidium mit sofortiger Wirkung von seinem Amt enthoben. Der Parteivorstand, der diese Maßnahme am 8. Oktober bestätigte, warf ihm satzungswidriges Verhalten und Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Parteivermögen vor.

Deckerts umstrittene Suspendierung führte zu einer inneren Zerreißprobe. So erklärte Udo Voigt seinen Rücktritt als stellvertretender Bundesvorsitzender. Einige Landesverbände in den neuen Ländern erwogen eine Abspaltung. Auch der Landesverband Bayern solidarisierte sich mit Deckert und forderte die Einberufung eines Sonderparteitags mit Neuwahl des Parteivorstands. Über die im Thule-Netz zusammengeschlossenen Mailboxen diskutierten NPD-Anhänger das Verhalten der Bundesführung. Der Meinungsaustausch verlief fast ausnahmslos zugunsten Deckerts; dessen Gegner im Präsidium wurden als Putschisten und Verräter bezeichnet. Der Konflikt entspannte sich etwas, als das Schiedsgericht des NPD-Landesverbands Baden-Württemberg Deckert Mitte November 1995 wieder in sein Amt einsetzte, da die für die Maßnahme des Präsidiums erforderliche besondere Eilbedürftigkeit nicht feststellbar gewesen sei.

Deckert trat am 15. November die vom Landgericht Karlsruhe verhängte Freiheitsstrafe an. Danach sah der Parteivorstand keine Mög-



*Entmachtung  
Deckerts*

*Interne  
Zerreißprobe*

lichkeit mehr, die für Deckerts Entmachtung maßgeblichen Vorwürfe in absehbarer Zeit zu untersuchen. Deshalb erklärte er das nach der Suspendierung des Parteivorsitzenden eingeleitete Schiedsgerichtsverfahren für erledigt. Bis zum nächsten Bundesparteitag wird die NPD von den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Holtmann und Scherer geleitet.

### 3.5 Junge Nationaldemokraten (JN)

Die JN als Jugendorganisation der NPD sind nach ihrem Statut zur aktiven Mitarbeit in den Gremien der NPD verpflichtet. In Ideologie und Zielsetzung bekennen sie sich zum Programm der Mutterpartei, waren aber mitunter um mehr Eigenständigkeit bemüht. Nach mehrjährigen Querelen hat sich das Verhältnis zur NPD in letzter Zeit etwas verbessert. Die JN verstehen sich als eine „weltanschaulich geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung“, als „Kristallisationskern des jungen nationalen Aufbruchs“ und als Vorhut eines „anderen Deutschlands“, das ein „auf der Solidargemeinschaft der deutschen Stämme begründetes neues Reich“ sein werde. Aus ihren „Ideen“ wännen sie die „revolutionäre Kraft“ schöpfen zu können, mit der sie „gemeinsam am Aufbau einer europäisch-nationalistischen Einheitsfront arbeiten“ wollen.

Nach wie vor unterhalten die JN Kontakte zur neonazistischen Szene. Sie versuchen, dort Interessenten zu werben und auch „politikfähige“ ehemalige Angehörige verbotener Organisationen für die JN zu gewinnen.

Nennenswerte Erfolge waren dabei nicht zu verzeichnen.

Vereinzelt nehmen neonazistische Aktivisten auf örtlicher Ebene Einfluß auf JN-Mitglieder. Es liegen indes keine Hinweise vor, daß die JN-Bundesführung eine Zusammenarbeit mit Neonazis billigt. Auch gibt es in Bayern keine Anhaltspunkte für eine gezielte Unterwanderung der JN durch Neonazis. Lediglich einige ehemalige Angehörige verbotener neonazistischer Vereinigungen (z.B. Nationalistische Front, Nationaler Block) schlossen sich inzwischen den JN an, um damit Maßnahmen der Sicherheitsbehörden unterlaufen zu können.

*Ideologisch-politischer Standort unverändert*



*Neonazistische Tendenzen*

Solche Zugänge konnten aber den allgemeinen Abwärtstrend nicht umkehren.

Die durch Führungsschwäche und Mitgliederverluste bedingte Krise der JN hielt an. Ende 1995 zählten die JN bundesweit wie im Vorjahr rund 150 Mitglieder, davon etwa 55 (1994: 50) in Bayern. Bundesvorsitzender ist Holger Apfel. Der Landesverband Bayern gliedert sich in die beiden „Regionalen Aktionsgruppen“ (RAG) Franken und München/Ebersberg; Landesvorsitzender ist Rainer Hatz aus Nürnberg.



*Sporadische  
Aktivitäten*

Öffentliche Kundgebungen, aber auch interne Treffen der JN stoßen regelmäßig auf massive Proteste politischer Gegner. Die JN organisieren daher ihre Veranstaltungen zunehmend konspirativ. So wurde beim „2. Europäischen Kongreß der Jugend“ der Veranstaltungsort bis zuletzt geheimgehalten und nur eingeladenen Gästen an zwei Treffpunkten bekanntgegeben. Der Kongreß fand am 16. Dezember in Gerach, Landkreis Bamberg, unter dem Motto „Nie wieder Imperialismus! - Nie wieder Krieg! Europäischer Nationalismus bis zum Sieg!“ statt. An der geschlossenen Veranstaltung beteiligten sich rund 230 Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland.

Auf dem 24. ordentlichen JN-Bundeskongreß am 2./3. September in Sachsen-Anhalt rief der JN-Bundesvorsitzende vor rund 100 Teilnehmern zur „Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte in Deutschland“ auf. Ziel sei es, einen „strukturierten, organisierten Widerstand“ zu formieren, der „Gruppenegoismen und sinnlose Abgrenzungen“ überwinde.

#### 4. Deutsche Volksunion (DVU)

##### 4.1 Ideologisch-politischer Standort

*Neues Programm*

Das im Sommer 1993 beschlossene neue Parteiprogramm soll der aktuellen politischen Situation seit der Wiedervereinigung Deutschlands und der Entstehung neuer Nationalstaaten in Europa Rechnung tragen. Die Programmkommission war sichtlich bestrebt, problematische Aussagen zu tilgen oder zumindest zu entschärfen, um die verfassungsfeindliche Zielsetzung der Partei noch besser zu tar-

nen. Die DVU warnt vor einer angeblich von Politikern geplanten Auflösung Deutschlands in einen „Vielvölkerstaat“ und tritt mit Parolen wie „Bewahrung der deutschen Identität“ und „Gleichberechtigung für Deutschland“ dafür ein, den Ausländeranteil zu begrenzen, den „zunehmenden Ausländerzustrom“ in das Bundesgebiet zu stoppen und die „Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung“ an die Deutschen einzustellen.

Die am Programm nicht ohne weiteres erkennbare rechtsextremistische Grundhaltung der Partei wird vor allem an den ihr zurechenbaren Äußerungen führender Funktionäre sowie am Inhalt ihrer publizistischen Sprachrohre deutlich, die im Verlag des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey erscheinen. Diese greifen regelmäßig aktuelle Probleme auf, für die sie ihre langjährig entwickelten Feindbilder wie etwa die „unverschämten“ Polen, die „erpresserischen“ Juden oder die „kriminellen“ Ausländer verantwortlich machen.

Wie im Vorjahr konzentrierte sich die DVU verstärkt auf Kritik an der „extrem einseitigen Vergangenheitsbewältigung“. Dabei versuchte die Partei, die Einmaligkeit des Holocaust durch Hinweise auf „Völkermorde der Geschichte“ zu relativieren. So behauptete sie, fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs seien Meinungsindustrie und offizielle Politik mehr denn je bestrebt, dem deutschen Volk „einzuhämmern, die NS-Untaten an Juden seien in der Dimension unvergleichbar mit allen anderen Verbrechen der Geschichte“. Es sei indes nicht einzusehen, warum z.B. die „Ausrottung von schätzungsweise 90 Millionen Indianern“ oder „die Negersklaverei mit Dutzenden Millionen Opfern oder die Entsetzlichkeiten des englischen, französischen usw. Kolonialismus oder die Ermordung von vielleicht hundert Millionen Menschen unter dem Stalinismus oder 50 Millionen unter dem Maoismus“ eine „in irgendeiner Weise harmlosere Angelegenheit gewesen sein“ sollten.

Die zunehmend subtiler gewordene Agitationsmethodik der DVU vermeidet offenen Antisemitismus. Gleichwohl sind ihre Aussagen zu den Themen „Juden“ und „Israel“ vielfach negativ geprägt. Unter der Überschrift „Friedmans wahres Gesicht“ hieß es in der „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ) vom 17. März, das Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland plädiere nach der



*Extremistische Grundhaltung*

*NS-Apologie*

*Latenter Antisemitismus*

Abschaffung des Buß- und Bettags dafür, den 8. Mai zum „Holocaust-Gedenktag“ zu erklären, um auch kommenden deutschen Generationen das Büßen für „ihre“ Vergangenheit zu ermöglichen. Auf einer „von den Massenmedien gelegten Schleimspur“ sei Friedman in viele politische Schlüsselstellungen geglitten.

In einem Beitrag in der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) vom 21. April verwies die DVU auf „jüdische Prediger des Hasses und der antideutschen Hetze“, die von hiesigen „Nationalmasochisten“ als Bundesgenossen ins Feld geführt würden, um die eigene Nestbeschmutzung zu rechtfertigen.

Die DVU nahm die Verurteilung des NPD-Vorsitzenden durch das Landgericht Karlsruhe (vgl. Nummer 3.3) zum Anlaß heftiger Angriffe auf die Justiz. Unter der Überschrift „Wie gerecht ist das Deckert-Urteil?“ betonte sie in ihren publizistischen Sprachrohren, Deckert werde härter bestraft als „Abertausende gemeingefährliche Schwerverbrecher wie Räuber und Rauschgiftdealer, Schläger, Vergewaltiger usw.“. Sein Vergehen bestehe lediglich darin, daß er 1991 den Vortrag eines Amerikaners übersetzt habe, der als „führender Holocaust-Leugner“ gelte. Auch wer Deckerts Ansichten nicht teile, sollte sich ernsthaft Gedanken darüber machen, ob ein solches Vorgehen der Justiz mit rechtsstaatlichen Grundsätzen vereinbar sei. Keine Strafverfolgung drohe nämlich jenen, die den „zwei- bis dreimillionenfachen Mord an Ost- und Sudetendeutschen“ bei deren Vertreibung leugneten und allenfalls

„einige tausend Todesfälle“ bei der „Umsiedlung Deutscher aus den rechtmäßigen polnischen Westgebieten“ behaupteten.

Nach wie vor distanziert sich die Partei von Gewaltanwendung. Rechtsextremistisch motivierte Militanz verurteilt sie aber in erster Linie unter dem Aspekt der Gefährdung nationaler Interessen. Vom vorrangigen Individualrecht der Opfer auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist dabei kaum die Rede. Die DVU bezeichnete den Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge am 7. Mai als einen von „antideutschen Kräften“ heiß ersehnten „Auslöser zu neuen Hetzkampagnen gegen Deutschland“

Diffamierung  
demokratischer  
Institutionen

**8. MAI 1945**  
**Kapitulation feiern-**  
**Nein danke !**

Zwiespältige  
Haltung zur  
Gewalt



mit der Konsequenz „vielschichtiger Forderungen auf allen möglichen Gebieten“. Mit solchen Attentaten könne Deutschland „auf unabsehbare Zeit um die Gleichberechtigung in der Völker- und Staatenfamilie gebracht und in die bleibende Entrechtung geführt werden“.

#### 4.2 Organisation

Die DVU zählte Ende 1995 nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes bundesweit knapp 15.000 (1994: 20.000) Mitglieder, davon etwa 2.000 (1994: 2.800) in Bayern. Mit eingerechnet sind dabei die Angehörigen des bereits seit 1971 bestehenden gleichnamigen Vereins, die nach Vollendung des 16. Lebensjahres auch der Partei angehören, sofern sie nicht widersprechen. Bundesvorsitzender ist der Verleger Dr. Gerhard Frey aus München, der - wie sein Stellvertreter Peter Jürgensen aus Baden-Württemberg - auf dem Bundesparteitag am 15. Juli in München in seiner Funktion bestätigt wurde. Ende 1995 verfügte die Partei in allen Bundesländern über Landesverbände. In Bayern bestehen die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Mittelfranken, Oberpfalz und Schwaben sowie 16 Kreisverbände und vier Ortsverbände. Vorsitzender des Landesverbands Bayern ist Bruno Wetzlar.

Der deutliche Mitgliederschwund beruht im wesentlichen auf Resignation aufgrund von Wahlniederlagen und Überalterung. Insbesondere der Führungsstil des Parteivorsitzenden, seine mangelnde Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit deutschen rechtsextremistischen Organisationen, seine Kontakte zu dem russischen Nationalistenführer Schirinowskij und seine als penetrant empfundenen ständigen Spendenaufrufe stießen zunehmend auf interne Kritik.

Im Verlag des Parteivorsitzenden erscheinen die „Deutsche Nationalzeitung“ (DNZ) und die teilweise inhaltsgleiche „Deutsche Wochenzeitung“ (DWZ). Beide fungieren als Werbeträger und publizistische Sprachrohre sowohl der Partei als auch des gleichnamigen eingetragenen Vereins.

*Deutscher Mitgliederrückgang*



*Defizitäre  
Finanzlage*

Die Partei ist nach wie vor bei Dr. Frey hoch verschuldet. Nach dem Rechenschaftsbericht beträgt das Defizit der DVU rund 8,5 Millionen DM.

#### 4.3 Bündnispolitik

*Taktisch bedingte  
vorübergehende  
Distanz zu  
Schirinowskij*

Noch 1994 hatte der Parteivorsitzende Dr. Gerhard Frey den Vorsitzenden der „Liberaldemokratischen Partei Rußlands“ (LDPR) Wladimir Schirinowskij als seinen persönlichen Freund bezeichnet und in seinen Wochenzeitungen positiv über ihn berichtet. Anfang 1995 stellten die Zeitungen diese Berichterstattung ein, nachdem die Medien auf kriegshetzende Äußerungen Schirinowskij und den nationalistischen Kurs der LDPR-Fraktion in der russischen Staatsduma hingewiesen hatten. Offenbar war Dr. Frey interner Kritik ausgesetzt und um seine unternehmerischen Interessen als Verleger besorgt. Daß seine Zurückhaltung nur taktisch bedingt war, zeigte sich, als er kurz vor dem Bundesparteitag der DVU im Juli bei einem Aufenthalt in Moskau zusammen mit Schirinowskij eine Pressekonferenz in der Staatsduma gab und eine Rede vor der LDPR-Fraktion hielt. In der Folgezeit nahmen Dr. Freys Wochenzeitungen die Berichterstattung über Schirinowskij wieder auf, so am 14. Juli durch Abdruck eines Interviews mit der Überschrift „Meine Pläne für Deutschland“.

*Desinteresse  
an Einigungsbe-  
strebungen*

Dr. Frey sieht in der DVU die einzige ernstzunehmende Kraft im „rechten Lager“. Seit der Niederlage der DVU bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im September 1993 warb er laufend für ein Bündnis der „demokratischen Rechten“. Trotz der Teilnahme von DVU-Funktionären an sogenannten „Runden Tischen“ liegt ihm aber nichts an einer Vereinigung der rechtsextremistischen Parteien, es sei denn, er könnte zum alleinigen „Führer“ aufsteigen.

*Derzeitiger  
„Alleingang“*

Die Kontakte Dr. Freys zu dem früheren REP-Vorsitzenden Schönhuber sind nach dessen Entmachtung bedeutungslos geworden. Obwohl die DVU enttäuschten REP-Anhängern des Schönhuber-Flügels eine neue politische Heimat bot, war von dieser Seite kein nennenswerter Zulauf zu verzeichnen. Zur derzeitigen REP-Führung, deren Zukunftsperspektiven von Dr. Frey äußerst skeptisch beurteilt werden, bestehen keine Verbindungen.

Das Verhältnis zur NPD ist seit der Kommunalwahl in Bremerhaven erheblich belastet. Dr. Frey lehnt eine Zusammenarbeit mit der NPD trotz ideologischer Gemeinsamkeiten entschieden ab. Er wirft ihr vor,

sie habe völlig versagt und schwäche nur das „rechte Lager“, weil sie nationalbewußte Menschen an eine chancenlose Partei binde.

Ähnliches gilt für die Beziehungen zur Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH). Dr. Freys Zeitungen rechneten diese Organisation zu den „Spaltergruppen im Miniaturformat“ und betonten, ihre führenden Personen hätten „ihre früheren Parteien, teilweise wiederholt, verraten“.

#### 4.4 Teilnahme an Wahlen

Bei der Bürgerschaftswahl am 14. Mai in Bremen erreichte die DVU lediglich einen Stimmenanteil von 2,5 % (1991: 6,2 %). Seitdem ist die Partei nur noch in Schleswig-Holstein in einem Landesparlament vertreten. Dagegen konnte sich die DVU am 24. September bei der Wahl zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung mit 5,7 % (1991: 10 %) knapp behaupten. Sie sicherte sich damit zum dritten Mal den Einzug in das Kommunalparlament.

*Erhebliche  
Stimmenverluste*

Dieser eher bescheidene Wahlerfolg hatte für Dr. Frey einen hohen Stellenwert, weil er sich gegenüber anderen rechtsextremistischen Parteien als Wahlgewinner präsentieren konnte. Die REP hatten lediglich 0,3 % erreicht. Noch schwächer schnitt mit 0,1 % die NPD ab, deren erklärtes Wahlziel darin bestanden hatte, eine Wahl der DVU in die Stadtverordnetenversammlung zu verhindern.

#### 4.5 Sonstige Aktivitäten

An der alljährlichen Großkundgebung der DVU, die am 30. September unter dem Motto „Recht und Freiheit für Deutschland“ in der Nibelungenhalle in Passau stattfand, nahmen rund 2.500 Personen teil. Der Bundesvorsitzende Dr. Frey verurteilte in seiner Rede das kurz zuvor gegen den LDPR-Vorsitzenden Schirinowskij verhängte Einreiseverbot. In einem Grußwort beteuerte der LDPR-Vorsitzende seine Freundschaft zu Dr. Frey. Dr. Frey erklärte, zur DVU gebe es keine Alternative. Nach der NPD würden auch die REP in naher Zukunft in die Bedeutungslosigkeit versinken, da sie ohne Schönhubers Führungspersönlichkeit nicht die geringste Chance hätten.

*Jährliche  
Großkundgebung*

Gegen die DVU-Veranstaltung protestierten in Passau insgesamt rund 1.100 Personen, darunter etwa 350 Linksextremisten. Die Polizei nahm 28 Personen, unter ihnen zehn Rechtsextremisten, u.a. we-

*Protest-  
kundgebungen*

gen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz in Gewahrsam.

## 5. Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

### 5.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DLVH versteht sich als Sammlungsbewegung aller „rechten“ Parteien und wirbt - bislang erfolglos - für den Zusammenschluß „nationaler“ Parteien und Verbände zu einer gemeinsamen Wahlpartei, um auf diese Weise alle „rechten“ Kräfte zu bündeln. Sie bekennt sich zwar formal zur „Demokratie“ und zum „pluralistischen Rechtsstaat“. Ihr bewußt zurückhaltend formuliertes Parteiprogramm zeigt gleichwohl eine nationalistische, rassistische und völkisch-kollektivistische Grundhaltung, die den Vorrang der in den Grundrechten konkretisierten Menschenrechte (Art. 1 Abs. 3 des Grundgesetzes) und das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot (Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes) in Frage stellt. Die Übereinstimmung mit rechtsextremistischem

Gedankengut insbesondere der NPD ist offensichtlich. So lehnt die Partei „Gleichmacherei, Überfremdung und Bevormundung“ ab, bekennt sich zur „Völkervielfalt“ und betont die „Eingebundenheit des Menschen in Volk und Heimat“ sowie die „Unterschiedlichkeit der Menschen und Nationen“. Folgerichtig läßt sie auch eine nationalistisch motivierte fremdenfeindliche Grundtendenz erkennen. Nach Auffassung der DLVH ist Deutschland u.a. durch „wachsende Asylanten- und Einwandererströme“ infolge politischen Versagens der „Altparteien“ in seinem Bestand und seinem Wohlstand bedroht. Deshalb tritt die Partei dafür ein, die Zahl der Ausländer in Deutschland zu senken und zu begrenzen, die Zahlung von Kindergeld an die deutsche Staatsbürgerschaft zu binden, Kindergartenplätze „vorrangig deutschen Kindern“ zur Verfügung zu stellen sowie Arbeit, Wohnraum und soziale Versorgung „vorrangig den Einheimischen“ zuzuteilen.

„Rechte Sammlungsbewegung“

- "Unsere" Politiker stecken Unmengen an D-Mark in Wohnungsbauprogramme für Russen, während immer mehr Deutsche ihre Mieten nicht mehr bezahlen können, arbeits- und obdachlos werden.
- "Unsere" Politiker verlangen, daß wir Bürgerinnen und Bürger jährlich weit über 50 Milliarden DM für das weltweit beispiellose Asylunwesen zu berappen haben.
- "Unsere" Politiker sind für die explodierenden Staatsschulden von derzeit schon mehr als 2 Billionen verantwortlich. 1 Billion = 1.000.000.000.000 DM!!
- "Unsere" Politiker haben jeden von uns mit über 26.000 DM pro-Kopf-verschuldet!
- "Unsere" Politiker sorgen für eine derzeitige Neuverschuldung in Höhe von rund 90.000 DM pro Sekunde bei steigender Tendenz!

Nationalismus  
und Rassismus

Außerdem fordert die Partei eine „Geschichtsschreibung, die der Wahrheit entspricht und sich nicht für Kollektivschuldthesen und andere politische Manipulationen mißbrauchen läßt“. Vergangenheitsbewältigung und Wiedergutmachung dürften nicht zur „politischen Erpressung“ führen. Die Partei versucht damit offenbar eine Relativierung der NS-Verbrechen. *NS-Apologie*

Die extremistische Zielsetzung der Partei wird durch die personelle Zusammensetzung der Führungsspitze bestätigt. Dem Bundesvorstand gehören - ebenso wie dem bayerischen Landesvorstand - mehrere Personen mit rechtsextremistischer Vergangenheit an, die bisher nicht erkennen ließen, daß sie ihre frühere politische Überzeugung geändert haben und nunmehr demokratische Positionen anstreben.

## 5.2 Organisation

Die DLVH zählte Ende 1995 wie im Vorjahr bundesweit rund 900 Mitglieder, davon etwa 150 (1994: 200) in Bayern. An der Spitze der Partei stehen als gleichberechtigte Vorsitzende die bekannten Rechtsextremisten Harald Neubauer (früher: NPD, DNZ und REP) und Jürgen Schützing (früher: NPD) sowie der ehemalige DVU-Funktionär Ingo Stawitz. Publizistisches Sprachrohr ist die im Nation Europa Verlag GmbH in Coburg erscheinende Monatsschrift „Nation und Europa - Deutsche Rundschau“. *Bundesvorstand*

Landesverbände bestehen mittlerweile in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein; der organisatorische Aufbau verläuft aber nach wie vor schleppend. Vorsitzender des in die Bezirksverbände Oberbayern, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Oberpfalz gegliederten Landesverbandes Bayern ist Werner Eichinger, der auf dem Landesparteitag am 25. November in Regensburg in seiner Funktion bestätigt wurde. *Landesverbände*

Der mit der Partei personell verzahnte „Förderverein Vereinigte Rechte“ in Landshut zeigte 1995 keine Aktivitäten.

## 5.3 Bündnisbemühungen

Die bisherigen Bündnisbemühungen scheiterten regelmäßig daran, daß insbesondere die Spitzenfunktionäre der DLVH im übrigen rechtsextremistischen Lager durchwegs auf entschiedene Ablehnung

*„Runde Tische“*

stoßen. Als erfolgreicher hat sich die Veranstaltung von „Runden Tischen“ erwiesen, bei denen die DLVH nicht von vornherein als Organisatorin erkennbar war. Damit sollen offensichtlich Mitglieder und Sympathisanten der NPD, DVU und REP für den Gedanken einer Zusammenarbeit gewonnen werden, um dadurch indirekten Einfluß auf diese Parteien nehmen zu können. Daneben wenden sich diese Gesprächsrunden auch an parteipolitisch bisher inaktive Personen.

An einem „Runden Tisch“ am 6. Juli in München beteiligten sich bis zu 200 Personen. Veranstalter war der mit der DLVH personell verzahnte Verein „Nation-Europa-Freunde e.V.“, dessen Vorsitzender zugleich Funktionär der DLVH und Herausgeber ihres publizistischen Sprachrohrs ist. Die Teilnehmer verabschiedeten einen „Münchner Mahnruf“, der zur Zusammenarbeit aller „demokratischen rechten Kräfte“ auffordert.

Ähnliche Initiativen der DLVH waren am 11. Februar in Ingolstadt („Ingolstädter Erklärung“), am 10. Juni in Bergisch-Gladbach/Nordrhein-Westfalen („Rheinischer Appell“) und am 2. September in Pulheim/Nordrhein-Westfalen („Pulheimer Erklärung“) zu verzeichnen.

## 6. Neonazismus

### 6.1 Allgemeines

Eine besonders abstoßende Erscheinungsform des Rechtsextremismus ist nach wie vor der Neonazismus (neuer Nationalsozialismus). Er umfaßt alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und auf die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staates gerichtet sind.

#### *Agitations- schwerpunkte*

Die Agitation der Neonazis richtet sich insbesondere gegen die vom Grundgesetz (Art. 1, 3 und 20) garantierte Menschenwürde, den Gleichheitsgrundsatz und das Demokratieprinzip. Sie umfaßt vor allem Bestrebungen zur Wiedereinführung des NS-Systems, unverhohlenen Antisemitismus und sonstigen Rassismus, Verharmlosung und Leugnung der NS-Verbrechen sowie Verherrlichung von Institutionen und Personen der Hitler-Diktatur. Einen Schwerpunkt neonazistischer Aktivitäten bilden seit Jahren die maßgeblich von Neonazis getragenen Veranstaltungen zum Gedenken an den 1987 verstorbenen „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Heß. Bei der Aktionswoche

vom 12. bis 20. August konnten sich die Organisatoren offenbar nicht auf einen zentralen Kundgebungsort einigen. So fanden am 19. August in Schneverdingen/Niedersachsen und Roskilde/Dänemark zwei Aufmärsche statt, an denen sich bis zu 200 Personen beteiligten. Die Polizei nahm in Roskilde rund 60 Neonazis nach gewaltsamen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern vorübergehend fest. In Bayern und im übrigen Bundesgebiet konnten spektakuläre Aktionen durch umfangreiche polizeiliche Kontrollen und Sicherungsmaßnahmen unterbunden werden.

Die Zahl der Neonazis in Bayern betrug Ende 1995 rund 110 (1994: 140); davon gehören etwa 65 (1994: 100) neonazistischen Organisationen an. Angesichts des zunehmenden staatlichen Verfolgungsdrucks (Organisationsverbote, Verbote von Veranstaltungen, Strafurteile) entwickelt das neonazistische Spektrum mittlerweile neue, durchwegs strukturlose Organisationsformen auf regionaler Ebene. Das Ziel ist, sich möglichst weitgehend der Beobachtung und dem Zugriff des Staates zu entziehen. In diesen sogenannten "Kameradschaften" gibt es weder eine formelle Mitgliedschaft noch Vorstandspositionen. Anführer ist meist ein besonders aktiver Rechtsextremist, der es versteht, seinen Gefolgsleuten die den ideologischen Zusammenhalt stärkenden „Feindbilder“ zu vermitteln. In Bayern sind derartige themen- und aktionsbezogene regionale Zusammenschlüsse in München, Ingolstadt, Kelheim und Straubing bekannt.

*Organisatorische  
Neustrukturierung*

Übergreifendes Bindeglied im neonazistischen Spektrum ist nach wie vor die Anti-Antifa-Kampagne, die als Reaktion auf Gewaltaktionen linksextremistischer Gruppierungen gegen Rechtsextremisten entstand. Ziel dieser von dem Hamburger Neonazi Christian Worch initiierten Kampagne ist zum einen die logistisch vorbereitete Bekämpfung politischer Gegner, zum anderen die Mobilisierung von Anhängern des rechtsextremistischen Lagers zu einer organisationsübergreifenden Aktionsgemeinschaft. Dabei lehnen sich die Neonazis an die von Linksextremisten entwickelten Konzepte an. So propagieren sie den Aufbau „autonomer“ Strukturen und betreiben eine informationelle Vernetzung mittels moderner Kommunikationssysteme.

*Anti-Antifa-  
Kampagne*

In Bayern beschränkten sich die Aktivitäten auf vereinzelte Klebeaktionen; Gewalttaten gegen politische Gegner wurden nicht bekannt. Die organisatorischen Strukturen sind in Bayern nur schwach ausgeprägt. Einige Aktivisten in Nordbayern unterhalten Kontakte zu Gesinnungsgenossen der relativ starken Anti-Antifa-Bewegung in Thüringen.

## 6.2 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

### Vereinsverbot

Mit inzwischen bestandskräftiger Verfügung vom 22. Februar wurde die FAP vom Bundesministerium des Innern nach § 3 des Vereinsgesetzes mit der Begründung verboten, sie richte sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Insbesondere sei sie nach ihrer Zielsetzung mit der ehemaligen NSDAP wesensverwandt. Sie orientiere sich an nationalsozialistischem Sprachgebrauch, Formen und Riten der NSDAP, propagiere Rassismus und Antisemitismus nach nationalsozialistischem Muster und verehere maßgebliche Repräsentanten des Nationalsozialismus.

### Fehlender Parteistatus

Das Bundesverfassungsgericht hatte zuvor die im September 1993 von der Bundesregierung und dem Bundesrat gestellten Anträge auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der FAP als unzulässig zurückgewiesen, da die FAP nicht ernsthaft beabsichtigt habe, auf die politische Willensbildung Einfluß zu nehmen und an der parlamentarischen Vertretung des Volkes mitzuwirken. Sie sei daher keine Partei im Sinn von Art. 21 des Grundgesetzes.

Beim Vollzug des Verbots am 24. Februar wurden in neun Bundesländern, u.a. auch in Bayern, die Wohnungen zahlreicher FAP-Mitglieder durchsucht, Konten gesperrt und vereinsinterne Unterlagen sowie umfangreiches Propagandamaterial beschlagnahmt. Anlässlich der Durchsuchung seiner Wohnung äußerte der FAP-Bundesvorsitzende Friedhelm Busse sinngemäß, er könne nunmehr für nichts garantieren und übernehme keinerlei Verantwortung, wenn jetzt in Deutschland Briefbomben verschickt würden.

### Zwei neue neonazistische Publikationen

Seit dem Verbot waren in Bayern keine öffentlichen Aktivitäten der FAP mehr feststellbar. Ein Teil der Mitglieder schloß sich anderen rechtsextremistischen Gruppierungen an. Der ehemalige Vorsitzende Busse setzte seine politischen Aktivitäten als Teilnehmer, Redner oder Mitorganisator bei Veranstaltungen des rechtsextremistischen Spektrums fort. Daneben ist er für

die seit Oktober erscheinende „Berlin-Brandenburger Zeitung“ tätig. Diese Publikation wird überwiegend von ehemaligen FAP-Funktionären erstellt und herausgegeben. Ihre Regionalausgabe „Süddeutsche Allgemeine - Zeitung der nationalen Erneuerung“ wird vom stellvertretenden Chefredakteur Busse selbständig gestaltet.



### 6.3 Deutsche Nationalisten (DN)

Die Mitte 1993 in Mainz gegründete Vereinigung hat ihren Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz. Bundesvorsitzender ist der ehemalige Leiter des Landesverbands Rheinland-Pfalz der 1992 verbotenen neonazistischen „Deutschen Alternative“ (DA) Michael Petri. Die Organisation versteht sich selbst als politische Partei, die „an öffentlichen Wahlen“ teilnehmen will. Das Programm der DN weist auffallende Parallelen zu den Zielen der DA auf. Es fordert u.a. einen „deutschen Nationalstaat in den völkerrechtlich gültigen Grenzen“, die Beendigung der „Wiedergutmachungszahlungen“ an „ausländische Mächte“, den Austritt Deutschlands aus NATO und EU sowie eine staatliche Kontrolle der „Zinswirtschaft“. Ferner treten die DN für einen sofortigen „Ausländerstopp“ und eine „stufenweise Ausländerrückführung“ ein.

*Neonazistische  
Zielsetzung*

Der am 4. März 1994 gegründete Landesverband Bayern wird kommissarisch vom stellvertretenden Vorsitzenden Robert Iwanzik geleitet, nachdem sich der bisherige Landesvorsitzende von den DN getrennt hat.

*Organisation in  
Bayern*

Die sporadischen Aktivitäten der DN beschränkten sich in Bayern vorwiegend auf den Bereich Dillingen. Im Mittelpunkt standen Solidaritätsbekundungen für den österreichischen Neonazi Gottfried Küssel, der zur Zeit in seiner Heimat eine langjährige Freiheitsstrafe wegen „Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinne“ verbüßt.

### 6.4 Neonazistisches Potential bei Skinheads

Die in Großbritannien entstandene, Ende der 70er Jahre erstmals auch im Bundesgebiet in Erscheinung getretene Skinhead-Bewegung war ursprünglich eine jugendliche Subkultur. Ihr Auftreten (kahlrasierte Köpfe, Uniformjacken) signalisierte eine extreme Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft. Inzwischen passen sich Skinheads in ihrem äußeren Erscheinungsbild oft der bürgerlichen Umgebung an und sind damit von anderen militanten Rechtsextremisten kaum noch zu unterscheiden. Obwohl sie zu einer rational bestimmten politischen Meinungsbildung häufig nicht fähig und deshalb an einer fundierten politischen Auseinandersetzung kaum interessiert sind, hat sich in diesen Kreisen inzwischen eine vom organisierten Rechtsextremismus unabhängige diffuse rechtsextremistische Weltanschau-

*Weltanschauung  
und Politikver-  
ständnis*

ung herangebildet. Sie ist vielfach von rassistischer Ausländerfeindlichkeit und übersteigertem Nationalbewußtsein geprägt. Diese Einstellung, die vor allem wegen ihrer rassistischen Grundhaltung an wesentliche Elemente des Nationalsozialismus anknüpft, ist nicht verstandesmäßig begründet und spiegelt sich daher nicht in programmatisch-ideologischen Aussagen, sondern meist in spontanen, vielfach militanten Aktionen wider.

*Einfluß der  
Skinhead-Bands  
und „Fanzines“*

Die von Skinhead-Bands vorgetragene sogenannte „Oi-Musik“ ist das wichtigste Medium der Szene und übt einen anhaltenden rechtsextremistischen Einfluß aus. Die Liedertexte solcher Gruppen diffamieren und bedrohen Ausländer, propagieren Gewalt und verbreiten nationalistisch-rassistisches Gedankengut bis hin zur Glorifizierung des Nationalsozialismus. Auch die intern verbreiteten Skinhead-Publikationen („Fanzines“) weisen vielfach rechtsextremistische Bezüge auf.

*Zunahme der  
Skinhead-Konzerte*

Mit 35 (1994: 20) Veranstaltungen in Deutschland war im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg der Skinhead-Konzerte zu verzeichnen. Um Veranstaltungsverbote zu vermeiden, wurden die Konzerte zum Teil konspirativ organisiert oder Veranstaltungsorte erst kurzfristig bekanntgegeben. Die Teilnehmerzahl lag meist zwischen 150 und 500 Personen. Bei 14 Konzerten kam es zu Straftaten. So sollte am 25. März bei einem konspirativ vorbereiteten Skinhead-Konzert in Triptis bei Gera/Thüringen auch die rechtsextremistische Skinband „Sturmtrupp“ aus Neuburg a.d. Donau auftreten. Anlässlich dieser Veranstaltung nahm die Polizei 231 Personen aus zehn Bundesländern, davon 60 aus Bayern, fest bzw. in Gewahrsam. Skinheads aus Bayern hatten bereits während der Zugfahrt nach Gera neonazistische Parolen geschmiert und Sachbeschädigungen begangen. Bei Durchsuchungen an Kontrollstellen und nach Auflösung der Veranstaltung stellte die Polizei u.a. Schreckschußwaffen, Hieb- und Stichwaffen sowie neonazistisches Propagandamaterial sicher.

*Gewalt-  
bereitschaft*

Gewalt ist das bevorzugte Mittel der von Skinheads auf der Straße ausgetragenen „politischen“ Auseinandersetzungen mit tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern. Als „Vorbild“ für den „Straßenkampf“ um die - nach Auffassung der Skinheads bislang nur vom NS-Regime erfolgreich verwirklichte - Vorherrschaft der weißen Rasse dient dabei der SA-Mann.

In Deutschland gibt es derzeit rund 6.200 (1994: 5.400) überwiegend den Skinheads zuzurechnende militante Rechtsextremisten. In

Bayern sind rund 325 (1994: 330) Skinheads mit rechtsextremistischem Hintergrund bekannt. Den Schwerpunkt bildet - sowohl von der Zahl der Aktivisten (rund 60) als auch vom Aktivitätsgrad her - die Regionalszene Allgäu. Sie betätigt sich überregional und international. Als die Polizei am 20. April und am 6. Mai zwei Treffen in Kaufbeuren auflöste, wichen die Allgäuer Skinheads in der Folgezeit nach Norddeutschland, Italien und Tschechien aus.

Am 23. September gründeten 43 Skinheads den Verein „Skinheads Allgäu“ mit Sitz in Pfronten, Landkreis Ostallgäu. Diese Initiative steht im Gegensatz zu der ansonsten in der Neonaziszene zu beobachtenden Tendenz, sich von organisatorischen Strukturen zu lösen, um staatliche Maßnahmen unterlaufen zu können. Die in der Satzung und in der Gründungsversammlung erklärten Vereinsziele (z.B. Pflege der „Skinhead-Kultur“, Übernahme von Anwaltskosten für „unverschuldet“ mit dem Gesetz in Konflikt geratene Mitglieder) lassen die Absicht erkennen, einen Treffpunkt für Gesinnungsgenossen aus dem gesamten süddeutschen Raum aufzubauen. Die Vorstandsmitglieder sind als Aktivisten der regionalen rechtsextremistischen Szene bekannt. Das Registergericht hat die Eintragung ins Vereinsregister abgelehnt.

*Vereinsgründung*

Auf den Mitgliedsausweisen wird der Verein als „Skinheads Allgäu 88 e.V.“ bezeichnet. Die Zahl „88“ verwenden Neonazis als verschlüsselte Abkürzung für „Heil Hitler“ (8. Buchstabe des Alphabets = H).



Treffen von neonazistischen Skinheads führten auch in Bayern zu polizeilichen Einsätzen. So nahm die Polizei in der Nacht vom 4. auf 5. Februar in Nürnberg 29 Personen in Unterbindungsgewahrsam. Die Skinheads hatten Gegenstände aus einer Wohnung geworfen sowie Passanten angepöbeln.

*Exekutivmaßnahmen*

Am 18. Februar nahm die Polizei in Nürnberg 60 Skinheads wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte vorläufig fest. Bei Durchsuchungen stellte die Polizei mehrere Schreckschusswaffen, Taschenmesser und Reizgassprühgeräte sicher. Die Skinheads hatten sich in einem als NPD-Treffpunkt bekannten Lokal in Nürnberg zu einer „Faschingsveranstaltung“ getroffen, Parolen wie „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“ skandiert und Fensterscheiben zerstört.

*NS-Parolen*

*Hitler-Gedenken*

In Kaufbeuren löste die Polizei am 20. April in den Kellerräumen einer Gaststätte eine Zusammenkunft von Skinheads aus Anlaß des „Führergeburtstages“ auf. Von den 23 vorläufig Festgenommenen blieben sieben Personen in Gewahrsam. Bei der Durchsuchung der Räumlichkeiten wurden Fanzines und Musikkassetten mit volksverhetzendem Inhalt sichergestellt. In demselben Lokal sollte am 6. Mai ein weiteres Treffen mit Teilnehmern aus Bayern und Baden-Württemberg stattfinden. Die Polizei löste auch diese Veranstaltung auf, stellte die Personalien von 55 Skinheads fest und beschlagnahmte Gaspistolen, Messer, Schlagwerkzeuge und Gegenstände mit NS-Symbolen.

### 6.5 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten\*

*Straftaten mit  
neonazistischen,  
antisemitischen  
und rassistischen  
Motiven*

Die Gesamtzahl der bekanntgewordenen neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Straftaten ging in Bayern um rund 26 % auf 755 (1994: 1.024) zurück. Dabei handelte es sich vielfach um Sachbeschädigungen, Nötigung, Bedrohung, Volksverhetzung und Verbreiten von Propagandamitteln bzw. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Insbesondere bei Schmier- und Klebeaktionen wurden Hakenkreuze und SS-Runen gesprüht oder Parolen wie „Heil Hitler“, „Sieg Heil“ und „Ausländer raus“ verbreitet. Nicht mitgezählt sind vergleichbare Fälle, in denen ein rechtsextremistisches Motiv nicht vorhanden oder nicht erkennbar war (z.B. beim Verwenden von NS-Symbolen als Mittel der politischen Diffamierung).

*„Deutsches  
Manifest“*

Unbekannte Täter versandten seit Anfang Februar aus Fürth und Nürnberg ein antisemitisches und rassistisches Pamphlet mit dem Titel „Deutsches Manifest“ in hoher Zahl an Repräsentanten des öffentlichen Lebens, Sicherheitsbehörden und Privatpersonen im Bundesgebiet. Als Absender waren fingierte Anschriften aus Berlin, Nürnberg und München angegeben. Das Druckwerk beschreibt auf 82 Seiten in volksverhetzender Weise die „historische Entwicklung“ des jüdischen Volkes. Es ruft dazu auf, den Kampf gegen den „gemeinsamen Feind der Menschheit“, das „Volk der Hebräer“, aufzunehmen. 1933 habe Adolf Hitler der Menschheit den Weg zur Rettung aus der „hebräischen Umklammerung“ gezeigt. Die Antwort der Juden sei „der 2. Weltkrieg und die seither im Gang befindliche Ausrottung des Deutschtums“ gewesen.

\* ohne die im 4. Abschnitt genannten Gewalttaten

Unter dem Pseudonym „Germanische Nationalgilde - Zentralgaleiter Richard Wahnfried Eichmann“ wurden Mitte Februar von München aus Pamphlete mit massiver antisemitischer Hetze gegen Repräsentanten des Zentralrats der Juden in Deutschland verbreitet. Der anonyme Verfasser behauptete, „Zionistenschweine“ hätten „die politische Beugung der bisher unabhängigen Justiz erzwungen“, und forderte, Deutschland dürfe „kein Judensaaustaat werden“.

*Antisemitische  
Hetze*

## 6.6 Strafverfahren

Das Amtsgericht Groß-Gerau/Hessen verhängte am 31. Januar Freiheitsstrafen von zwei Jahren ohne Bewährung bzw. von einem Jahr mit Bewährung gegen die beiden Hauptverantwortlichen für die Herausgabe der Neonazischrift „Der Einblick“. Das Gericht befand die Angeklagten für schuldig, mit ihrer „Anti-Antifa“-Publikation öffentlich zu Straftaten gegen Andersdenkende aufgerufen zu haben. Der mitangeklagte Verleger Eberhard Hefendehl aus Rodach b. Coburg, der die Broschüre gedruckt hatte, wurde wegen Beihilfe zu einer Geldstrafe von 4.000 DM verurteilt.

*„Der Einblick“*

Am 3. Februar wurde der im Jahr 1994 unterbrochene Prozeß gegen Angehörige des „Mosler-Flügels“ der ehemaligen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) wieder aufgenommen. Die elf Angeklagten hatten den organisatorischen Zusammenhalt der 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale AktivistInnen“ (ANS/NA) als Rädelsführer aufrechterhalten. Das Landgericht Stuttgart verhängte am 15. Februar gegen Jürgen Mosler, den früheren Gegenspieler des 1991 verstorbenen Neonaziführers Michael Kühnen, eine zweijährige Bewährungsstrafe und eine Geldbuße von 1.000 DM. Der Angeklagte hatte gestanden, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) mit anderen Rechtsextremisten und mit Wissen des damaligen FAP-Vorsitzenden Martin Pape unterwandert zu haben, um die Ziele der verbotenen ANS/NA weiterzuverfolgen. Das Urteil ist rechtskräftig. Der Neonazi Michael Swierczek und zwei ebenfalls geständige Mitangeklagte wurden am 7. März zu Bewährungsstrafen von 15 bzw. 18 und siebeneinhalb Monaten verurteilt. In einem weiteren abgetrennten Verfahren verhängte das Gericht gegen vier Angeklagte am 16. Mai Bewährungsstrafen zwischen sechs und zehn Monaten.

*Verbotene  
ANS/NA*

Das Landgericht Dortmund verurteilte am 8. November den Neonazi Meinolf Schönborn zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und drei

Monaten wegen Verstoßes gegen ein vollziehbares Vereinsverbot. Nach Überzeugung des Gerichts hatte der Angeklagte die organisatorischen Strukturen der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF) in ihrem Kern aufrechterhalten. Er habe von Anfang an nicht den Willen gehabt, das Verbot zu respektieren. Hinweise auf organisatorische Strukturen sah das Gericht insbesondere in den von Schönborn verfaßten „Berichten zur Lage“, in denen er immer wieder dazu aufgerufen hatte, den Kampf fortzusetzen, zu spenden und ihn zu unterstützen.

*Verbotene NF*

## 7. Sonstige rechtsextremistische Organisationen

### 7.1 Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)

Die von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründete GFP stellt vor allem ein Podium für Publizisten dar, die rechtsextremistisches Gedankengut vertreten. Sie will in einer angeblich „durch Siegerrechte und Besiegtenpflichten beschränkten Öffentlichkeit“ eine „Freistatt für den deutschen Gedanken und das deutsche Wort“ schaffen und erhalten. So wendet sie sich gegen die „Entstellungen in der deutschen Geschichtsbetrachtung“ und die „unwahren Darstellungen der Ursachen und Hintergründe beider Weltkriege“. Ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung ergibt sich u.a. aus der Mitgliedschaft führender Aktivisten rechtsextremistischer Organisationen, insbesondere der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), und der Verbreitung deren Gedankenguts bei Vorträgen.

*Zielsetzung*

*Mitgliederstärkste rechtsextremistische „Kulturvereinigung“*

Die Vereinigung, die ihren Sitz in München hat, zählt im Bundesgebiet rund 500 (1994: 420) Mitglieder, davon etwa 40 in Bayern. Vorsitzender ist seit Mai 1992 der frühere „Chefideologe“ der NPD Dr. Rolf Kosiek.

Unter dem Motto „Deutschland 50 Jahre nach Kriegsende - Ein neuer Anfang muß her!“ hielt die GFP vom 5. bis 7. Mai in Aalen/Baden-Württemberg ihren Jahreskongreß ab. Dr. Kosiek wies im Einführungsreferat darauf hin, daß die aktuelle Diskussion um die Bedeutung des 8. Mai 1945 vielen Nachgeborenen erstmals wichtige Tatsachen über das Ende des Zweiten Weltkriegs vermittelt habe, so die unvorstellbaren Leistungen der deutschen Soldaten im Osten zur Rettung von Millionen Flüchtlingen. Umgekehrt versuchten volksfeindliche Kräfte, die damalige Niederlage der Wehrmacht in eine

*Revisionismus*

Befreiung des deutschen Volkes umzufälschen. Es sei unwürdig, wenn die Besiegten die Sprachregelung der Sieger annähmen.

## 7.2 Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.

Der von Rechtsextremisten gegründete Freundeskreis Ulrich von Hutten vertritt rechtsextremistische, insbesondere rassistische, Thesen und verbreitet Äußerungen, die das NS-Regime verharmlosen und die Bundesrepublik Deutschland verunglimpfen. Die Vereinigung zählt wie im Vorjahr bundesweit rund 280 Mitglieder, davon etwa 30 in Bayern. Vorsitzende ist die Präsidentin der Deutschen Kulturgesellschaft (DKG) in Österreich Lisbeth Gröglitsch.

*Verharmlosung  
des NS-Regimes*

Der Freundeskreis trat vorwiegend mit der Herausgabe und Verbreitung der Schrift „Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ in Erscheinung. Darin stellte er die „angebliche deutsche Fremdenfeindlichkeit“ der Ausländerkriminalität gegenüber und betonte, die Zahl der von Ausländern ermordeten Deutschen betrage mehr als das 70fache der ausländischen Todesopfer. Für getötete Deutsche sei außerdem „kein Gedenken, kein Kerzenmarsch, kein Trauerwort des Bonner Bundeskanzlers oder des BRD-Bundespräsidenten“ vorgesehen. Dies sei ein unerträglicher Zustand der Niedertracht und Heuchelei gegen das eigene Volk. Die Folgen würden sich „letzten Endes gegen Bonn selbst richten“.

*Fremdenfeindlichkeit*



## 8. Revisionismus-Kampagne

### 8.1 Ziele und Methoden

Das rechtsextremistische Lager ist sich weitgehend darin einig, daß das deutsche Volk in wesentlichen Fragen seiner jüngeren Geschichte rehabilitiert werden müsse. Der Revisionismus, der die Geschichtsschreibung über die Zeit des „Dritten Reichs“ ändern will, ist daher zu einem Bindeglied zwischen den unterschiedlichsten rechtsextremistischen Strömungen geworden. Seinen Repräsentanten geht es allerdings nicht um die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern gezielt um die Rechtfertigung bzw. Aufwertung der

*Versuch einer  
Rehabilitierung  
des National-  
sozialismus*

nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Im Mittelpunkt der revisionistischen Agitation steht die Leugnung des nationalsozialistischen Massenmords an europäischen Juden in Gaskammern deutscher Konzentrationslager während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust).

Im Bestreben, das nationalsozialistische Unrechtsregime zu verteidigen, müssen die rechtsextremistischen Revisionisten freilich Regeln der kritischen Geschichtswissenschaft mißachten und Forschungsergebnisse negieren, die nicht ihrem vorgefaßten Geschichtsbild entsprechen. Ihre Behauptungen zielen darauf ab, das auf seriöser Forschung beruhende Geschichtsbild propagandistisch zu unterminieren, um sich von einem vermeintlich aufgezwungenen „Schuldkomplex“ zu befreien. Die Revisionisten hoffen, mit Hilfe ihres angeblichen Wissenschaftlichkeitsanspruchs zunehmend aus der „braunen Ecke“ heraustreten zu können und größere Publizität und Zustimmung zu finden. Dabei machen sie sich zunutze, daß das Wissen über den Nationalsozialismus vielfach nur noch bruchstückhaft vorhanden ist. Vor allem Jugendliche laufen Gefahr, der in wissenschaftlichem Gewand daherkommenden Vielzahl von unbewiesenen Behauptungen, Verdrehungen und absurden Thesen zu erliegen. Nationalismus und Antisemitismus bilden die Wurzeln dieses Revisionismus, der letztlich Opfer zu Tätern und die Täter zu Opfern einer angeblich falschen Geschichtsschreibung machen will.

*Geschichtsverfälschung*

## 8.2 Entwicklung

Revisionismus war von Anfang an keine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung, wobei der Anstoß zunächst aus Frankreich und den USA kam. Seit Beginn der 50er Jahre erschien eine große Anzahl von Büchern, die unter dem Schlagwort „Auschwitzlüge“

*Ursprung des Schlagworts „Auschwitzlüge“*



den „historischen“ Nachweis führen wollten, daß es keine Tötung von Juden in Gaskammern gegeben habe. Es fällt auf, daß die maßgeblichen Autoren keine Historiker waren, sondern andere Berufe hatten.

Größere Publizität erlangte der Revisionismus durch ein 1989 veröffentlichtes technisches „Gutachten“ des Amerikaners Fred A. Leuchter, wonach es in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern aufgrund der technischen Gegebenheiten nicht möglich gewesen sei, Menschen in Gaskammern zu töten. Die

Fehler und Widersprüche dieses als „Leuchter-Bericht“ bekanntgewordenen „Gutachtens“ sind in verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen ausführlich nachgewiesen worden. Dies hinderte Revisionisten beiderseits des Atlantiks indes nicht, Leuchters Machwerk als überzeugenden Beweis ihrer Thesen anzusehen und als „Sieg für Deutschland“ sowie als „Anfang vom Ende des Auschwitz-Mythos“ zu feiern. Weiteren Auftrieb erhielt die Revisionismus-Kampagne durch das 1994 verbreitete „Rudolf-Gutachten“, das sich u.a. auf den „Leuchter-Bericht“ bezieht. Verfasser ist der Diplom-Chemiker Gernar Scheerer geb. Rudolf, ein ehemaliges Mitglied der Partei „Die Republikaner“ (REP). In seinem „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Zyanidverbindungen in den ‚Gaskammern‘ von Auschwitz“ kam er zu dem Schluß, daß die „behaupteten Menschentötungs-Gaskammern in Auschwitz niemals mit Zyklon B in Berührung gekommen sind“. Dabei verkannte er - wie Leuchter -, daß die beim Freisetzen von Blausäure entstehenden chemischen Verbindungen unter dem Einfluß der Witterung innerhalb kurzer Zeit zerfallen und dann nicht mehr nachweisbar sind. Das Landgericht Stuttgart verurteilte Scheerer am 23. Juni wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung.

*„Leuchter-Bericht“*

*„Rudolf-Gutachten“*

Aufgrund der konsequenten strafrechtlichen Verfolgung rechtsextremistischer Aktivitäten war die Zahl der in Deutschland verbreiteten revisionistischen Publikationen leicht rückläufig. Überzeugte Revisionisten werden dennoch auch künftig jede Gelegenheit nutzen, ihre Thesen öffentlichkeitswirksam darzustellen.

*Konsequente Strafverfolgung*

### 8.3 Träger der Revisionismus-Kampagne

Wegen behördlicher Gegenmaßnahmen und strafrechtlicher Verfolgung meiden die international aktivsten Revisionisten Deutschland als Betätigungsfeld. Sie weichen zunehmend in Länder aus, in denen Strafbestimmungen gegen das Verbreiten revisionistischen Gedankenguts fehlen.

Der wohl bekannteste Vertreter des Revisionismus ist der international agierende britische Schriftsteller David Irving, der sich nach eigenen Angaben durch den „Leuchter-Bericht“ überzeugen ließ, daß der Holocaust nur eine „Propagandalüge“ der Sieger des Zweiten Welt-

*David Irving*

kriegs sei. Seine Aktivitäten in Deutschland wurden durch die 1993 von der Landeshauptstadt München verfügte Ausweisung unterbunden. Erst im April trat er hier erneut propagandistisch in Erscheinung. Auf vorgedruckten Postkarten vertrat er die These, die Gaskammern in Auschwitz seien Fälschungen. Die Karten wurden aus Florida/USA an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens versandt.

#### *Ernst Zündel*

Einer der aktivsten Exponenten des Revisionismus ist der deutsche Staatsangehörige Ernst C. F. Zündel, der 1958 nach Kanada übersiedelte. Seit 1976 tritt er als Inhaber des Verlags Samisdat Publishers Ltd. in Toronto in Erscheinung. Er verfaßt und verschickt in erster Linie den „Germania“-Rundbrief, der neonazistische und antijüdische Thesen enthält (vgl. Nummer 10.2).

Darüber hinaus ist Zündel intensiv bemüht, sein revisionistisches Programm „Another Voice of Freedom“ über elektronische Medien weltweit zu verbreiten. Bereits Anfang 1993 erwarb er Senderechte bei Radio- und Fernsehstationen in den USA. Er betreibt in Toronto die Mailbox „Digital Freedom BBS“ und propagiert seine Thesen auch im weltumspannenden Datenverbundnetz Internet.

#### *Internationale Kontakte*

Seine Verbindungen zu europäischen Neonazis intensivierte Zündel durch mehrere Europareisen. In München unterhielt der Neonazi Ewald Bela Althans für seine Leitfigur zeitweilig ein „Zündel-Büro“. Internationale Kontakte bestehen über den Revisionisten David Irving nach Großbritannien, aber auch in die Niederlande, nach Frankreich, in die USA und seit Mitte 1994 zu dem russischen Nationalistenführer Wladimir Schirinowskij.

#### *Institute for Historical Review (IHR)*

Das 1979 unter rechtsextremistischer Beteiligung gegründete IHR mit Sitz in Kalifornien/USA trägt durch Veranstaltungen und Publikationen antisemitische und neonazistische Positionen an die amerikanische und internationale Öffentlichkeit. Es unterhält Verbindungen zu Rechtsextremisten in allen Kontinenten. Mit seiner Zeitschrift „Journal of Historical Review“ und vor allem mit seinen jährlichen Kongressen bietet es revisionistischen Amateur-Historikern aus aller Welt eine Plattform, um gegen die Ergebnisse der seriösen zeitgeschichtlichen Forschung zu polemisieren. Auf diesen Tagungen traten nahezu alle bekannten Vertreter des Revisionismus auf.

#### *Althans-Büro*

Zu den Trägern der Revisionismus-Kampagne in Bayern gehörte in erster Linie das von dem Neonazi Ewald Bela Althans repräsentierte, seit 1993 endgültig geschlossene „Amt für Volksaufklärung und Öff-

fentlichkeitsarbeit“ (AVÖ) in München. Erhebliches öffentliches Aufsehen erregte Althans durch seine Mitwirkung in einem 1993 produzierten Dokumentarfilm über Neonazismus mit dem Titel „Beruf Neonazi“. Darin leugnete er die systematische Ermordung von Juden im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz und bezeichnete die dortigen Gaskammern als „Attrappen“. Das Landgericht Berlin verurteilte ihn deswegen am 29. August zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren ohne Bewährung wegen Volksverhetzung sowie Verunglimpfung des Staates und des Andenkens Verstorbener. Während der Verhandlung behauptete Althans, er habe der Neonaziszene den Rücken gekehrt. Dieses Verhalten isolierte ihn bei früheren Gesinnungsgenossen; auch seine Leitfigur Zündel ging auf Distanz.

Die seit August 1993 erscheinende Schrift „Deutschland Report“ hat das revisionistische Gedankengut und die unverblümete antisemitische und fremdenfeindliche Hetze der im Februar 1994 eingestellten „Remer-Depesche“ übernommen. Ihr Herausgeberkreis ist die Institution „Media World“ mit Sitz in England.

*„Deutschland Report“*

## 9. Organisationsunabhängige Publizistik

Die sieben Verlage, Vertriebs- und Buchdienste in Bayern, die Publikationen mit rechtsextremistischem Inhalt herausgeben bzw. verbreiten, entwickelten 1995 eine immer noch beachtliche Tätigkeit. Die Auflage der periodisch herausgegebenen einschlägigen Druckschriften, die gegenüber dem Vorjahr um rund 17 Prozent zurückging, betrug monatlich 248.000 (1994: 300.000) Exemplare, wobei erhöhte Auflagen zu besonderen Anlässen nicht eingerechnet sind. Das Angebot umfaßte außerdem Bücher mit rechtsextremistischem Inhalt sowie Schallplatten, Tonkassetten und Videofilme.

*Rückgang der Auflagenzahlen*

### 9.1 Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)

Wirkungsvollstes Propagandainstrument des Rechtsextremismus in Deutschland ist weiterhin der DSZ-Verlag in München unter der Leitung von Dr. Gerhard Frey. Im Verlag erscheinen die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) mit einer Wochenaufgabe von etwa 35.000 (1994: 42.000) und die „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ), die im Untertitel den Namen des Ende 1990 eingestellten „Deutschen Anzeigers“ (DA) führt, mit wöchentlich rund 20.000 (1994: 25.000)

*DSZ-Verlag als Schwerpunkt der rechtsextremistischen Publizistik*



Exemplaren. Der Rückgang der Auflagenzahlen ist - wie auch die Wahlergebnisse und der Mitgliederschwund in weiten Bereichen des Rechtsextremismus zeigen - ein Indiz für nachlassendes Interesse.

Die Wochenzeitungen Dr. Freys, die auch als Sprachrohre der DVU fungieren, wandten sich gegen die Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der deutschen Kapitulation von 1945. Unter der Überschrift „War das wirklich Befreiung? Kapitulation und Massenterror - kein Grund zur Feier“ versuchten sie, die Zahl der deutschen Kriegsoffer gegen die Opfer des NS-Regimes aufzurechnen. Sie behaupteten, die „antideutsche Umerziehung“ erreiche 50 Jahre nach Kriegsende neue Höhepunkte:

*„Das ‚Gedenkjahr 1995‘ wird von der massiven und einseitigen Beschwörung deutscher Schuld beherrscht, während die entsetzlichen Menschheitsverbrechen am deutschen Volk weitgehend unerwähnt bleiben und bestenfalls als ‚gerechte Strafe‘ der Geschichte dargestellt werden.“*

## 9.2 Nation Europa Verlag GmbH

Sprachrohr  
der DLVH



Im Nation Europa Verlag in Coburg erscheint die Monatsschrift „Nation und Europa - Deutsche Rundschau“. Herausgeber sind der Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) Peter Dehoust, der frühere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden und der Vorstandssprecher der DLVH Harald Neubauer. Dehoust entwickelte bei „Runden Tischen“ zur Einigung des „rechten Lagers“ beachtliche Initiativen. Der Verlag wird von dem 1954 gegründeten Verein „Nation-Europa-Freunde e.V.“ finanziell unterstützt.

In der Ausgabe vom Oktober stellte die Schrift den früheren REP-Vorsitzenden Schönhuber als neuen Autor vor, der künftig regelmäßig mit einer eigenen Kolumne vertreten sein werde.

Die Schrift kritisierte das ihrer Ansicht nach allzu milde Strafmaß für Drogenhandel, während etwa ein Vertreter des Revisionismus, der „ungehörige Millionen Zahlen“ verbreite oder die Wirksamkeit eines bestimmten Gases bestreite, mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren rechnen müsse. In der Ausgabe vom November/Dezember versuchte Schönhuber mit antisemitischer Polemik, die deutschen Kriegsverbrechen zu relativieren:

*Antisemitische  
Polemik*

*„Ist es Aufrechnung, wenn man auch mit den schändlichen, auf der Sie-  
gerseite begangenen Kriegsverbrechen abrechnet? ... Warum verjähren  
Kriegsverbrechen in Israel nach 30 Jahren, in Deutschland aber nie? Ist es  
gerecht, jetzt noch deutsche Greise zu jagen und zu verfolgen für Ver-  
brechen, die heute wieder gang und gäbe sind, aber ungesühnt bleiben?  
Darf man da nicht an die massenhafte Ermordung ägyptischer Kriegsge-  
fangener in den Sinai-Kriegen von 1956 und 1967 durch israelische Sol-  
daten mit Billigung ihrer Vorgesetzten, heute Generäle, denken? Sind wir  
das auserwählte Volk des Satans?“*

## 10. Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus

### 10.1 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)

Die neonazistische NSDAP-AO in den USA fordert die „Ausschaltung des jüdischen Einflusses“, die Überwindung des „Materialismus“ durch den Nationalsozialismus und die „Neugründung der NSDAP als legale Partei“. Endziel ist die „Schaffung eines nationalsozialistischen Staates“ in einem „nevereinigten Großdeutschen Reich“ und die „Errichtung einer Neuen Ordnung auf einer rassischen Grundlage in der gesamten arischen Welt“. Der „Propagandaleiter“ der NSDAP-AO Gary Rex Lauck gibt große Mengen an Agitationsmaterial heraus, darunter das zweimonatlich erscheinende Publikationsorgan „NS Kampftruf“. Dieses NS-Propagandamaterial geht von der „Auslandszentrale“ in Lincoln/Nebraska den oft nur aus einer Person bestehenden Stützpunkten der NSDAP-AO im Bundesgebiet zu, denen die Weiterverbreitung im Inland obliegt.

*NS-Staat als Ziel*



Lauck konnte aufgrund eines internationalen Haftbefehls des Amtsgerichts Hamburg am 20. März in Kopenhagen festgenommen werden. Er hatte sich dort mit dänischen Gesinnungsgenossen getrof-

*Festnahme  
und Auslieferung  
Laucks*

fen. Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in Dänemark wurde er am 5. September an Deutschland ausgeliefert. Hier erwartet ihn ein Strafverfahren der Staatsanwaltschaft Hamburg wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und anderer Delikte.

*Exekutivmaß-  
nahme  
„Atlantik II“*

Unter der Bezeichnung „Atlantik II“ wurde am 23. März eine bundesweite Exekutivmaßnahme gegen Bezieher und Verteiler von Propagandamaterial der NSDAP-AO durchgeführt. Polizeibeamte des Bundes und der Länder durchsuchten 84 Objekte, davon zehn in Bayern. Bei nahezu allen 56 Tatverdächtigen fanden die Beamten rechtsextremistisches Propagandamaterial sowie sonstige strafrechtlich relevante Gegenstände. So beschlagnahmten sie als Beweismittel u.a. rund 9.000 Hakenkreuzaufkleber, etwa 150 Exemplare des „NS Kampfruf“, sechs Fahnen, mehrere Hakenkreuzarmbinden sowie einen Personalcomputer mit Disketten.

Durch diese Exekutivmaßnahmen wurde die Propagandatätigkeit der NSDAP-AO eingeschränkt. Seit Laucks Inhaftierung erschien der NS Kampfruf verspätet oder in gekürztem Umfang. In der Juli-August-Ausgabe wurde der Generalbundesanwalt als „Drahtzieher des Terrors“ bezeichnet. Weiter hieß es:

*Aufruf zum Terror*

*„Kay Nehm (54), Generalbundesanwalt:  
Verantwortlich für die jetzige Terrorwelle gegen die Untergrundkämpfer im Reichsgebiet. Eines Tages werden diese Politbonzen ihrer absolut notwendigen Beseitigung hinzugeführt werden! Für das System keinen Millimeter Boden, sondern neun mm.“*

## 10.2 Verlag Samisdat Publishers Ltd.

*Revisionismus*

Inhaber des in Toronto/Kanada ansässigen Verlags ist der deutsche Staatsangehörige Ernst C. F. Zündel. Er hat internationale Kontakte und verbreitet zahlreiche Publikationen, darunter den „Germania“-Rundbrief in einer geschätzten Auflage von 50.000 Exemplaren. Im Frühjahr 1995 übernahm er die Herausgabe der neonazistischen Publikation „Die Bauernschaft“ von dem damals in Dänemark lebenden deutschen Revisionisten Thies Christophersen in der Erwartung,



damit rund 3.000 neue Abonnenten zu gewinnen. Die Schrift wird bei dem belgischen Rechtsextremisten Siegfried Verbeke in Antwerpen gedruckt.

Im „Germania“-Rundbrief vom 15. November kommentierte Zündel den Anschlag auf den israelischen Ministerpräsidenten mit der zynischen Behauptung, hier sei ein „Mörder“ durch einen Mörder aus dem eigenen Volk ums Leben gekommen. Unter der Überschrift „Yitzhak Rabin: Lebte beim Schwert und starb durch das Schwert“ hieß es:



*„Der Rummel um Rabin geht mir auf die Nerven. Ein ‚Soldat des Friedens‘ soll er gewesen sein? Es ist eine Charakterlosigkeit, so etwas zu behaupten! Jüdische Kreise und Nazijägerorganisationen sind mitverantwortlich für die Justiztragödie und die Justizmorde von Nürnberg. Unter den gegen die Deutschen und Japaner angewandten angeblichen ‚Normen des Rechts‘ hätte Yitzhak Rabin nicht verherrlicht, sondern schon längst angezeigt, abgeurteilt und von einem internationalen Gericht hingerichtet werden sollen.“*

## 11. Nutzung der Informationstechnik durch Rechtsextremisten

Die Vervollkommnung der Informationstechnik und die steigende Übertragungsgeschwindigkeit bieten Rechtsextremisten neue Möglichkeiten der Strukturierung und internationalen Vernetzung. Insbesondere Neonazis haben frühzeitig erkannt, daß ein organisationsunabhängiges Vorgehen enge informationelle Kontakte voraussetzt. Durch Mobiltelefone, Faxgeräte, Mailboxen oder Info-Telefone können die bei einer fehlenden Struktur nicht vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten wirkungsvoll ersetzt werden. Mittlerweile hat sich die rechtsextremistische Szene insbesondere die für einen überregionalen Informationsaustausch geeigneten Kommunikationswege voll erschlossen und nutzt - vor allem im Internet - die weltweite Datenfreiheit und die unterschiedlichen Rechtsvorschriften der einzelnen Staaten für propagandistische Aktivitäten.

### 11.1 Mailboxen

Zur Förderung ihrer informationellen - nicht organisatorischen - Vernetzungsbestrebungen setzen Rechtsextremisten verstärkt Mailboxen und deren Zusammenschluß in Form des Thule-Netzes ein. Diesem seit Frühjahr 1993 bestehenden organisationsübergreifenden Kommunikationssystem gehören bundesweit 13 Mailboxen an, darunter in Bayern die Mailboxen Widerstand BBS\* in Erlangen, Janus BBS in München, Kraftwerk BBS in Weißenbrunn und Oberland BBS in München (im Aufbau). Dem Thule-Netz sind ferner vier Mailboxen in Öster-

reich, Norwegen und den Niederlanden angeschlossen. Nach eigenen Angaben hat das Thule-Netz neben der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit noch folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Herstellung und Verfestigung der Kontakte zwischen „nationalen“ Gruppen;
- Entwicklung einer Datenbank mit Informationen für „nationale“ Aktivisten - insbesondere soll die Herstellung von „national gesinnten“ Publikationen durch die Bereitstellung von Artikeln gefördert werden;
- Minderung des Verfolgungsdruckes durch das „System“, indem Kommunikationsmöglichkeiten bereitgestellt werden, die vom „System“ nicht - oder nur mit erheblichem technischen Aufwand - ausgespäht werden können.

Die dem Verbund angehörenden Mailboxen sind jeweils in mehrere Zugriffsebenen aufgegliedert. Die Zugriffsebene, d.h. die Berechtigung, einen bestimmten Informationsbereich („Brett“) einzusehen, wird dem Benutzer vom Betreiber der Mailbox zugewiesen. Die Art der Inhalte der einzelnen „Bretter“ reicht von rechtsextremistischen Szene-Texten, Flugblättern und Computerprogrammen bis hin zu allgemeinen Nachrichten. Ferner nutzen die Teilnehmer das Medium zum Austausch von persönlichen - zum Teil verschlüsselten - Nachrichten.

\* BBS in den Namen der Mailboxen steht für Bulletin Board System, ein aus Computer und Software bestehendes Kommunikationssystem, das dem Senden und Empfangen von Daten dient.

*Thule-Netz*



*Mehrere  
Zugriffsebenen*

Das Thule-Netz wird zentral von der Mailbox Widerstand BBS in Erlangen gesteuert. Betreiber und Systemoperator (Sysop) ist ein Informatikstudent. Er ist verantwortlich für die Netzkoordination, insbesondere die Steuerung der angeschlossenen Mailboxen und „Points“ sowie die Verbindungen in andere Netze.

*Zentrale Steuerung*

Darüber hinaus nutzen Rechtsextremisten im Bundesgebiet auch die Möglichkeiten der Datenübermittlung von Texten und Bildern in internationalen Datenverbänden, insbesondere im „Internet“. Vom „Host-Rechner“ der Mailbox Widerstand BBS in Erlangen wurden über einen „Service-Provider“ (Mittler/Verbindungsstelle) die technischen Voraussetzungen für einen gegenseitigen Datenaustausch zwischen dem Internet und dem Thule-Netz geschaffen.

*Internationaler  
Datenaustausch*

Das Internet ist ein weltweiter Netz- und Rechnerverbund mit derzeit über 40 Millionen Teilnehmern. Die Informationen sind nicht zentral auf einem Rechner gespeichert, sondern auf die Vielzahl der angeschlossenen Computersysteme verteilt. Je nach Bedarf und Fragestellung kann die benötigte Information weltweit aus dem betreffenden Computer/Rechner über das Netz abgerufen werden. Den Zugang zum Internet kann jedermann über einen sogenannten „Service-Provider“ beantragen. Da das Verbreiten rechtsextremistischen Gedankenguts über das Internet nur schwer eingedämmt werden kann, übt dieser Verbund auf Rechtsextremisten eine besondere Anziehungskraft aus. Zu den dort im Berichtszeitraum abrufbaren Informationen gehörten neben dem bekannten „Leuchter-Bericht“ revisionistische Schriften des Neonazi Ernst C. F. Zündel sowie die Kampfschrift „NS Kampfruf“ und sonstige Veröffentlichungen der NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO).

*Internet*

## 11.2 Nationale Info-Telefone

Die Einrichtung von Nationalen Info-Telefonen (NIT) dient im neonazistischen Bereich - in Nachahmung der im linksextremistischen autonomen Spektrum bereits seit längerem betriebenen Info-Telefone - der Informationsbündelung und Koordinierung von Veranstaltungen. Dabei werden interessierten Anrufern über Anrufbeantworter kurzfristig aktuelle Meldungen zugänglich gemacht. Dazu gehören Veranstaltungshinweise aus dem gesamten „nationalen Lager“, Informationen über Exekutivmaßnahmen und Hinweise auf mögliche Aktionen politischer Gegner, aber auch Stellungnahmen zu Gesetz-

*Koordinierte  
Informationen*

gebung und Rechtsprechung. Auch besteht Gelegenheit, selbst Informationen auf Band zu sprechen. Die Betreiber der Info-Telefone sind bemüht, die Texte so zu formulieren, daß sie die rechtsextremistische Grundeinstellung zwar klar erkennen lassen, jedoch möglichst keine Angriffsfläche für eine strafrechtliche Verfolgung bieten. Dennoch wurden in der Vergangenheit mehrfach Info-Telefone stillgelegt, weil Passagen der Ansagetexte gegen strafrechtliche Bestimmungen verstießen.

In Bayern weisen das NIT Franken und das NIT Schwaben einen rechtsextremistischen Hintergrund auf. Die Koordination und Abstimmung hat federführend der Betreiber des NIT Hamburg, ein ehemaliger FAP-Funktionär, übernommen. Der Informationsaustausch erfolgt über Telefaxgeräte, die bei einem Großteil der Betreiber vorhanden sind.

### 11.3 Mobilfunk-Anlagen

Das rechtsextremistische Spektrum verwendet in zunehmenden Maß Mobilfunk-Telefonanlagen. Benutzt werden derzeit im wesentlichen Mobilfunk-Geräte für das sogenannte C-Netz, D-Netze (D1- und D2-Netz) sowie das örtlich betriebene E-Netz. Die Funktelefone kamen bereits bei mehreren Großveranstaltungen rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen zum Einsatz. Im Vorfeld wurde über Info-Telefone zur Verwendung dieses Kommunikationsmittels aufgerufen. Führende Mitglieder des „rechten Lagers“ nutzen Mobilfunk-Anlagen, um so ständig für ihre Anhänger erreichbar zu sein.

## 12. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1995 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
<b>1. Parteien einschließlich integrierter Vereinigungen</b>			
Die Republikaner (REP) 26.11.1983, Berlin	4.000	16.000	Der Republikaner monatlich, 22.000
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 28.11.1964, Stuttgart	730	4.000	Deutsche Stimme monatlich, 49.500 Bayern-Stimme unregelmäßig, 1.000
Junge Nationaldemokraten (JN) 1969, Stade	55	150	Einheit und Kampf zweimonatlich, 2.800 Der Aktivist unregelmäßig, 500
Nationaldemokratischer Hochschul- bund (NHB) 1967, Nürnberg	unter 10	50	Vorderste Front halbjährlich, 1.000
Deutsche Volksunion (DVU) 05.03.1987, München	2.000	15.000	(Publizistische Sprachrohre: siehe DSZ-Verlag)
Deutsche Volksunion e.V. einschließ- lich Aktionsgemeinschaften 16.01.1971, München			(siehe DVU)
<b>2. Neonazistische Organisationen</b>			
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 02.07.1979, Frankfurt am Main	30	300	Nachrichten der HNG monatlich, 380
Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) 01.04.1983, Kaufbeuren	Funktionärsgruppe		Recht und Wahrheit zweimonatlich, 2.500
Kameradschaft Franken Nürnberg	20		
Deutsche Nationalisten (DN) 21.07.1993, Mainz	10	70	
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 1972, Lincoln/USA, Stützpunkte im Bundesgebiet		100	NS Kampfruf zweimonatlich, 1.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1995 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
--	--------------------------------	-------------	--

### 3. Sonstige Organisationen

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) 03.10.1991, Berlin	150	900	(Publizistisches Sprachrohr, siehe Nation Europa Ver- lag GmbH) monatlich, 16.000
Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) 1960, München	40	500	Das Freie Forum vierteljährlich, 1.000
Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. Februar 1982, Starnberg	30	280	Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht zweimonatlich, 4.000
Bund Frankenland* Dezember 1991, Würzburg	Funktionärsgruppe		
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV) September 1981, München		300	

### 4. Verlage

Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)			Deutsche National-Zeitung (DNZ), wöchentlich, 36.000 Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ), wöchentlich, 22.000
Nation Europa Verlag GmbH 1953, Coburg			Nation und Europa - Deut- sche Rundschau monatlich, 16.000
Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG 1949, Pähl			Mensch und Maß zweimal monatlich, 2.000
Denk mit!-Verlag Nürnberg			Denk mit! unregelmäßig, 1.000
Odal-Verlag Rodach b. Coburg			Der Scheinwerfer monatlich, 7.000
VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH Berg			Deutsche Geschichte vierteljährlich, 10.000
Castel del Monte Verlag München			Staatsbriefe monatlich, 800

\* Die im Vorjahr von einem Aktivisten des Bundes Frankenland herausgegebene Schrift „Junges Franken“ war keine Publikation des Vereins. Der Verfassungsschutzbericht Bayern 1994 wird insofern berichtigt.

## 2. Abschnitt

# Linksextremismus

## 1. Allgemeines

### 1.1 Merkmale des Linksextremismus

Das ideologische Spektrum der Linksextremisten reicht von Anhängern des „wissenschaftlichen Sozialismus/Kommunismus“ in seiner klassischen Form über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichen diffusen Konzeptionen bis hin zu Anarchisten. Theoretische Grundlagen bilden im wesentlichen die Werke von Marx und Lenin, aber auch Trotzki, Stalin, Mao Tse-tung und andere. Die Bestrebungen der Linksextremisten sind darauf ausgerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen und durch eine ihren ideologischen Vorstellungen entsprechende Ordnung zu ersetzen. Diese Bestrebungen sind verfassungsfeindlich, weil die Ziele und die Mittel, mit denen sie erreicht werden sollen, gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen.

*Ideologisches  
Spektrum*

So erstreben Linksextremisten, auch wenn sie es häufig nicht offen aussprechen,

*Ziele der  
Linksextremisten*

- die „sozialistische“ Revolution,
- Klassenkampf und Klassenherrschaft,
- die Diktatur des Proletariats.

Diese Ziele verstoßen vor allem gegen das Mehrheits- und Freiheitsprinzip sowie gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Eine Reihe von linksextremistischen Gruppierungen bekennt offen, daß ihre Ziele nur unter Anwendung von Gewalt zu erreichen sind. Teilweise verüben sie Gewalttaten oder arbeiten zur Erreichung ihrer Ziele mit Gewalttätern zusammen. Dies verstößt gegen den Grundsatz des Ausschlusses jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und verletzt, wenn sich die Gewalt auch gegen Personen richtet, das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

*Anwendung  
von Gewalt*

*Nachlassende  
Abwehrbereit-  
schaft unserer  
Demokratie  
gegenüber Links-  
extremisten*

Durch geschickte Wahl ihrer Aktionsfelder und Themen versuchen Linksextremisten, ihre wahren Ziele zu verschleiern. Beispiele hierfür sind der sogenannte Antifaschismus und die Antikernkraftbewegung. Durch gewandte Agitation ist es den Linksextremisten teilweise gelungen, den bisherigen Konsens aller Demokraten in der Ablehnung jedweden politischen Extremismus zu durchbrechen. Indizien für eine Aufweichung dieser klaren Grenzziehung sind öffentliche Diskussionen über eine mögliche Beteiligung von Linksextremisten an Koalitionsregierungen und das Zusammenwirken demokratischer Gruppierungen mit Linksextremisten bei einzelnen Protestthemen wie z.B. in der Antikernkraftbewegung. Linksextremistische Positionen werden dadurch nicht als solche erkannt. Dies schwächt die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie gegenüber linksextremistischen Entwicklungen.

## 1.2 Entwicklung in Bayern

*Stagnierende  
Entwicklung*

Die Zahl der linksextremistischen und linksextremistisch beeinflussten Parteien und Gruppierungen sowie die Gesamtzahl der Mitglieder hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Die Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Bayern (PDS LV Bayern) konnte ihre Mitgliederzahl erhöhen. Sie ist in Bayern wie auch in anderen westlichen Bundesländern ein Sammelbecken für Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten. Die DKP mußte Mitgliederverluste hinnehmen. Konstant geblieben ist die Zahl der Anhänger autonomer Gruppen, die von anderen linksextremistischen Gruppen wie der PDS zunehmend als Partner für Aktionen akzeptiert werden. Die Autonomen zeigten wachsende Gewaltbereitschaft.

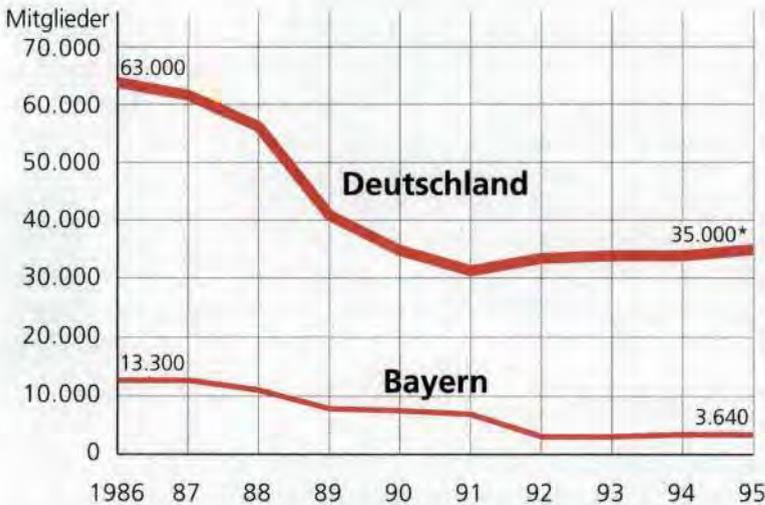
*Agitationsthemen*

Zentrale Agitationsthemen der Linksextremisten waren Neonazismus/Faschismus, Asyl- und Abschiebeproblematik, Rassismus, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Transport von abgebrannten Brennelementen aus Kernkraftwerken in Castor-Behältern, Friedenseinsätze der Bundeswehr im Ausland und das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Die Entwicklung der Zahl linksextremistischer und linksextremistisch beeinflusster Organisationen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen. Bei erkannten Mehrfachmitgliedschaften erfolgte die Erfassung nur bei einer Organisation.

	1993	1994	1995
Anzahl der Organisationen	40	42	42
<b>Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten</b>			
Kernorganisationen	1.910	2.180	2.150
Nebenorganisationen	145	80	110
beeinflusste Organisationen	935	830	830
<b>Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre</b>			
	475	550	550
Linksextremisten insgesamt	3.465	3.640	3.640

Zahl und Mitgliederstärke linksextremistischer Organisationen



\* Die Kurve für die bundesweite Entwicklung beruht auf Zahlen des Bundesamts für Verfassungsschutz, das von den Mitgliedern der PDS nur die der Kommunistischen Plattform (KPF) erfaßt. Die Zahlen für 1995: PDS Bund insgesamt 121.000, KPF 5.000

## 2. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten

### 2.1 Überblick

*Versuch der Bündelung extremistischer Kräfte*

Durch massive Kritik an den herrschenden Verhältnissen und Forderung nach „Fundamentalopposition“ versuchten marxistisch-leninistisch ausgerichtete Organisationen und andere revolutionäre Marxisten ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näherzukommen. Dabei gelang es nur begrenzt, die unterschiedlichen Ideologien und Strömungen zu bündeln. Die PDS, die nach dem Zusammenbruch des SED-Unrechtsregimes einen neuen Weg des „demokratischen Sozialismus“ beschreiten will, versucht, Linksextremisten sämtlicher Couleur von Radikalsozialisten bis sogenannten Basisdemokraten aus dem ökologischen Bereich zu integrieren. Auch wenn sie es nicht offen aussprechen, bekennen sich die Marxisten-Leninisten und die anderen revolutionären Marxisten zum Marxismus-Leninismus, zu Klassenkampf und Klassenherrschaft. Sie halten damit an ihren verfassungsfeindlichen Zielsetzungen fest, das sind die „sozialistische“ Revolution und die Diktatur des Proletariats.

*Festhalten an der Diktatur des Proletariats*

### 2.2 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

*Umbenannte SED*

Die ehemals in der DDR herrschende SED hat sich nach der friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch ihres Unrechtsregimes nicht aufgelöst. Sie beschloß auf ihrem Sonderparteitag am 16./17. Dezember 1989 in Berlin-Weißensee, sich in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)“ umzubenennen. Auf einer Tagung des Parteivorstands der SED-PDS am 4. Februar 1990 wurde der Parteiname endgültig in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) geändert. Der 1. Parteitag der PDS am 24./25. Februar 1990 bestätigte die Namensänderung.

#### 2.2.1 Ideologische Ausrichtung

Die PDS versteht sich als linke „Strömungspartei“ für sozialistische Gruppen und Personen, denen Kritik und Ablehnung der bestehenden politischen und ökonomischen Verhältnisse gemein sind. Das auf der 1. Tagung des 3. Parteitags der PDS vom 29. bis 31. Januar 1993 in Berlin beschlossene und bis heute gültige Parteiprogramm erklärt hier-

**Das Programm  
der PDS: Eine  
sozialistische  
Partei in  
Deutschland**

**PDS**

zu, die PDS sei ein Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte, die - bei allen Meinungsverschiedenheiten - darin übereinstimmten, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden müsse. Im Programm heißt es weiter:

*Gegen  
Kapitalismus*

*„In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden. Die PDS hält den außerparlamentarischen Kampf um gesellschaftliche Veränderungen für entscheidend.“*

*Außerparlamentarischer Kampf  
entscheidend*

Die Beseitigung des Kapitalismus, die Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems und damit der Demokratie im Sinn unseres Grundgesetzes sowie die Errichtung einer neuen „sozialistischen Gesellschaft“ gehören somit, auch wenn die Revolutionsrhetorik des Marxismus-Leninismus vermieden wird, zu den Zielen der Partei. Im Parteiprogramm erklärt die PDS:

*„Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens.“*

Das Bekenntnis der Partei zum außerparlamentarischen Kampf und zum Widerstand gegen die „Herrschenden“ und „gegebenen Verhältnisse“ ist mit der Grundidee der parlamentarischen repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes unvereinbar.

Die PDS vertritt einen konsequenten Internationalismus und ist dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der revolutionären und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und „demokratischen“ Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet.

*Bekenntnis zu  
Marx und Engels*

Die Berufung auf Marx und Engels, die historische Entwicklung der Partei sowie die politische Herkunft ihrer Mitglieder aus kommunistischen Organisationen müssen auch bei der Auslegung ihrer programmatischen Äußerungen berücksichtigt werden. Die PDS verwendet Begriffe wie Demokratie und Menschenrechte, die sie auch schon als SED gebraucht hat. Die Realität der DDR bewies jedoch, daß diese Begriffe dort anders, nämlich freiheits- und demokratiefeindlich, definiert waren. Ursache für die andere Interpretation politischer Begriffe ist deren bewußte Umwidmung im Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus, in dessen Denkschule die Masse der Mitglie-

*Umwidmung  
von Begriffen*

der der PDS erzogen wurde. Deshalb besitzen die in ihrer Programmatik verwendeten Begriffe für den unvoreingenommenen Beobachter eine schwer einschätzbare Doppeldeutigkeit.

### Rechtfertigung des DDR-Regimes

Das Parteiprogramm widmet der Rechtfertigung des „Sozialismusversuchs“ in der DDR und den übrigen osteuropäischen Staaten breiten Raum. Folgende Passagen sprechen für sich:

*„Dem welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 verdankt die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert.“*

*„Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung.“*

### „10 Thesen“

Zur weiteren programmatischen Orientierung verabschiedete der Parteivorstand der PDS am 28. November 1994 „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“, die eine über das ganze Jahr 1995 anhaltende Ideologiedebatte entfacht haben. Auf der 1. Tagung des 4. Parteitag der PDS vom 27. bis 29. Januar in Berlin wurden diese Thesen zur weiteren Diskussion an die Basisorganisationen der Partei überwiesen. Anstelle dieser Thesen verabschiedete der Parteitag das von Prof. Dr. Lothar Bisky, Dr. Gregor Gysi und Dr. Hans Modrow verfaßte Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel“.



### Fünf-Punkte-Papier

Das Fünf-Punkte-Papier steht in Kontinuität zum Parteiprogramm und hält am Anspruch grundlegender Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung fest. Hervorgehoben wird der „sozialistische Charakter der PDS“:

*„Er resultiert aus unserer Überzeugung, daß die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen die großen Menschheitsfragen nicht nur nicht gerecht, sondern gar nicht lösen können.“*

### Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Das Papier dokumentiert auch die ablehnende Haltung der PDS gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wenn festgestellt wird

*„(...), daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht.“*

Weiter heißt es im beschlossenen Fünf-Punkte-Papier:

*„Einig sind wir uns dahingehend, daß die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.“*

Der Parteitag im Januar, der im Zeichen einer sogenannten Antistalinismusdebatte stand, hat keine Veränderung der politischen Linie ergeben, sondern vielmehr ein ausdrückliches Bekenntnis zum Kommunismus. Die PDS stellt sich noch stärker als bisher als Partei dar, die in der Tradition der SED sowohl Kommunisten als auch kommunistisches Gedankengut in ihren Reihen für unverzichtbar hält und am Anspruch der Überwindung der freiheitlichen Gesellschaftsordnung festhält. Weder gab es die in der Öffentlichkeit diskutierte Ausgrenzung der Kommunistischen Plattform (KPF) der PDS noch eine Annäherung der PDS an sozialdemokratische Positionen.

*Festhalten am  
Kommunismus*

Zwar wurde im Zusammenhang mit der sogenannten Antistalinismusdebatte die Repräsentantin der KPF, Sahra Wagenknecht, nicht wieder in den Parteivorstand gewählt; sie erzielte jedoch mit 129 der 391 abgegebenen gültigen Stimmen ein beachtliches Ergebnis. Damit hat ein Drittel der Delegierten trotz der gegenteiligen Wahlempfehlung von Bisky und Gysi für die herausragendste Vertreterin des marxistisch-leninistischen Flügels der Partei gestimmt. Die von Bisky und Gysi medienwirksam inszenierte Abwahl Wagenknechts bedeutet somit keine Abgrenzung der PDS gegenüber bekennenden Kommunisten und kommunistischem Gedankengut. Besonders deutlich wird dies durch den von der KPF initiierten Zusatz zum „Fünf-Punkte-Papier“, den der Parteitag beschloß:

*„Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.“*

Die Begriffe „Demokratie“ und „Kommunismus“ schließen sich gegenseitig aus. Deshalb ist die Verwendung des Begriffspaares „demokratisch-kommunistisch“ ein Beispiel dafür, daß die PDS Demokratie nicht im Sinn des Grundgesetzes versteht.

Nach der Wahlniederlage der PDS bei der Bürgerschaftswahl am 14. Mai in Bremen veröffentlichten 38 Personen, darunter prominente Parteimitglieder und Persönlichkeiten des Kultur- und Wissen-

*Aufruf  
„In großer Sorge“*

schaftsbereichs der ehemaligen DDR, im „Neuen Deutschland“ vom 18. Mai einen Aufruf „In großer Sorge“. Darin wird das Bekenntnis der PDS zu Marxismus und Klassenkampf sowie zur ehemaligen DDR gefordert. Zu den Unterzeichnern gehören die PDS-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer und Dr. Winfried Wolf, der Funktionär der KPF Michael Benjamin sowie der Vorsitzende der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“ (GBM) Wolfgang Richter.

*Bekenntnis zu  
Marxismus und  
Klassenkampf*

Die Verfasser des Aufrufs äußern sich besorgt über die Zukunft der PDS. Sie kritisieren den Kampf der „Reformer“ gegen die „Stalinsten“ in der PDS und ergreifen Partei für letztere. Das Oppositionsverständnis in der PDS dürfe nicht aufgeweicht, der Klassenkampf müsse nach wie vor propagiert, die „Eigentümerfrage“ im Sinn des Sozialismus gelöst werden. Außerdem beklagen sie, Gysi und Bisky hätten SED und DDR durch die Verurteilung des Stalinismus eine Absage erteilt und den Pluralismus in der Partei eingeschränkt. Gleichzeitig plädieren sie für eine sozialistische Zielstellung der PDS. Die PDS dürfe sich nicht - etwa durch eine Regierungsbeteiligung - anpassen. Der Aufruf ist weiterer Ausdruck der innerparteilichen Auseinandersetzungen um Strategie und Taktik der PDS.

*Richtungsstreit*

22 der 30 PDS-Bundestagsabgeordneten wiesen in einer im „Neuen Deutschland“ vom 20./21. Mai abgedruckten „Erklärung“ den Aufruf zurück. Die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter (früher DKP) erklärte dagegen, die im Aufruf gestellten Fragen seien berechtigt. Es gehe darum, den ideologischen Streit darüber zu führen, ob die Partei einen aktiven Kampf gegen das Kapital führe oder ob man versuche, einen Weg dazwischen zu gehen.

Bisky, Gysi und das PDS-Vorstandsmitglied Dr. André Brie distanzieren sich von dem Aufruf, während Modrow als Ehrenvorsitzender wiederum davor warnte, die Unterzeichner des Aufrufs zu verurteilen. Wenn dies geschehe, „haue man auf der Hälfte der Partei herum“.

*Strategiepapier  
führender  
KPF-Funktionäre*

Führende KPF-Funktionäre, darunter Michael Benjamin, Sahra Wagenknecht und Ellen Brombacher, veröffentlichten - abgedruckt in „junge Welt“ vom 9. Juni und „Neues Deutschland“ vom 10./11. Juni - Auszüge eines Diskussionspapiers zur Strategie der PDS in den nächsten Jahren unter dem Titel: Deutschland fünf Jahre vor der Jahrtausendwende. Darin wird deutlich, daß die Verfasser einen anderen Staat anstreben als die Demokratie des Grund-

gesetzes: Opposition ziele sowohl auf Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems als auch langfristig auf dessen Überwindung und die Verwirklichung der sozialistischen Zielstellung der PDS. Alle demokratischen Möglichkeiten ausnutzend, sei das Wirken der PDS darauf auszurichten, dem ökonomischen, sozialen und politisch-psychologischen Druck des kapitalistischen Systems entgegenzuwirken. Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition seien eng zu verzahnen. Die PDS dürfe sich nicht durch Koalitionen und Tolerierungsabkommen in „Sachzwänge“ einbinden lassen. Sie habe eine antikapitalistische und antifaschistische Orientierung, bewahre die Ideale des Sozialismus, bekenne sich zur Legitimität des sozialistischen Versuchs - gemeint sind die DDR und die übrigen ehemaligen kommunistischen Regime - und arbeite an der Analyse der inneren und äußeren Ursachen seines Scheiterns.

*Für Sozialismus*

Eine zweite, von denselben Verfassern überarbeitete Fassung dieses Strategiepapiers vom September weicht in den Forderungen und verfassungsfeindlichen Zielsetzungen der PDS vom vorausgegangenem Papier nicht ab. Die marxistisch-leninistischen Grundzüge treten in diesem zweiten Papier noch deutlicher hervor:

*Überarbeitetes  
Strategiepapier*

*„Linke Politik erfordert den Willen zu grundlegenden gesellschaftlichen Eingriffen, zum aktiven Widerstand gegen die immer repressiver werdende Politik im Interesse des Kapitals.“*

*„Die Linke muß gleichermaßen die Diskussion über die sozialistische Perspektive weiterführen - in dem Bewußtsein, daß die Debatte über den vergangenen Sozialismus nicht abgeschlossen ist. ... Begründete Hoffnung, eine sozial gerechte Gesellschaft zu errichten, wird es kaum geben ohne wissenschaftliche Bewertung des gewesenen Sozialismus, ohne politische Aufarbeitung der in ihm gesammelten Erfahrungen. ... Die Analyse des gewesenen Sozialismus hat erst begonnen.“*

Die Verfasser des Papiers setzen auf die Beseitigung des Kapitalismus, an dessen Stelle ein vorgeblich reformierter Sozialismus treten soll. Nach wie vor wird der „Klassenkampf“ propagiert, ganz in der Tradition der ehemaligen SED, der DKP und anderer kommunistischer Parteien. Vorbild und Maßstab sind auch weiterhin die KPD-Führerin Rosa Luxemburg und andere Leitbilder des „gewesenen Sozialismus“.

Zeitgleich mit der Überarbeitung dieses Thesenpapiers hat der Bundesvorstand der PDS unter dem Titel „Veränderung von unten. Sozial

*Anhaltende  
Strategiedebatte*

und solidarisch, demokratisch und antimilitaristisch“ am 11. September den Entwurf eines Strategiepapiers über die „politischen Aufgaben der PDS 1996 bis 1998“ herausgegeben - auszugsweise abgedruckt in „Neues Deutschland“ vom 19. September -, der der Parteibasis zur Diskussion unterbreitet und auf der 2. Tagung des 4. Parteitag der PDS am 27. und 28. Januar 1996 in Magdeburg in überarbeiteter Form und mit Zusatzanträgen beschlossen wurde. Darin heißt es u.a.: Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit - diese resultiere aus der Unfähigkeit der kapitalistischen Marktregulierung - sei die grundlegende Umgestaltung des Systems gesellschaftlicher Arbeit notwendig. Die PDS werde parlamentarisch und außerparlamentarisch den Kampf von Belegschaften und Gewerkschaften um Arbeitsplätze unterstützen. Sie werde sich weiter u.a. für die Interessen von Mietern, Wohnungssuchenden und Obdachlosen einsetzen und einen „juristisch begründeten Standpunkt zum Besetzen von leerstehenden Wohnhäusern“ erarbeiten. Notwendig sei auch ein ökologischer Umbau der Gesellschaft, der die profitorientierte Nutzungsmaximierung als Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung überwinde und zu einer grundlegend anderen Entwicklungsrichtung führe. Die PDS unterstütze Aktionen gegen die Atommüllablagerung in Greifswald, Morsleben und Gorleben. Die PDS sei eine antimilitaristische Partei und intensiviere den gemeinsamen Widerstand mit anderen Friedenskräften, um politische Mehrheiten für die Durchsetzung einer alternativen Außenpolitik, für Gewaltverzicht und für eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen zu gewinnen. Sie leiste Widerstand gegen die weitere Umstrukturierung und Umrüstung der Bundeswehr zu einer weltweit aktionsfähigen Streitmacht und unterstütze die Bewegung zur Wehrdienstverweigerung. Die PDS intensiviere ihre internationale Zusammenarbeit mit linken Parteien und Bewegungen; insbesondere ergreife sie Initiativen für gemeinsame Aktionen mit den im Forum der Neuen Europäischen Linken vertretenen Parteien.

Leitantrag  
für Magdeburger  
Parteitag

Für Hausbe-  
setzungen



Bekämpfung  
der Bundeswehr

Aus dem auf dem Magdeburger Parteitag beschlossenen Papier geht hervor, daß die PDS die Beseitigung des Kapitalismus, die Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems und die Errichtung einer neuen sozialistisch-kommunistisch orientierten Gesellschaft national wie auch international anstrebt. Die Partei verfolgt das programmatische Ziel, das parlamentarische System mit Hilfe von anderen linksextremistischen Kräften aufzuweichen und von innen heraus zu zerstören.

Von einer durch die Grundsatzkommission der PDS beauftragten Arbeitsgruppe unter der Leitung des PDS-Funktionärs Klaus Höpcke (ehemaliger stellvertretender DDR-Kulturminister) wurde im Hinblick auf die Fortsetzung der Diskussion über eine mittelfristige Strategie der PDS das auszugsweise in „Neues Deutschland“ vom 10. Oktober abgedruckte weitere Papier „Die PDS - neue sozialistische Partei in Deutschland“ vorgelegt. Darin heißt es u.a.: Die PDS verstehe sich als eine Partei des Sozialismus, weil Sozialismus die radikale Alternative zu den Mißständen und Übeln der heutigen Gesellschaft ausdrücke. 1989 sei mit dem Zusammenbruch des Sozialismusversuchs eine 70 Jahre währende Entwicklung an ihr Ende gekommen; sie sei u.a. von der Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten geprägt gewesen. Der alte Gegensatz von „Reform“ und „Revolution“ sei nicht durch eine gemeinsame Strategie aufgelöst worden. Diese hätte darin bestehen können, eine „Reform“ und „Revolution“ integrierende Sozialismuskonzeption zu entwerfen, um durch praktische Übergangsforderungen und -maßnahmen eine Erneuerung der Gesellschaften in Gang zu setzen. Gemäß theoretischer Analyse und geschichtlicher Erfahrung könne eine sozialistische Gesellschaft ohnehin nur aus der schrittweisen Vermehrung von zur Systemüberwindung drängenden und sie ermöglichenden Komponenten entstehen. Der in der hierarchischen Gesellschaft liegenden Gefahr des interessengebundenen Einsatzes von Gewalt sei nur durch Gegenmacht beizukommen, wie sie sich u.a. in Bürgerbewegungen und im zivilen Ungehorsam entwickle. In der Auseinandersetzung mit den herrschenden Gewalten setze die PDS auf den parlamentarischen wie auf den außerparlamentarischen Kampf. Dabei besitze für sie der Art. 20 Abs. 4 des Grundgesetzes, der allen Deutschen das Widerstandsrecht einräume, einen hohen Stellenwert.

*Weiteres  
Strategiepapier*

*Sozialismus  
als Alternative*

*Erneuerung  
der Gesellschaft*

*Aufbau von  
„Gegenmacht“*

Das Widerstandsrecht wird gerade von linksextremistischen Organisationen als Rechtfertigung für Gewalt gegen demokratisch zustandegekommene Entscheidungen mißbraucht. Die PDS dringt vermehrt in Konfliktbereiche der Gesellschaft ein und sucht neue Konflikte zu schüren. Dabei bietet sie sich allen Kräften an, in denen sie eine Gegnerschaft zu den „herrschenden Kräften“ und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sieht. Sie unterhält intensive Kontakte zu militanten Gruppen bis in den autonomen und terroristischen Bereich hinein. Auf ihren „offenen Listen“ kandidieren bei Wahlen Vertreter anderer linksextremistischer Gruppierungen. Damit

gelingt es der PDS, einen großen Teil des linksextremistischen Spektrums einzubinden und von dessen „Agitpropapparat“ zu profitieren. Die PDS beabsichtigt damit den Aufbau einer von ihr beherrschten „Gegenmacht“, um die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland abzuschaffen.

In der Partei hat eine intensive Diskussion begonnen, ob sie ihre Ziele über eine Beteiligung an einer Koalitionsregierung verfolgen soll. Damit sieht erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine extremistische Partei die Chance einer Teilhabe an der Macht. Ursache dafür ist, daß die extremistischen Positionen der PDS vielfach nicht als solche betrachtet und behandelt werden. Hier fehlt der für eine wirksame Bekämpfung des Extremismus notwendige Konsens einer demokratischen Gesellschaft. Die darin liegende Relativierung der demokratischen Werte schwächt die Abwehrbereitschaft gegenüber dem Linksextremismus. Deshalb ist die PDS eine zentrale Bedrohung der freiheitlichen Demokratie.

## 2.2.2 Organisation

### 2.2.2.1 Bundesweite Gliederung

Die PDS ist eine auf Bundesebene organisierte Partei mit Sitz in Berlin. Sie gliedert sich in 16 Landesverbände, deren Gebiet mit den Ländern identisch ist, mit Kreisverbänden und Basisorganisationen. Sie verfügt über etwa 121.000 (1994: 123.751) Mitglieder, davon rund 2.000 (1994: 2.326) in den alten Bundesländern.

Die Mitgliederentwicklung ist auf Bundesebene leicht rückläufig. Die am 22. Mai 1993 in Bonn mit dem Ziel, eine bessere Effizienz der Arbeit in den mitgliederschwachen westlichen Landesverbänden herbeizuführen, gegründete „Arbeitsgemeinschaft PDS/Linke Liste Westliche Bundesländer“ (AG West) zeigte sich 1995 so gut wie inaktiv.

Dem seit Januar amtierenden Parteivorstand gehören 18 Personen an. Vorsitzender der PDS ist Prof. Dr. Lothar Bisky, stellvertretende Vorsitzende sind Angela Marquardt, Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann und Wolfgang Gehrcke. Zum Schatzmeister wurde Dr. Dietmar Bartsch, zum Bundesgeschäftsführer Martin Harnack gewählt. Unter den weiteren Mitgliedern des Parteivorstands befinden sich der Vorsit-

Bundesweit  
rückläufige  
Mitgliederzahl



zende der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, und der Vordenker der Partei, Dr. André Brie. Sieben Personen des Parteivorstands waren bereits Mitglieder der SED. Drei Vorstandsmitglieder kamen aus linksextremistischen westdeutschen Gruppierungen. Die gewaltbereite Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS ist im Vorstand durch zwei Mitglieder vertreten. Dr. Hans Modrow ist Ehrenvorsitzender der PDS.

*Kommunisten  
im Parteivorstand*

Nach Pressemeldungen verfügt die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR über Belege, wonach Bisky von 1975 bis 1986 inoffiziell für den Staatssicherheitsdienst tätig gewesen sei. Im „Neuen Deutschland“ vom 27. November behauptete Bisky, zu keinem Zeitpunkt „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) gewesen zu sein. Offizielle Kontakte in seinen verschiedenen beruflichen Funktionen habe er „von Anfang an bestätigt“.

An bundesweiten Zusammenschlüssen sind bedeutsam:

- Kommunistische Plattform (KPF)
- Arbeitsgemeinschaft (AG) Junge GenossInnen in und bei der PDS
- AG Cuba sí
- AG Antifaschismus und Antirassismus
- AG Autonome Gruppen in und bei der PDS
- AG BWK in und bei der PDS
- Libertäres Forum bei der PDS
- Marxistisches Forum.

Im PDS-Pressedienst Nummer 12 vom 24. März wurde die vom Parteivorstand und vom Parteirat jeweils ohne Gegenstimmen bei wenigen Stimmenthaltungen bestätigte Finanzplanung der PDS für das Jahr 1995 veröffentlicht. Einer Zusammenstellung der Finanzpläne der Gliederungen der PDS zufolge beläuft sich das Gesamtvolumen 1995 auf etwa 33,4 Millionen DM.

*Parteifinanzen*

### 2.2.2.2 Landesverband Bayern

Die PDS in Bayern setzt sich aus dem Landesverband, sieben Kreisverbänden und rund 20 Basisorganisationen zusammen. Hinzu kommt noch eine Reihe von Arbeitsgemeinschaften, die überwiegend dem Landesverband angeschlossen sind. Für eine

*Organisation  
der PDS in Bayern*



Reihe von örtlichen Strukturen, die noch keine Basisorganisationen sind, bestehen Kontaktadressen. Bemühungen der PDS, an den Hochschulen in Erlangen, München und Würzburg Hochschulgruppen zu errichten, sind bislang in den Anfängen steckengeblieben. Das gleiche gilt für die PDS-nahe Jugendgruppe Knallrot e.V., die sich bayernweit etablieren wollte.

### *Sammelbecken von Linksextremisten*

Von den rund 350 Mitgliedern und etwa 100 Sympathisanten (1994: etwa 300 Mitglieder, Aktivisten und Sympathisanten) des Landesverbands sind rund 130 bereits früher als Linksextremisten in Erscheinung getreten. Rund 100 PDS-Angehörige gehörten der DKP und ihren Nebenorganisationen an. Der Rest verteilt sich auf VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten), BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten), VSP (Vereinigung für Sozialistische Politik, bis Juni 1995: Vereinigte Sozialistische Partei), KB (Kommunistischer Bund) und andere. Laut PDS-Statut können den Sympathisanten Mitgliederrechte übertragen werden. Zur Unterrichtung der Mitglieder gibt der Landesverband in unregelmäßigen Abständen die Publikation „TITEL - Informationsforum der PDS Bayern“ heraus.



Die anlässlich der Landesversammlung der Partei des Demokratischen Sozialismus/Linke Liste (PDS/LL) Landesverband Bayern am 19. Februar in Nürnberg in Auftrag gegebene neue Satzung wurde nach Erstellung in einer bei den Mitgliedern des Landesverbands vom 27. Mai bis 10. Juni durchgeführten Urabstimmung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Sie wurde am 11. Juni rechtsgültig. Die neue Satzung enthält eine Reihe grundlegender Neuerungen. So ist bei der Organisationsbezeichnung für den bayerischen Landesverband der Zusatz „Linke Liste“ (LL) weggefallen. Die neue Bezeichnung lautet nunmehr: Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Bayern (Kurzbezeichnung: PDS LV Bayern). Der Sitz des Landesverbands befindet sich weiterhin in München. Der Landesverband hat innerhalb des Wahlkreisbüros des PDS-Bundestagsabgeordneten Heinrich Graf von Einsiedel Räume angemietet.

### *Neue Satzung*

Die Zahl der zu wählenden Mitglieder für den Landesverband wurde laut neuer Satzung auf 14 heraufgesetzt, wobei auf jeden Regierungsbezirk im Regelfall zwei Mandate entfallen sollen. Neu aufgenommen in die Satzung wurden als weitere Organisationseinheiten die Bezirksversammlung und die sogenannten Zusammenschlüsse,

die sich auf allen Ebenen unmittelbar in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß einbringen sollen.

Erstmals sollte die neue Satzung bei der Landesmitgliederversammlung am 23. Juli in Ansbach angewendet werden, bei der auch ein neuer Landesvorstand gewählt werden sollte. Die Landesversammlung am 11. Dezember 1994 in Ingolstadt hatte beschlossen, daß der dort gewählte Landesvorstand nur bis zur Verabschiedung der neuen Satzung im Amt bleibt. Auf der nächsten Landesversammlung sollte dann ein neuer Landesvorstand - gemäß der neuen Satzung - gewählt werden. An der Landesmitgliederversammlung in Ansbach nahmen in Gegenwart von Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Parteivorsitzender der PDS, und Claudia Gohde, Mitglied des Parteivorstands der PDS und verantwortlich für den Aufbau der PDS-West, rund 50 Personen teil. Angesichts der noch nicht völlig geklärten Umstände um den als Schatzmeister abgewählten Dietmar Dressel, gegen den zudem ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet worden ist, wurde der Landesvorstand von der Landesmitgliederversammlung weder politisch noch finanziell entlastet. Die geplante Neuwahl des Landesvorstands wurde auf den 9. September verlegt. An der dann durchgeführten 2. Tagung der Landesmitgliederversammlung in Augsburg nahmen etwa 50 Personen teil, darunter wiederum Claudia Gohde vom PDS-Parteivorstand. Da bei der 1. Tagung wegen der Finanzaffäre um den Landesschatzmeister Dressel der Vorstand nicht entlastet worden war, mußten nochmals die Rechenschaftsberichte des Landesvorstands, der Schieds- und der Revisionskommission behandelt werden. Bis auf Dressel, gegen den wegen Veruntreuung von Parteigeldern strafrechtliche Schritte eingeleitet werden sollen, wurden nunmehr alle Vorstandsmitglieder entlastet. Für die satzungsgemäß 14 zu besetzenden Vorstandsposten meldeten sich nur sieben Kandidaten zur Wahl an. Alle sieben Bewerber wurden in den Landesvorstand gewählt. Nach dem zwischenzeitlichen Rücktritt zweier Mitglieder gehören dem Landesvorstand derzeit nur mehr fünf Personen an, von denen drei in linksextremistischen Gruppierungen tätig waren bzw. aktiv sind. Landessprecher ist Günter Grimme-Ruhland (früher DKP).

*Landesmitgliederversammlung in Ansbach*

*Fortsetzung der Landesmitgliederversammlung in Augsburg*

*Neuwahl des Landesvorstands*

Der PDS Landesverband Bayern setzte am 9. und 10. Dezember in Nürnberg seine in



Augsburg durchgeführte 2. Tagung der Landesmitgliederversammlung fort. An ihr nahmen an den beiden Tagen rund 30 Personen - darunter auch wieder PDS-Vorstandsmitglied Claudia Gohde - teil. Zu Nachwahlen zum Landesvorstand, zur Schieds- und zur Revisionskommission kam es nicht.

### 2.2.3 Plattformen und Arbeitsgemeinschaften

Plattformen und Arbeitsgemeinschaften sind wesentlich für die Bündnis- und Integrationspolitik der PDS. Sie wirken im Rahmen des Statuts in der Partei und können sich eigene Satzungen geben. Sie sind damit integraler Bestandteil der PDS (vgl. auch Nummer 2.2.2.1). Die PDS muß sich deshalb die Tätigkeit der Plattformen und Arbeitsgemeinschaften sowie die Äußerungen ihrer Mitglieder als Gesamtpartei zurechnen lassen. Plattformen sind in der Regel Zusammenschlüsse mit gemeinsamer Ideologie, wohingegen Arbeitsgemeinschaften themenbezogen auf wichtigen Aktionsfeldern tätig werden. Arbeitsgemeinschaften dienen der PDS auch dazu, Potentiale außerhalb der Partei zu gewinnen und zu binden. Zur Kontrolle und Steuerung dieser Zusammenschlüsse sind Mitglieder des Parteivorstands in Plattformen und Arbeitsgemeinschaften vertreten.

*Integrale  
Bestandteile  
der PDS*

Die Arbeitsgemeinschaften Junge GenossInnen in und bei der PDS, Autonome Gruppen in und bei der PDS sowie das neu gegründete Libertäre Forum bei der PDS zeigen, daß die PDS auch mit gewaltbereiten Gruppen zusammenarbeitet und diese sogar in den eigenen Reihen duldet und agieren läßt.

*Gewaltbereite  
Gruppen in  
der PDS*

#### 2.2.3.1 Kommunistische Plattform (KPF)

Die Kommunistische Plattform (KPF) der PDS - ihr sind rund 5.000 Mitglieder zuzurechnen - ist eine marxistisch-leninistische Organisation. Sie betrachtet die DKP als natürliche Verbündete. Innerhalb der PDS ist die KPF die Gruppierung, die sich am deutlichsten zum Kommunismus bekennt. In ihren Thesen zur Gründung betonte sie:

*Bekennnis  
zum Marxismus-  
Leninismus*

*„Die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Kommunismus, mit dem Marxismus-Leninismus, zu verbinden, aufgrund der marxistisch-leninistischen Analyse der realen Gesellschaftsentwicklung Strategie und Taktik zu bestimmen und Politik zu organisieren - ist vornehmste Aufgabe der Kommunisten und sie bleibt es.“*

In einer im Mai in Fulda verabschiedeten Gründungserklärung einer hessischen KPF - abgedruckt in Heft 7 der „Mitteilungen der KPF“ vom Juli - heißt es, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen könnten nicht in den Parlamenten beschlossen werden, sie müßten durch den Druck der Straße erkämpft werden. Parlamentarismus habe für die KPF lediglich die Funktion, außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen eine Tribüne zu verschaffen. Ein revolutionärer Wandel sei keine Tagesaufgabe, sondern nur langfristig im Kontext sozialer Bewegungen möglich. Gegenwärtig gehe es darum, die inhaltlichen, organisatorischen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für die Kämpfe von morgen zu schaffen. Die Verhältnisse in der untergegangenen DDR sehe man nicht unkritisch, aber das Sozialsystem, der Antifaschismus, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Bodens - wenn auch unter der Kontrolle zentralistischer Bürokratie - hätten einen Fortschritt dargestellt. Kritik und Aufarbeitung des Stalinismus könnten nur von einer marxistischen Position aus erfolgen. Ein menschenwürdiges Leben für alle, Kommunismus sowie eine klassen- und staatenlose Gesellschaft blieben die Utopie der KPF. Grundlage seien u.a. die Theorien von Marx, Engels, Lenin, aber auch von Rosa Luxemburg, Leo Trotzki und Antonio Gramsci.

*Gründung einer hessischen KPF*

*Marxistische Position*

Neben der KPF in Niedersachsen ist damit die KPF in Hessen die zweite Landesorganisation in den westlichen Ländern, nachdem die KPF-Hamburg nicht mehr in Erscheinung tritt. In allen östlichen Ländern und in Berlin existiert jeweils eine Landes-KPF.

Über die KPF ist die PDS nach wie vor im „Ständigen Rat marxistischer Parteien“ vertreten. Diesem 1991 in Berlin gegründeten Gremium gehören neben der PDS auch die Anfang 1990 in den fünf neuen Ländern gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/DDR) sowie der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) an. Ziel des Ständigen Rats ist die Kommunikation und Koordination der Marxisten Deutschlands in Theorie und Praxis.

*Ständiger Rat marxistischer Parteien*

Weder die PDS-Führung noch die KPF betreiben eine Loslösung der Plattform von der PDS. Vielmehr kommt es der PDS gerade darauf an, die von der KPF vertretenen Positionen in die Gesamtpartei einzubinden.

Die Sprecherin der KPF, Ellen Brombacher, formulierte in einem in Heft 12 der „Mitteilungen der KPF“ vom Dezember abgedruckten Beitrag Forderungen „der kommunistischen Linken in der PDS“. Sie

*Sozialismus  
oder Rückfall  
in die Barbarei*

*Bündnisse  
zur Überwindung  
der bürgerlichen  
Gesellschaft*

*Abschaffung des  
parlamentarisch-  
demokratischen  
Systems*

führte darin u.a. aus: Friedrich Engels sei aktueller denn je: Die bürgerliche Gesellschaft stehe vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. Vorstellungen, die kapitalistische Gesellschaft könne sich durch Reformen von innen evolutionär so verändern, daß sie ihre Widersprüche und Konflikte produktiv löse und in eine zunehmend humane Gesellschaft hinüberwache, widersprächen dem Gang der Dinge. Das Kapital sei seiner Natur nach aggressiv und volksfeindlich, also antidemokratisch. Die Kommunisten in der PDS dürften nicht zu Befürwortern der heutigen bürgerlichen Gesellschaft werden; zugleich müsse diese gegen die Rechten verteidigt werden. Dazu bedürfe es breiter Bündnisse. Diese zu fördern gehöre zu den wesentlichsten Aufgaben kommunistischer Linker.

Die KPF-Aktivistin Sahra Wagenknecht organisierte im Bundesgebiet in 28 Städten zusammen mit dem orthodox-kommunistisch ausgerichteten Pahl-Rugenstein-Verlag Bonn Diskussionsveranstaltungen. In Augsburg, Erlangen und Regensburg (11. bis 13. Oktober) lautete das Motto: „5 Jahre Großdeutschland - Es gibt nichts zu feiern! - Perspektiven sozialistischer Politik in der Gegenwart.“ Sahra Wagenknecht forderte sinngemäß auf lange Sicht - darunter verstand sie einen Zeitraum von zehn Jahren - die Abschaffung des parlamentarisch-demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland auf außerparlamentarischem Wege. Diese Forderung ist gleichbedeutend mit der Forderung nach der sozialistischen Revolution, wobei die Anwendung von Gewalt unumgänglich erscheint.



### 2.2.3.2 Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS

Die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS (AG Junge GenossInnen) ist ein bundesweiter Zusammenschluß, der innerhalb der PDS unter eigenem Namen agiert. Diese Gruppierung, die sich nach eigenen Angaben rund 500 Mitglieder und 1.000 Sympathisanten zurechnet - ein Drittel der Mitglieder gehöre auch der

PDS an; die Hälfte stamme aus den westlichen Ländern - dient als Bindeglied der PDS zu jugendlichen undogmatischen Linksextremisten, besonders Autonomen. Die AG propagiert die Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, unterhält Verbindungen zu gewaltbereiten Autonomen und sympathisiert mit ausländischen extremistischen Gruppen. Außerdem plädiert die AG für eine Zusammenarbeit mit militanten Antifa-Gruppen. Die inhaltlichen Anliegen der Roten Armee Fraktion (RAF) werden von der AG unterstützt.

*Gewalt als  
politisches Mittel*

Das 24jährige Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der AG Junge GenossInnen, Angela Marquardt, hob im Vorfeld der 1. Tagung des 4. Parteitags - auf dem sie dann zur stellvertretenden Parteivorsitzenden der PDS gewählt wurde - hervor, daß die AG mit Autonomen zusammenarbeite. Sie selbst würde als stellvertretende Parteivorsitzende versuchen, „außerparlamentarische Gruppen wie die Antifa“ in eine Diskussion mit der PDS zu bringen. Ihre Einstellung zum demokratischen Rechtsstaat faßte sie wie folgt zusammen:

*Zusammenarbeit  
mit Autonomen*

*„... Ich lebe jetzt und heute in dieser BRD. Sie will mich nicht und ich will sie auch nicht.“*

In einem Interview mit der Wochenzeitung „Wochenpost“ Nummer 35 vom 24. August nahm Angela Marquardt - ein politisches Ziehkind von Modrow und Gysi - Stellung zur Frage der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, zu Autonomen, zur RAF sowie zur Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Sie betonte, Widerstand spiele für sie eine sehr große Rolle. Sie bezeichnete sich als „radikal“ im Sinn von „an die Wurzel“ gehend. Damit verbinde sie den Wunsch, nicht nur die Erscheinungsformen dieser Gesellschaft zu bekämpfen, sondern an die Wurzeln dieser Erscheinungsformen zu gehen. Zur Frage der Gewalt in politischen Auseinandersetzungen erklärte sie, wenn von rechts zugeschlagen werde, sei es blauäugig, Gewaltfreiheit zu proklamieren. Aggressivität entstehe auch bei Demonstrationen von Linken, wenn diesen bewaffnete Polizisten gegenüberstünden. Dies sei staatliche Gewalt, deren Urheber das staatliche Gewaltmonopol für ihre Zwecke mißbrauchten. Auf die Frage, wie sie es beurteile, wenn auf die Druckerei der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ Brandanschläge verübt würden, antwortete sie, sie halte die Verhinderung des Drucks der „Jungen Freiheit“ für legitim. Zu ihrer Position gegenüber den gewaltorientierten Autonomen führte sie aus, sie habe kein Problem, mit Leuten, die sich als

*Befürwortung  
von Gewalt durch  
stellvertretende  
Parteivorsitzende*

autonom verstünden, in der Sache zusammenzuwirken. Wenn es um den Kampf gegen Rechtsradikalismus gehe, arbeite sie natürlich auch mit der „Autonomen Antifa“ zusammen. Zur Zusammenarbeit mit Inhaftierten der RAF erklärte sie, sie finde es interessant, mit Häftlingen aus der RAF zu diskutieren. Der Forderung nach Freilassung der RAF-Terroristen schließe sie sich schon wegen der unmenschlichen Haftbedingungen an. Zu ihrem Verhältnis zur PKK sagte sie schließlich, die PKK sei eine Vertretung der KurdInnen. Das Verbot halte sie deshalb für falsch. Die PDS veranstalte mit den Kurden gemeinsame Feste und organisiere Demonstrationen. Sie halte diese Unterstützung für richtig.

Auf dem am 18./19. November in Halle durchgeführten Bundeskongreß der AG Junge GenossInnen, an dem rund 150 Delegierte teilnahmen, erklärte Angela Marquardt nach Berichten der Tageszeitungen „Neues Deutschland“ und „junge Welt“ vom 20. November, daß sich die AG als dritte Kraft zwischen der Kommunistischen Plattform und dem Marxistischen Forum einerseits und den Kräften der sogenannten Reformalternative andererseits verstehe. Die PDS - so die Leitungsfunktionärin - sei eine klar linke, sozialistische Partei, die sich als Teil einer sozialen Bewegung verstehe. Einige wollten das durch Stärkung des parlamentarischen Gewichts der PDS erreichen; die AG beziehe sich aber eher auf außerparlamentarische Initiativen.

*Außerparlamentarische Initiativen*

Mitglieder verschiedener örtlicher Gruppen der AG Junge GenossInnen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen führten am 4./5. November in Braunschweig einen „Oppositionskongreß“ durch. Dabei wurde am Geschäftsführenden Ausschuß der AG Junge GenossInnen Kritik geübt und eine strukturelle Veränderung der Organisation zur Debatte gestellt. In einer Erklärung wird u.a. ausgeführt: Um die offensichtliche Krise der AG Junge GenossInnen zu überwinden, sei es notwendig, von sozialistischen Positionen aus eine Alternative zur vorherrschenden Politik in der Arbeitsgemeinschaft zu formulieren. Dazu müßten sich KommunistInnen, SozialistInnen und auch bürgerliche HumanistInnen streitbar beteiligen. Ein Arbeitsprogramm, das dem Bundeskongreß der AG im März 1996 vorgelegt werden könne, müsse folgende Richtpunkte berücksichtigen: Die AG Junge GenossInnen müsse prosozialistisch sein und dürfe auf keinen Fall antikommunistisch werden. Zentral müsse der Widerstand gegen einen erstarkenden Imperialismus in Deutschland sein und auch gegen eine PDS, die mehr und mehr dem gesellschaftlichen Druck nach Anpassung an die kapitalistischen Grundverhältnis-

*Kritik an der Bundesleitung*

*Widerstand gegen „erstarkenden Imperialismus“*

se nachgebe. Die kritische Beschäftigung mit den ehemaligen sozialistischen Staaten müsse dazu dienen, eine Perspektive für einen erneuten „Sozialismus(versuch)“ zu gewinnen.

Am 13. Dezember wurde in Nürnberg ein Kreisverband Mittelfranken der AG Junge GenossInnen in und bei der PDS gegründet.

### 2.2.3.3 Marxistisches Forum

Auf Initiative der Unterzeichner des Aufrufs „In großer Sorge“ (vgl. Nummer 2.2.1) hat sich am 6. Juni in der PDS-Geschäftsstelle Berlin-Weißensee das „Marxistische Forum“ (MF) konstituiert. In der vom PDS-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer - einer der fünf SprecherInnen des MF - moderierten Gründungsveranstaltung wurden Standort und Aufgaben des Forums erörtert. Es will die soziale, ökonomische und politische Situation mit den Mitteln des Marxismus analysieren, die marxistische Theorie weiterentwickeln und zur theoretischen Fundierung der Politik der PDS beitragen. Dazu gehöre neben der marxistischen Aufarbeitung der Geschichte der DDR und des Sozialismus auch die Untersuchung der Dialektik von systemimmanenten und systemüberwindenden Reformen. Außerdem solle auf die notwendige Verstärkung des antimilitaristischen Kampfes aufmerksam gemacht werden.

*Weiterentwicklung der marxistischen Theorie*

Zum Umgang der PDS mit der DDR-Vergangenheit heißt es in einem in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 2. November veröffentlichten Positionspapier des MF: Die Durchsetzung heutiger Interessen ostdeutscher Bürger erfordere eine gerechte Sicht auf ihre Vergangenheit. Immer wieder werde man aufgefordert, sich zu schämen, sich zu entschuldigen und als einzelner Verantwortung zu übernehmen für alles, was in der DDR geschehen sei. Die Vergangenheit sei nur der Knüppel, der die PDS zum Schweigen bringen und ihr Selbstbewußtsein schwächen solle. Für die meisten in der PDS gebe es keinen Grund, in Sack und Asche zu gehen. Sie hätten keine schlechtere Vergangenheit als die Westdeutschen, sondern eine andere. Wer den Sozialismus wolle, könne am gescheiterten Sozialismusversuch nicht vorbeigehen, sondern müsse ihn kritisch annehmen. Die PDS halte in ihrem Programm am Ziel des Sozialismus, der Schaffung anderer Produktionsverhältnisse, fest. Ein glaubhaftes Eintreten für dieses Ziel sei ausgeschlossen, wenn die Partei sich nicht mit der bisherigen sozialistischen Bewegung und vor allem

*Bekennnis zum kommunistischen Zwangssystem der ehemaligen DDR*

dem realen Sozialismus auseinandersetze und auch daran anknüpfe. Unter den Trümmern des DDR-Staates seien bewahrenswerte Bestandteile einer DDR-Gesellschaft sichtbar geworden. Die Existenz und der Erfolg einer in prinzipieller Opposition zu den herrschenden Verhältnissen stehenden Partei - gemeint ist die PDS - seien daran gebunden, daß sie es verstehe, eigene Wertmaßstäbe und Grundpositionen zu entwickeln. Dies sei ausgeschlossen, wenn die von außen gefällten Ausgrenzungsurteile übernommen und zum Maß interner Grenzziehungen zwischen „Guten“ und „Bösen“ werde. Gerade dies geschehe mit der Verwendung des Kampfbegriffs Stalinismus zur Kennzeichnung der DDR.

In einem im PDS-nahen Theorieorgan „Utopie-kreativ-Diskussion sozialistischer Alternativen“ Nummer 62 vom Dezember abgedruckten Beitrag mit dem Titel „Demokratisierung im heutigen bürgerlichen Staat“ fordert Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer den „Aufbau von Gegenmacht“. Er hält es für fragwürdig, wenn hinsichtlich der PDS von Konkurrenz gegenüber anderen Parteien gesprochen werde. Konkurrenz meine Wettbewerb um Wählerstimmen. Eine Partei, deren letztes Ziel die Veränderung der Gesellschaft sei, könne sich nur teilweise als Konkurrenz definieren. Der sozialistische Charakter der PDS bedeute, am Ziel der Überwindung der Dominanz von Privateigentum festzuhalten; damit verbunden sei die Einsicht, daß die Herrschaft des Privateigentums immer Grenzen für Demokratisierung setze. Der Untergang der DDR habe gezeigt, daß „dieser“ Sozialismus nicht wettbewerbsfähig gewesen sei, er habe aber auch gezeigt, daß Sozialismus möglich sei. Seine Gegner hätten ihn bekämpft, weil er das Privateigentum an Produktionsmitteln angetastet habe, nicht wegen ungenügender Demokratie. Zwar habe die DDR Sozialismus und Demokratie nicht dauerhaft verbinden können. Trotzdem sei die Geschichte der DDR, ihres Ringens um Sozialismus, nicht Ballast, sondern Kraftquell.

*Aufbau von  
„Gegenmacht“*

*Bedeutung  
des sozialistischen  
Charakters  
der PDS*

#### 2.2.3.4 Libertäres Forum bei der PDS

Der Tageszeitung „junge Welt“ vom 30. Oktober zufolge haben 15 Personen aus sechs Bundesländern am 28. Oktober in Altenburg/Thüringen ein „Libertäres Forum bei der PDS“ gegründet. Nach diesem Bericht sind an der Gründung auch die „Anarchistischen Plattformen bei der PDS“ in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beteiligt.

Nach Aussage von Karsten Jagau, Mitglied der Anarchistischen Plattform bei der PDS in Baden-Württemberg und Mitinitiator des Libertären Forums bei der PDS, in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 18. Oktober gehören zu den Gründern des neuen Forums undogmatische, anarchistisch geprägte Linke aus West- und Ostdeutschland. Anliegen des bundesweiten Libertären Forums sei es, die historische Trennung zwischen Anarchisten und Marxisten-Leninisten aufzuheben. Grundlage der Arbeit sei eine außerinstitutionelle, antiautoritäre Politik mit der Vision der Errichtung einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Man wolle die PDS stärker auf den außerparlamentarischen Weg bringen.

*Anarchisten  
als Gründungs-  
mitglieder*

In einem Aufruf zur Gründung eines Libertären Forums bei der PDS kritisierten die Initiatoren die Mitarbeit der PDS in Parlamenten und forderten eine Politik außerhalb der Institutionen des kapitalistischen Staates, welche darauf abziele, diese zu überwinden.

*Antiparlamentari-  
sche Zielrichtung*

#### 2.2.4 Teilnahme an Wahlen

Bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft am 14. Mai stellte sich die PDS erstmals einer Landtagswahl in einem alten Bundesland. Den Einzug in das Landesparlament erreichte sie trotz des Verzichts der DKP auf eine eigene Kandidatur nicht. Die PDS erhielt lediglich 8.170 (2,37 %) von 344.425 abgegebenen gültigen Stimmen. Damit blieb sie unter ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 1994, bei der sie in Bremen 2,7 % der Stimmen erreichen konnte.

*Erste Teilnahme  
an Landtagswahl  
in einem alten  
Bundesland*

Der mit erheblichem sachlichen und personellen Aufwand geführte Wahlkampf der PDS - u.a. waren zahlreiche „Wahlhelfer“ aus den östlichen Bundesländern angereist - erbrachte nicht den gewünschten Erfolg. Der mit dem erhofften Einzug in das Landesparlament verbundene Schub für den Westaufbau der Partei blieb aus.

Zu den zeitgleich abgehaltenen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen war die PDS nicht angetreten.

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 22. Oktober konnte die PDS gegenüber der Wahl im Jahr 1990 ihren Stimmenanteil von 9,2 % auf 14,6 % erhöhen. Die PDS wurde damit in Gesamt-Berlin drittstärkste Partei. Im Landesparlament ist sie mit 34 von 206 Abgeordneten vertreten; sie gewann bis auf zwei alle 36 östlichen Direktwahlkreise. Gewählt wurde u.a. Frederik Over,

*Drittstärkste  
Partei in Berlin*

*Autonomer im  
Abgeordnetenhaus*

der in einem Interview mit der Tageszeitung „junge Welt“ vom 4. September als „Hausbesetzer“ vorgestellt worden war und sich selbst den Autonomen zurechnet.

Im Ostteil Berlins erreichte die PDS 36,3 % (1990: 23,6 %) der abgegebenen gültigen Stimmen und ist dort somit stärkste politische Kraft. In den westlichen Bezirken erzielte sie demgegenüber nur einen Stimmenanteil von 2,1 % (1990: 1,1 %).

Auch bei den gleichzeitig durchgeführten Wahlen der Bezirksverordnetenversammlungen konnte die PDS im Ostteil der Stadt ihre Stimmenanteile deutlich erhöhen. Sie liegen dort sogar leicht über ihren Ergebnissen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus. Die PDS verfehlte allerdings ihr Ziel, in die Bezirksverordnetenversammlungen im Westen Berlins einzuziehen.

## 2.2.5 Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Linksextremisten

### 2.2.5.1 Kommunistischer Internationalismus

*Proletarischer  
Internationalismus*

Der im Parteiprogramm fixierte internationalistische Charakter der PDS orientiert sich an der Idee des Weltkommunismus. Daraus leitet sich die Lehre von der „welthistorischen Mission der Arbeiterklasse“ (Proletarischer Internationalismus) ab.

*Beziehungen zu  
kommunistischen  
Parteien in Europa*

Die stellvertretende PDS-Vorsitzende Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann - verantwortlich für die internationalen Beziehungen der PDS - bekräftigte in einem Beitrag in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 24. Juli den „internationalistischen Charakter“ der Partei und die Zusammenarbeit mit linkssozialistischen und kommunistischen Parteien in Europa. Sie verwies auf die Mitgliedschaft der PDS im Forum der Neuen Europäischen Linken, das als einzige Struktur links von der Sozialdemokratie auf Initiative der - kommunistisch dominierten - spanischen „Vereinigten Linken“ (VL) gegründet worden sei. Man habe zu vielen kommunistischen Parteien, wie etwa der „Französischen Kommunistischen Partei“ (FKP), sehr enge Beziehungen. Die PDS-Arbeitsgemeinschaft Cuba sí leiste sehr engagierte Arbeit.

*Teilnahme  
am Parteitag  
in Moskau*

Der PDS-Ehrenvorsitzende Dr. Hans Modrow nahm am 21./22. Januar in Moskau als PDS-Vertreter am 3. Parteitag der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ (KPRF) teil. Modrow sah im Parteitag kein Treffen von Nostalgikern, sondern den Versuch, „aus

der Analyse der Krise den Platz der KP bei Veränderungen zu bestimmen“. Traditionalistische Tendenzen seien an der Basis stärker als in der Führung. Es sei auch „kein Parteitag orthodoxer Kommunisten“ gewesen, sondern der „sichtbare Versuch zu einem neuen Sozialismuskonzept“.

Auf Initiative des PDS Landesverbands Bayern und der Partei „Linker Block Böhmen“ wurde am 26. August eine Vereinigung mit dem Namen „Zetkany“ (auf deutsch: „Treffen“) gegründet, die den Meinungsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen bayerischer PDS und tschechischen Kommunisten über die Grenzen hinweg organisieren soll. Am 28./29. Oktober wurde in Pilsen eine gemeinsame Veranstaltung durchgeführt, die sich thematisch insbesondere mit den historischen Besonderheiten der deutsch-tschechischen Beziehungen auseinandersetzte.

*Zusammenarbeit zwischen bayerischer PDS und tschechischen Kommunisten*

Nach der Bundestagswahl 1994 gingen bei der PDS Glückwünsche von etwa 40 überwiegend kommunistischen Parteien und Organisationen aus aller Welt ein.

Im Rahmen der Unterstützung sogenannter Befreiungsbewegungen unterhalten PDS-Funktionäre und PDS-Mitglieder seit längerem Kontakte zur terroristischen, marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

*Unterstützung für militante Kurden*

Auf der 1. Tagung des 4. Parteitags setzte sich der Bundesvorstand der PDS für die schnelle Gründung eines „PDS-Arbeitskreises Kurdistan“ ein. In der Zeit vom 24. bis 26. Februar war die PDS Mitveranstalterin einer „Internationalen Kurdistan-Konferenz“ in Berlin. Die Veranstalter forderten u.a. die Aufhebung des Verbots der PKK. Aus Anlaß des „Newroz-Festes“ auf dem Münchner Marienplatz am 21. März erklärte sich der PDS Landesverband Bayern mit den Zielen militanter kurdischer Gruppierungen einverstanden.

Der PDS Landesverband Bayern bemüht sich seit Anfang 1994, das Thema „Kurdistan“ in die Agitation und Propaganda einzubinden. Seit Januar übt die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter heftige Kritik am Verbot der PKK, dem Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen PKK-Straftäter und der Abschiebep Praxis. Mitte April befand sie sich mit weiteren zehn Personen, darunter dem DKP-Funktionär Claus Schreer vom Münchner Bündnis gegen Rassismus, zu einer „Visite“ im Südosten der Türkei, um sich dort angeblich über die momentane Lage der dort lebenden kurdi-

*Gegen Verbote von kurdischen Vereinen*

schen Bevölkerung zu informieren. Die Personengruppe wurde wegen angeblich illegaler Aktion und Aufhetzung der Bevölkerung von türkischen Sicherheitskräften vorübergehend festgenommen und am 17. April in das Bundesgebiet abgeschoben. Bulling-Schröter organisierte daraufhin am 19. April in Ingolstadt eine PDS-Versammlung, um die Festnahmeaktion propagandistisch zu nutzen.

*Versammlungsrechtliche Hilfestellung für die PKK*

PDS-Mitglieder stellten sich wiederholt als versammlungsrechtliche Anmelder von PKK-Demonstrationen und sogenannten Kulturfesten zur Verfügung oder traten als Redner auf Veranstaltungen der PKK auf.

Führende PDS-Funktionäre betonen die Solidarität der Partei mit dem sogenannten Befreiungskampf des kurdischen Volkes und zeigen Sympathie und Verständnis für die terroristische PKK. Die PDS lehnt zwar öffentlich die terroristischen Aktivitäten der PKK ab, unterstützt jedoch propagandistisch die strategischen Ziele, die die PKK u.a. mit ihren gewalttätigen Aktionen zu erreichen sucht, wie Aufhebung der Vereins- und Betätigungsverbote, Abschiebestopp für Kurden, Einstellung der Waffenlieferungen der Bundesrepublik an die Türkei, Druck der Bundesrepublik auf die Türkei zur Lösung des „Kurdenproblems“, Anerkennung der PKK als Verhandlungspartner. Die PDS unterstützte einen Aufruf der in der Bonner Informationsstelle Kurdistan e.V. vertretenen Kurdistan-Solidaritätsgruppen zu einer bundesweiten Demonstration aus Anlaß des zweiten Jahrestags des Verbots der PKK. Auch PKK-Gruppierungen wie die „YEK-KOM“ oder der „Verband der StudentInnen aus Kurdistan“ unterzeichneten den Aufruf.

*Für Einbeziehung der PKK in Verhandlungen*

Dr. Gregor Gysi äußerte im PDS-Bundestags-Pressedienst vom 7. August, der Befreiungskampf des kurdischen Volkes finde die Unterstützung der PDS. Der Krieg der türkischen Regierung gegen die Kurden müsse endlich beendet werden. Eine Folge von Unterdrückung und Krieg - nicht etwa Ursache - sei die PKK. Bestimmten Methoden und Maßnahmen der PKK stehe die PDS kritisch, ablehnend und auch verurteilend gegenüber. Ohne die PKK werde es eine Lösung für das kurdische Volk jedoch nicht geben.

### 2.2.5.2 Inländische Zusammenarbeit

Im Inland hält die PDS Kontakte zu fast sämtlichen linksextremistischen Gruppierungen, aber auch zu gewaltbereiten Autonomen.

Diese kommen u.a. in Freundschaftsbekundungen, gemeinsamen Veranstaltungen und Demonstrationen zum Ausdruck. Aufgrund alter Bindungen spielt dabei vor allem die DKP eine wichtige Rolle. Besonders eng und regelmäßig gestaltet sich hierbei die Zusammenarbeit zwischen KPF und DKP.

*Zusammenarbeit  
zwischen KPF  
und DKP*

Enge Kontakte bestehen zwischen der PDS und dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) sowie dem Verlagsunternehmen „Gesellschaften für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH“ (GNN), das u.a. die „Angehörigen-Infos“ des RAF-Umfelds herausgibt. Außerdem unterhält die PDS auch Verbindungen zum Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) und zur Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP).

Große Beachtung schenkte die PDS dem Pressefest des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ), das vom 1. bis 3. September in Dortmund stattfand. An diesem nahmen neben dem Ehrenvorsitzenden der PDS, Dr. Hans Modrow, Egon Krenz und Karl Eduard von Schnitzler auch der PDS-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer vom Marxistischen Forum sowie Ellen Brombacher und Sahra Wagenknecht von der KPF teil. Letztere stellte sich in ihrem Referat ausdrücklich als „Integrationsfigur der radikalen Linken“ vor.

*UZ-Pressefest*



## 2.3 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

### 2.3.1 Ideologisch-politischer Standort

Bis zur Wende nahm die DKP - von der SED der DDR materiell und ideologisch abhängig - die Führung der Marxisten-Leninisten in Deutschland für sich in Anspruch. Seit 1990 unterstützt die DKP die PDS.

In den auf dem 12. Parteitag am 16./17. Januar 1993 in Mannheim gegen heftige Kritik aus der oppositionellen „Hardliner-Gruppe“ beschlossenen „Thesen zur programmatischen Orientierung“ unterstrich die DKP ihre gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung. In der Einleitung zu den „Thesen“ heißt es, die DKP kämpfe für eine Politik, die im Sozialismus die Zukunft, im Klassenkampf die zentrale Triebkraft der Geschichte und in der Arbeiterklasse die entscheidende soziale Kraft für den gesellschaftli-

*Bekanntnis zu  
Sozialismus und  
Klassenkampf*

chen Fortschritt sehe. Sie stütze sich auf die materialistische Wissenschaft, die von Marx und Engels begründet und von Lenin weiterentwickelt worden sei. In einer bereits 1993 aufgelegten Broschüre „Über den dritten sozialistischen Anlauf in Europa“ erläuterte ein DKP-Funktionär, die revolutionären Kräfte müßten sich auf Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871, des „Großen Anlaufs 1917 - 1989“ und auf Kenntnisse über Entwicklungen des Kapitalismus nach 1990 stützen. Eine revolutionäre Bewegung müsse letztlich die Entschlossenheit aufbringen, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen. Als revolutionäres Instrument habe sich die Partei leninistischer Konzeption bewährt, die bereit sei, Widerstände auch mit Gewalt zu brechen.

*Bekenntnis  
zur Gewalt*

Zur politischen Ausrichtung erklärte - zitiert nach „DKP-Informationen“ Nummer 7 vom 24. Oktober 1994 - Rolf Priemer, einer der Sprecher der DKP, auf der 8. Parteivorstandstagung:

*„Die Mehrheit unserer Mitglieder ist nach vielen Diskussionen über Politik und Praxis, über Thesen zur programmatischen Erneuerung und DKP-Statut zu der Erkenntnis gelangt, daß eine kommunistische Partei in Deutschland notwendig ist. Nämlich eine Partei, die festhält am sozialistischen Ziel im Sinne der im Manifest der Kommunistischen Partei von Marx und Engels formulierten Grundaussagen; die den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen anstrebt; die sich auf die moderne Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft orientiert; die ihr theoretisches Fundament in der schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung der Theorie von Marx, Engels und Lenin für unsere heutigen Kampfbedingungen hat.“*

*Festhalten  
am Marxismus-  
Leninismus*

*Aktionseinheit  
mit der PDS*

Die DKP betont nach außen ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit, erklärt aber gleichfalls ihre Absicht, vor allem mit der PDS die Zusammenarbeit zu verstärken. Auf der 9. Tagung des Parteivorstands der DKP am 4./5. Februar in Essen wurde der Wille zur Aktionseinheit mit der PDS bekräftigt. Parteisprecher Heinz Stehr führte dazu aus: Die Ausgrenzung kommunistischer Politik sei für sozialistische Parteien kein gangbarer Weg. Gesellschaftliche Bündnisse und Aktionseinheiten brauchten kommunistische Kraft, Ideen und Organisationserfahrung. Möglichkeiten zur solidarischen Zusammenarbeit ergäben sich aus der Übereinstimmung von DKP und PDS in nicht wenigen aktuellen politischen Fragen. Schließlich seien Gliederungen der DKP



partnerschaftlich mit PDS-Parteigliederungen verbunden; beide unterstützten sich gegenseitig bei der Formulierung von Politik und bei Aktionen. Zur Weiterentwicklung dieser Beziehungen gebe es keine Alternative.

In den „DKP-Informationen“ Nummer 5 vom 27. Mai heißt es zur Zusammenarbeit mit der PDS:

*„Wir erklären erneut unsere uneingeschränkte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Gliederungen der PDS, um alles zu tun, gemeinsam die Rechtsentwicklung zu stoppen. Wir sind bereit zum Dialog und zur Diskussion aller politischen Fragen. ... Die DKP-Mitglieder fühlen sich in dieser Situation besonders eng verbunden mit dem marxistischen Teil der PDS-Mitglieder.“*

Nach der 10. Tagung des Parteivorstands der DKP am 27./28. Mai in Essen sieht Heinz Stehr die DKP stabilisiert. Es seien nicht nur Apparat und Finanzierung gesichert, zum Jahresende 1994 sei auch ein leichter Zuwachs an Mitgliedern erreicht worden. Durch Diskussion und Beschluß relativierte die Tagung ein schon älteres Papier der Geschichtskommission, das sich sehr kritisch mit dem Stalinismus auseinandersetzt. In einem jetzt gefaßten Beschluß heißt es: Den Begriff „Stalinismus“ halte man für ungeeignet zur Kennzeichnung von Deformationen und Fehlentwicklungen des Realsozialismus. Er sei ein bürgerlicher Kampfbegriff und untrennbar verbunden mit antikommunistischen Positionen.

*Relativierung  
des Begriffs  
„Stalinismus“*



Die 11. Tagung des Parteivorstands der DKP am 23./24. September in Leverkusen betonte, die Aktionseinheits- und Bündnispolitik habe eine entscheidende Bedeutung zur Veränderung des Kräfteverhältnisses. Die DKP wolle in Zukunft verstärkt auf Jugendliche, Antikapitalismus, Antifaschismus und Antiimperialismus gerichtete Initiativen entwickeln.

An dem von der DKP vom 1. bis 3. September in Dortmund durchgeführten traditionellen Pressefest ihres Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ) nahmen rund 35.000 Personen - unter ihnen der PDS-Ehrenvorsitzende Dr. Hans Modrow und die KPF-Funktionärin Sahra Wagenknecht - teil.



### 2.3.2 Organisation

#### Organisationsstrukturen

In den westlichen Bundesländern unterhält die DKP zwölf Bezirksorganisationen, die in Kreis- und Grundorganisationen unterteilt sind. Die bisher in Berlin-Ost und Berlin-West existierenden Bezirksorganisationen schlossen sich im Oktober zur Bezirksorganisation Berlin zusammen; sie soll vor allem die Mitglieder in den fünf neuen Ländern betreuen.

#### Mitgliederwerbung

Die Zahl der Mitglieder stagniert bei 6.000. Am 31. Januar erschien in der PDS-nahen Zeitung „Neues Deutschland“ ein Artikel, in dem die DKP um Mitglieder oder Sympathisanten wirbt. Die DKP will mit dieser Aktion ehemalige SED-Mitglieder, die nicht in der PDS geblieben sind, aus der PDS ausgetretene Kommunisten und bisher nicht parteigebundene Jugendliche anwerben.

#### Sinkende Mitgliederzahl in Bayern

In Bayern bestehen zwei Bezirksorganisationen (Nord- und Südbayern) und zehn Kreisverbände sowie zwei Betriebsgruppen. Die Mitgliederzahl sank von 700 auf rund 600. Die DKP wird überwiegend von Altkommunisten repräsentiert, bei denen sich zum Teil Resignation breit macht. Es muß davon ausgegangen werden, daß der negative Trend weiter anhalten wird.



#### Sprecherrat

Von den ursprünglich gewählten vier Sprechern der DKP wurden Heinz Stehr und Rolf Priemer auf dem 12. Parteitag in ihren Ämtern bestätigt. Eine für November 1993 vorgesehene Nachwahl von zwei Sprecherinnen für den DKP-Sprecherrat war nicht zustande gekommen, da sich keine Kandidatinnen gefunden hatten. Dem Parteivorstand mit 32 Mitgliedern gehören zwei DKP-Funktionäre aus Bayern an. Der finanzielle Rahmen der Partei ist bundes- wie landesweit stabil.

### 2.3.3 Teilnahme an Wahlen

Bei der Landtagswahl in Hessen am 19. Februar erhielt die DKP, obwohl die PDS nicht kandidierte, nur 3.254 Zweitstimmen (0,1 %). Die DKP sieht in der PDS aufgrund der eigenen bündnispolitischen Offenheit nach wie vor einen Partner. Es wird immer deutlicher, daß sich die DKP auf Dauer kaum neben der PDS als eigenständige Kraft behaupten kann.

Bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft am 14. Mai verzichtete die DKP zugunsten der PDS auf eine eigene Kandidatur. In Nordrhein-Westfalen erreichte die DKP bei den am selben Tage durchgeführten Landtagswahlen 6.008 Stimmen (0,1 %).

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen am 22. Oktober traten über die „Offenen Listen“ der PDS im Ostteil der Stadt auch Funktionäre der DKP an. In die Bezirksverordnetenversammlungen der östlichen Bezirke Hellersdorf und Weißensee wurde jeweils ein Kandidat gewählt.

## 2.4 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland (MLPD)

Die 1982 in Bochum als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin“ gegründete MLPD fordert in ihrem Programm den revolutionären „Sturz der Herrschaft der Monopolkapitalisten“ und die „Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ unter einer „Diktatur des Proletariats“. Sie bekennt sich zu den Lehren von Marx, Lenin und Mao Tse-tung. In ihrem Zentralorgan Rote Fahne führt sie in dem ständigen Text, mit dem sie „Informationen für neue Leserinnen und Leser“ gibt, u.a. an: „Die MLPD wendet den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungsideen schöpferisch auf die heutige Situation an.“

*Diktatur des  
Proletariats*



Mitglieder hat die Partei vor allem im west- und südwestdeutschen Raum. Sie sind in Betriebszellen, Ortsgruppen und Bezirken organisiert, die einer „zentralen Leitung“ mit Sitz in Essen unterstehen. Die MLPD verfügt bundesweit über rund 2.700 Mitglieder, davon etwa 140 in Bayern. Nebenorganisation der Partei ist der Jugendverband REBELL. Von der MLPD beeinflusst ist der Frauenverband Courage.

Als bedeutendste Veranstaltung der MLPD fand vom 3. bis 5. Juni in Gelsenkirchen das 7. Internationale Pfingstjugendtreffen statt. Das von insgesamt etwa 4.000 Personen besuchte Treffen (die MLPD hatte 21.000 genannt) stand unter dem Motto „Der internationalen Solidarität gehört die Zukunft“. Das Pfingstjugendcamp sollte neben der Stärkung des Jugendverbands REBELL auch den Aufbau einer „internationalen Solidaritäts- und Hilfsorganisation“ fördern.

*Pfingstjugend-  
treffen der MLPD*

*Agitationsthemen*

Die MLPD kritisierte u.a. den Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien und solidarisierte sich mit dem kurdischen Volk, das einen „gerechten Befreiungskampf“ führe. Sie rief dazu auf, dem Verbot der PKK entschieden entgegenzutreten und forderte die Freilassung von PKK-Aktivisten, die in Deutschland wegen Straftaten inhaftiert sind.

In Bayern trat die Partei, abgesehen von einer Veranstaltung zum politischen Aschermittwoch am 1. März in Metten, Landkreis Degendorf, kaum in Erscheinung.

*MLPD weitgehend isoliert*

Die MLPD ist im gesamten linksextremistischen Lager trotz intensiver Mitgliederschulung, Agitation vor Betrieben und trotz ihrer groß aufgezogenen Pfingstjugendtreffen nach wie vor weitgehend isoliert. Eine Änderung ist nicht absehbar.

## 2.5 Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)

*Zusammenschluß von Basisgruppen*

Mehrere örtlich tätige maoistisch orientierte Arbeiterbasisgruppen schlossen sich 1973 zum AB zusammen. Dieser beruft sich in seinen programmatischen Aussagen auf den Marxismus-Leninismus und die Ideen Stalins sowie Mao Tse-tungs. Sein Ziel ist die Beseitigung der „herrschenden Ausbeuterklasse“ und die „Errichtung einer Diktatur des Proletariats“, um den Kommunismus in einer „klassenlosen Gesellschaft“ zu verwirklichen. Der AB bekennt offen, daß dies nur mit Gewalt zu erreichen sei, da die „herrschende Klasse“ nicht freiwillig auf ihre Macht verzichte.

*Schwerpunkt in Bayern*

Der AB ist vorwiegend in Bayern tätig. Es bestehen Gruppen in Augsburg, München, Nürnberg und Regensburg. „Freundeskreise“ in München, Nürnberg und Regensburg sollen den AB finanziell unterstützen. In weiteren Städten des Bundesgebiets verfügt der AB über Ortsgruppen bzw. Stützpunkte. Die Gesamtmitgliederzahl blieb konstant bei etwa 200, davon rund 100 in Bayern. Organisatorisch sowie auf Funktionärebene waren beim AB keine Veränderungen festzustellen.

*Stagnierende Mitgliederzahl*

Der AB ist in zwei Flügel gespalten. Der größere Flügel gibt monatlich das AB-Zentralorgan „Kommunistische Arbeiterzeitung“ (KAZ) heraus. Er setzte seine bereits im Vorjahr festgestellte Zusammenarbeit mit der DKP fort. In einer von KAZ und DKP ge-



meinsam herausgegebenen Broschüre zum Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien bezichtigten die Verfasser Deutschland, den Konflikt wegen „Großmacht- und Expansionsinteressen des deutschen Imperialismus“ zumindest mitverursacht zu haben. Der kleinere, der PDS nahestehende Flügel kritisierte in mehreren Veranstaltungen u.a. das Verbot der PKK und ihrer Nebenorganisationen. Über ideologische Differenzen hinweg ist aber auch der DKP-nahe Flügel an einer Zusammenarbeit mit PDS-Aktivisten zumindest punktuell interessiert. So fanden im Oktober in Augsburg, Erlangen und Regensburg Diskussionsveranstaltungen mit der PDS-Aktivistin Sahra Wagenknecht statt. Da der AB kaum mehr eigene Aktionen durchführen kann, wird er auch künftig die Zusammenarbeit mit anderen linksextremistischen Gruppierungen und Parteien suchen.

*Zusammenarbeit  
mit der DKP*

*Zusammenarbeit  
mit PDS und  
Bündnissen*

In München und Regensburg bestehen seit 1972 Gruppen des vom AB stark beeinflussten Antifaschistischen Komitees - Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung - AKS - (früher Anti-Strauß-Komitee) mit etwa 90 Mitgliedern. Ziel des AKS ist es, den „Sturz des rechten Führungskaders“ vorzubereiten und alle „faschistischen“ Organisationen zu bekämpfen.

Die Initiativen für die Vereinigung der revolutionären Jugend (IVRJ) unterliegen ebenfalls dem Einfluß des AB. Ortsgruppen bestehen u.a. in München, Nürnberg und Regensburg.

### 3. Autonome

#### 3.1 Überblick

Die gewaltbereite autonome Szene ist eine andauernde Gefahr für die Innere Sicherheit Deutschlands. Ihr sind über 80 % der linksextremistisch motivierten Gewalttaten zuzurechnen. Die ersten autonomen Gruppen entstanden Ende der 70er Jahre. Ihr Tätigkeitsfeld beschränkte sich seinerzeit im wesentlichen auf den Bereich der Antikernkraftbewegung. Inzwischen sind autonome Gruppen in allen Themenbereichen linksextremistischer Agitation tätig. Mit der Ausweitung der Aktivitäten konnten sie ihren Einfluß ausbauen und stetig neue Anhänger für ihre diffusen Vorstellungen gewinnen, die im Gegensatz zu den Ideologien der meisten anderen linksextremistischen Gruppen in keinem ausformulierten Programm festgeschrieben sind. Inzwischen stellen sie eine der bedeutendsten Strömungen des Linksextremismus in Deutschland dar.

*Entwicklung der  
Autonomen*

*Kein ausformu-  
liertes Programm*

### 3.2 Ideologische Ausrichtung

*Grundgefühl von Antistaatlichkeit*

*Ablehnung von Staat und Gesellschaft*



*Anwendung von Gewalt*

*Gewalt gegen Personen*

Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept. Sie folgen unklaren anarchistischen und anarchokommunistischen Vorstellungen. Wesentliches Element ist die ungehemmte Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, um frei von „Lohnarbeit“, sozialen Zwängen und Rücksichtnahmen, d.h. „autonom“ zu leben. Im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Gruppierungen ist Autonomen ein ausformuliertes Programm oder verbindliches Statut fremd. Die losen, überwiegend kurzlebigen Gruppen bilden sich meist über Aktionsthemen. Feste Bindungen an die Gruppen werden schon aufgrund der negativen Grundeinstellung gegenüber jeglichen hierarchischen Strukturen abgelehnt. Einig sind sich die Autonomen in der kategorischen Ablehnung von Staat und Gesellschaft. Ihr Ziel ist die Abschaffung des Staates und seiner Institutionen, um an seiner Stelle eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu errichten, von der indessen niemand weiß, wie sie im einzelnen aussehen soll. Vielen Anhängern genügt auch das Grundgefühl von „Antistaatlichkeit“. Die Bejahung von Gewalt zur Durchsetzung von Zielen ist unumstritten und sogar Bestandteil autonomen Selbstverständnisses. Ihre Gewalttaten versuchen sie als „Gegengewalt“ gegen staatliche Maßnahmen und Regelungen zu rechtfertigen. In einem Beitrag zum fehlgeschlagenen Sprengstoffanschlag auf eine im Bau befindliche Justizvollzugsanstalt am 11. April in Berlin erklärten Autonome in der autonomen Szenepublikation INTERIM vom 17. August:

... „begreifen wir militante, illegale Aktionen als einen integralen Teil des Protests und Widerstands gegen Herrschaftsverhältnisse, (...) Die Anwendung von Gewalt/revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar. Wir werden uns nicht an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten. Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen-, und beherrschbar. (...) Also - eine Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben - nicht heute und auch nicht in Zukunft!!!“

Auch Gewalt gegen Personen wird von Autonomen entgegen früherer Praxis inzwischen insbesondere bei Aktionen gegen politische Gegner als geeignetes Mittel angesehen und angewendet. Der massive Angriff auf einen rechtsextremistischen Anwalt am 30. August

in Hamburg und erneute Rechtfertigungsversuche für die Tötung eines Rechtsextremisten am 4. April 1992 in Berlin sind Beispiele für diese Entwicklung.

Die Angriffe, im Szenejargon auch als „klandestine Aktionen“ bezeichnet, erfolgen äußerst konspirativ. Sie werden durch Ausspähung der Zielpersonen und Objekte vorbereitet. Hierzu sind in der Szene Anleitungen, z.B. „Tips und Tricks zur Vermeidung von Spuren“, im Umlauf. Die polizeilichen Ermittlungen sind deshalb häufig sehr schwierig.

*Gezielte  
Vorbereitung  
der Gewalttaten*

### 3.3 Aktionsthemen

Eine wesentliche Rolle nimmt für Autonome das Thema Antifaschismus ein. Darunter verstehen sie nicht nur den unmittelbaren Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern auch den Kampf gegen die Bundesrepublik Deutschland. Diese stehe in direkter Kontinuität zum „Dritten Reich“ und verfolge selbst „faschistische, rassistische und imperialistische“ Ziele. Mit ihren Aktionen soll der Staat selbst als „faschistisch“ vorgeführt werden. Aktionsthemen hierfür sind „Rassismus“, „Kapitalismus“ und soziale Probleme. Auch das Thema „Antikernkraft“ hat mit den Castor-Transporten wieder erheblich an Bedeutung gewonnen. Unter dem Vorwand, gegen vermeintliche Gefahren der Kernenergie zu kämpfen, rufen die Autonomen zum Kampf gegen den „Atomstaat“ auf. Die Münchner Gruppe „zusammen kämpfen“ erklärte in einem Positionspapier zum geplanten Neubau eines Forschungsreaktors für die TU München in Garching, Landkreis München, daß nur durch langen, zähen Widerstand mit vielen Aktionsformen etwas zu erreichen sei. Mit Flugblättern und Demonstrationen sei nichts zu gewinnen. Die Interessenkonflikte zwischen dem Profitstreben des Kapitals einerseits, den Umweltbelangen und den sozialen Bedürfnissen der Menschen andererseits, ließen sich nicht durch einen friedlichen Dialog, sondern nur durch einen langandauernden Kampf gegen das Kapital und seine Helfershelfer beilegen. Wörtlich heißt es weiter:

*Antifaschismus*

*Vorführen  
des Staates*

*Kampf gegen  
den „Atomstaat“*

*„wir sind der meinung, daß die lösung dieser probleme vor allem eine frage der verteilung des vorhandenen und eine frage der besitz- und machverhältnisse ist und kämpfen daher für die überwindung der kapitalistischen produktionsverhältnisse und die radikale veränderung der besitz- und machverhältnisse in der gesellschaft.“*

Aktionsschwerpunkte waren u.a. Transporte von abgebrannten Brennelementen aus Kernkraftwerken, Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebiets, Sanierungsmaßnahmen in Großstädten und Solidaritätsaktionen zugunsten des „kurdischen Befreiungskampfs“.

*Autonomiekongress in Berlin*

Auf einem „Autonomiekongress“ vom 14. bis 17. April in Berlin sollten Perspektiven und Aktivitäten bis über das Jahr 2000 hinaus festgelegt werden. Schwerpunktthemen des Kongresses mit etwa 2.000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet waren Formen des autonomen Kampfs und Widerstands, die Frage nach der Konfrontationsbereitschaft gegen die „Staatsmacht“ und die „Faschisten“ sowie die Suche nach neuen Aktionsformen. Die Auffassungen über den Erfolg des Kongresses gingen bei den Teilnehmern weit auseinander. Die Ziele der Veranstaltung, die Autonomen - auch organisatorisch - zu konsolidieren und den weiteren politischen Weg festzulegen, wurden nicht erreicht.

### 3.4 Autonome Strukturen

*Schwerpunkte in Bayern*

Schwerpunkte der Autonomen in Bayern im Jahr 1995 waren Nürnberg, Passau und München. Die Passauer Autonomen zeigten eine zunehmende Gewaltbereitschaft. Daneben bestehen autonome Gruppen in den Bereichen Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, Kulmbach, Regensburg, Rosenheim und Würzburg. Auch aus anderen Städten wurden Aktivitäten bekannt, die als Indiz für das Vorhandensein autonomer Tendenzen gewertet werden müssen. Insgesamt gehören autonomen Gruppen in Bayern wie im Vorjahr rund 550 Personen an. Die Verweildauer der Anhänger in den Gruppen beträgt regelmäßig nur wenige Jahre. Personelle Verluste durch „Rückzug ins Private“ füllen sich jedoch kontinuierlich auf. Die oft kurzlebigen, meist aus konkretem Anlaß gegründeten Gruppierungen tragen Namen wie „Rote Antifa Nürnberg“, „Autonome Zelle ‚Erich Mühsam‘“, „zusammen kämpfen“, „Antifaschistische Front“, „Antifaschistische Jugendfront“.

*550 Autonome in Bayern*

*Gefestigte autonome Szene in Bayern*

*Organisatorische Ansätze*

Die grundsätzliche Ablehnung von Organisationsformen und verbindlichen Strukturen haben die Autonomen teilweise aufgegeben. Seit vier Jahren sind in der autonomen antifaschistischen Szene ernsthafte und auch erfolgreiche Bemühungen zu beobachten, dauerhafte Organisationsstrukturen zu schaffen. Mitte 1992 schlossen

sich autonome Gruppen zur „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) zusammen. Sie ist eine Art Dach für gewaltorientierte Gruppierungen zur Verankerung und Verbreiterung des Widerstands. Eine zentrale Rolle in dieser Organisation nimmt die militante Autonome Antifa (M), Göttingen, ein. Der AA/BO gehören inzwischen Gruppierungen aus 14 Städten im gesamten Bundesgebiet an. In Bayern sind dies die Antifaschistische Aktion Passau und die Rote Antifa Nürnberg (RAN), die nach ideologischen Differenzen aus der im Mai aufgelösten Gruppe Muflons gegen Rechts entstand. Die linksextremistische Zielsetzung der AA/BO zeigt sich u.a. an der von ihr propagierten These, daß sich der Antifaschismuskampf gegen die Grundpfeiler der bürgerlichen Herrschaft richten müsse. Die Parole „Kampf dem Faschismus“ heiße „Kampf dem imperialistischen System“.

Dem Gedankenaustausch und Informationsfluß zwischen Autonomen dienen auf Ortsebene vor allem ständige Einrichtungen wie Info-Läden, Szenelokale und andere Begegnungsstätten, wie z.B. im Kommunikationszentrum der Stadt Nürnberg (KOMM), in denen auch einschlägige Publikationen aufliegen. Die als Anlauf- und Kontaktstellen fungierenden Info-Läden sind dabei als wesentlicher Faktor für die Kommunikation innerhalb der autonomen Szene anzusehen. Eine in der Szene verbreitete Übersicht führt mehr als 80 solcher Anlaufstellen im Bundesgebiet auf. In Bayern bestehen Info-Läden u.a. in Augsburg, München, Nürnberg, Passau und Regensburg. Für die landes- und bundesweite sowie die internationale Kommunikation werden moderne Kommunikationsmittel wie Telefax und Mailboxsysteme in erheblichem Umfang verwendet, wie das von Wiesbaden aus aufgebaute Mailboxsystem „Spinnennetz“.

*Kommunikationsstrukturen*

*Info-Läden*

### 3.5 Autonome Publikationen

Eine weitere Informationsmöglichkeit bieten den Autonomen die Szenepublikationen. Diese werden meist konspirativ hergestellt und verbreitet; ihre Autoren sind weitgehend unbekannt. Neben der Berichterstattung über autonome und terroristische Aktivitäten schüren die Publikationen vor allem den Haß gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie enthalten ferner unverhohlene Aufforderungen und Anleitungen zu Gewalttaten u.a. gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und deren Einrichtungen sowie - vor allem im Zusammenhang mit den

*Aufforderung zu Gewalttaten*

Transporten abgebrannter Brennelemente - gegen Einrichtungen der Deutschen Bahn AG.

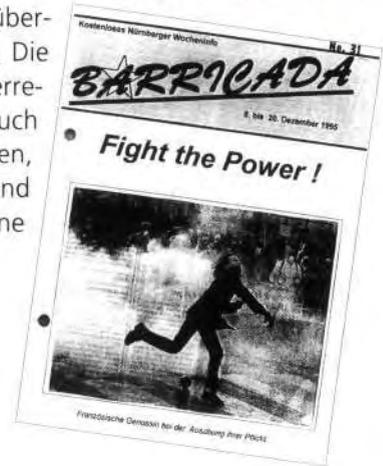
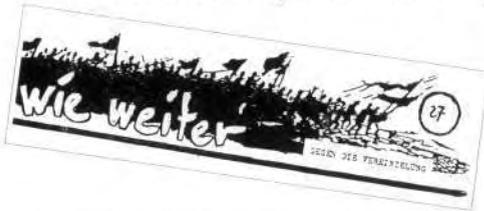
Bundesweit  
verbreitete  
Publikationen

Von den bundesweiten Szeneblättern hat insbesondere die regelmäßig erscheinende, aus Berlin stammende Publikation „INTERIM“ zentrale Bedeutung. Erwähnenswert sind ferner zwei Ausgaben der unter wechselnden ausländischen Tarnanschriften vertriebenen militanten autonomen Publikation „radikal“. Themenschwerpunkte waren 1995 „Antifaschismus“, „Organisierung im autonomen Spektrum“, der „kurdische Befreiungskampf“, „Rassismus“, Flüchtlingspolitik, der Bundeswehreininsatz im ehemaligen Jugoslawien und die Castor-Transporte. Daneben waren wie in den Vorjahren eine Vielzahl von Selbstbezeichnungsschreiben zu Anschlägen sowie Handlungsanleitungen zu Straftaten abgedruckt. Im Rahmen einer in acht Bundesländern am 13. Juni auf Anordnung des Generalbundesanwalts durchgeführten Durchsuchungsaktion, die sich u.a. auch gegen die terroristische Antiimperialistische Zelle (AIZ) sowie die militante Gruppe „Das K.O.M.I.T.E.E.“ richtete, konnten vier Personen festgenommen werden, die im Verdacht stehen, an der Publikation „radikal“ mitgearbeitet zu haben. Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs erließ Haftbefehl gegen die vier Personen wegen dringenden Verdachts der Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. Bei der Durchsuchung konnte eine Reihe von schriftlichen Unterlagen sichergestellt werden.



In Bayern publizieren die Autonomen ihre politischen Artikel u.a. in der inzwischen wieder regelmäßig erscheinenden Zeitschrift „wie weiter“ aus Nürnberg und ähnlichen regionalen, überwiegend unregelmäßig herausgegebenen Blättern. Die bayerischen Zeitschriften konnten bisher keine überregionale Bedeutung gewinnen. Oft werden darin auch nur Artikel aus bundesweiten Szenepublikationen, wie „INTERIM“ und „radikal“, übernommen und durch Hinweise auf aktuelle Themen und Termine der örtlichen oder regionalen Szene ergänzt.

*Bayerische  
Publikationen*



### 3.6 Aktivitäten autonomer Gruppen in Bayern

Besondere Aktivitäten zeigten in Bayern vor allem die Autonomen in Passau. Maßgeblich hierfür ist insbesondere die Mitgliedschaft der Antifaschistischen Aktion Passau in der AA/BO. Über die AA/BO und weitere personelle Verflechtungen sind die Passauer Autonomen ebenso wie die Szene Nürnberg/Fürth/Erlangen in den bundesweiten Informationsaustausch und die Aktivitäten eingebunden. Durch die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch über die AA/BO ist es den Autonomen erstmals möglich geworden, ihre Strukturen zu festigen und kontinuierlich zu arbeiten.

Im Januar organisierte die Antifaschistische Aktion Passau eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Solidarität mit dem kurdischen Volk“. In der Zeit vom 23. bis 28. Januar thematisierten die Autonomen mit Informationsständen, Straßentheater und sonstigen Veranstaltungen neben der Situation der kurdischen Bevölkerung in der Türkei insbesondere die angebliche Verfolgung von Kurden in Deutschland. In Plakaten und Flugblättern zur Abschlußdemonstration am 28. Januar wurde Deutschland bezichtigt, die türkische Regierung in ihrem „imperialistischen Krieg“ gegen die kurdische Bevölkerung durch Wirtschafts- und Militärhilfe zu unterstützen. Daneben forderten die Verfasser, das Verbot der terroristischen PKK, ihrer Teilorganisation ERNK und anderer PKK-Vereine und -Organisationen aufzuheben. Die Veranstaltungen verliefen im wesentlichen störungsfrei.

*Aktionen  
zugunsten der  
verbotenen PKK*

### Exekutivmaßnahmen

Eine Hausdurchsuchung bei Anhängern der autonomen Szene am 1. Februar in Passau in einem Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung führte zur Sicherstellung von drei gebrauchsfertigen Brandsätzen sowie mehr als 400 Exemplaren einer mit einem fingierten Impressum versehenen Publikation „Antifa Jugend Info“. Dieses Druckwerk war bereits im Zusammenhang mit der Solidaritätswoche zugunsten des kurdischen Volkes am 26. und 27. Januar verbreitet und wegen presserechtlicher Verstöße sichergestellt worden. Auf die Durchsuchung reagierten mehrere Passauer autonome Gruppen mit einer Flugblattaktion und Veranstaltungen. In einem am 2. Februar bekanntgewordenen Flugblatt wurde die Polizei beschuldigt, die linke und linksradikale Szene zu denunzieren und letztlich kriminalisieren zu wollen. Dabei wurde den Polizeibeamten unterstellt, „völlig unrechtmäßig“ vorgegangen zu sein. Das Flugblatt endete mit den Parolen:

*„Der antifaschistische Widerstand läßt sich nicht verbieten. Stoppt den Staatsterrorismus! Solidarität mit den betroffenen AntifaschistInnen.“*

### Überregionale Bedeutung der Passauer Autonomen

In einem Aufzug am 25. Februar in der Passauer Innenstadt zum Thema „Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands - Stoppt den Staatsterrorismus!“ mit etwa 100 Teilnehmern kritisierten Anhänger der örtlichen autonomen „Jugendantifa“ sowie Autonome aus Göttingen, Berlin, Nürnberg und Würzburg ebenfalls die Vorgehensweise der Polizei. Es wurde zur Teilnahme an einer Solidaritätsveranstaltung am 6. März in Göttingen aufgerufen. Dies zeigt erneut die überregionale Bedeutung der Passauer Szene, der es inzwischen gelingt, Personen aus den bundesweiten Strukturen der AA/BO auch für relativ kleine Veranstaltungen zu mobilisieren.

In mehreren Szene-Zeitschriften nahm die AA/BO zum Selbstmord von zwei Jugendlichen aus der autonomen Szene Passau Stellung. In den „Nachrufen“ heißt es unter anderem, die beiden hätten dem Repressionsdruck nicht standgehalten, dem die gesamte Antifa in Passau ausgesetzt sei. Nachdem ihnen der Staat jede Perspektive genommen habe, hätten sie den Tod gewählt. Der Selbstmord eines Jugendlichen wird von der AA/BO mit Drogenkonsum in Verbindung gebracht. Gegen beide Jugendliche war wegen Straftaten ermittelt worden.

### Schwerpunktthema PKK-Solidarität

Linksextremisten, vor allem autonome Gruppen, sind schon immer für ein sehr weitgehendes Asylrecht und die Solidarität mit ausländischen linksextremistischen Gruppierungen eingetreten. Vor allem

nach dem Verbot der PKK in Deutschland, dem Vorgehen der Sicherheitsorgane und den vollzogenen bzw. beabsichtigten Abschiebungen kurdischer Straftäter in die Türkei ist eine zunehmende Solidarisierung mit der PKK festzustellen. Dies zeigt sich u.a. in einer Vielzahl von Solidaritätskundgebungen zugunsten der PKK und Sympathieerklärungen für die Täter, die im Frühjahr Anschläge gegen türkische Reisebüros verübt hatten. Gleichzeitig veranstalteten Autonome unter reger Beteiligung von PKK-Anhängern eine Reihe von Versammlungen, in denen sie die Aufhebung des PKK-Verbots forderten. Dabei bezichtigten sie Deutschland, einen Völkermord an Kurden zu unterstützen. Am 18. Februar veranstalteten u.a. mehrere autonome Gruppen in Nürnberg einen Aufzug zur Privatwohnung des bayerischen Innenministers unter dem Motto „Kampf den Faschisten, Rassisten und Schreibtischtätern! Keine Abschiebung von KurdInnen in den Folterstaat Türkei ...“. Aufrufe und Berichte zu dieser Demonstration, an der etwa 300 Personen teilnahmen, wurden bundesweit in einer Reihe von Szenepublikationen veröffentlicht. Darin wurden die Maßnahmen bayerischer Sicherheitsbehörden gegen die terroristische PKK, z.B. aus Anlaß der PKK-Krawalle am 19. März 1994 im Raum Augsburg, massiv kritisiert. Diese Maßnahmen stünden exemplarisch für eine insgesamt rassistische Politik, mit der Minderheiten ausgegrenzt würden. Der von der PKK im Südosten der Türkei geführte blutige Bürgerkrieg ist nach Ansicht der Verfasser ein „legitimer Befreiungskampf“, der kriminalisiert werde. Die Aufrufe endeten mit den Parolen: „Die Verantwortlichen dieser Politik haben Namen und Adresse. Lassen wir ihnen keine Ruhe! Greifen wir sie an!“.

*Diffamierung  
der Sicherheits-  
behörden*

Am 12. April veranstaltete ein „Aktionsbündnis gegen den NPD-Treff Nürnberg“ einen Aufzug zu einer als Treffpunkt von Rechtsextremisten bekannten Gaststätte. Anlaß war eine geplante NPD-Veranstaltung, die jedoch aufgrund der Gegendemonstration abgesagt wurde. Im Aufrufflugblatt hatten die Autonomen gefordert, die NPD-Kundgebung zu blockieren und den Faschisten entschlossen entgegenzutreten. Die Stadt gehöre den Antifaschisten, nicht den Faschisten. Die Leser des Flugblatts wurden aufgefordert, ähnliche „Nazitreffpunkte“ an die Kontaktadressen der autonomen Gruppierungen Muflons gegen Rechts und Rote Antifa Nürnberg (RAN) zu melden.

*Protest gegen  
NPD-Treffpunkt*

Wegen der Bestätigung der Todesstrafe gegen einen Farbigen der Black-Panther-Bewegung durch den zuständigen Gouverneur veranstaltete das „Komitee zur Verteidigung des Lebens von Mumia

*Kampagne gegen  
Todesstrafe in den  
USA*

Abu-Jamal“ am 9. Juni in Nürnberg drei Versammlungen und am 10. Juni in Fürth eine Kundgebung. In München hatten Autonome aus gleichem Anlaß bereits am 8. Juni eine nicht angemeldete Veranstaltung vor dem Generalkonsulat der USA durchgeführt. Die Aktionen stehen in Zusammenhang mit einer insbesondere von Autonomen seit Monaten bundesweit geführten Kampagne, in der die Freilassung des wegen Polizistenmords Verurteilten gefordert wird. Das Urteil gegen den nach Ansicht der Betreiber der Kampagne Unschuldigen sei lediglich aus rassistischen Gründen von überwiegend weißen Geschworenen verhängt worden. Weitere Veranstaltungen folgten im Lauf des Jahres nach der Aussetzung des Vollstreckungstermins unter dem Motto „Mumia Abu-Jamal soll immer noch ermordet werden!“

*Angriffe  
gegen Polizei*

Mit der Forderung nach einem „autonomen Jugendzentrum“ veranstalteten jeweils 40 bis 50 Autonome und Punker am 7. und 14. Juli nicht angemeldete Versammlungen in der Fußgängerzone in Passau. Bei polizeilichem Einschreiten und Auflösung der Veranstaltung am 14. Juli kam es zu Widerstandshandlungen. Zwei Polizeibeamte wurden verletzt. Die äußerst aggressiven Teilnehmer hatten u.a. versucht, zwei Polizisten die Dienstwaffe zu entreißen. Drei Personen wurden festgenommen.

An einer Demonstration gegen die jährliche Großkundgebung der rechtsextremistischen DVU am 30. September in Passau beteiligten sich etwa 800 Personen, darunter etwa 300 Autonome. Zu dieser weitgehend störungsfrei verlaufenen Kundgebung hatte u.a. die autonome Antifaschistische Aktion Passau aufgerufen. In ihrem Flugblatt hieß es unter dem Motto „Gegen Faschismus und Bullenterror! Tretet in antifaschistische Aktion!“, der Staat besitze ein „funktionales Verhältnis“ zu Rechtsex-



*Protest gegen  
DVU-Veranstaltung*

tremisten und habe kein wirkliches Interesse an

der Zerschlagung der „faschistischen Bewegung“. Sie solle vielmehr durch Vereinsverbote „für einen möglichen späteren Verwendungszweck einstweilen ruhig gehalten werden“. Gesetzesverschärfungen aus Anlaß „faschistischer Aktionen“ dienten ebenso in erster Linie dazu, gegen „linke Kräfte“ vorzugehen.

Am 27. Oktober bewarfen Autonome, die sich im Kommunikationszentrum (KOMM) in Nürnberg aufhielten, einen Streifenwagen der Polizei mit Flaschen und Steinen. Bei dem Versuch, die Personalien der Täter im KOMM festzustellen, kam es zu einem Handgemenge mit den Polizeibeamten. Diese wurden beleidigt und tätlich angegriffen. Ein Autonomer versuchte, einer Polizeibeamtin die Dienstwaffe zu entreißen. Nach dem Eintreffen von Verstärkungskräften der Polizei mußte die verschlossene Tür zum KOMM eingedrückt werden. Die Polizeibeamten standen nunmehr etwa 300 KOMM-Besuchern gegenüber, die sie mit Beleidigungen empfangen.

*Straftaten  
im KOMM*

Gegen den geplanten Neubau eines Forschungsreaktors demonstrierten am 18. November in Garching, Landkreis München, etwa 470 Personen, darunter einige Autonome und andere Linksextremisten. Die Münchner autonome Gruppe „zusammen kämpfen“ hatte aus Anlaß dieser Veranstaltung in einem Flugblatt u.a. zu einem revolutionären Block aufgerufen, um diesen „für spätere Kämpfe zu etablieren“. Das Landratsamt München setzte daraufhin entsprechende versammlungsrechtliche Auflagen fest. Die Polizei stellte mit der Durchsetzung dieser Auflagen den friedlichen Verlauf der Kundgebung sicher.

*Protest gegen  
Neubau eines  
Forschungs-  
reaktors*

### 3.7 Entwicklungstendenzen

Die latente Gewaltbereitschaft der Autonomen stellt auch künftig eine ernste Gefahr für die Innere Sicherheit dar. Die weitere Entwicklung des Gewaltpotentials der Autonomen hängt von den Reizthemen ab, die ihnen für ihren Aktionismus geeignet erscheinen. Nach dem Rückgang rechtsextremistischer Gewalttaten hat das Mobilisierungsthema Antifaschismus an Bedeutung verloren. Neue Attraktivität gewonnen hat dagegen bundesweit der vielfach gewalttätige Protest gegen den Transport abgebrannter Brennelemente.

*Gefahr für die  
Innere Sicherheit*

In Bayern könnten der geplante Neubau eines Forschungsreaktors in Garching, Landkreis München, und die vorgesehenen Castor-Transporte aus dem Kernkraftwerk Gundremmingen von der linksextremi-

stischen, vor allem der autonomen Szene, als Vorwand für Aktionen bis hin zur Gewaltanwendung mißbraucht werden. Bereits früher wurden Vorbehalte gegen kerntechnische Anlagen zu breitgefächerten Aktionen und Bündnissen genutzt.

#### 4. Bündnisse gegen Rassismus

##### *Linksextremistischer Einfluß*

An dem linksextremistisch beeinflussten „Münchener Bündnis gegen Rassismus“ beteiligen sich neben demokratischen Gruppierungen die linksextremistisch beeinflusste Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), marxistisch-leninistische Organisationen wie DKP, AB, Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) und die trotzkistische Sozialistische Arbeitergruppe (SAG). Die Leitung bei Treffen und Veranstaltungen oblag jeweils Aktivisten der linksextremistischen Gruppierungen. Diese zeichneten auch für Flugblätter des Bündnisses presserechtlich verantwortlich. Das Bündnis fungierte als Träger für eine Vielzahl von Aktivitäten, zu denen kleinere Gruppen alleine nicht in der Lage waren.



Das Münchener Bündnis gegen Rassismus war maßgeblich an der Gründung des Münchener Kurdistan-Solidaritätskomitees im Frühjahr 1994 beteiligt. Das Komitee veranstaltete eine Reihe von Kundgebungen.

Das dem autonomen/antiimperialistischen Spektrum zuzuordnende Nürnberger „Aktionsbündnis gegen Rassismus“ war weitgehend inaktiv.

## 5. Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1995 Bayern Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
---	--	---

### 1. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten

#### 1.1 Kernorganisationen:

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 13 Bezirksorganisationen, aufgeteilt in Kreis- und Grundorganisationen 26.09.1968, Essen	600 *	6.000	Unsere Zeit (UZ) vierzehntägig, 15.000 Marxistische Blätter zweimonatlich, 3.000
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) - neuer Name beschlossen auf SED-Parteitag am 16./17.12.1989 -, Berlin		121.000	Neues Deutschland (ND) - PDS-nahe Zeitung - werktäglich, 70.000 DISPUT zweimal im Monat, 11.000 PDS-Pressedienst wöchentlich, 2.200 UTOPIE-kreativ-Diskussion sozialistischer Alternativen monatlich, 600 Mitteilungen der Kommu- nistischen Plattform der PDS monatlich, 17.000
PDS Landesverband Bayern mit 7 Kreisverbänden und 20 Basisorganisationen 11.09.1990, München	450		TITEL (Informationsforum der PDS Bayern) unregelmäßig, 400
Verein für Arbeiterbildung Nordbayern 28.03.1993, Fürth	50		Nordbayerischer Landbote unregelmäßig, 100
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 1973, München	100	200	Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) monatlich, 3.500
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 10 Parteibezirke, über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte 17./18.06.1982, Essen	140	2.700	Rote Fahne wöchentlich, 7.500 lernen u. kämpfen (luk) monatlich, 1.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1995 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 7 Landesverbände 20./21.09.1980, Köln	25	250	Politische Berichte vierzehntägig, 1.000
Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP), bis Juni 1995; Vereinigte Sozialistische Partei 24./25.06.1995, Köln	25	150	Sozialistische Zeitung (SoZ) vierzehntägig, 1.600
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) Frankfurt am Main	25	200	Sozialismus von unten vierteljährlich, 3.500
Kommunistischer Bund (KB) Hamburg (aufgelöst am 20.04.1991) Nachfolgegruppen: Gruppe K Gruppe Mehrheit KB-Gruppe Nürnberg		180	analyse und kritik (ak) monatlich, 3.700
Marxistische Gruppe (MG) München 1969/70 AK Rote Zellen, München („aufgelöst“ zum 01.06.1991)	700		GEGENSTANDPUNKT Herausgeber: ehemalige Funktionäre der MG vierteljährlich, 7.000

## 1.2 Nebenorganisationen:

### Nebenorganisation der DKP:

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Landesverbände, Kreisverbände und Ortsgruppen 04./05.05.1968, Essen	50	200	position zweimonatlich, 600
---	----	-----	--------------------------------

### Nebenorganisation der MLPD:

Jugendverband REBELL	20		Rebell - Beilage zur Roten Fahne -
----------------------	----	--	---------------------------------------

## 1.3 Beeinflusste Organisationen:

### DKP-beeinflußt:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Anti- faschisten (VVN-BdA) Landesvereinigungen mit Kreis- und Ortsvereinigungen 1947, Frankfurt am Main	550	8.500	antifa-rundschau zweimonatlich, 9.000
--	-----	-------	--

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Bayern	Ende 1995 Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
<b>MLPD-beeinflußt:</b> Frauenverband Courage		20	Courage vierteljährlich
<b>AB-beeinflußt:</b> Antifaschistisches Komitee - Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung (AKS) in München und Regensburg		90	Demokratischer Informations- dienst (DID) unregelmäßig, bis zu 2.500
<b>BWK-beeinflußt:</b> Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) 06.10.1979, Köln	40	200	Mitteilungen vierteljährlich, 800
<b>Trotzkistisch beeinflusst:</b> Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Vorfeldorganisation der trotzkistischen „Sozialistischen Alternative VORAN“ (SAV) 1992, Köln	30	1.000	
<b>2. Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten</b>			
Autonome	über 500	7.000	zum Teil unregelmäßig erscheinende Szeneblätter wie: radikal, INTERIM; auf lokaler Ebene u.a: wie weiter und Barricada
Antifaschistische Aktion/Bundes- weite Organisation (AA/BO) Juli 1992	30		unregelmäßig erscheinende Publikationen, für die die AA/BO als Herausgeber verantwortlich zeichnet
<b>3. Von mehreren Strömungen des Linksextremismus beeinflusst</b>			
Münchner Bündnis gegen Rassismus München	30		
Aktionsbündnis gegen Rassismus Nürnberg	20		
Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee München	20		

### 3. Abschnitt

## Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

### 1. Allgemeines

*Einstufung als  
extremistisch*

Ausländergruppen werden zum einen als extremistisch eingestuft, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Dazu zählen insbesondere die Organisationen islamischer Extremisten, die als Endziel einen islamischen Staat, wie z.B. im Iran, auch in Deutschland durchsetzen und damit wesentliche Verfassungsgrundsätze beseitigen wollen. Extremistische Ziele verfolgen zum anderen auch Gruppierungen, die eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Heimatland erstreben und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

*Anstieg der Zahl  
der Organisationen  
und Mitglieder*

Die Zahl der in Bayern erkannten extremistischen Ausländerorganisationen stieg auf 162 (1994: 145). Ursache für diese Zunahme war vor allem der Aufwärtstrend extrem nationalistischer türkischer Gruppen, aber auch die Gründung einiger neuer Vereinigungen linksextremistischer Kosovo-Albaner sowie die statistische Berücksichtigung von regionalen Untergliederungen („Teilgebieten“) der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) als selbständige Organisationen. Die Mitgliederzahl der extremistischen Ausländervereinigungen erhöhte sich in Bayern von 9.550 im Jahre 1994 auf 9.900\*. Wesentlichen Anteil an diesem Zuwachs hatten vor allem extrem nationalistische türkische Gruppen. Wie im Vorjahr stellten die Organisationen extremistischer Türken (einschließlich kurdischer Volkszugehöriger) mehr als 90 Prozent aller ausländischen Extremisten in Bayern.

Eine erhebliche Bedrohung der Inneren Sicherheit geht nach wie vor von der militanten PKK aus, die sich wiederum als die bei weitem ak-

\* Mit eingerechnet sind dabei auch rund 2.000 Anhänger der seit 26. November 1993 in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihrer 1995 in Bayern verbotenen sechs örtlichen Untergliederungen.

tivste Gruppierung ausländischer Extremisten erwies. Sie ist für eine Serie von Anschlägen gegen türkische Einrichtungen verantwortlich. Mit gezielten Attentaten auf Polizeistationen hat sie den Terror weiter verschärft. Ihr Generalsekretär richtete unverhüllte Drohungen gegen den deutschen Staat. Das gegen die PKK in Deutschland verfügte vereinsrechtliche Betätigungsverbot hat neue Bekämpfungsmöglichkeiten versammlungs- und strafrechtlicher Art eröffnet, die zur weiteren Aufklärung und Unterbindung unzulässiger PKK-Aktivitäten beitragen. Außerdem hat das Verbot die öffentlichen Aktivitäten der PKK stark eingeschränkt. Die Organisation arbeitet aber weiterhin konspirativ im Untergrund und ist nach wie vor zu Terrorakten in der Lage. Jedoch gelang es den Sicherheitsbehörden, verdeckt operierende Führungskader festzunehmen.

Die PKK hat inzwischen auf die staatlichen Maßnahmen reagiert, insbesondere ihre organisatorische Struktur geändert und führende Funktionäre ausgetauscht. Bei vielen PKK-Angehörigen besteht eine unverändert aggressive Grundstimmung gegenüber dem deutschen Staat und seinen Repräsentanten. Notwendige Maßnahmen des Staates gegen die strafbare Tätigkeit der PKK werden bewußt als Unterstützung Deutschlands für die Türkei mißverstanden. Nach wie vor ist die PKK in der Lage, in den westeuropäischen Ländern eine hohe Zahl kurdischer Volkszugehöriger zu mobilisieren.

Anhänger der seit 1983 verbotenen türkischen linksextremistischen Gruppe Devrimci Sol reagierten auf die Entwicklung im Heimatland mit zunehmender Militanz. Türkische Nationalisten konnten insbesondere bei Jugendlichen beachtliche Werbeerfolge verzeichnen. Die islamischen Extremisten sind mit sicherheitsgefährdenden Aktionen in Bayern nicht in Erscheinung getreten. Sie bedürfen aber aufgrund der weltweiten Entwicklung des islamischen Fundamentalismus einer sorgfältigen Beobachtung.

### **Zahl und Stärke extremistischer Ausländerorganisationen**

In der folgenden Übersicht sind die in Bayern bestehenden extremistischen Vereinigungen nach ihren ideologischen Standorten und politischen Zielsetzungen aufgeschlüsselt. Örtlich selbständige Gruppen sind dabei gesondert gezählt, auch wenn sie zu einer Dachorganisation gehören.

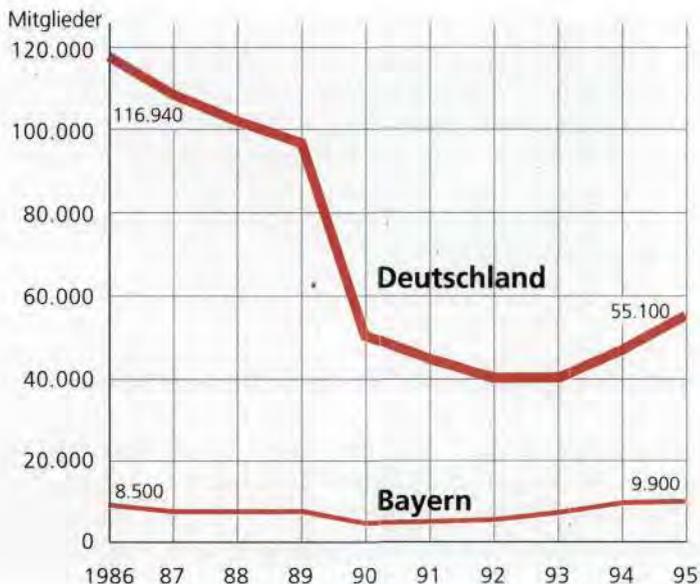
	Links- extremistische Gruppen	Extrem natio- nalistische Gruppen	Islamisch- extremistische Gruppen	Gruppen insgesamt	<b>Gesamtzahl Mitglieder</b>
Araber <sup>1</sup>	- -	- -	3 (2)	3 (2)	310 (270)
Kurden	18 (12)	- -	- -	18 (12)	2.150 (2.140)
Türken	12 (9)	19 (10)	81 (91)	112 (110)	7.190 (6.810)
Sonstige <sup>2</sup>	27 (20)	2 (1)	- -	29 (21)	250 (330)
Gruppen insgesamt	57 (41)	21 (11)	84 (93)	162 (145)	
<b>Gesamtzahl Mitglieder</b>	2.780 (2.740)	1.030 (730)	6.090 (6.080)		9.900 (9.550)

\* In Klammern die Vergleichszahlen des Vorjahres

<sup>1</sup> Mitglieder der Arabischen Liga

<sup>2</sup> Sonstige: Albaner, Inder, Iraner, Srianker

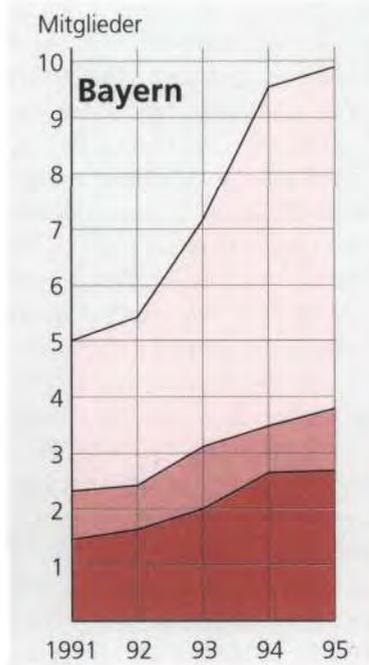
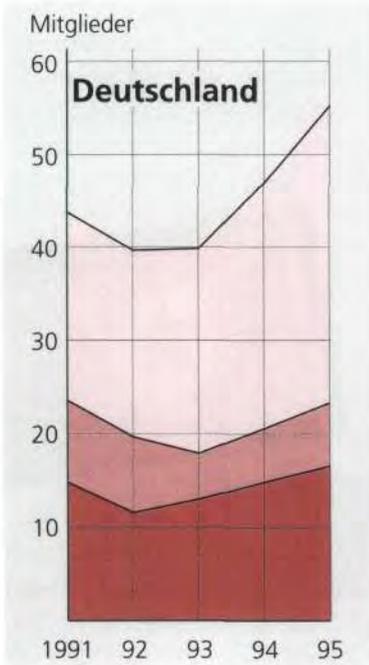
Entwicklung  
der Mitglie-  
derzahlen  
extremistischer  
Ausländerorga-  
nisationen



Entwicklung  
der einzelnen  
Bereiche

(Mitgliederzahlen  
in Tausend)

-  Islamische Extremisten
-  Extreme Nationalisten
-  Links-extremisten



## 2. Kurdische Gruppen

### 2.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die in der Türkei verbotene PKK ist eine straff organisierte Kaderorganisation, die unbeeindruckt von den politischen Veränderungen in den ehemals kommunistischen Ostblockstaaten an ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie festhält. Ihr Ziel ist die Beseitigung des türkischen „Kolonialismus“ und die Errichtung eines unabhängigen totalitären kurdischen Staates im Südosten der Türkei unter Führung der PKK. Zu diesem Zweck führt sie seit 1984 mit ihrer in den Kurdengebieten operierenden Guerillatruppe Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) einen erbitterten Untergrundkampf gegen den türkischen Staat. In Deutschland unterliegt die PKK einem am 26. November 1993 vom Bundesministerium des Innern verfügten vereinsrechtlichen Betätigungsverbot.

*Marxistisch-leninistische Kaderpartei*



Die Zentrale der hierarchisch gegliederten und äußerst konspirativ arbeitenden PKK befindet sich in Damaskus/Syrien; Generalsekretär ist Abdullah Öcalan. Als „politischer Arm“ der Vereinigung unterstützt die 1985 gegründete, in das bundesweite Betätigungsverbot einbezogene internationale Teilorganisation Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) die Interessen und Ziele der PKK sowohl materiell als auch propagandistisch. Darüber hinaus bedient sich die PKK mehrerer rechtlich selbständiger, vom Verbot nur zum Teil erfaßter Nebenorganisationen, wobei sie bestrebt ist, deren personelle und organisatorische Verflechtungen mit der „illegalen“, d.h. konspirativ arbeitenden, Führungsebene zu tarnen. Mit solchen „legalen“ Verbänden versucht sie, sowohl in der Türkei als auch im westlichen Ausland ihren Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung zu festigen und für ihre Ziele zu werben. Zur Erweiterung ihres Einflusses auf nahezu alle Lebensbereiche der in Deutschland lebenden Kurden gründete die PKK außerdem als „Massenorganisationen“ die sogenannten „Y-Gruppen“ u.a. für Arbeiter, Frauen, Jugend und Intellektuelle, außerdem örtliche Vereine, die sich z.B. mit kulturellen oder sportlichen Zwecken tarnen. Die PKK verfolgt mit großer Aggressivität ihren vermeintlichen Anspruch auf alleinige politische Vertretung des kurdischen Volkes, obwohl ihr Sympathisantenpotential in Deutschland allenfalls etwa zehn Prozent der hier lebenden 500.000 Kurden umfaßt. Nach wie vor geht die PKK mit massiven „Bestrafungsaktionen“ gegen Dissidenten jeder Art vor, die den Führungsanspruch der PKK in Frage stellen. Gemäßigten kurdischen Gruppen bleibt neben der PKK wenig Spielraum.



*Tarnorganisationen der PKK*

*Alleinvertretungsanspruch*

*Finanzierung*

Die PKK finanziert sich u.a. aus Mitgliedsbeiträgen und dem Verkauf von Publikationen. Eine wesentliche Einnahmequelle sind die Spenden der in Westeuropa lebenden Sympathisanten. Seit Jahren belegen zahlreiche Informationen, daß die von der PKK beauftragten Spendensammler nicht nur erheblichen psychischen Druck auf zahlungsunwillige Kurden ausüben, sondern teilweise auch mit brutaler physischer Gewalt vorgehen. Die diesjährige Spendenkampagne sollte 60 Millionen DM, davon allein in Deutschland 36 Millionen DM erbringen. Dieses Ziel wurde weit verfehlt. Ferner gibt es Hinweise, daß die PKK zumindest indirekt am Rauschgifthandel profitiert,

indem sie im Rahmen ihrer Spendensammlungen auch Gelder bei kurdischen Drogendealern abschöpft. Ob die PKK auch unmittelbar am Rauschgifthandel beteiligt ist und an der Schleusung von Asylbewerbern verdient, kann von Bayern nicht festgestellt werden.

PKK und ERNK haben das gegen sie verfügte Betätigungsverbot nicht angefochten. Die Anträge des Kölner Kurdistan-Komitees e.V., des Berxwedan-Verlags einschließlich der PKK-Nachrichtenagentur Kurd-HA und der Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) auf vorläufigen Rechtsschutz blieben erfolglos. Lediglich gegenüber den örtlichen Mitgliedsvereinen der FEYKA-Kurdistan wurde der sofortige Vollzug des Verbots aufgrund einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 19. Juli 1994 ausgesetzt.



Das Verbot hat zwar die Tätigkeit der PKK in Deutschland der Strafverfolgung unterworfen; es konnte die PKK aber nicht daran hindern, weiter aus dem Untergrund heraus zu operieren. Nach wie vor sammelt die PKK Spenden und benutzt Deutschland als Rekrutierungsraum für Kämpfer. Die Zerschlagung „legaler“ Einrichtungen erschwert es ihr aber erheblich, bei den hier lebenden Kurden und auch in der deutschen Öffentlichkeit für ihre Ziele zu werben und Aktivisten zu gewinnen. Die Anhänger und Sympathisanten der PKK sind deshalb bestrebt, durch Gründung von Einrichtungen, die nach außen keinen Bezug zur PKK erkennen lassen, neue organisatorische Strukturen aufzubauen.

*PKK trotz Verbots weiterhin aktiv*

So setzte die seit 18. Januar 1994 in Düsseldorf gewerberechtlich angemeldete Kurdisch-Deutsche Presseagentur (KURD-A) die Tätigkeit der verbotenen Kurd-HA fort. Die Aufgaben des verbotenen Kölner Kurdistan-Komitees e.V. übernahm das im Dezember 1993 in Köln eröffnete Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB). Die am 27. März gegründete Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) mit Sitz in Bochum nimmt mittlerweile die Funktion der verbotenen FEYKA-Kurdistan wahr. Funktionäre und Mitglieder nahezu aller FEYKA-Untergliederungen setzten ihre Aktivitäten

*Neue organisatorische Strukturen*

unter dem Dach neu gegründeter Vereine fort. Diese mit ihren Vorgängern nahezu identischen Neugründungen fungierten als Begegnungsstätten und Mittler zwischen der PKK, den PKK-Anhängern und den hier lebenden Kurden. Außerdem verfolgt die PKK die Taktik, ursprünglich unpolitische Aktivitäten wie Kultur- und Sportveranstaltungen für ihre Zwecke zu nutzen und dort für ihre Ziele zu werben.



*Unterstützer  
der PKK*

Nach wie vor findet die PKK die Unterstützung deutscher Linksextremisten, die insbesondere eine Aufhebung des Verbots fordern. Bundesweit treten rund 30 „Kurdistan-Solidaritätsgruppen“, darunter auch Vereinigungen in München und Nürnberg, für Ziele der PKK ein. Das RAF-Umfeld, Autonome, die PDS und sonstige Linksextremisten solidarisierten sich mit Anliegen der PKK und führten Veranstaltungen für sie durch. Sogar in Teilen des demokratischen linken Spektrums findet die PKK Sympathisanten.

*Organisation*

In Deutschland ist die PKK in acht „Regionen“ gegliedert. Die Region Bayern unterteilt sich in die „Gebiete“ München, Nürnberg und Ulm. Die Führer der nachgeordneten Teilgebiete und Ortsgruppen sind zu striktem Gehorsam gegenüber dem nächsthöheren Gremium verpflichtet. In Deutschland zählt die PKK rund 8.900 (1994: 7.500) Anhänger, davon wie im Vorjahr etwa 2.000 in Bayern mit Schwerpunkten in den Räumen Ingolstadt, München und Nürnberg. Der bundesweite Aufwärtstrend ist wohl nicht nur auf eine Solidarisierung politisch bisher nicht oder nur wenig interessierter Kurden mit der PKK zurückzuführen, sondern auch auf eine Zuwanderung weiterer Asylbewerber aus der PKK.

*Stagnierende  
Mitgliederzahl  
in Bayern*

*Doppelstrategie*

Die PKK verfolgt weiterhin ihre im März 1993 eingeleitete Doppelstrategie, einerseits für eine politische Lösung des Kurdenproblems einzutreten und andererseits massiv Gewalt anzuwenden. Mit Hilfe eines von ihr initiierten „Kurdischen Exilparlaments“ versucht sie, politische Anerkennung und internationale Unterstützung zu erreichen. Diesem Gremium, das sich nach längeren Vorbereitungen am 12. April in Den Haag/Niederlande konstituierte, gehören 65 „Abgeordnete“ an. Es hat keinen festen Sitz und tritt jeweils aus aktuellem Anlaß kurzfristig zusammen.



Bei diesem „Exilparlament“ handelt es sich weder um ein echtes, aus freien Wahlen hervorgegangenes Parlament, noch kann es für sich in Anspruch nehmen, im Namen aller Kurden zu sprechen. Vielmehr stellt es ein von der PKK maßgeblich gesteuertes Propagandainstrument dar. Die überwiegende Mehrheit der 65 Mitglieder des „Exilparlaments“ gehört der PKK, der ERNK, den sogenannten „Y-Gruppen“ (Massenorganisationen der PKK) sowie der PKK-nahen „Demokratie-Partei“ (DEP) an. Andere kurdische Gruppen, wie z.B. die Sozialistische Partei Kurdistans (PSK), die sich bereits im Vorfeld nicht an der „Parlamentsgründung“ beteiligten, erklärten ihre Zurückhaltung damit, daß eine repräsentative und demokratische Vertretung aller Kurden angesichts der Hegemonie der PKK nicht gewährleistet sei.

*„Kurdisches  
Exilparlament“*



Auch aus dem Programm des „Kurdischen Exilparlaments“ ist klar erkennbar, daß die PKK die dominierende Rolle spielt. Die Betonung liegt eindeutig auf der Unterstützung und Förderung des nur von der PKK geführten „nationalen Befreiungskampfs“, also der Anwendung von Gewalt - auch auf deutschem Boden - zur Durchsetzung politischer Ziele.

*Dominierende  
Rolle der PKK*

Daß die PKK ihre terroristischen Aktivitäten neben der Arbeit in dem von ihr gesteuerten „Exilparlament“ weiterführt, dokumentiert ein am 29. Juni in einem deutschen Wochenmagazin veröffentlichtes Interview. Darin erklärte der PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan, die nach dem Verbot der PKK gestiegene Gewaltbereitschaft seiner Anhänger könne noch weiter eskalieren und eine dramatische Wende nehmen, solange das Kurdenproblem in der Türkei keine Lösung finde und Deutschland weiterhin an der Seite der Türkei Stellung gegen die Kurden beziehe.

*Zunehmende  
Gewaltberei-  
tschaft*

Nach Auffassung der PKK trägt Deutschland im Kurdenkonflikt als „Kriegsgegner Nummer 2“ eine schwere Verantwortung; die Bundesregierung solle daher bei der Lösung des Kurdenproblems die Führung übernehmen. Des weiteren müßten zur Vermeidung „innerer Verwicklungen“ die gegen die PKK verfügten Verbote aufgehoben werden; weitere Schritte, wie z.B. die Einstellung der Militärhilfe an die Türkei, würden die Kurden in Deutschland dazu bewegen, das Recht des Gastlandes zu achten. Mit diesen Drohungen erinnerte die

*Drohungen*

PKK offensichtlich an die Mitte Februar eingeleitete bundesweite Serie von Anschlägen, an denen sie maßgeblich beteiligt war.

*Unveränderte  
Militanz*

Nach wie vor kann die PKK ihre Kader in Deutschland für Terroranschläge einsetzen. Die ungebrochene Militanz der PKK kam in bundesweiten Anschlagreihen gegen türkische Einrichtungen, insbesondere Reisebüros, zum Ausdruck. Gezielte Anschläge auf Polizeidienststellen lassen erkennen, daß die PKK nunmehr auch die unmittelbare Auseinandersetzung mit dem deutschen Staat sucht. Zahlreiche gewaltsame Übergriffe gegen staatliche Organe machten deutlich, daß die Anhänger der PKK entschlossen sind, auf staatliches Einschreiten mit brutaler Härte zu reagieren. Ihr hemmungsloser Fanatismus ging so weit, daß sie bei einem Hungerstreik im Juli in Berlin um des propagandistischen Effekts willen sogar das Leben einer jungen Kurdin opferten.

*Fanatismus*

*Beachtliches  
Sympathisanten-  
potential*

Eine von der PKK vorbereitete Großkundgebung am 17. Juni in Bonn zeigte erneut, daß die PKK in der Lage ist, über ihr eigenes Mitgliederpotential hinaus landes- und europaweit Zehntausende von Sympathisanten zu mobilisieren. Unter den rund 70.000 Teilnehmern, die aus dem gesamten Bundesgebiet und den westeuropäischen Nachbarländern angereist waren, befanden sich auch etwa 2.000 aus Bayern. Während der Veranstaltung wurde eine Rede des PKK-Generalsekretärs Öcalan verlesen. Er forderte eine friedliche Lösung des Kurdenproblems und erklärte, sein Volk befinde sich jetzt in einem „Krieg auf Leben und Tod“. Gegen mehrere Teilnehmer, die PKK-Symbole gezeigt hatten, erstattete die Polizei Strafanzeigen.

*Verbot des KIB  
in Köln*

Das Bundesministerium des Innern verbot am 2. März das in Köln ansässige Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB) als Ersatzorganisation des Kölner Kurdistan-Komitees e.V., einer im November 1993 verbotenen PKK-Nebenorganisation. Ein Sprecher der PKK bezeichnete diese Maßnahme als Fortsetzung der gemeinsamen Kampagne der deutschen und türkischen Regierung gegen den „nationalen Befreiungskampf Kurdistans“. Das Vorgehen sei eine logische Konsequenz der repressiven, verleumderischen und zerstörerischen Haltung des deutschen Staates. Ein beim Bundesverwaltungsgericht gestellter Antrag des KIB auf vorläufigen Rechtsschutz blieb erfolglos.

Am selben Tag verbot das Bayerische Staatsministerium des Innern fünf kurdische Vereine in Ingolstadt, München und Nürnberg wegen

Unterstützung der PKK. Betroffen waren die Vereine:

- Kurdistan-Kultur-Zentrum e.V. in Ingolstadt,
- Kurdisch-Deutsches Kulturzentrum in Ingolstadt (Neugründung nach dem PKK-Verbot),
- Kurdistan Kunst- und Kulturzentrum Nürnberg und Umgebung e.V. in Nürnberg,
- Kurdisch-deutscher Kulturverein Nürnberg und Umgebung in Nürnberg (Neugründung),
- Komala Kurdistan - Kurdische Unabhängigkeit - Internationale Freundschaft e.V. in München.

Diese Vereine hatten die verbotene PKK in der Vergangenheit wiederholt durch interne Veranstaltungen und durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Podiumsdiskussionen, Aufmärsche, Errichtung von Info-Ständen und Vertrieb von Propagandamaterial gefördert. Zum Teil hatten sie der PKK auch finanzielle Hilfe durch Spendensammlungen und das Abführen von Beträgen aus der Vereinskasse geleistet. Beim Vollzug der Verbotsverfügungen durchsuchte die Polizei am 2. März Vereinsräume in Nürnberg und Ingolstadt sowie zwei Privatwohnungen in München. Dabei wurden u.a. elektronische Kommunikationsmittel, Bücher und Bilder des PKK-Generalsekretärs Öcalan sowie weiteres umfangreiches Propagandamaterial beschlagnahmt. Die betroffenen Vereine beantragten bei Gericht die Aufhebung der Verbote. Ihre Klagen wurden abgewiesen.

Der Kurdische Elternverein e.V. in München, der im März nach der Auflösung des Vereins Komala Kurdistan dessen Aufgaben übernommen hatte, wurde vom Bayerischen Staatsministerium des Innern mit Verfügung vom 21. November verboten. Der Verein hatte bei Veranstaltungen den „Befreiungskampf“ der PKK massiv unterstützt und hochrangigen PKK-Funktionären als Anlaufstelle gedient. Als Reaktion auf das am 30. November vollzogene Verbot besetzten PKK-Anhänger am 2. Dezember die versiegelten Vereinsräume und drohten, sich im Falle einer Räumung zu verbrennen. Sie forderten den Abzug der Polizei, die Aufhebung der Verbote der PKK und des Kurdischen Elternvereins e.V., das Erscheinen des bayerischen Innenministers sowie die Freilassung von zwei inhaftierten Kurden. Nach Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München verließen sie die Räumlichkeiten und ließen sich widerstandslos festnehmen. Gegen die Besetzer - mit Ausnahme der an

der Aktion beteiligten Kinder - wurden Strafanzeigen erstattet; gegen 23 Beteiligte ergingen Haftbefehle. Die Polizei stellte in den Vereinsräumen 49 Molotow-Cocktails sowie abgebrochene Stuhlbeine sicher, die offenbar als Schlagwerkzeuge dienen sollten.

Weitere Tarnorganisationen der PKK wurden am 14. November in Bremen und am 5. Dezember in Frankfurt am Main aufgelöst.

*Schließung  
des Agri-Verlags*

Im Ermittlungsverfahren wegen Verdachts eines Verstoßes gegen das Vereinsgesetz durchsuchte die Polizei am 1. Juni den Agri-Verlag in Köln. Sie stellte u.a. etwa 15 Tonnen PKK-Propagandamaterial (Broschüren, Bücher, Zeitungen, Videokassetten, Fahnen, Poster) und zwei Kartons Blanko-Spendenquittungen der ERNK sicher. Im Anschluß an die Durchsuchung übergab ein Bevollmächtigter der Stadt Köln dem anwesenden Vertreter des Inhabers die sofort vollziehbare Gewerbeuntersagung und ließ die Verlagsräumlichkeiten versiegeln.

*Taktisch motivierte  
Dialogbereitschaft*

Der PKK-Generalsekretär verkündete Mitte Dezember einen einseitigen Waffenstillstand, wobei er die eigene Dialogbereitschaft betonte. Mit diesem „Verhandlungsangebot“ verfolgte er offenbar rein propagandistische Ziele, zumal er nicht ernsthaft erwarten konnte, vom türkischen Staat als gleichberechtigter Gesprächspartner akzeptiert zu werden. Auch eine ähnliche Initiative im März 1993 hatte nur bezweckt, den türkischen Staat als „Aggressor“ bloßzustellen.

In einer weiteren Presseerklärung appellierte Öcalan an die deutschen Innenminister, ihre Haltung zum „sinnlosen“ Verbot der PKK zu revidieren, um bestehende „Konflikte“ nicht zu vertiefen. Damit wollte er - wie schon früher - mögliche Gewaltaktionen von PKK-Anhängern in Deutschland im Falle eines Fortbestehens des Verbots rechtfertigen.

*Konsequentes  
Vorgehen  
in Bayern*

In Bayern führte das konsequente Vorgehen der Sicherheitsorgane inzwischen zu einer erheblichen Verunsicherung der PKK-Anhängerschaft. Gegen mehrere Personen, die bei Veranstaltungen verbotene PKK-Symbole gezeigt hatten, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Durch die Verbote örtlicher PKK-Vereine wurde der Organisation die Möglichkeit genommen, problemlos Funktionärstreffen durchzuführen und auf die hier lebende kurdische Bevölkerung einzuwirken. Insgesamt zeigte der starke Verfolgungsdruck durch die Strafverfolgungsbehörden deutlich präventive Wirkung und ließ die Bereitschaft kurdischer Volkszugehöriger, sich öffentlich für die PKK zu engagieren, erkennbar sinken. Die Beeinträchtigung der Basisarbeit

durch Exekutivmaßnahmen wirkte sich u.a. auf die Spendeneinnahmen aus. Durch die Festnahme führender PKK-Funktionäre verliert auch das von der PKK praktizierte Rotationsprinzip langfristig an Wirksamkeit, da erfahrene und bewährte Kader nicht ohne weiteres durch weniger geschulte Mitglieder ersetzbar sind.

## 2.2 KOMKAR - Verband der Vereine aus Kurdistan e.V.

Der marxistisch-leninistische Dachverband vertritt als Nebenorganisation der linksextremistischen „Sozialistischen Partei Kurdistans“ (PSK) deren Ziele im Bundesgebiet. Er konkurriert hinsichtlich seiner Zielsetzung mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), agiert aber im Vergleich zur PKK zurückhaltender und ist bestrebt, auf seine Anhänger mäßigend einzuwirken. So befürwortet der Verband eine politische Lösung des Kurdistan-Konflikts durch Bildung eines föderativen türkisch-kurdischen Staates. Dieses Konzept fand indes bei den hier lebenden Kurden keine Resonanz, so daß der KOMKAR gegenüber der dominierenden PKK an Einfluß verlor. Die zeitweise in Teilbereichen des Verbands vertretene Auffassung, eine Unterstützung der PKK könne die Interessen der Kurden fördern, hat sich nicht durchgesetzt. Der KOMKAR beteiligte sich weder an der Wahl zum „Kurdischen Exilparlament“ noch an der von der PKK vorbereiteten Großkundgebung am 17. Juni in Bonn. In Bayern zählt der KOMKAR rund 150 (1994: 100) Anhänger. Als Mitgliedsvereine gehören ihm die Kurdistan-Arbeitervereinigung in Nürnberg e.V. und das Kurdistan Kulturzentrum in Nürnberg e.V. an.

*Marxistisch-leninistische Ausrichtung*

Die Aktivitäten des Verbands richteten sich auch 1995 schwerpunktmäßig gegen Maßnahmen der türkischen Regierung. Rund 700 Teilnehmer besuchten am 19. März in München eine Feier des KOMKAR zum kurdischen Neujahrsfest. Im Veranstaltungsort waren Transparente mit Aufschriften wie „Schluß mit dem Staatsterror“ und „Stoppt den Völkermord in Kurdistan“ angebracht. Parallel zu Reden über die Situation der Kurden in der Türkei wurden Videofilme über kurdische Guerillakämpfer gezeigt. Ein Versuch einer kleinen Gruppe, die Veranstaltung mittels Sprechchören als Forum für die PKK zu mißbrauchen, wurde vom Versammlungsleiter unterbunden. Die Newroz-Feier der KOMKAR am 8. April in Würzburg, zu der rund 700 Teilnehmer erschienen, verlief störungsfrei.

An weiteren Veranstaltungen des Verbands am 24. März und 17. Oktober in Nürnberg beteiligten sich bis zu 100 Personen.

### 3. Türkische Gruppen

#### 3.1 Linksextremisten

##### 3.1.1 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

*Revolutionär-marxistische Ideologie*

Die in Deutschland seit rund zwei Jahrzehnten aktive TKP/ML vertritt die Ideologie des Marxismus-Leninismus, ergänzt um die Ideen Mao Tse-tungs. Sie betont den bewaffneten Kampf als Grundform ihres Handelns und ist davon überzeugt, daß der einzige Weg zur „Befreiung“ des türkischen Volks über den bewaffneten Volkskrieg mit anschließender Bildung einer „Volksregierung“ führe. Ihr militärischer Zweig ist die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO).

*Basisorganisationen*

In Deutschland sind die rund 1.900 Anhänger der TKP/ML in der Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) und der Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) organisiert, die sich als „demokratische“ Massenorganisationen präsentieren und ihre Verbindungen zur TKP/ML weitgehend tarnen. In Bayern stützt sich die TKP/ML auf vier örtliche Gruppierungen mit insgesamt rund 140 (1994: 120) Mitgliedern.

*Agitation gegen die türkische Regierung*

Die TKP/ML nahm die Schußwaffenanschläge gegen die alevitische Minderheit am 12. März in Istanbul und die anschließenden Unruhen in der Türkei zum Anlaß heftiger Polemik gegen die türkische Regierung. Unter der Überschrift „Unterstützt das rebellierende Volk“ behauptete sie, die „faschistische Diktatur“ hetze die verschiedenen Glaubensrichtungen gegeneinander auf, um die Einheit des Volks zu zerstören und das „verfaulende System“ aufrecht zu erhalten. Die türkische Regierung könne ausschließlich durch die Revolution und die Machtübernahme des Proletariats gestürzt werden. Ein rebellierendes Volk lasse sich nicht durch Massaker aufhalten.

*Angriffsziel Bundesregierung*

In einem am 1. Mai in Augsburg verteilten Flugblatt wandte sich die ATIF gegen die „Massaker des faschistischen türkischen Staates“, der das kurdische Volk um jeden Preis vernichten wolle. Sie forderte die Einstellung der deutschen Militär- und Wirtschaftshilfe an die Türkei. Ferner rief sie dazu auf, die „rassistische Politik“ der Bundesregierung bloßzustellen und die „deutsche Bourgeoisie“ mittels einer gemeinsamen Front von in- und ausländischen „Werkträgern“ zu bekämpfen.

Unter der Überschrift „Boycottiert den Tourismus in die Türkei“ verbreitete die ATIK im Mai deutschsprachige Flugschriften. Darin erklärte sie, es vergehe kein Tag, an dem nicht Menschen, sogar unschuldige Kinder, durch den Staatsterror ermordet würden. Die Touristen unterstützten mit ihren Devisen unbewußt den faschistischen Krieg in der Türkei und sorgten mit jeder Mark dafür, daß ein Kind zum Krüppel gemacht, ein Dorf niedergebrannt, ein Mensch gefoltert oder ermordet werde.

*Aufruf zum  
Boycott des  
Tourismus*

### 3.1.2 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Zu den militantesten türkischen Extremistengruppen zählt die sowohl in Deutschland als auch in der Türkei verbotene revolutionär-marxistische Devrimci Sol. Sie versteht sich als eine an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtete Volksbewegung, die mit Hilfe einer bewaffneten Revolution auf die Zerschlagung des türkischen Staates zielt. Seit ihrer Gründung im Jahre 1978 verübte die terroristische Gruppe in der Türkei zahlreiche Schußwaffen- und Sprengstoffanschläge. 1993 spaltete sie sich in zwei Lager. Die Anhänger des Devrimci-Sol-Leiters Dursun Karatas nennen sich inzwischen „Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front“ (DHKP-C). Die Oppositionsgruppe führt die Bezeichnung „Türkische Volksbefreiungspartei/-front“ (THKP-C Devrimci Sol). Ihr Gründer Bedri Yagan wurde im März 1993 in der Türkei bei einem Polizeieinsatz getötet. Das Verhältnis beider Flügel ist durch gegenseitige Schmähungen und gewaltsame Übergriffe belastet. Bundesweit zählt die Gruppierung rund 1.000 (1994: 800) Anhänger, darunter 110 (1994: 80) in Bayern, von denen etwa 85 dem Karatas-Flügel zuzurechnen sind.

*Spaltung in  
zwei Flügel*



Die Anhänger der Devrimci Sol haben ihre Aktivitäten in Deutschland deutlich gesteigert. Besetzungsaktionen und koordinierte Serien von Anschlägen auf türkische Einrichtungen belegen eine erhöhte Gewaltbereitschaft. Diese Aktivitäten entzündeten sich u.a. im Juni an der Inhaftierung zahlreicher Oppositioneller und im September an der Niederschlagung einer Gefängnismeuterei in der Türkei, bei der drei Gesinnungsgenossen ums Leben kamen.

Anfang November leitete die Devrimci Sol eine europaweite Spendenkampagne ein. Die teilweise unter Androhung von Gewalt gesammelten Spenden stellen - wie bei der PKK - die Haupteinnahmequelle der Gruppierung dar und dienen der Unterstützung ihrer in der Türkei aktiven Guerillakämpfer.

### 3.2 Extreme Nationalisten

Die 1978 gegründete Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) mit Sitz in Frankfurt am Main vertritt das Gedankengut der extrem nationalistischen türkischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP). Die Ideologie der ADÜTDF vereinigt militanten Nationalismus mit striktem Antikommunismus. Von der türkischen Jugend in Deutschland fordert sie Distanz zu westlich-„dekadenten“ Einflüssen und die Betonung ihrer türkischen Identität.

Durch Besetzung islamistischer Positionen sowie durch gemäßigteres Auftreten ist es der ADÜTDF gelungen, die Stagnation der vergangenen Jahre zu überwinden. Auch ihre nationalistisch geprägten Thesen stoßen mittlerweile bei türkischen Staatsangehörigen offenbar auf größere Akzeptanz. Die Sport- und Freizeitangebote der ADÜTDF fanden vor allem bei jungen Türken Anklang. Die Mitgliederzahl hat sich bundesweit um über 22 % auf rund 6.000 (1994: 4.900) erhöht. In Bayern verfügt der Dachverband über 19 (1994: zehn) örtliche Untergliederungen mit insgesamt rund 1.000 (1994: 650) Mitgliedern.

Jugendliche ADÜTDF-Anhänger zeigen nach wie vor Bereitschaft, gewaltsam gegen Mitglieder der PKK und andere türkische Linksextremisten vorzugehen. Bisher beherzigten sie jedoch die Appelle des ADÜTDF-Vorstands, sich nicht provozieren zu lassen und die Rechtsordnung des Gastlandes zu achten.

Am 4. November hielt die ADÜTDF in Frankfurt am Main ihren 18. Jahreskongreß ab. Die gegenüber dem Vorjahr erheblich höhere Zahl von rund 25.000 Teilnehmern verweist auf die wachsende Bedeutung des Verbands. Der bisherige Vorsitzende Türkmen Onur aus Ulm wurde in seiner Funktion bestätigt. Ehrengast der Veranstaltung war - wie schon in den Vorjahren - der MHP-Vorsitzende Alparslan Türkes, der in seiner Rede auf die vom Fundamentalismus ausgehende Gefahr verwies.

Militante  
Ideologie



Erheblicher  
Mitgliederzuwachs

Jahreskongreß

### 3.3 Islamische Extremisten Islamischen Vereine und 3.3.1 Verband e.V. (ICCB)

Derzeitiger Vorsitzender in Köln will in der Türkei durch eine Revolution im Spiel des Iran eine Islamische Republik errichten. Er fordert den Sturz der türkischen Regierung und die Bildung eines neuen Staatsgefüges mittels eines Zusammenschlusses aller muslimischen Länder; der islamische Weg sei nicht mit Hilfe einer politischen Partei realisierbar, sondern nur mit einer religiösen Sammlungsbewegung.

*Reislamisierung  
der Türkei durch  
eine Revolution*

Nachfolger des am 15. Mai in Köln verstorbenen langjährigen ICCB-Leiters Cemaleddin Kaplan wurde dessen Sohn Metin Kaplan. Am Kurs des ICCB hat sich dadurch nichts geändert. Bundesweit zählt der ICCB rund 3.000 (1994: 3.850) Anhänger. In Bayern gehören dem Verband sechs örtliche Untergliederungen mit insgesamt 300 (1994: 350) Mitgliedern an.

*Neuer  
Vorsitzender*

Die Führungsqualitäten des neuen Vorsitzenden sind intern umstritten. Dies schwächte den Verband und führte zu einem erheblichen Rückgang öffentlicher Aktivitäten. Innerhalb des ICCB hat sich die politische Auseinandersetzung verschärft. Im Verbandsorgan wurden Dissidenten namentlich erwähnt und bedroht, sie seien „zum Verschwinden verurteilt“, falls sie an ihrem oppositionellen Kurs festhielten.

*Verbale  
Radikalisierung*

#### 3.3.2 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)

(bisher: Vereinigung der neuen Weltansicht in Europa e.V. -AMGT-)

Die islamisch-extremistische AMGT hat sich 1995 in zwei eigenständige juristische Personen aufgeteilt, um künftige Aktivitäten noch wirkungsvoller koordinieren zu können. Die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“\* (IGMG) unter der Leitung des bisherigen AMGT-Vorsitzenden Osman Yumakogullari hat die Aufgabe, sich mit religiösen, sozialen und kulturellen Belangen zu befassen. Die „Europäische Moscheenbau- und Unterstützungsgemeinschaft“

*Teilung  
des Verbands*



\* Milli Görüş bedeutet: Nationale Sicht

(EMUG) verwaltet den umfassenden Immobilienpark mit einem Wert von rund 60 bis 80 Millionen DM.

Die IGMG ist ein Sammelbecken von Anhängern der verbotenen und aufgelösten Nationalen Heilspartei (MSP), deren Nachfolgerin, der vom früheren MSP-Vorsitzenden Prof. Dr. R. Erbakan geleiteten Wohlfahrtspartei (RP). Sie erstrebt die Einführung des Koran als Grundlage des Staatsaufbaus und als Verhaltenskodex staatlichen Zusammenlebens ein. Damit zielt sie auf die Abschaffung der laizistischen Staatsordnung in der Türkei, die mit Hilfe der fundamentalistischen RP durch ein islamisches System nach dem Beispiel des Iran ersetzt werden soll.

*Koran als  
staatlicher  
Verhaltenskodex*

*Anhaltender  
Aufwärtstrend*

Der Aufwärtstrend der in IGMG umbenannten AMGT setzte sich fort. Der Verband verfügt im Bundesgebiet über rund 26.000 (1994: 20.000) Anhänger. Den 75 (1994: 76) IGMG-Untergliederungen in Bayern gehören rund 5.500 (1994: 5.450) Mitglieder an.

Nach wie vor ist die IGMG bemüht, bestimmende islamische Kraft in Deutschland zu werden. Als bedeutendste islamische Gruppierung will sie sodann die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts erreichen. Sie erhofft sich davon umfangreiche staatliche Unterstützung und finanzielle Vorteile. Entgegen den in der Satzung erklärten Zielen lehnt die IGMG als überzeugte Vertreterin islamisch-extremistischer Positionen jegliche Integration in die deutsche Gesellschaft ab. Auch eine friedliche Koexistenz von Christen und Muslims ist ihren Vorstellungen zufolge nur partiell denkbar, vor allem aber nicht ernsthaft beabsichtigt.

Aus Anlaß der Parlamentswahlen in der Türkei führte die IGMG eine erneute Spendenaktion zugunsten der RP durch. Schon im Vorjahr hatte der Verband den Kommunalwahlkampf der RP mit Spenden in Höhe von rund fünf Millionen DM unterstützt.

#### 4. Iranische Gruppen

*Volksmodjahedin*

Die Anhänger der im Iran als Guerillakämpfer tätigen Volksmodjahedin haben sich im Bundesgebiet in der zum Teil konspirativ strukturierten und agierenden Iranischen Moslemischen Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV) zusammengeschlossen. Die Volksmodjahedin, eine Gruppierung islamischer Fundamen-

talisten mit marxistischer Prägung, waren maßgeblich an der Revolution gegen den Schah im Iran beteiligt, gerieten aber nach dem Umsturz zunehmend in Opposition zur neuen Regierung, die sie seit Juni 1981 durch bewaffneten Widerstand zu stürzen versuchen. Unter Federführung der Volksmodjahedin wurde im Juli 1981 in Paris der „Nationale Widerstandsrat Iran“ (NWRI) als Zusammenschluß iranischer Oppositioneller gegründet. Er versteht sich als einzige demokratische Alternative zur iranischen Regierung.

Im August 1993 konstituierte sich der NWRI zum „Exilparlament“ und wählte die Generalsekretärin der Volksmodjahedin Maryam Rajavi zur künftigen „Präsidentin“ des Iran. Die Bezeichnung „Volksmodjahedin“ findet seitdem kaum noch Verwendung. Mit dieser Strategie wollen sich die Volksmodjahedin anderen Oppositionsgruppen öffnen und sie unter ihrer Führung einigen. Diesem Zweck dienen die Gruppierungen „Flüchtlingshilfe Iran e.V.“, „Frauen für Demokratie im Iran“, „Iranischer Kulturverein“, „Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V.“ (VIDA), „Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V.“, „Verein der Künstler und Schriftsteller des iranischen Widerstandes e.V.“ und „Gesellschaft iranischer Flüchtlinge e.V.“. Der NWRI bestreitet eine Verbindung dieser Organisationen zu den Volksmodjahedin. Sie bezwecken vor allem die Gewinnung neuer Anhänger und das Sammeln von Spenden. Die angeblich für humanitäre Zwecke bestimmten Spendengelder dienen in Wirklichkeit der Unterhaltung der weltweiten Strukturen der Volksmodjahedin sowie der Beschaffung von Waffen für ihre im Irak stationierte „Nationale Befreiungsarmee“ (NLA). Der Machtanspruch der Volksmodjahedin, die fehlende innerparteiliche Demokratie und ihr Personenkult stoßen bei einem erheblichen Teil der iranischen Opposition auf Ablehnung.

*Tarnorganisa-  
tionen*

Die Volksmodjahedin halten sich vielfach nicht an Gesetze und behördliche Auflagen. Ihre hauptsächlich in Asylbewerberheimen angeworbenen Aktivisten sammeln meist unter Verstoß gegen ihre Aufenthaltsbeschränkung und ohne Sammlungserlaubnis. Sie treten dabei aggressiv auf, fordern Mindestspenden, führen keine Sammelisten und benutzen keine Sammeldosen, sondern Überweisungsträger. Auf diese Weise verschleiern sie das Sammlungsergebnis. In letzter Zeit wurden Sammler eingesetzt, die bereits im Ausland Asyl erhielten. Damit versuchen die Volksmodjahedin offenbar die Kontrollen der deutschen Behörden zu erschweren bzw. zu umgehen. Der Schwerpunkt der Sammlungstätigkeit liegt in der Vorweihnachtszeit.

*Illegale Spenden-  
sammlungen*

*Großkundgebung  
in Dortmund*

Der VIDA veranstaltete am 16. Juni in Dortmund eine Kundgebung. Anlaß war der Beginn des bewaffneten Widerstands der Volksmodjahedin gegen die iranische Regierung im Jahre 1981. An der Demonstration beteiligten sich über 4.000 Personen, davon etwa 500 aus Bayern. Aktivisten der Volksmodjahedin hatten zuvor in nordbayerischen Asylantenunterkünften massiv für die Teilnahme an der Kundgebung geworben. Während der Veranstaltung wurden zwei Ansprachen der künftigen „Präsidentin“ des Iran Maryam Radjavi über Satellit auf eine Großleinwand übertragen. Die Bundesregierung hatte ihr die Einreise verboten.

## 5. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
---	---

### 1. Arabische Gruppen

Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) marxistisch-leninistisch	Al Hourriah (Die Freiheit) - wöchentlich -
---	---

Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) marxistisch-leninistisch	Al Hadaf (Das Ziel) - wöchentlich - Democratic Palestine - zweimonatlich -
--	---

Volksfront für die Befreiung Palästinas -Generalkommando- (PFLP-GC) marxistisch-leninistisch	Ila-Al-Amam (Vorwärts) - wöchentlich -
--	---

Hizb Allah (Partei Gottes) schiitisch-extremistisch	Al-Ahd (Die Verpflichtung) - wöchentlich -
--	---

### 2. Iranische Gruppen

Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV) revolutionär-marxistisch Sitz: Köln	Freiheit für Iran - monatlich - Schire Khorschid (Löwe und Sonne) - unregelmäßig - Iran Zamin (Iranische Erde) - wöchentlich -
---	---

Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) islamisch-extremistisch	Quods (Jerusalem) - unregelmäßig -
--	---------------------------------------

### 3. Kurdische Gruppen

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) marxistisch-leninistisch (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	Berxwedan (Widerstand) - eingestellt - Serxwebun (Unabhängigkeit) - monatlich - Kurdistan-Report - unregelmäßig -
--	--

#### Teilorganisationen der PKK:

Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)

Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)  
(in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)

Organisation,  
ideologische Ausrichtung

Publikationen  
(einschließlich Erscheinungsweise)

**Nebenorganisationen der PKK:**

Kurdistan-Komitee e.V., Köln  
(in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)

Kurdistan-Rundbrief (Nachrichten aus  
Kurdistan)  
- unregelmäßig -

Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB)  
(am 02.03.1995 verboten)

Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturver-  
einigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik  
Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)  
(in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)

Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.  
(YEK-KOM)

Haus der kurdischen Künstler e.V. (bisher: HUNERKOM)

Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)  
(bisher: Bewegung freier Frauen Kurdistans -TAJK-)

Jina Serbilind (Die stolze Frau)  
- monatlich -

Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)

Union zur Pflege der kurdischen Kultur (YRWK)  
(bisher: Union der patriotischen Intellektuellen Kurdistans)

Vereinigung der patriotisch-revolutionären Jugend  
Kurdistans (YCK)

Sterka Ciwan (Stern der Jugend)  
- monatlich -

Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)

Ronahi (Licht)  
- dreimonatlich -

Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)

Zülfikar  
- monatlich -

Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)

Baweri (Glaube)

Kurdischer Roter Halbmond (HSK)

Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans)

**KOMKAR - Verband der Vereine aus Kurdistan**  
marxistisch-leninistisch

Denge KOMKAR (Stimme KOMKAR)  
- unregelmäßig -

Informationsbulletin Kurdistan  
- zweimonatlich -

KOMKAR-Info  
- zweimonatlich -

Organisation,  
ideologische Ausrichtung

Publikationen  
(einschließlich Erscheinungsweise)

#### 4. Türkische Gruppen

##### 4.1 Linksextremisten

##### **Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)**

„Partizan“-Flügel

Isci-Köylü Kurtuluşu (Arbeiter-  
Bauern-Befreiung)  
- monatlich -

Partizan (Der Partisan)  
- monatlich -

Özgür Gelecek (Freie Zukunft)  
- vierzehntägig -

„DABK“-Flügel  
(Ostanatolisches Gebietskomitee)

Öncü Partizan (Der Avantgarde-  
Partisan)  
- monatlich -

Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO)  
Frontorganisation der TKP/ML

##### **Basisorganisationen der TKP/ML:**

Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.  
(ATIF) Sitz: Duisburg

Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)  
Zusammenschluß der ATIF und  
ihrer Schwesterorganisationen

Mücadele (Kampf)  
- monatlich -

##### **Devrimci Sol**

##### **Spaltergruppen:**

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C)  
- Karatas-Flügel -

Mücadele (Kampf)  
- wöchentlich -

Emperyalizme ve Oligarsiye Karsi  
Kurtulus (Befreiung gegen Imperialis-  
mus und Oligarchie)  
- wöchentlich -

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Türkische Volksbefreiungspartei/-front  
(THKP-C Devrimci Sol)  
- Yagan-Flügel -

Devrimci Cözüm (Revolutionäre  
Lösung)  
- vierzehntägig -

Organisation,  
ideologische Ausrichtung

Publikationen  
(einschließlich Erscheinungsweise)

Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)

Atilim (Der Angriff)  
- wöchentlich -

Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei (BP-KK/T)  
(bisher: TKP/ML Bolevik,  
Abspaltung von der TKP/ML)

Bolsevik Partizan (Bolschewistischer  
Partisan)  
- unregelmäßig -

#### 4.2 Extreme Nationalisten

Föderation der Türkisch-Demokratischen  
Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)  
Sitz: Frankfurt am Main

Cagri  
- monatlich -

#### 4.3 Islamische Extremisten

Verband der islamischen Vereine und  
Gemeinden e.V. (ICCB)  
Sitz: Köln

Ümmet i Muhammed (Die Gemeinde  
Mohammeds)  
- fünfzehntägig -

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)  
Sitz: Köln

Publizistisches Sprachrohr:  
Milli Gazete (Nationale Zeitung)  
- täglich -

Milli Görüs & Perspektive  
- monatlich -

## 4. Abschnitt

---

# Terror\* und sonstige politisch motivierte Gewalt

### 1. Entwicklung im Bundesgebiet \*\*

Politisch motivierte Täter verübten 1995 nach derzeitigem Erkenntnisstand insgesamt 1.867 Gewalttaten (1994: 2.416). Die Gesamtzahl dieser Gewalttaten ist damit um rund 22 % zurückgegangen. Bei den rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten betrug der Rückgang rund 30 %, bei den linksextremistischen rund 19 %. Dagegen stieg die Zahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten mit etwa 8 % erneut an. In allen drei Bereichen liegt die Zahl der Gewalttaten weiter auf einem hohen Niveau. Politisch motivierte Gewalttäter sind deshalb unverändert eine Bedrohung für die Innere Sicherheit in Deutschland.

*Bedrohung für die  
Innere Sicherheit*

#### 1.1 Rechtsextremistische Gewalt

Die Verfassungsschutzbehörden registrierten nach derzeitigem Erkenntnisstand bundesweit 1.047 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation; das bedeutet gegenüber den 1.489 Gewalttaten des Vorjahres einen Rückgang um rund 30 %. Bei 45 (1994: 101) vollendeten bzw. versuchten Brand- und Sprengstoffanschlägen, 54 Landfriedensbrüchen und 432 Körperverletzungsdelikten wurde eine Vielzahl von Personen zum Teil

*Deutlicher  
Rückgang*

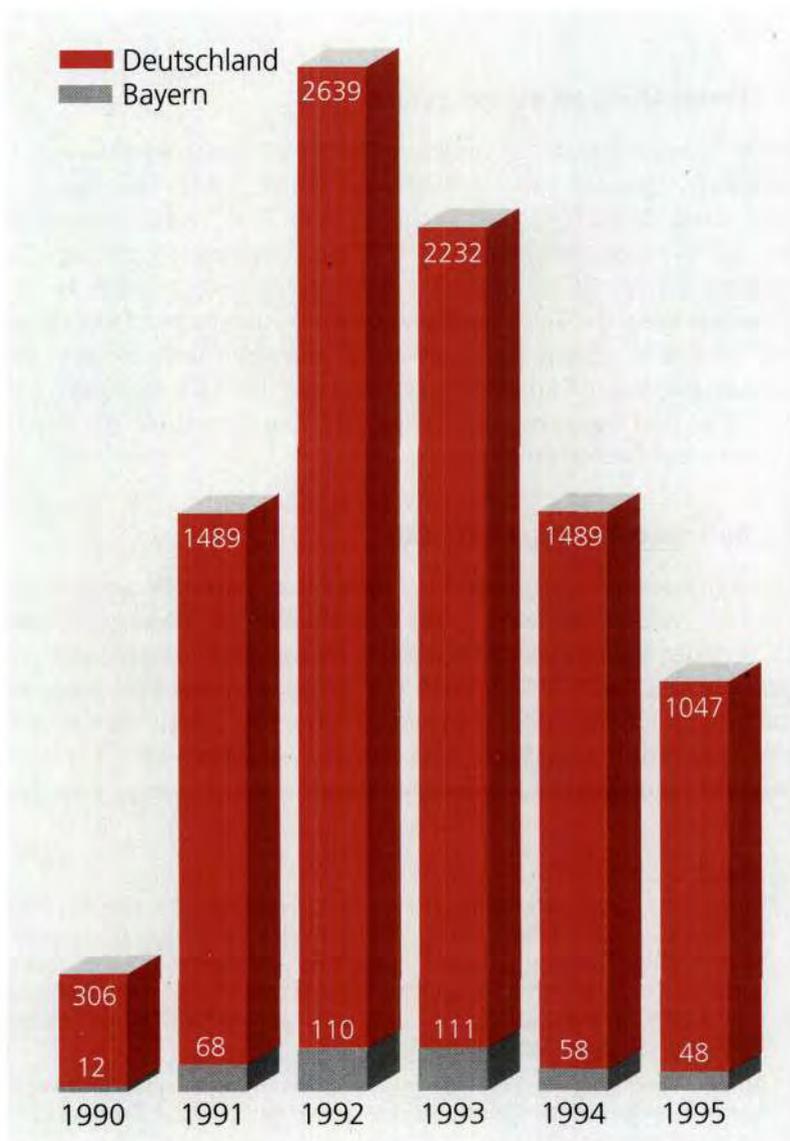
---

\* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben oder Eigentum Dritter, insbesondere durch Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

\*\* Abweichungen der Vorjahreszahlen von den im Verfassungsschutzbericht Bayern 1994 genannten Zahlen beruhen im wesentlichen auf einem aktualisierten Erkenntnisstand.

schwer verletzt. Außerdem wurde bei 507 Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung Sachschaden in Millionenhöhe verursacht. Bei den neun versuchten Tötungsdelikten (1994: zehn) waren keine Todesopfer zu beklagen. Trotz des wiederum deutlichen Rückgangs

Entwicklung  
der rechtsextremistischen  
Gewalttaten



beträgt die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ein Mehrfaches der Gewalttaten von 1990 (306 Gewalttaten).

Die polizeilichen Ermittlungen erbrachten bisher keine Erkenntnisse über eine überregionale Steuerung dieser Gewalttaten durch rechtsextremistische Organisationen. Überwiegend wurden die Gewalttaten nicht von Einzeltätern, sondern von mehreren gemeinschaftlich handelnden Personen verübt. Dabei entstand der Tatentschluß vielfach spontan aus gruppenspezifischen Prozessen, gefördert durch Alkohol oder Musik mit rechtsextremistischem Inhalt. Die Tatverdächtigen waren überwiegend jünger als 20 Jahre. Bei den meisten Tätern lagen auch 1995 keine einschlägigen Vorerkenntnisse der Polizei bzw. des Verfassungsschutzes vor.

*Keine überregionale Steuerung der Gewalttaten*

Erstmals versandten ausländische Rechtsextremisten Briefbomben an in Deutschland lebende Zielpersonen. Die Briefe detonierten beim Öffnen am 9. Juni in München und am 13. Juni in Lübeck. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. Die Anschläge sind Teil der Briefbombenserien in Österreich.

*Briefbomben aus Österreich*

Die Welle fremdenfeindlicher Gewalttaten hat im Vergleich zum Vorjahr wiederum deutlich abgenommen. Insgesamt wurden bundesweit nach derzeitigem Erkenntnisstand rund 400\* (1994: 860) fremdenfeindliche Gewalttaten registriert. Dies bedeutet einen Rückgang um rund 53 %. Maßgebend für diese positive Entwicklung war unter anderem der durch die Änderung des Asylverfahrensgesetzes reduzierte Zugang von Asylbewerbern. Auch die Verbote von mehreren neonazistischen Gruppierungen und überraschende polizeiliche Zugriffe haben nachhaltig zu einer Verunsicherung der potentiellen Gewalttäter und damit zu einer Beruhigung der Lage beigetragen. Die gerichtlichen Feststellungen, daß Brandstiftungen auch den Tatbestand des Mordes bzw. Totschlags erfüllen können, die Verurteilungen zu langjährigen Freiheitsstrafen sowie die breite Berichterstattung hierüber wirkten ebenfalls generalpräventiv. So verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf am 13. Oktober die vier Täter des Brandanschlags vom 29. Mai 1993 in Solingen wegen fünffachen Mordes, vierzehnfachen Mordversuchs und besonders schwerer Brandstiftung zu langjährigen Freiheitsstrafen. Drei Täter erhielten zehn Jahre Freiheitsstrafe nach dem Jugendstrafrecht und damit die Höchststrafen, der vierte Täter eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren.

*Erneuter Rückgang fremdenfeindlicher Gewalttaten*

*Hohe Haftstrafen für Brandstifter von Solingen*

\* Berücksichtigt ist nur der Zeitraum vom 1. Januar bis 30. November 1995.

Auch die in der Einführung genannte Aufklärungskampagne der Innenminister des Bundes und der Länder unter dem Motto „FAIRSTÄNDNIS - Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß“ hat zum Rückgang der Gewalttaten beigetragen.

Im Zusammenhang mit rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten führt der Generalbundesanwalt seit 1992 mehrere Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Existenz möglicher rechtsterroristischer Vereinigungen. Ein Verfahren richtet sich gegen den militanten Neonazi Naumann. Er hatte Beamten des Bundeskriminalamts ab 15. August aus von ihm angelegten Depots über 100 kg Sprengstoff, Handgranaten, Schußwaffen und andere Kampfmittel übergeben. Als Begründung führte er an, deeskalierend wirken zu wollen. Auch weitere Funde von Waffen und Sprengmaterial bei Rechtsextremisten im Zuge von Exekutivmaßnahmen u.a. am 28. September bei Mitgliedern eines „Heimatschutzkorps der Waffen-SS in Ostwestfalen“ zeigen ein erhebliches Gefahrenpotential. Anlaß zu erhöhter Wachsamkeit ist auch geboten bei Rechtsextremisten, die als Söldner an Kampfhandlungen im ehemaligen Jugoslawien teilgenommen haben. Hinweise deuten darauf hin, daß einige dieser Personen versuchen könnten, Waffen und Sprengmittel nach Deutschland zu bringen, um sie hier für Anschläge einzusetzen.

Die Zahl der Angriffe gegen politische Gegner ist auf 74 (1994: 95) und damit um etwa 22 % zurückgegangen. Dennoch ist die Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene vor allem in der überwiegend von Neonazis getragenen Anti-Antifa-Kampagne ungebrochen. In Publikationen werden - ähnlich wie von den Autonomen seit langem praktiziert - auch Vertreter von Staat und Politik als Ziele gewalttätiger Angriffe beschrieben. Aufrufe in der Neonazi-Broschüre „Umbruch“, die im Mailbox-Netz „Thule“ verbreitet wurden, analog zur linksextremistischen autonomen Gewalt mit „phantasievollen Aktionen“ gegen Politiker, Journalisten, Intellektuelle und Funktionäre vorzugehen, könnten Auslöser einer neuen Form rechtsextremistischer Gewalt werden. In der Juli/August-Ausgabe des „NS Kampfrufs“ wurde der Generalbundesanwalt als „Drahtzieher des Terrors“ bezeichnet und mit Mord bedroht.

Trotz dieser Hinweise konnten rechtsterroristische Strukturen in Deutschland bisher nicht festgestellt werden. Konkrete Erkenntnisse über Planungen von Angriffen auf die genannten Personenkreise liegen nicht vor.

*Sprengstoff- und  
Kampfmittelsicher-  
stellung*

*Söldnerproblem*

*Ungebrochene  
Gewaltbereitschaft*

*Drohungen  
gegen Politiker  
und Journalisten*

*Keine rechts-  
terroristischen  
Vereinigungen in  
Deutschland*

## 1.2 Linksextremistische Gewalt

Bundesweit wurden nach derzeitigem Erkenntnisstand 537 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender linksextremistischer Motivation festgestellt. Das bedeutet gegenüber den 665 Gewalttaten des Vorjahres einen Rückgang um etwa 19 %. Verlagert haben sich jedoch die Angriffsschwerpunkte: Während noch im Vorjahr politische Gegner massiv betroffen waren, wurden nun Einrichtungen und Firmen im Zusammenhang mit dem Transport abgebrannter Brennelemente aus Kernkraftwerken in Castor-Behältern das Ziel. 156 und damit 29 % der gesamten linksextremistisch motivierten Gewalttaten entfallen auf diesen Bereich. Damit wenden Linksextremisten im Protest gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie wieder verstärkt Gewalt an. Zum Teil wird sogar offen zu Gewalttaten aufgerufen. Die Zahl der Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten fiel auf 73 (1994: 199) und damit um 63 %. Weitere Motive für gewalttätige Aktionen waren u.a. bauliche Umstrukturierungsmaßnahmen in Großstädten und Solidarität mit ausländischen extremistischen Gruppierungen.

*Deutlicher Rückgang*

*Verlagerung der Angriffsschwerpunkte*



Entwicklung der linksextremistischen Gewalttaten

Die linksextremistischen Gewalttaten wurden zu über 80 % von Gruppen und Einzeltätern aus dem gewaltbereiten autonomen und

*Über 80 % autonome Gewalttaten*

anarchistischen Spektrum begangen. Die hohe kriminelle Energie der Täter zeigt sich u.a. an den mehrfachen massiven körperlichen Angriffen gegen einen rechtsextremistischen Anwalt aus Hamburg und den Anschlägen im Zusammenhang mit den Castor-Transporten.

Die terroristische Rote Armee Fraktion (RAF) ist nach wie vor gespalten. Aktionen ihrer im Untergrund lebenden Kommandoebene waren nicht zu verzeichnen. Der sogenannte antiimperialistische Widerstand hat sich als neue terroristische Struktur neben der RAF gefestigt. Die Antiimperialistische Zelle (AIZ) will den von der RAF ausgesetzten bewaffneten Kampf auch gegen Personen fortsetzen. Sie hat vier Sprengstoffanschläge auf die Wohnungen von Politikern und ein Bürogebäude verübt und trotz der auch von Linksextremisten geübten massiven Kritik weitere Attentate angekündigt.

*Anschläge der AIZ*

Ziel dieser und anderer in Deutschland gewalttätig agierender linksextremistischer Gruppen ist nach wie vor die gewaltsame Zerschlagung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, in der sie ein „Instrument zur Durchsetzung weltweiter kapitalistischer imperialistischer Ausbeuterinteressen“ sehen.

### 1.3 Gewalttaten ausländischer Extremisten

Nach wie vor bedrohen ausländische Extremisten die Innere Sicherheit in Deutschland. Politisch motivierte Gewalttaten forderten in Schleswig-Holstein ein Todesopfer. Die militanteste ausländische Gruppierung ist wie bisher die seit 26. November 1993 vom Bundesministerium des Innern verbotene marxistisch-leninistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Ihr sind die meisten der im Jahr 1995 von ausländischen Extremisten verübten 283 Gewaltakte (1994: 262) zuzurechnen. Weitere besonders gewalttätige linksextremistische türkische Gruppierungen sind die seit 1983 in Deutschland verbotene Devrimci Sol und die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML).

*PKK militanteste ausländische Gruppierung*

*Mehrere Gewaltwellen gegen türkische Einrichtungen*

In mehreren Wellen, insbesondere im Februar/März und Juli, waren türkische Einrichtungen fast im gesamten Bundesgebiet Ziel von Gewalttaten ausländischer Extremisten. Brandanschläge und sonstige Gewalttaten richteten sich vor allem gegen türkische Reisebüros, soziale Einrichtungen und Kulturzentren, Moscheen, islamische sowie

türkische Vereine und Lebensmittelgeschäfte. Schwerpunkte der teilweise koordinierten Angriffe waren die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg und Berlin. Für die Anschläge - vor allem auf Reisebüros im Februar - war die PKK verantwortlich. Dafür sprechen die Art und Weise der Durchführung und die Festnahme von Tatverdächtigen aus den Reihen der PKK, bei denen Propagandamaterial der PKK und der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) gefunden wurde. Die Angriffe gegen Reisebüros standen offenbar auch im Zusammenhang mit einem am 18. Januar bekanntgewordenen Aufruf der in den Kurdengebieten operierenden PKK-Guerillatruppe Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) zum „Boycott des türkischen Tourismus“.

Den Anstoß für die Anschläge auf Kulturvereine und Moscheen gaben gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Islamisten, Aleviten und türkischen Sicherheitskräften in Istanbul, die am 12. März begonnen hatten. Neben PKK-Anhängern verübten auch Anhänger der TKP/ML und vor allem der Devrimci Sol Anschläge. Der Terror der PKK richtete sich 1995 zunehmend auch gegen deutsche Sicherheitsbehörden und erreichte damit eine neue Qualität. Insbesondere Maßnahmen gegen die PKK wurden mit Gewalttaten beantwortet. So wurden in der Nacht zum 9. Juni in Stuttgart, Ludwigshafen, Nürnberg und Kiel nahezu zeitgleich Brandanschläge gegen Dienststellen und Fahrzeuge der Polizei verübt. Ein Zusammenhang mit der Durchsuchung und Schließung des PKK-nahen Agri-Verlags Anfang Juni in Köln ist anzunehmen. Im Tatortbereich in Stuttgart wurden fünf weitere gebrauchsfertige Molotowcocktails gefunden. Weitere Anschläge gegen Polizeieinrichtungen verübten unbekannte Täter am 3., 5. und 7. Juli in Konstanz, Freiburg und München.

*Auslöser  
der Gewalt*

*Angriffe  
gegen Polizei*

Von der in zwei Flügel gespaltenen, sowohl in Deutschland als auch in der Türkei verbotenen, türkischen Devrimci Sol waren vor allem Anhänger des „Karatas-Flügels“ (DHKP-C) aktiv. Dieser Gruppe sind mehrere Serien von Brandanschlägen auf türkische Einrichtungen, insbesondere Banken und Vereine, im Bundesgebiet zuzurechnen. Auslöser für die Anschläge im September und Oktober war die Niederschlagung einer Gefängnisseuterei am 21. September in Buca/Türkei, bei der mehrere Anhänger des Karatas-Flügels der Devrimci Sol erschossen worden waren. Auch eine Meuterei in einem Gefängnis in Istanbul am 13. Dezember war Anlaß für Anschläge auf türkische Einrichtungen im Bundesgebiet.

*Blutige  
Richtungskämpfe*

Die blutigen Richtungskämpfe in der Devrimci Sol dauern an. Auch geht die Gruppe weiterhin mit Bestrafungsaktionen gegen Parteiabweichler vor. So entführten mutmaßliche Anhänger der Devrimci Sol am 13. Februar in Krefeld ein ehemaliges Mitglied der Organisation, das jedoch später seinen Entführern entkommen konnte. Drei der Entführer konnten von der Polizei festgenommen werden. Das Landgericht Hagen verurteilte sie am 3. November wegen Freiheitsberaubung zu Freiheitsstrafen von jeweils zwei Jahren und acht Monaten.

*Kaum Gewalttaten  
durch türkische  
extreme Nationalisten*

Insgesamt sind 272 der 283 bundesweit registrierten Gewalttaten - und damit mehr als 96 % - türkischen bzw. kurdischen linksextremistischen Organisationen zuzurechnen. Für neun (1994: elf) der bundesweit registrierten Gewalttaten sind extreme Nationalisten verantwortlich. Den türkischen Nationalisten ist es damit im wesentlichen gelungen, mäßigend auf ihre Anhänger einzuwirken und sich nicht von türkischen und kurdischen Linksextremisten provozieren zu lassen. Bei Auseinandersetzungen zwischen nationalistischen Türken und Kurden am 3. September in Neumünster/Schleswig-Holstein wurde dennoch ein linksextremistischer Kurde erschossen, ein weiterer schwer verletzt.

*Todesopfer*

*Spendengeld-  
erpressungen*

Zur Deckung ihres erheblichen Finanzbedarfs veranstalteten die genannten türkischen und kurdischen Gruppierungen jährlich „Spendenkampagnen“ bei Landsleuten, insbesondere Geschäftsleuten. Die Spendeneintreiber schrecken dabei selbst vor massiven Drohungen und schweren Gewalttaten nicht zurück, um zum Teil fünfstelligen Geldbeträge zu erpressen.

*Islamischer Extremismus bedrohlich*

Das Erstarken des islamischen Extremismus muß nach wie vor aufmerksam beobachtet werden, um einer Bedrohung der Inneren Sicherheit frühzeitig entgegenzutreten zu können. So drohte ein Funktionär der algerischen Islamischen Heilsfront (FIS) in einer Fernsehsendung bereits mit Anschlägen, falls Deutschland die Regierung Algeriens unterstütze oder FIS-Angehörige in Deutschland strafrechtlich verfolge. Der Funktionär bezog sich dabei auf ein vom Generalbundesanwalt geführtes Ermittlungsverfahren gegen neun Algerier. Sie werden verdächtigt, Waffen für algerische Fundamentalisten nach Algerien geschmuggelt zu haben.

*Bürgerkrieg  
in Ex-Jugoslawien*

Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien wirkte sich bisher wenig auf die gewalttätige extremistische Szene in Deutschland aus.

## 2. Politisch motivierte Gewalt in Bayern

Die Gesamtzahl politisch motivierter Gewalttaten ist in Bayern auf 93 Vorfälle (1994: 105) und damit um 11,4 % gesunken. Der Anteil der in Bayern verübten Gewalttaten an der bundesweiten Zahl ist mit 4,98 % relativ gering. Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten sind auf 48 (1994: 58) und damit um rund 17 % zurückgegangen. Linksextremistisch motivierte Gewalttaten sind auf 18 (1994: 28) um rund 36 % gefallen. Die Gewalttaten ausländischer Extremisten sind auf 27 (1994: 19) um rund 42 % angestiegen.

*Leichter Rückgang*

Auch 1995 forderte die politisch motivierte Gewalt in Bayern keine Todesopfer. Die Zahl der Brandanschläge, bei denen das angegriffene Ziel, die Tatausführung oder Selbstbechtigungen auf politische Motive hindeuten, ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Insgesamt wurden nach derzeitigem Erkenntnisstand 19 Brandanschläge (1994: 12) und ein Sprengstoffanschlag (1994: keiner) verübt oder versucht. Mit 14 Brandanschlägen gingen fast drei Viertel auf das Konto ausländischer Extremisten. Bei drei von vier (1994: sechs) Brandanschlägen mit rechtsextremistischem Hintergrund und einem Sprengstoffanschlag war ein fremdenfeindliches Motiv erkennbar bzw. zu vermuten. Linksextremisten verübten einen Brandanschlag (1994: fünf).

### 2.1 Rechtsextremistische Gewalt

Der Schwerpunkt politisch motivierter Gewalt in Bayern lag 1995 erneut bei Taten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation. Ihre Gesamtzahl fiel um rund 17 % und betrug 48 (1994: 58); das sind 4,58 % (1994: 3,90 %) der bundesweit registrierten Zahl. Sechs (1994: vier) Gewalttaten richteten sich gegen politische Gegner. 23 (1994: 35) Gewalttaten hatten eine fremdenfeindliche Motivation. Damit ist die Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten in Bayern 1995 erneut deutlich, nämlich um etwa 34 %, zurückgegangen. Dennoch zeigen insbesondere ein Sprengstoffanschlag, drei Brandanschläge (1994: sechs), 15 Angriffe (von insgesamt 23) auf Personen (1994: 19) und drei Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung (1994: zehn) gegenüber Ausländern, daß im rechtsextremistischen Bereich weiterhin eine erhebliche und ernstzunehmende Gewaltbereitschaft besteht. Die Zahl der sonstigen fremdenfeindlichen Straftaten ohne Anwendung von Gewalt, wie Bedrohungen, Nötigungen und Propagandadelikte, ging von 236 auf 186 zurück.

*Rückgang rechtsextremistischer Gewalt*

Typisch für die 1995 festgestellten rechtsextremistischen Gewalttaten sind die im folgenden - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - dargestellten Ereignisse.

### 2.1.1 Briefbombenanschläge in München und Lübeck

Am 9. Juni explodierte im Sekretariat eines Fernsehsenders in München eine Briefbombe und verletzte die den Brief öffnende Sekretärin. Der Sprengstoffbrief war persönlich an eine Moderatorin des Senders gerichtet. Ebenfalls am 9. Juni explodierte in den Räumen einer Partnervermittlung in Linz/Österreich ein weiterer Sprengstoffbrief und verletzte zwei dort beschäftigte Personen. Am 13. Juni detonierte in der Geschäftsstelle des Rathauses Lübeck eine an den Bürgermeister gerichtete Briefbombe, wodurch der die Postsendung öffnende SPD-Geschäftsführer an der Hand verletzt wurde. Nach dem bisherigen polizeilichen Ermittlungsstand waren alle drei Sendungen in Österreich zur Post gegeben worden. Der in München detonierten Sendung war ein Selbstbeziehungsschreiben mit dem Wortlaut „Wir wehren uns .... Regent Andreas Hofer von Tirol und Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg“ beigegeben.

*Briefbomben  
aus Österreich*

Der technische Aufbau entspricht weitgehend den bereits 1993 und 1994 in Österreich verwendeten Briefbomben. Damals waren in Österreich zwei Serien von insgesamt 14 Briefbomben versandt worden. Während im Dezember 1993 vier Sprengstoffbriefe beim Öffnen explodierten und mehrere Personen zum Teil schwer verletzten, konnten alle weiteren Sprengsätze unschädlich gemacht werden.

*Anschlagserie  
in Österreich*

Am 4. und 6. Februar 1995 ereigneten sich in Österreich zwei weitere Sprengstoffanschläge mit einer Rohrbombe und einer als Sprengsatz präparierten Spraydose. Dabei kamen vier Personen ums Leben. Eine Person wurde erheblich verletzt. Zu allen Sprengstoffanschlägen bekannte sich in verschiedenen Selbstbeziehungsschreiben eine „Salzburger Eidgenossenschaft“ bzw. eine „Bajuwarische Befreiungsarmee“.

*Erneute  
Briefbombenserie*

Weitere fünf Briefbomben wurden am 11. Dezember in Graz an Adressaten in Österreich verschickt. Sie explodierten vorzeitig oder wurden entschärft. Bisher haben sich keine Hinweise auf eine Beteiligung deutscher Rechtsextremisten an diesen Briefbombenanschlägen ergeben.

### 2.1.2 Brandanschläge

Am 10. Januar verübte eine zunächst unbekannte Täterin einen Brandanschlag auf die Wohnung einer bosnischen Familie in München. Das Feuer konnte gelöscht werden, ohne daß größerer Sachschaden entstand. Als mutmaßliche Täterin konnte eine Frau aus der Nachbarschaft ermittelt werden, die durch fremdenfeindliche Äußerungen aufgefallen war. Das Landgericht München verurteilte sie zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ausgesetzt zur Bewährung.

*Anschlag gegen  
bosnische Familie*

In der Nacht zum 8. März stiegen zwei 19- bzw. 25jährige Täter in den städtischen Friedhof Fürstenfeldbruck ein. Sie beschmierten mehrere Grabmäler und ein Friedhofsgebäude mit Hakenkreuzen, SS-Runen, „Sieg Heil“-Parolen und den Buchstaben NL (Nationale Liste). Anschließend warfen sie Grabsteine um und setzten ein Gerätehaus in Brand, wodurch ein Sachschaden in Höhe von etwa 70.000 DM entstand.

*Brandstiftung  
auf Friedhof*

Unbekannte Täter warfen in Rothenburg ob der Tauber, Landkreis Ansbach, am 24. März einen Molotowcocktail auf ein Mehrfamilienhaus. Im Erdgeschoß befindet sich neben einem Lebensmittelgeschäft ein Gebetsraum des Türkisch-Islamischen Vereins. Der Brand konnte gelöscht werden. Es entstand Sachschaden von etwa 500 DM. Die Polizei vermutet fremdenfeindliche Motive.

Am 29. April verübte ein 18jähriger Mann einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Hauzenberg, Landkreis Passau, in dem sich zur Tatzeit 51 Personen befanden. Der Brandsatz prallte zurück und brannte vor dem Gebäude aus. Das Landgericht Passau verurteilte den Täter am 23. Oktober wegen 51fachen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung unter Einbeziehung anderer Delikte nach dem Jugendstrafrecht zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten.

*Anschlag gegen  
Asylbewerber-  
heim*

### 2.1.3 Sonstige rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten

Am 13. Januar drangen vier Skinheads gewaltsam in ein Vereinsheim in Schwandorf ein, in dem eine Geburtstagsfeier stattfand. Die Täter drohten den dort versammelten Personen mit Mißhandlungen, zwangen sie zu „Exerzierübungen“ mit „Deutschem Gruß“, hielten sie im Raum fest und entwendeten eine Fahne.

*Überfall auf  
Vereinsheim*

*Angriff gegen  
Ausländer*

Eine Gruppe von etwa zehn Jugendlichen griff am 17. Februar in Bad Aibling, Landkreis Rosenheim, drei Ausländer an. Nach anfänglichen Pöbeleien und Rempelen zog einer der Angreifer ein Messer und verletzte einen der Ausländer. Außerdem bedrohte er die Ausländer mit einer Gaspistole. Während der Auseinandersetzung wurden Parolen wie „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ gerufen. Drei der Angreifer konnten von der Polizei ermittelt werden. Sie sind bereits mehrfach durch rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Erscheinung getreten.

*Absägen von  
Feldkreuzen*

In der Zeit vom 1. April bis 3. Juni sägte ein zunächst unbekannter Täter zahlreiche Feld- und Gipfelkreuze in den Regierungsbezirken Oberbayern und Oberpfalz um, hinterließ Flugblätter, die zum Tourismusboykott gegen die Türkei aufriefen, und sprühte in einigen Fällen PKK-Parolen. Der Verdächtige wollte offensichtlich den Tatverdacht auf Kurden lenken und dadurch die Bevölkerung zum Haß gegen Ausländer aufstacheln.

*Skinhead-Angriffe*

Am 11. Mai schlug ein Skinhead in Amberg einen türkischen Staatsangehörigen mit einem Baseballschläger nieder, der mit zwei Hakenkreuzen, einem Keltenkreuz und dem Text „Heil dem Führer - Heil dem Volk“ und „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ sowie „Türken-Russen-Punkerdreck, ihr müßt weg!“ beschriftet war.

In Bayreuth überfielen am 9. Juni zwei Skinheads einen jungen Mann, der eine Jacke mit dem Aufdruck „Gib Nazis keine Chance“ trug. Einer der Täter verletzte den Geschädigten mit einem Messer, stieß ihn zu Boden und trat ihn an den Kopf.

Am 29. Juni beleidigten zwei Skinheads aus Nürnberg eine Passantin durch ausländerfeindliche Äußerungen. Ihr Ehemann, der sich dies verbat, wurde durch Fußtritte der Skinheads verletzt und mit dem Kopf gegen eine Schaufensterscheibe gestoßen.

## 2.1.4 Strafverfahren

In einer Reihe von Strafverfahren wurden rechtsextremistisch motivierte Gewalttäter zu teilweise hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

*Urteil gegen  
Neonazi wegen  
Körperverletzung*

So verurteilte das Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Aschaffenburg am 15. März einen Neonazi wegen gefährlicher Körperverletzung in drei Fällen in Tateinheit mit Bedrohung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung.

Der Verurteilte hatte am 9./10. Januar 1993 in Frankfurt am Main an einem Kameradschaftstreffen der Jungen Nationaldemokraten (JN) teilgenommen. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit Autonomen, in deren Verlauf drei der Autonomen in den Main geworfen wurden.

## 2.2 Linksextremistische Gewalt

In Bayern wurden nach derzeitigem Erkenntnisstand insgesamt 18 (1994: 28) Gewalttaten mit linksextremistischer bzw. zu vermutender linksextremistischer Motivation begangen. Gegenüber dem Vorjahr ist damit die Zahl derartiger Gewalttaten um rund 36 % zurückgegangen. Der Anteil Bayerns an diesen Straftaten in ganz Deutschland beträgt 3,35 % (1994: 4,21 %). Linksextremisten waren für einen Brandanschlag verantwortlich (1994: fünf). Sechs (1994: 19) der festgestellten Gewalttaten mit linksextremistischer Motivation richteten sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten bzw. deren Einrichtungen. Linksextremisten begannen 1995, gegen den Transport abgebrannter Brennelemente aus dem Kernkraftwerk Gundremmingen und gegen den geplanten Neubau eines Forschungsreaktors für die Technische Universität München zu mobilisieren. Es ist zu befürchten, daß sich dort Kristallisationspunkte neuer extremistischer Gewalt bilden.

### 2.2.1 Passau Schwerpunkt linksextremistischer Gewalt

Die Passauer autonome Szene ist zunehmend gewaltbereit. Die Krawalle in der Silvesternacht mit einem Sachschaden von rund 100.000 DM waren der Beginn einer Serie von Gewalttaten:

*Silvesterkrawalle  
in Passau*

Etwa 20 Vermummte waren durch die Straßen gezogen und hatten an 14 Geschäften und Banken Schaufensterscheiben und Eingangstüren zerstört. An zwei Objekten wurden die Parole „Fight the Power“, ein fünfzackiger Stern sowie die Abkürzung „KGK“ gesprüht\*. In einem Selbstbeichtigungsschreiben einer „Antiimperia-

\* „Fight the Power“ ist der Titel einer „antifaschistischen“ Jugendzeitung in der Region Niederbayern.

„KGK“ ist das Kürzel der Berliner Autonomen Gruppe „Klasse gegen Klasse“, die seit 1992 in Berlin Brandanschläge gegen hochwertige PKWs verübt.

listischen Zelle Halim Dener“ heißt es unter derselben Parole, die angegriffenen Objekte repräsentierten das „herrschende kapitalistische, patriarchale System der BRD“. Dies bedeute weltweite Ausbeutung, Hungertod in der Dritten Welt, Abschiebung von Flüchtlingen, Unterdrückung von Frauen, Wohnungsnot und Luxussanierung sowie Arbeitslosigkeit und Armut. Die gesprühten Parolen lassen Rückschlüsse auf personelle Verflechtungen der Passauer Szene mit Berliner Autonomen zu. Bindeglied ist dabei die militante „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO), in der Gruppen aus beiden Städten organisiert sind.

In Passau folgten weitere Gewalttaten:

#### *RZ-Nachahmer*

Am 18. Januar warfen unbekannte Täter mit Pflastersteinen drei Scheiben eines Schnellrestaurants ein und beschmierten die Fassade mit antiimperialistischen Parolen und dem Kürzel „RZ“. An einem in der Nähe festgemachten Zollboot warfen sie mit Pflastersteinen drei Frontscheiben ein.

In der Nacht zum 20. Januar zerstörten unbekannte Täter zwei Schaufensterscheiben eines Antiquitätengeschäfts und sprühten die Buchstaben „KGK“ an die Hauswand. Der Inhaber, Stadtrat der Partei „Die Republikaner“, war bereits mehrfach Ziel ähnlicher Aktionen.

#### *Sachbeschädigung bei Burschenschaft*

Mit Pflastersteinen warfen in der Nacht zum 21. Januar unbekannte Täter Türscheiben am Gebäude einer Burschenschaft ein. Bereits am 13. Januar war das Gebäude Ziel einer ähnlichen Gewalttat. In einem Selbstbezüglichungsschreiben, das bei einer örtlichen Tageszeitung einging, begründeten „einige militante Antifas“ die Angriffe mit der Geschichte der angeblichen „Fascho-Studies“ und bezeichneten deren Ideologie als chauvinistisch und nationalistisch. Abschließend forderten die unbekanntenen Verfasser: „Also dann pfeffert massig Pflastersteine in alle faschistischen, sexistischen und unterdrückerischen Institutionen!!“

### 2.2.2 Sonstige Gewalttaten

#### *Reifenstecherei*

In der Nacht zum 30. Juli zerstachen Unbekannte in Markt Schwaben, Landkreis Erding, die Reifen von fünf hochwertigen PKWs. Die Täter schmierten an drei der Fahrzeuge u.a. die Parolen „Rache für Anatopia“, „Bonzen raus - KGK“ und „Bonzen raus aus unserem Kiez“. Es entstand Sachschaden von etwa 8.000 DM. „Anatopia“

war der Name eines Hüttendorfs in Papenburg/Niedersachsen, das Gegner einer Teststrecke eines Automobilkonzerns auf dem Baugelände errichtet und seit 1991 besetzt hatten. Die Polizei hatte das Hüttendorf am 8. Januar geräumt.

Am 29. Oktober schlugen unbekannte Täter in Krailling, Landkreis Starnberg, an einer Sparkassenfiliale die Fensterscheiben ein und sprühten an die Fassade die Parole „Kapital ist Ausbeutung“.

In München setzten am 3. November Unbekannte einen PKW in Brand. Es entstand Sachschaden von rund 25.000 DM. Unmittelbar am Tatort hatten die Täter auf die Straße die Parole „Class War“ gesprüht. Eine bisher unbekannte Gruppe „Kinder des Zorns“ bezichtigte sich in der militanten autonomen Publikation INTERIM Nummer 351 vom 9. November, sowohl die Sparkasse in Krailling beschädigt als auch den PKW in München in Brand gesetzt zu haben. In einer ebenfalls abgedruckten Selbstdarstellung erklärten die unbekanntenen Verfasser, sie seien eine anarchistische Gruppe, die sich jeglicher Form von Hierarchie und Herrschaft widersetze. Ihre Aktionen „im kleinen Rahmen“ seien notwendig, um als militante Gruppe eigene Inhalte öffentlich zu machen, damit sich die „radikale Linke“ mit ihnen auseinandersetzen könne.

*Brandanschlag  
auf PKW*

### 2.3 Gewalttaten ausländischer Extremisten

Die Zahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten ist in Bayern erneut angestiegen von 19 auf 27; das sind 9,54 % der bundesweit registrierten Zahl. Darunter sind 14 Brandanschläge. Der Schwerpunkt politisch motivierter Ausländerkriminalität in Bayern lag auch 1995 bei der am 26. November 1993 vom Bundesministerium des Innern mit einem Betätigungsverbot belegten PKK. Insgesamt sind der PKK 20 der 27 Gewalttaten zuzurechnen. Daneben zeigten Anhänger des Karatas-Flügels (DHKP-C) der ebenfalls verbotenen Devrimci Sol eine erhebliche Gewaltbereitschaft.

*Deutliche  
Zunahme*

#### 2.3.1 Anschläge und Gewalttaten in Bayern

Die im folgenden dargestellten Gewalttaten müssen aufgrund der angegriffenen Objekte, des Spurenbildes am Tatort und des zeitlichen Zusammenhangs mit bundesweiten Anschlagserien ausländischen Extremisten zugerechnet werden.

*Brandanschläge  
gegen türkische  
Einrichtungen*

Am 28. Februar verübten zwei mutmaßliche PKK-Anhänger einen Brandanschlag auf ein deutsches Reisebüro in München, das mit türkischen Reisezielen warb. Die verwendeten Molotowcocktails zündeten nicht, so daß lediglich geringer Sachschaden entstand. Die beiden Verdächtigen, zwei kurdische Asylbewerber, konnten kurz nach der Tat festgenommen werden. Bei anschließenden Wohnungsdurchsuchungen konnten Propagandamittel der verbotenen PKK und ERNK sichergestellt werden. Bei einem weiteren, kurze Zeit später durchgeführten Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro in München entstand ebenfalls nur geringer Sachschaden. Im Zuge der polizeilichen Ermittlungen konnten am 21. März und 1. Juni zwei PKK-Aktivisten als Anstifter festgenommen werden. Sie hatten den Attentätern kurz vor der Tat in den Räumen des „Kurdischen Elternvereins e.V.“ in München Taschen und Kartons mit den Brandsätzen ausgehändigt.

*Festnahme von  
Anstiftern*

In Kolbermoor, Landkreis Rosenheim, warf ein unbekannter Täter zwischen dem 15. und dem 16. März einen Molotowcocktail durch ein Fenster in den Gebetsraum des Islamischen Vereins im Erdgeschoß eines Wohngebäudes. Der Brandsatz zündete nicht.

Am 18. März war das Islamische Zentrum in München Ziel eines Brandanschlags. Die unbekanntes Täter warfen zwei Brandsätze in einen als Lager- und Büroraum dienenden Kellerraum. Durch das Feuer entstand Sachschaden in Höhe von etwa 30.000 DM.

Unbekannte Täter versuchten am 21. März einen Brandanschlag auf den Türkischen Kulturverein in Erlenbach, Landkreis Miltenberg. Die verwendeten Molotowcocktails zündeten nicht. An einem an der Außenwand des Gebäudes angebrachten Automaten hatten die Täter eine rote Fahne mit gelbem Stern sowie den Buchstaben DHKC, dem Kürzel des Karatas-Flügels der Devrimci Sol, angebracht.

*Devrimci  
Sol-Bezug*

Am 29. März war ein türkisches Reisebüro in München Ziel eines Brandanschlags. Die unbekanntes Täter schlugen die Eingangstür ein und warfen einen Molotowcocktail in den Verkaufsraum. Der Brandsatz zündete nicht.

In Erlenbach, Landkreis Miltenberg, warfen unbekanntes Täter am 31. März einen Brandsatz durch die Schaufensterscheibe eines türkischen Reisebüros. Das Geschäft brannte vollständig aus, wodurch ein Sachschaden in Höhe von etwa 100.000 DM entstand.

In Bayreuth versuchten unbekannte Täter am 24. April einen Brandanschlag auf ein türkisches Geschenkartikel- und Haushaltswarengeschäft. Die Täter zündeten vor dem Geschäft einen Brandsatz, der lediglich geringen Sachschaden verursachte.

Am 9. Juni entzündete ein unbekannter Täter unmittelbar vor der Eingangstüre der Polizeistation Nürnberg-Langwasser einen Kunststoffkanister mit brennbarer Flüssigkeit. Das Feuer wurde von Nachbarn rechtzeitig gelöscht, so daß kein Brandschaden entstand. Die Tat ist im Zusammenhang mit drei weiteren zeitgleich verübten Anschlägen auf Polizeieinrichtungen in Stuttgart, Kiel und Ludwigshafen zu sehen. Weitere Brandanschläge am 3. Juli in Konstanz und Freiburg auf Fahrzeuge und ein Gebäude der Polizei verursachten ebenfalls zum Teil erheblichen Sachschaden.

*Anschläge auf  
Polizeieinrich-  
tungen*

In München zündeten am 5. Juli unbekannte Täter einen Molotowcocktail vor einer Polizeidienststelle. Der Anschlag richtete sich offenbar gegen auf der Straße abgestellte Einsatzfahrzeuge. Es entstand kein Sachschaden.

Am 7. Juli warfen unbekannte Täter in München zwei Brandsätze gegen das Dienstgebäude einer Polizeiinspektion, ohne größeren Schaden anzurichten. PKK-Funktionäre hatten vorher zu derartigen Anschlägen gegen Polizeieinrichtungen aufgerufen.

Durch einen Brandanschlag entstand am 7. Juli an einem Feuerwehrmuseum in Kaufbeuren ein Sachschaden von über 100.000 DM. Im selben Gebäude sind auch ein islamisches Kulturzentrum und ein Verein türkischer Nationalisten untergebracht, die offensichtlich Ziel des Anschlags waren.

Am 1. Oktober setzten unbekannte Täter in Nürnberg das Fahrzeug einer türkischen Bäckerei in Brand. In einem Anruf an einen freien Mitarbeiter einer türkischen Tageszeitung teilte ein Unbekannter mit, das Fahrzeug sei wegen der Tötung von Devrimci Sol-Anhängern in Buca verbrannt. Er bezog sich damit auf die Niederschlagung einer Gefängnismeuterei am 21. September in Buca/Türkei, in deren Verlauf mehrere Aktivisten des Karatas-Flügels der Devrimci Sol erschossen worden waren.

*Devrimci  
Sol-Bezug*

Unbekannte Täter warfen am 7. Oktober in Nürnberg einen Molotowcocktail in ein türkisches Reisebüro. Dabei entstand Sachschaden von etwa 50.000 DM. Der Anschlag dürfte ebenfalls als Vergeltungsaktion der Devrimci Sol zu werten sein. Ähnliche Angriffe wurden im gesamten Bundesgebiet verübt.

### 2.3.2 Spendengelderpressungen

*Festnahme der  
Spendengeld-  
erpresser*

Drei mutmaßliche PKK-Aktivisten mißhandelten am 6. Februar in Unterschleißheim, Landkreis München, einen Landsmann mit Faustschlägen und Fußtritten. Der Geschädigte hatte sich geweigert, eine „Spende“ in Höhe von 3.000 DM an die PKK zu zahlen. Gegen einen mutmaßlichen Täter erließ das Amtsgericht München am 9. Februar Haftbefehl wegen Verdachts der versuchten räuberischen Erpressung. Ein weiterer Tatverdächtiger konnte am 21. März bei einer Kundgebung zum kurdischen Neujahrsfest in München festgenommen werden.

*Haftbefehl*

Zwei Spendengeldeintreiber der PKK konnten am 4. Dezember in Nürnberg festgenommen werden, nachdem sie zuvor mehrere türkische Geschäfte besucht hatten. Bei den Festgenommenen wurden 6.400 DM bzw. 1.000 DM aufgefunden. Der Ermittlungsrichter erließ Haftbefehl wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.

*Festnahme von  
Geldeintreibern  
der PKK*

In Haßfurt, Landkreis Haßberge, nahm die Polizei am 29. Dezember zwei 18 bzw. 22 Jahre alte Türken fest, als sie einen türkischen Geschäftsmann um eine Spende von 5.000 DM für die PKK erpressen wollten. Nach eigenen Angaben fungierte der 18jährige als Geldeintreiber der PKK/ERNK für die Gebiete Nürnberg, Würzburg, Schweinfurt, Bamberg, Haßfurt und Karlstadt. Der Ermittlungsrichter erließ Haftbefehl gegen beide Täter.

### 2.3.3 Urteile gegen PKK-Anhänger

*Hohe  
Freiheitsstrafe*

Das Landgericht Augsburg verurteilte am 8. Februar einen 30jährigen türkischen Staatsangehörigen kurdischer Volkszugehörigkeit wegen schweren Raubes, gemeinschaftlicher Nötigung, Verstoßes gegen das Waffengesetz sowie schweren Landfriedensbruchs zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten. Der Verurteilte hatte an den von der PKK initiierten Krawallen am 19. März 1994 im Raum Augsburg teilgenommen und dort einem Polizeibeamten die Dienstpistole geraubt. Wegen der Beteiligung an den Kurdenkrawallen verurteilte das Amtsgericht Augsburg den Kurden Fariz Simsek am 30. Oktober in Abwesenheit zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten, ausgesetzt zur Bewährung.

Das Landgericht Schweinfurt verurteilte am 9. Februar einen 37jährigen türkischen Staatsangehörigen wegen versuchter räuberischer Er-

pressung in Tateinheit mit Körperverletzung zu zehn Monaten Freiheitsstrafe, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung, sowie zu einer Geldbuße von 5.000 DM. Der Verurteilte hatte in der Zeit vom November 1993 bis Februar 1994 mehrmals einen türkischen Staatsangehörigen durch Drohungen und Schläge zu Zahlungen an die PKK erpreßt. Die Verfahren gegen vier weitere Beschuldigte wurden abgetrennt.

*Urteil gegen  
Spendengeld-  
erpresser*

Wegen versuchter räuberischer Erpressung verurteilte das Jugend-schöffengericht Memmingen am 22. November einen 20jährigen Türken zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, ausgesetzt zur Bewährung, verbunden mit der Auflage, an 50 Tagen gemeinnützige Arbeit zu leisten. Der Verurteilte hatte im Januar 1994 zusammen mit einem weiteren PKK-Aktivisten einen türkischen Staatsangehörigen schwer mißhandelt. Der Geschädigte hatte sich mehrfach geweigert, Spenden für die PKK zu leisten. Zuletzt sollte er im Rahmen der letztjährigen PKK-Spendenkampagne 2.000 DM bezahlen.

#### 2.3.4 Exekutivmaßnahmen gegen die PKK

Am 21. März konnte die Polizei die PKK-Gebietsverantwortliche für den Bereich München, eine 29jährige türkische Staatsangehörige kurdischer Abstammung, festnehmen. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erließ Haftbefehl wegen des dringenden Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Die Festgenommene befand sich auf dem Weg zum Kurdischen Elternverein e.V. in München. Bei den im Anschluß an die Festnahme durchgeführten Durchsuchungen konnte umfangreiches Beweismaterial, u.a. ein PC mit Disketten, Sammelbüchsen, Spendenquittungen und große Mengen Propagandamaterialien, sichergestellt werden.

*Festnahme einer  
PKK-Gebietsver-  
antwortlichen*

Am 14. Oktober nahm die Polizei in den Räumen des Kurdischen Elternvereins e.V. in München, in denen zu dieser Zeit eine Regional-konferenz der PKK stattfand, 18 von 25 anwesenden Personen vorläufig fest. Bei der anschließenden Durchsuchung der Räume konnte erneut umfangreiches Propagandamaterial der PKK sichergestellt werden. Gegen drei der Festgenommenen erließ der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof Haftbefehl wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung bzw. wegen Verstößen gegen das Vereinsgesetz. Dabei handelt es sich um den Gebietsverantwortlichen der PKK für das Gebiet München, einen

*Weitere  
Festnahmen*

32jährigen Kurden mit Wohnsitz in Hessen, die Vertreterin des Gebietsverantwortlichen, eine 27jährige Australierin kurdischer Abstammung, und einen 28jährigen Kurden, der als Verantwortlicher der PKK für Niederbayern identifiziert werden konnte.

Am selben Tag konnte die Polizei in Pohlheim/Hessen in einer Gaststätte zwei weitere Gebietsverantwortliche der PKK festnehmen. Dabei handelt es sich um den früheren, bereits mit Haftbefehl gesuchten Gebietsverantwortlichen für den Raum Nürnberg und den Gebietsverantwortlichen für den Raum Freiburg.

*Verhaftung  
eines hohen  
PKK-Funktionärs*

Am 18. Dezember konnte in Nürnberg ein weiterer 33jähriger PKK-Funktionär festgenommen werden. Gegen ihn besteht Haftbefehl des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof wegen des Verdachts der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung. Vorliegenden Erkenntnissen zufolge gehörte der Beschuldigte zu den ranghöchsten PKK-Funktionären in Europa.

Weitere PKK-Gebietsverantwortliche konnten am 16. März in Ulm, am 14. Mai in Mainz, am 19. September in Frankfurt am Main und am 6. Oktober in Berlin festgenommen werden.

Die sonstigen Aktivitäten der PKK sind im 3. Abschnitt unter Nummer 2.1 dargestellt.

### 3. Rote Armee Fraktion (RAF)

#### 3.1 Überblick

Die vor rund 25 Jahren entstandene RAF verfolgte ursprünglich das Ziel, als Avantgarde des revolutionären Kampfes durch terroristische Aktionen der „Stadtguerilla“ im „antiimperialistischen Kampf“ und im „strategischen und taktischen Zusammenwirken mit den Befreiungskämpfen der unterdrückten Nationen“ eine Solidarisierung der Massen und eine revolutionäre Situation herbeizuführen. Ihren revolutionären Kampf führte sie in einer koordinierten antiimperialistischen Front, die die drei Ebenen „Guerilla“ (Kommandoebene), „Widerstand“ (RAF-Umfeld) und „Gefangene“ (inhaftierte terroristische Gewalttäter) umfaßte. In drei umfangreichen Erklärungen vom April, Juni und August 1992 räumte die RAF eine Reihe aus ihrer Sicht schwerwiegender Fehleinschätzungen der Vermittelbarkeit ihrer Aktionen und ihrer Strategie ein und kündigte eine vorläufige Einstellung der Mordanschläge an. Gleichzeitig bekräftigte die RAF,

daß sie sich unter bestimmten Bedingungen die Wiederaufnahme der Anschläge gegen Personen und solcher Anschläge, die zum „Zurückdrängen des Staates“ in bestimmten Bereichen erforderlich seien, vorbehalte. Als einen solchen Anschlag bewertete die RAF-Kommandoebene auch den am 27. März 1993 - als bisher letzte terroristische Aktion der RAF - registrierten Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Darmstadt-Weiterstadt, der einen Sachschaden von über 100 Millionen DM verursacht hatte. Auch in der letzten Erklärung vom 6. März 1994 bekräftigte die RAF diesen Vorbehalt und den Anspruch auf eine „vollständige Umwälzung der herrschenden Verhältnisse“, der sie mit dem Aufbau einer „sozialen Gegenmacht von unten“ näherkommen wolle.

*Vollständige  
Umwälzung der  
herrschenden  
Verhältnisse*

### 3.2 Entwicklung der RAF

Das RAF-Gefüge ist nach wie vor in Befürworter der neuen Linie der RAF und in Anhänger des bewaffneten Kampfes nach früherer RAF-Praxis, den sogenannten antiimperialistischen Widerstand, gespalten. Wesentliche Themen für beide Flügel waren im Verlauf des Jahres die Haftbedingungen und die Freilassung weiterer verurteilter

*Andauernde  
Spaltung*

*Haftbedingungen  
zentrales Thema*

RAF-Terroristen. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum sechs ehemalige terroristische Gewalttäter aus der Haft entlassen. Die Situation der verbliebenen Gefangenen wurde vielfach verknüpft mit dem in den USA zum Tode verurteilten Mumia Abu-Jamal. Vertreter der gesamten RAF-Szene forderten in bundesweiten Aktionen die Freilassung von



Abu-Jamal. Auch mehrere RAF-Gefangene unterstützten die Aktionen mit einem mehrtägigen Hungerstreik vom 1. bis 4. August. An einer Demonstration zum Thema „Menschenrechte erkämpfen! Freiheit für Mumia Abu-Jamal und alle anderen revolutionären Gefangenen weltweit! Weg mit der Todesstrafe und Isolationsfolter! Hoch die internationale Solidarität!“ am 9. Dezem-

*Hungerstreik*

ber in München beteiligten sich etwa 150 Personen aus dem autonomen/antiimperialistischen Umfeld. In einem Aufrufflugblatt bezichtigten die Verfasser Deutschland, Menschenrechte zu verletzen. So werde u.a. zur „Vernichtung politischer Gefangener“ statt der Todesstrafe als „gängige Methode“ die „als Folter geächtete Isolationshaft“ eingesetzt.

### 3.3 Verurteilung

*Lebenslänglich  
wegen  
RAF-Verbrechen*

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte am 26. September das frühere RAF-Mitglied Sieglinde Hofmann wegen fünffachen Mordes und dreifachen Mordversuchs zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Das Gericht sah die Beteiligung der Verurteilten an der Entführung und Ermordung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hanns-Martin Schleyer und seiner vier Begleiter am 5. September 1977 als erwiesen an. Daneben gehörte sie unter „verantwortlicher Mitwirkung“ zum Kommando der RAF, das am 25. Juni 1979 den gescheiterten Sprengstoffanschlag auf den damaligen NATO-Oberbefehlshaber Haig und seine Begleiter verübt hatte. Frau Hofmann verbüßte bereits eine 15jährige Freiheitsstrafe wegen anderer RAF-Verbrechen.

## 4. Antiimperialistischer Widerstand

*Festhalten am  
„bewaffneten  
Kampf“*

Teile des RAF-Umfeldes lehnten die 1992 begonnene Neuorientierung der RAF mit dem Ziel des Aufbaus einer „Gegenmacht von unten“ ab. Sie forderten statt dessen, aus den Fehlern der RAF zu lernen, aber dennoch an den früheren Prinzipien der RAF und am bewaffneten Kampf, der die Begehung von Mordanschlägen einschließt, festzuhalten. Als militante Gruppierung dieses sogenannten antiimperialistischen Widerstands trat bereits 1992 eine Gruppierung auf, die sich zunächst als „Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah“ und später als „Antiimperialistische Zelle“ (AIZ) bezeichnete. Die AIZ lehnt die Deeskalations-Politik der RAF-Kommandoebene scharf ab und hält an der Strategie und Praxis der RAF vor 1992 fest. Ihre derzeitige ideologische Grundlage besteht aus Teilen, die dem „Konzept Stadtguerilla“ entnommen sind, sowie aus der Theorie der „triple oppression“. Diese wurde ursprünglich vom afro-amerikanischen Widerstand in den USA entwickelt und seit Anfang der 90er Jahre in Deutschland propagiert. Die AIZ geht davon

aus, daß die gegenwärtige Realität durch patriarchale, rassistische und kapitalistische Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse gekennzeichnet sei.

In einem Positionspapier vom 13. Juli, das die AIZ u. a. aus Anlaß der vom Generalbundesanwalt angeordneten Durchsuchungsaktion vom 13. Juni herausgegeben hat, kündigte sie an, auch künftig Sprengstoffanschläge durchzuführen. Dieser „angriffstypus“ stelle eine „effiziente eingriffsmöglichkeit“ dar. Die „potentiell tödliche bedrohung dort, wo die eliten wohnen/arbeiten“ habe für diese eine unerträgliche Situation zur Folge. Damit werde „antiimperialistische politik schwacher kräfte zur militanten gegenmacht“.

*Positionspapier  
der AIZ*

*Zielspektrum  
der AIZ*

#### 4.1 Sprengstoffanschläge der AIZ

Die AIZ verübte insgesamt vier Sprengstoffanschläge. Einer galt dem ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär für wirtschaftliche Zusammenarbeit und jetzigen Vorsitzenden der Deutsch-Marokkanischen Gesellschaft, Dr. Volkmar Köhler, in Wolfsburg am 22. Januar. Durch die Explosion einer Rohrbombe vor dem Wohnhaus entstand Sachschaden im Eingangsbereich. In einem Selbstbeziehungsschreiben sowie einem Positionspapier vom 13. Februar begründete die AIZ den Anschlag im wesentlichen mit dem beruflichen Engagement von Dr. Köhler in der Deutsch-Marokkanischen Gesellschaft. Damit sei er verantwortlich für Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung zugunsten „der in marokko herrschenden clique“ sowie der „brd-konzerne“. Daneben unterstreicht die AIZ, daß die von der RAF in den 70er und 80er Jahren praktizierte Beteiligung am antiimperialistischen Kampf in Deutschland nicht nur notwendig, sondern auch möglich sei. Wörtlich heißt es:

*Anschlag auf  
Dr. Köhler*

*„für relevante widerstandspolitik ist es notwendig, daß unterschiedliche aktionsformen einander ergänzen. es ist von uns bewußt gesetzt, daß zur erzeugung von politischem druck an den orten, an denen wir aktionen durchführen, räumlich und zeitlich begrenzt eine potentiell tödliche bedrohung entsteht. dafür geben wir unsere ganze kraft. zusammen kämpfen!“*

*Potentiell tödliche  
Bedrohung*

Am frühen Morgen des 23. April explodierte am Wohnhaus des CDU-Bundestagsabgeordneten und Angehörigen des Bundestagsin-nenausschusses, Prof. Dr. Blank, in Düsseldorf-Erkrath ein Sprengsatz. Aufgrund des Pfeiftons einer Sirene, die auf dem Sprengsatz

*Anschlag auf MdB  
Prof. Dr. Blank*

angebracht war, brachte sich die Familie in Sicherheit. Es entstand erheblicher Sachschaden. Im Selbstbeichtigungsschreiben begründete die AIZ den Anschlag ebenfalls mit den politischen Funktionen von Prof. Dr. Blank. Er beschäftige sich als Mitglied des Innenausschusses des Bundestags sowie als innenpolitischer Experte der CDU mit der Abschiebung von Kurden in die Türkei. Erneut bekräftigen die Verfasser, „potentiell tödliche aktionen dort, wo die brd-eliten wohnen/arbeiten - als angriff auf den nationalen konsens der brd-gesellschaft ...“ durchführen zu wollen.

*Angriffe auf  
„brd-eliten“*

Am Morgen des 17. September detonierte vor dem Eingang des Wohnhauses des Bundestagsabgeordneten und verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Paul Breuer, ein Sprengsatz. Es entstand Sachschaden von etwa 5.000 DM. In einer am Tatort zurückgelassenen kurzen Erklärung und einem umfangreichen Selbstbeichtigungsschreiben, das am 18. September bei mehreren Nachrichtenagenturen einging, begründete die AIZ den Anschlag. Der Angegriffene sei als Wehrexperte u.a. mitverantwortlich für die Waffenlieferungen an die Türkei und die Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Einsatz in Bosnien-Herzegowina. Daneben kritisierte die AIZ ihre Gesinnungsgenossen wegen deren - aus der Sicht der Verfasser - zu geringen Aktivitäten. Lobend hebt sie die Rolle der RAF in den 70er und 80er Jahren hervor und nimmt für sich als Nachfolgeorganisation in Anspruch „... die neuen schritte der souveränen brd zu begreifen, zu thematisieren und anzugreifen“.

*Nachfolgeorga-  
nisation der RAF*

Am 23. Dezember verübte die AIZ in Düsseldorf einen Sprengstoffanschlag auf ein Bürogebäude, wobei Sachschaden von 60.000 DM entstand. In dem Gebäude befinden sich das Peruanische Honorarkonsulat und Büros einer Firma, deren Inhaber auch das Amt des Honorarkonsuls versieht. In einem ausführlichen Selbstbeichtigungsschreiben, das am 27. Dezember bei mehreren Nachrichtenagenturen einging, begründete die AIZ den Anschlag mit der angeblich unerträglichen „situation der mehrheit der menschen in peru“. Das dortige, von Präsident Fujimoro errichtete System werde von den imperialistischen Staaten, so auch von den „brd-eliten in wirtschaft und politik“, unterstützt.

*Anschlag auf  
Peruanisches  
Honorarkonsulat*

*Verbundenheit zu  
PKK und islami-  
schen Extremisten*

Verbunden fühlt sich die AIZ der kurdischen linksterroristischen PKK sowie der Peruanischen Kommunistischen Partei (PCP), da diese weltweit „organisiert und militant gegen den imperialismus widerstand leisten“. Besonders hervorgehoben werden „revolutionär-islami-“

mische“ Gruppierungen. Die AIZ habe den „islam als revolutionäre waffe in voller schärfe und schönheit“ kennengelernt. Zur Bekräftigung ihrer Verbundenheit würden Selbstbezeichnungsschreiben zu künftigen Anschlägen, wie bereits die jüngste Erklärung, mit „aktion khaled kelkal - antiimperialistische zelle“ unterzeichnet. Bei Khaled Kelkal handelt es sich um einen mutmaßlichen Verantwortlichen für die Sprengstoffanschläge auf verschiedene Pariser U-Bahn-Stationen im Sommer und Herbst. Er wurde am 29. September bei einem Schußwechsel mit französischen Sicherheitsbeamten getötet.

*Neue Gruppen-  
bezeichnung*

#### 4.2 Reaktionen anderer Linksextremisten und Ausblick

Die AIZ muß als besonders gefährliche terroristische Vereinigung angesehen werden. Die schweren Straftaten dieser Gruppe und die Ankündigung, weitere Anschläge auch gegen Personen zu verüben, unterstreichen die Bedrohung. Die AIZ ist zudem bemüht, andere militante Gruppen für ihre Ziele zu gewinnen und zu Anschlägen anzuleiten, um mit „eigenen widerstandsformen druck auf den brd-staat auszuüben“. Daß die AIZ neue Anhänger gefunden hat, zeigt eine im Januar bekanntgewordene Erklärung der militanten Bonner Gruppe „Jupp Messinger“, die sich auf die „GenossInnen von der Antiimperialistischen Zelle“ beruft und wie die AIZ die Politik der EU insbesondere gegenüber Marokko angreift.

*AIZ gefährliche  
Terrorgruppe*

*Vereinzelt  
Akzeptanz  
der AIZ*

Das Konzept der AIZ ist bei gewaltbereiten Autonomen und Antiimperialisten zunehmender Kritik ausgesetzt. In verschiedenen Erklärungen, wie z.B. der Frankfurter Gruppe „Kein Friede“, der militanten Gruppe „Barbara Kistler“ und in Szenezeitschriften, wird die AIZ scharf kritisiert und insbesondere wegen der bei ihren Aktionen in Kauf genommenen Gefährdung Unbeteiligter abgelehnt. Noch deutlicher ist die Kritik revolutionärer Marxisten. Im Organ der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) vom 23. Februar heißt es u.a., die AIZ habe mit ihrer Selbstbezeichnung nach dem Anschlag am 22. Januar und der positiven Darstellung des angeblich revolutionär ausgerichteten Islam den Antiimperialismus zu Tode karikiert. Der islamische Fundamentalismus trage fremdenfeindliche und antisemitische Züge. In blinder Sucht nach Identifikationsspendern bejubele der Antiimperialismus der AIZ antiwestliche und möglichst gewalttätige Regierungen gerade in arabischen Ländern. Auch die militante Publikation radikal griff erstmals die AIZ in ihrer Ausgabe Nummer 153 scharf an. Darin wird betont, die Tötung von Menschen aus

*Massive Kritik  
an AIZ*

politischen Motiven könne ein legitimes Mittel sein. So müsse jede Revolution „in irgend einem Stadium auch bewaffnet gegen die MachtträgerInnen des alten Systems vorgehen..“ Die laxe Haltung der AIZ mit ihren „potentiell tödlichen Aktionen“ schade jedoch „der Linken und ihrem Kampf für Befreiung und eine gerechte Gesellschaft“. Abschließend heißt es:

*AIZ „überflüssig“*

*„Die AIZ ist nicht die militante Theorie und Praxis, die den 90er Jahren fehlt. Die AIZ ist zumindest überflüssig. Und wenn sie sich wie befürchtet weiterentwickelt, wird sie zu einem Problem der Linken. Weniger scharf kann es leider nicht gesagt werden.“*

*Ankündigung weiterer Anschläge der AIZ*

Die AIZ hat sich von dieser Kritik bisher kaum beeinflussen lassen. Ihre Ausführungen zu künftigen Anschlägen, die sie als „potentiell tödliche Aktionen“ dort durchführen will, „wo die Eliten wohnen/arbeiten“ sind eindeutig. Mit weiteren Anschlägen muß deshalb auch in Zukunft gerechnet werden, wobei die AIZ den Aspekt der „Vermittelbarkeit“ der Anschläge mehr und mehr vernachlässigen könnte.

Es liegen keine Hinweise vor, daß die AIZ in Bayern über eine personale und logistische Basis verfügt.

## 5. Revolutionäre Zellen (RZ)

Die erstmals im Jahre 1972 in Erscheinung getretenen Revolutionären Zellen (RZ) sind unabhängig voneinander operierende Kleingruppen, die sich als antiimperialistisch und sozialrevolutionär bezeichnen. Ihre Taktik besteht im allgemeinen darin, mit Anschlägen bei möglichst geringem Einsatz und Risiko möglichst hohen Sachschaden anzurichten, der nach ihrer Auffassung den betroffenen Einrichtungen bzw. Unternehmen mehr schadet als der Ausfall einer Führungsperson. Im Gegensatz zu den Angehörigen der RAF-Kommandoebene agieren die Mitglieder aus streng abgeschotteten Zellen heraus. Sie leben jedoch nicht im Untergrund und sind deshalb auch nicht darauf angewiesen, sich eine konspirative Logistik zu schaffen.

*RZ-Angehörige nicht im Untergrund*

Anschläge klassischer RZ waren in Bayern nicht zu verzeichnen. Allerdings deutet das am 18. Januar bei einer Sachbeschädigung an einem Schnellrestaurant in Passau festgestellte Kürzel „RZ“ darauf hin, daß sich die unbekanntenen Täter das Gedankengut der RZ zu eigen gemacht und entsprechend der Aufforderung der RZ „bildet viele RZ“ eine sogenannte Resonanz-RZ gebildet haben.

*RZ-Nachahmer in Bayern*

## 6. Frauengruppe Rote Zora

Die aus den RZ abgespaltene autonome Frauengruppe Rote Zora hatte zuletzt in ihrem Grundsatzpapier „Mili's Tanz auf dem Eis“ Anfang 1994 die Notwendigkeit „illegaler militanter Organisation“ bekräftigt und die Fortsetzung ihrer Anschläge angekündigt. Am 27. Juli verübten Anhängerinnen der Roten Zora einen Sprengstoffanschlag auf eine Werft in Lemwerder bei Bremen, bei dem geringer Sachschaden entstand. In einem Selbstbeichtigungsschreiben begründeten die Verfasserinnen die Tat u.a. mit der Lieferung von Schnellbooten an die Türkei. Daneben bezichtigten sie Deutschland, „das türkische Regime in seinem Krieg gegen die kurdische Bevölkerung“ zu unterstützen.

*Anschlag  
auf Werft*

Den letzten Anschlag in Bayern hatten regionale Anhängerinnen der Roten Zora am 13. Juni 1994 auf eine Lebensmittelvertriebsfirma in Nürnberg verübt. In der damaligen Selbstbeichtigung hatten die unbekannteren Verfasserinnen gegen die Asylgesetzgebung polemisiert.

## 7. Festnahme und Auslieferung des Terroristen Johannes Weinrich

Am 1. Juni nahm die Polizei in der jemenitischen Hauptstadt Aden den mit internationalem Haftbefehl gesuchten terroristischen Gewalttäter Johannes Weinrich fest. Seine Auslieferung an deutsche Sicherheitsbehörden erfolgte am 4. Juni. Weinrich war Mitglied einer international operierenden terroristischen Gruppe um die Person Illich Ramires Sanchez genannt „Carlos“, die sich zum Teil aus Mitgliedern und Unterstützern der terroristischen Gruppierungen Revolutionäre Zellen (RZ) und Rote Zora zusammensetzte. Carlos war im August 1994 in Khartum/Sudan festgenommen und an französische Behörden ausgeliefert worden. Gegen ihn bestanden mehrere Haftbefehle französischer Gerichte wegen Mordes und anderer Straftaten. Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten begründete den internationalen Haftbefehl gegen Weinrich mit seiner Beteiligung an einem versuchten Raketenanschlag auf ein israelisches Flugzeug am 13. Januar 1975 in Paris-Orly, dem Sprengstoffanschlag auf den Radiosender „Radio Free Europe“ (RFE) am 21. Februar 1981 in München, dem Sprengstoffanschlag auf den saudiarabischen Botschafter am 13. April 1983 in Athen und dem Sprengstoffanschlag auf das im französischen Generalkonsulat in Berlin untergebrachte „Maison de France“ am 25. August 1983.

*Schwere  
Straftaten*

## 5. Abschnitt

# Spionageabwehr

### 1. Ausgangslage

Auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks gehört Spionage keineswegs der Vergangenheit an. Nach wie vor versuchen vor allem frühere Ostblockstaaten sowie Länder des Nahen, Mittleren und Fernen Ostens, Informationen aus Politik, Wirtschaft und Technologie zu gewinnen. Zugenommen hat vor allem die Wirtschaftsspionage. Deutschland und speziell Bayern sind hier als Sitz bedeutender High-Tech-Unternehmen bevorzugtes Ausspähungsziel für Länder, deren Wirtschaft mit unseren Unternehmen konkurriert und für Staaten, die versuchen, technologischen Rückstand aufzuholen. Begünstigt werden die Aktivitäten fremder Nachrichtendienste durch die Öffnung der Grenzen, den internationalen Reiseverkehr und den oft weltweiten Verbund der Datensysteme.

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Methoden der Spionage teilweise geändert. Statt des aggressiven Vorgehens, wie z.B. der Gewinnung von Informanten durch Nötigung und psychischen Druck, wird zunehmend versucht, Informationen über gesellschaftliche Kontakte und harmlos erscheinende Gespräche zu gewinnen.

Für manche Staaten ist es kein Widerspruch, sich im Rahmen der politischen Annäherung auf verschiedenen Gebieten um Zusammenarbeit und Unterstützung zu bemühen, gleichzeitig aber Deutschland weiterhin auszuspähen. Ungarn und die Tschechische Republik haben offiziell erklärt, künftig auf jegliche Spionagetätigkeit gegen Deutschland zu verzichten; gegenteilige Erkenntnisse wurden nicht gewonnen.

### 2. Die Nachrichtendienste Rußlands

Mit sieben Nachrichten- und Sicherheitsdiensten, die mit unterschiedlicher Gewichtung fast alle im In- und Ausland operieren, besitzt Rußland zwischenzeitlich wieder einen der größten und mäch-

*Schwerpunkt  
Wirtschafts-  
spionage*

*Neue Methoden  
der Informations-  
gewinnung*

*Nachrichtendien-  
ste wiedererstark*

tigsten Geheimdienstapparate der Welt. Die bedeutendsten Dienste sind SWR, FSB, GRU und FAPSI.

Der russische Auslandsnachrichtendienst (SWR) ist der Tradition vorangegangener Dienste treu geblieben. Dessen bisheriger Leiter Primakow, jetzt russischer Außenminister, erklärte im Mai, er halte Spionage für unverzichtbar. Sie sei ein notwendiges Instrument, mit dem eine Reihe wichtiger Aufgaben gelöst werden könne:

*„Die wichtigste Aufgabe des Geheimdienstes war und wird aber sein Beitrag zur Erhöhung des Verteidigungspotentials und zur Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands bleiben.“*

*Tradition der UdSSR-Dienste*

Der Inlandsnachrichtendienst FSB, vormals FSK, erhielt wesentlich mehr Aufgaben und Kompetenzen, unter anderem durch die Zuständigkeit zur Bekämpfung von Proliferation und Organisierter Kriminalität.

*Ausweitung der Kompetenzen*

Er ist befugt, in eigener Zuständigkeit Ermittlungs- und Strafverfolgungsmaßnahmen durchzuführen und verfügt über eigene Gefängnisse. Zu diesem Zweck wurde ihm unter anderem auch die Anti-Terror-Einheit „ALPHA“ zugeordnet. Neben seiner Zuständigkeit für die zivile Spionageabwehr, die innere Sicherheit der Streitkräfte sowie der anderen russischen Sicherheitsdienste ist der FSB nun befugt, im Interesse der russischen Wirtschaft auch Auslandsaufklärung zu betreiben.

Der militärische Aufklärungsdienst GRU blieb seit Auflösung der UdSSR nahezu unangetastet. Sein Aufgabenprofil wurde in den letzten Jahren erweitert. So betätigt sich dieser Dienst nicht mehr nur in Bereichen der militärspezifischen Informationsbeschaffung, sondern versucht, auch in zivile Aufklärungsbereiche vorzudringen. Hierbei ist er besonders an wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-technologischen Informationen interessiert. Bevorzugtes Interesse gilt den Entwicklungs- sowie Forschungsdaten und den Produkten mit ziviler und militärischer Anwendungsmöglichkeit (Dual-Use-Products).

Der für Chiffrierung, Fernmelde- und elektronische Aufklärung zuständige Nachrichtendienst FAPSI konnte seine Bedeutung innerhalb der Dienste stärken und ausbauen. So stellt der Dienst seine Fernmeldenetze, die mit modernster westlicher Technik bestückt sind, auch Dritten zur Verfügung und ist zugleich Genehmigungsbehörde für Fernmeldeanlagen. Er hat damit als Dienstanbieter den direkten

*FAPSI: Dienstleistungsunternehmen und Nachrichtendienst in einem*

Zugang zum Netz und zu den übermittelten Informationen. Aufgrund seiner rechtlichen und technischen Stellung ist dieser Fernmeldedienst in der Lage, alle auf seinen Netzen übermittelten Informationen, z.B. Angebote, Leistungsdaten, personenbezogene Daten, Verhandlungspositionen in Rußland tätiger bayerischer Firmen, mitzuschneiden. Vertrauliche Informationen sollten deshalb nicht offen auf fremden Netzen übermittelt werden.

### 3. Sonstige Nachrichtendienste des ehemaligen Ostblocks

#### 3.1 Polen

Die kurz nach der Wende neu strukturierten Nachrichtendienste Polens - der zivile Nachrichten- und Sicherheitsdienst UOP und der militärische Nachrichtendienst WSI - unterhalten nach wie vor an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland nachrichtendienstlich besetzte Residenturen. Welchen Stellenwert Polen der Ausspähung Deutschlands zumißt, zeigt die Errichtung einer ausschließlich auf Deutschland gerichteten Organisationseinheit bei dem UOP.

Von besonderem Interesse für die Dienste Polens sind Aktivitäten der dort lebenden Deutschstämmigen und deren Kontakte nach Deutschland.

Der Wunsch nach Aufnahme in NATO und EU dürfte Polen zu einer gewissen Zurückhaltung bei der Aufklärung veranlassen.

#### 3.2 Rumänien

Im heutigen Rumänien operieren mindestens sechs verschiedene Nachrichtendienste, die teils miteinander konkurrieren; prowestliche Strömungen arbeiten gegen östlich orientierte, nationalistisch-kommunistische Kräfte. Bei ihrer Neustrukturierung wurde überwiegend auf die Kader des früheren Geheimdienstes SECURITATE zurückgegriffen. Die Furcht vor der Allmacht der Dienste hat in der rumänischen Gesellschaft offenbar nur wenig gegenüber den Zeiten der früheren SECURITATE nachgelassen.

Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen Rumäniens in Deutschland unterhalten stark besetzte nachrichtendienstliche Residenturen.

*Interesse an  
der Ausspähung  
Deutschlands*

*Kaum veränderte  
Macht der  
Geheimdienste*

Sowohl der Auslandsdienst SIE als auch der militärische Aufklärungsdienst DIM haben den Auftrag, Informationen über Deutschland zu sammeln. Dem SIE obliegt dabei vornehmlich die Aufklärung mit den Schwerpunkten Wirtschaft, Technik und Wissenschaft. Der DIM hingegen steuert den Auslandseinsatz der Militärattaches an den rumänischen Auslandsvertretungen.

Rumänien ist an einer Annäherung an EU und NATO interessiert. Dieser Prozeß soll nicht durch zu offensive und damit erkennbare Aktivitäten rumänischer Nachrichtendienste gestört werden. So hat der Leiter des rumänischen Auslandsnachrichtendienstes SIE vor kurzem versichert, daß gegen Deutschland von deutschem Boden aus nicht mehr operativ vorgegangen werde. Es gibt jedoch erhebliche Zweifel an dieser Erklärung, da die rumänischen Dienste an ihren offiziellen Vertretungen in Deutschland personalstarke nachrichtendienstliche Residenturen unterhalten. Ihnen obliegt auch die Informationsbeschaffung durch offene Gesprächsaufklärung und die Nutzung von frei zugänglichen Informationszentren.

*Widerspruch zwischen Erklärungen und Wirklichkeit*

### 3.3 Bulgarien

Die Republik Bulgarien unterhält seit 1993 zwei Auslandsnachrichtendienste,

- den zivilen Nachrichtendienst NIS und
- den militärischen Nachrichten- und Sicherheitsdienst RUMNO.

Beide Dienste sind auch weiterhin an den diplomatischen und konsularischen Vertretungen Bulgariens in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Ihre Interessen richten sich weiterhin vorwiegend auf bulgarische Emigranten, aber auch auf die deutsche Wirtschaft.

*Beobachtung von Emigranten*

## 4. Nachrichtendienstliche Bedrohung aus dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten

### 4.1 Allgemeines

Die Aktivitäten der Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie der Volksrepublik China in Deutschland haben nicht nachgelassen. Sie bemühen sich weiterhin intensiv um die Beschaffung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Informationen. Die

*Zunehmende Bedrohung*

Länder Iran, Syrien, Irak und Libyen verfügen über eine Vielzahl verschiedener Nachrichtendienste, die in Deutschland legal und illegal Residenturen unterhalten. Zu den Aufgaben dieser Nachrichtendienste gehört auch die Ausspähung und Überwachung oppositioneller Emigranten in Deutschland. Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeiten der Nachrichtendienste dieser Staaten bildet der für die jeweiligen nationalen Rüstungsprogramme erforderliche (illegale) Technologie- und Gütertransfer.

#### 4.2 Iran

Im Bereich der Auslandsaufklärung des Iran konnten folgende Schwerpunkte festgestellt werden:

- Beobachtung und Ausforschung der iranischen Opposition,
- Beschaffung von Rüstungstechnologie und High-Tech-Wissen,
- Propagierung der im Iran praktizierten schiitisch-islamischen Herrschafts- und Gesellschaftsform (Revolutionsexport),
- Ausforschung der Politik (Erstellung von Meinungsbildern, Beobachtung von iranbezogenen Veröffentlichungen).

Es gibt eindeutige Anhaltspunkte, daß insbesondere der Iran erhebliche Anstrengungen unternimmt, Exportbeschränkungen zu umgehen und verbotene Waren zu beschaffen. Bei der Beschaffung von sensiblen Rüstungsgütern, insbesondere westlicher Herkunft, nutzt der Iran Drittstaaten als Transitländer, um den Endverbleib zu kaschieren.

Es ist davon auszugehen, daß darüber hinaus weitere, bisher noch nicht erkannte Institutionen, Unternehmen oder Organisationen für die verschleierte Beschaffung benutzt werden.

#### 4.3 Irak

Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Irak werden aus seiner Legalresidentur in Bonn gesteuert. Besonders hohes Interesse besteht an High-Tech- und Rüstungsgütern sowie an der Abklärung von in Deutschland lebenden irakischen Staatsangehörigen. Die illegale Beschaffung von Technologie ist jedoch aufgrund des bestehenden Embargos gegen den Irak erheblich behindert.

*Umgehung der  
Exportbeschrän-  
kungen*

*Beschaffung von  
High-Tech- und  
Rüstungsgütern*

#### 4.4 Libyen

Deutschland ist auch für die libyschen Nachrichtendienste ein attraktives Operationsgebiet. Ihre Aktivitäten steuern sie aus getarnten Stützpunkten in den amtlichen und halbamtlichen Vertretungen.

Ein weltweit operierendes Netz von Einzelfirmen wird in starkem Maß für den Erwerb von Technologie für A-, B- und C-Waffen genutzt. Neben der illegalen Beschaffung von Rüstungsgütern und Hochleistungstechnologie besteht die Hauptaufgabe in der Aufklärung, Ausforschung und Überwachung von hier lebenden Landsleuten, die dem politischen System in ihrem Heimatland kritisch gegenüberstehen.

*Erwerb von Waffentechnologie über Firmennetz*

#### 4.5 Syrien

Syrien verfolgt ähnliche Ziele wie Libyen. Dazu unterhalten die syrischen Nachrichtendienste hier Stützpunkte, aus denen heraus sie ihre Aktivitäten planen und steuern. In ihrer Arbeitsweise gehen sie zum Teil genauso rigoros vor wie die als Vorbild dienenden ehemaligen Dienste der Ostblockstaaten. Bei der Anwerbung von Informanten greifen sie auf Druckmittel zurück, wie die Androhung von Repressalien gegenüber in Syrien lebenden Angehörigen oder das Verbot der Einreise ins Heimatland, falls eine nachrichtendienstliche Mitarbeit verweigert wird.

*Rigorose Agentengewinnung*

#### 4.6 Pakistan

Pakistan betreibt neben einem zivilen auch ein militärisches Nuklearprogramm. Ziel ist die Beherrschung des nuklearen Brennstoffkreislaufs. Dazu bemüht sich das Land intensiv um die Beschaffung der notwendigen Technologien und Grundstoffe. Es nutzt ein weitverzweigtes Beschaffungsnetz, in das eine Vielzahl von unauffälligen Unternehmen und Institutionen eingebunden ist, die sich um Kontakte zu deutschen Firmen bemühen.

*A-Waffen-Programme*

#### 4.7 Volksrepublik China

Das Ministerium für Staatssicherheit der Volksrepublik China (MSS) hat neueren Erkenntnissen zufolge im letzten Jahrzehnt seine Personalstärke verdoppelt. Die Aufklärungsmaßnahmen sind sehr langfri-

stig angelegt. Die Werbung von Agenten geschieht vielfach auf die „sanfte Art“, weniger durch Druck als durch die Gewährung von Vorteilen. Das Auslandspersonal ist angehalten, alles an Informationen zu sammeln, was ohne besondere konspirative Anstrengungen beschafft werden kann. In erster Linie gilt das für Informationen aus dem wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Bereich. Der Gewinnung von möglichst vielen Informationen in Gesprächen und gesellschaftlichen Kontakten wird dabei Priorität eingeräumt. Hierfür eignen sich insbesondere Landsleute, die als Studenten, Doktoranden oder Praktikanten Zugang zu deutschen Unternehmen erhalten. Das MSS ist gehalten, aktiv an der Verwirklichung des „Programms der Vier Modernisierungen“ mitzuwirken, mit dessen Hilfe die Volksrepublik China versucht, bis zum Jahr 2000 auf den Gebieten der Wissenschaft, Technik, Industrie und Landesverteidigung mit den wichtigsten Ländern der Erde gleichzuziehen.

*Aufholjagd mit Hilfe der Wirtschaftsspionage*

## 5. Nachrichtendienste der ehemaligen DDR

Die Aufarbeitung von Informationen über die Aktivitäten der ehemaligen DDR-Dienste kann für Bayern als weitgehend abgeschlossen gelten.

*Verurteilung von Agenten*

Mehrere Spionagefälle fanden im Jahre 1995 ihren Abschluß durch Gerichtsverfahren. Hervorzuheben ist der Fall eines 57jährigen Diplomvolkswirts, der durch eine über 25 Jahre dauernde nachrichtendienstliche Beziehung beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden verursacht hat. Durch seinen Verrat gelangte die DDR in den Besitz von EDV-Hard- und Software sowie Informationen zu Software-Entwicklungen. Zu diesem Zwecke fanden seit 1972 bis Ende 1989 über 50 Treffen in der damaligen DDR und in verschiedenen Ländern statt. Das Bayerische Oberste Landesgericht hat den Bundesbürger im Oktober wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einem Jahr und drei Monaten Freiheitsentzug - zur Bewährung ausgesetzt - verurteilt.

Auch bei der Aufarbeitung dieses Falles bestätigte sich, daß nachrichtendienstliche Beziehungen des MfS teilweise vom sowjetischen KGB geführt wurden oder zumindest in seinem Interesse lagen. Als das Ende der DDR nahte, bemühten sich die früheren sowjetischen Dienste, noch eigene Verbindungen und Strukturen aufzubauen. Sie übernahmen dazu auch MfS-Agenten.

*Spionage im Auftrag des KGB*

## 6. Ausblick

Die Einschätzung, daß Hauptziel der Spionage zunehmend die Wirtschaft ist, hat sich weiter verfestigt. Die Bedingungen für nachrichtendienstliche Ausforschung waren wohl noch nie so günstig wie heute. Der Wegfall der strengen Abschottung zwischen Ost und West, die gegenseitige Öffnung der Märkte und das Bemühen um Zusammenarbeit auf allen Ebenen - in der Wirtschaft angefangen von Joint Ventures bis hin zu gemeinsamen Projekten - ermöglichen einen umfassenden Informationsfluß, den die Nachrichtendienste nutzen. Um so sensibler müssen Wirtschaft und Wissenschaft sein, um zumindest Kernbereiche des Know-how und der Forschung abzusichern. Nur so kann vermieden werden, daß zugunsten kurzfristiger geschäftlicher Erfolge die Perspektiven für die Zukunft geopfert werden, zu denen vor allem die Konkurrenzfähigkeit unserer bayerischen exportorientierten Wirtschaft und unserer Wissenschaft gehören. Wirtschaft und Sicherheitsbehörden müssen zusammenarbeiten, um den Standort Deutschland und Bayern gegen nachrichtendienstlich gesteuerte Wirtschaftsspionage zu sichern - im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen.

*Gefährdung des  
Wirtschaftsstand-  
orts Deutschland  
durch Wirtschafts-  
spionage*

## 6. Abschnitt

# Organisierte Kriminalität

### *Aufgabe des Verfassungsschutzes*

Als einzige Verfassungsschutzbehörde in Deutschland ist das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz gesetzlich mit der Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität beauftragt. Seit 1. August 1994 sammelt und bewertet das Landesamt sach- und personenbezogene Informationen, die insbesondere zur Aufdeckung krimineller Strukturen und deren Zusammensetzung führen sollen.

### *Erfolgreiche Tätigkeit*

Gerade bei der langfristigen Aufklärung von Strukturen hat der Verfassungsschutz wegen seiner größeren Freiheit (Opportunitätsprinzip statt Legalitätsprinzip) mehr Chancen als die Polizei. Bei der langfristigen Strukturaufklärung fallen auch kurzfristig verwertbare Erkenntnisse über kriminelles Handeln an, die unmittelbar an die Polizei und die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden können. Dies ist ein weiterer positiver Aspekt. In rund 30 solchen Fällen hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz Erkenntnisse weitergeleitet. Die Fälle betrafen insbesondere Rauschgiftdelikte, Falschgeldverbreitungen und internationale Waffenschiebereien. Mit Hilfe der Informationen des Verfassungsschutzes und eigener fortführender Ermittlung konnten Polizei und Staatsanwaltschaft in Bayern schon mehr als 20 Personen festnehmen, u.a. fünf Mitglieder einer ukrainischen Mafia-Organisation.

### *Keine Konkurrenz zur Polizei*

Dabei tritt der Verfassungsschutz nicht in Konkurrenz zu Polizei und Staatsanwaltschaft, sondern wirkt unterstützend bei der Aufklärung von Sachverhalten mit. So ist das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz grundsätzlich bestrebt, sachdienliche Hinweise den Exekutivbehörden möglichst frühzeitig zur Verfügung zu stellen; ein Zugang zu verdeckt operierenden Gruppen kann jedoch meist nur über eine systematische und langfristige Beobachtung der bekanntgewordenen Mitglieder gewonnen werden. Dabei kommen dem Verfassungsschutz bei seiner Tätigkeit nicht nur das Opportunitätsprinzip, sondern auch seine großen Erfahrungen im Umgang mit konspirativen Verhaltensweisen seiner Gegner zugute.

Die Ausgangsinformationen für die Ermittlungen des Landesamts fallen oft bei der Erfüllung anderer Aufgaben, insbesondere der Spionageabwehr, an oder stammen von befreundeten Diensten aus dem Ausland, zu deren Aufgaben praktisch in ganz Europa inzwischen auch die Beobachtung der Organisierten Kriminalität gehört. Diesen Hinweisen kann das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz nun mit den gleichen gesetzlichen Mitteln und Methoden, mit denen es seine bisherigen Aufgaben erfüllt, nachgehen. Anderen Verfassungsschutzbehörden in Deutschland ist dies noch immer verwehrt. Diese Aufgabe muß allen Verfassungsschutzbehörden übertragen werden. Eine Zusammenarbeit mit dem Bund und den anderen Ländern würde den Einsatz des Verfassungsschutzes gegen die Organisierte Kriminalität noch wirksamer machen.

*Bundesweite  
Aufklärung  
erforderlich*

Zwei Beispiele zeigen die Arbeit des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz in diesem Bereich:

### **Beispiel 1:**

Ein ausländischer Kaufmann, der seit einigen Jahren in einer bayerischen Großstadt ansässig und Inhaber einer kleinen Firma für Güter des täglichen Bedarfs war, betrieb in Wirklichkeit schwungvollen Handel mit Waffen, Munition und Sprengstoff. Die „bestellten“ Waren stammten vornehmlich aus dem ehemaligen Ostblock und wurden auf Umwegen über Drittstaaten nach Südosteuropa geliefert.

Der Fall wurde nach langwierigen und umfangreichen Abklärungen des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz an die Staatsanwaltschaft zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgegeben.

### **Beispiel 2:**

Von einer Quelle des Landesamts kam der Hinweis auf einen international operierenden Ring, der in großem Stil Falschgeld (DM, US-Dollars, Francs) verbreite.

Im Zusammenwirken in- und ausländischer Sicherheitsbehörden konnte dieser kriminellen Organisation das Handwerk gelegt werden.

Der Schwerpunkt des Informationsaufkommens und der damit verbundenen Sachbearbeitung durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz lag im Berichtszeitraum wiederum bei der soge-

*Schwerpunkte  
der Aufklärung*

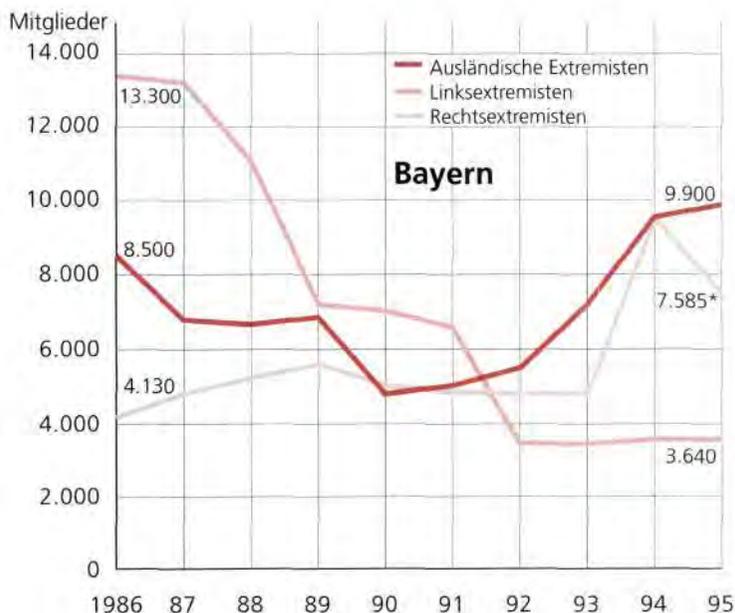
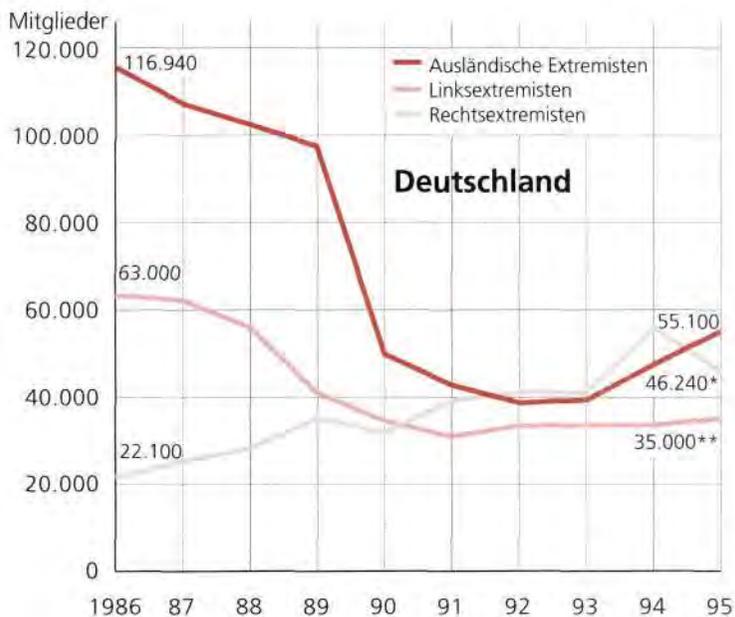
nannten „Ost-Mafia“, also bei Gruppierungen aus dem ehemaligen kommunistischen Machtbereich: So stammen über 50 Prozent der Verdachtspersonen aus Rußland, der Ukraine und den übrigen Staaten der GUS.

Die Erkenntnislage zeigt auch, daß die Organisierte Kriminalität in Bayern von ausgeprägten internationalen Verflechtungen und einer starken Präsenz ausländischer Verdächtiger gekennzeichnet ist. Der Anteil von Nichtdeutschen unter den Verdächtigen liegt mit etwa 50 % weit über dem der Gesamtkriminalität (ca. 30 %). Während die Zahl der deutschen Verdächtigen leicht rückläufig ist, nimmt die der nichtdeutschen und insbesondere die der ost- und südosteuropäischen auffällig zu. Besonders ausgeprägt war diese Zunahme bei Staatsangehörigen aus den GUS-Staaten, aus Tschechien, der Slowakei, aus Rest-Jugoslawien und Rumänien.

---

## Anhang

## Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen



# Bayerisches Verfassungsschutzgesetz

## (BayVSG)

Vom 24. August 1990 (GVBl S. 323, BayRS 12-1-I)

Geändert durch Art. 38 Abs. 6 Bayerisches Datenschutzgesetz vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 498)  
und Gesetz vom 8. Juli 1994\* (GVBl S. 551)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

### I. Abschnitt Organisation und Aufgaben des Verfassungsschutzes

#### Art. 1 Organisation des Verfassungsschutzes, Verhältnis zur Polizei

(1) <sup>1</sup>Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder besteht in Bayern ein Landesamt für Verfassungsschutz. <sup>2</sup>Es dient auch dem Schutz vor organisierter Kriminalität.

(2) <sup>1</sup>Freiheitliche demokratische Grundordnung nach Absatz 1 ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. <sup>2</sup>Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung gehören mindestens: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die

Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

(3) Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- unter Einflußnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

(4) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Behörde. <sup>2</sup>Das Landesamt und Dienststellen der Polizei dürfen einander nicht angegliedert werden. <sup>3</sup>Dem Landesamt für Verfassungsschutz steht ein Weisungsrecht gegenüber Dienststellen der Polizei oder die Befugnis zu polizeilichen Maßnahmen nicht zu.

#### Art. 2 Zuständigkeit

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die gesetzlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen. <sup>2</sup>Dazu gehört auch die Zusammenarbeit Bayerns mit dem

\* in Kraft getreten am 1. August 1994

Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

(2) Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder dürfen in Bayern nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Maßgabe dieses Gesetzes tätig werden.

### Art. 3 Aufgaben

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes zu beobachten; solche Bestrebungen und Tätigkeiten können von Gruppierungen oder Einzelpersonen ausgehen. <sup>2</sup>Das Landesamt hat in Erfüllung dieser Aufgabe Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten. <sup>3</sup>Die notwendige Koordinierung mit den anderen Sicherheitsbehörden und den Strafverfolgungsbehörden wird in Richtlinien des Staatsministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz geregelt. <sup>4</sup>Über diese Richtlinien wird die Parlamentarische Kontrollkommission gemäß Art. 20 Abs. 1 Satz 1 unterrichtet.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,
3. an technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte, mitzuwirken.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe, amtliche Auskünfte zu erteilen

1. im Rahmen der Überprüfung der Verfassungstreue von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben,
2. nach Maßgabe der Art. 14 und 15.

## II. Abschnitt Allgemeine Befugnisse und Datenverarbeitung

### Art. 4 Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz die dazu erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten auch ohne Kenntnis der betroffenen Gruppierung oder Person erheben und in Akten und Dateien verarbeiten, diese Informationen nutzen sowie aus Akten und Dateien übermitteln, soweit nicht nachfolgend besondere Bestimmungen gelten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, an einer Überprüfung nach Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 nur mitwirken und nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 nur Auskunft erteilen, wenn die betroffene Person von der Durchführung der Überprüfung Kenntnis hat; werden der Ehegatte, der Verlobte oder die Person, mit der die betroffene Person in ehelicher Gemeinschaft lebt, in die Überprüfung mit einbezogen, so ist auch deren Kenntnis erforderlich.

(3) <sup>1</sup>Sind für die Erfüllung einer Aufgabe verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die die betroffene Gruppierung oder Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. <sup>2</sup>Eine Maßnahme unterbleibt, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

**Art. 5****Erhebung personenbezogener Daten**

<sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten erheben, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. <sup>2</sup>Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten jedoch nur im Rahmen von Nachermittlungen erheben, soweit das zur Überprüfung von Informationen erforderlich ist, die bei den Verfassungsschutzbehörden bereits vorliegen.

**Art. 6****Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel**

(1) <sup>1</sup>Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz darf das Landesamt für Verfassungsschutz auch nachrichtendienstliche Mittel anwenden. <sup>2</sup>Sie dienen der verdeckten Informationsgewinnung und der Sicherheit des Landesamts für Verfassungsschutz und seiner Mitarbeiter. <sup>3</sup>Nachrichtendienstliche Mittel sind Maßnahmen zur Tarnung, der Einsatz geheimer Mitarbeiter und andere Maßnahmen, die verbergen sollen, daß das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen erhebt. <sup>4</sup>Bei Sicherheitsüberprüfungen (Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 2) darf das Landesamt für Verfassungsschutz nur das nachrichtendienstliche Mittel der Tarnung von Mitarbeitern anwenden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nach Art. 5 durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel erheben, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder auf diese Weise Erkenntnisse über Nachrichtenzugänge gewonnen werden können oder
2. das zur Abschirmung der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Nachrichtenzugänge des Landesamts für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(3) <sup>1</sup>Personenbezogene Daten dürfen durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nur erhoben werden, wenn die Daten nicht auf eine andere geeignete Weise gewonnen werden können, die die betroffene Person weniger beeinträchtigt. <sup>2</sup>Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. <sup>3</sup>Sie ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich ergibt, daß er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(4) <sup>1</sup>Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes in Abwesenheit einer für die Verfassungsschutzbehörde tätigen Person ist unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gemäß Absatz 3 nur zulässig, wenn

1. die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz) vom 13. August 1968 (BGBl I S. 949), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 1992 (BGBl I S. 997), in der jeweils geltenden Fassung vorliegen oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, daß jemand Bestrebungen nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 oder 3 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach §§ 129, 130 oder 131 des Strafgesetzbuchs (StGB) verfolgt oder
3. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, daß jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach § 100a der Strafprozeßordnung (StPO), §§ 261, 263 bis 265, 265b, 266, 267 bis 273, 331 bis 334 StGB oder § 92 Abs. 2 des Ausländergesetzes (AuslG) verfolgt

und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. <sup>2</sup>Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund von Tatsachen anzunehmen ist, daß sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder daß der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält. <sup>3</sup>Für das Verfahren beim Einsatz der Mittel nach Satz 1 gelten die für Verfassungsschutzbehörden der Länder maßgeblichen Bestimmungen des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz und des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522), zuletzt geändert durch Art. 23 des Gesetzes vom 24. August 1990 (GVBl S. 323), in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. <sup>4</sup>Erkenntnisse und Unterlagen, die durch Maßnahmen nach Satz 1 gewonnen wurden, dürfen zur Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten sowie nach Maßgabe des § 7 Abs. 3 des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz verwendet werden.

(5) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz bleibt unberührt.

**Art. 7****Speicherung und Veränderung  
personenbezogener Daten**

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz personenbezogene Daten in Dateien speichern und verändern, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 2 an Überprüfungen mitwirkt.

<sup>2</sup>In den Fällen des Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 dürfen personenbezogene Daten in Dateien nur gespeichert werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen.

(2) <sup>1</sup>Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht in Dateien gespeichert werden. <sup>2</sup>Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, daß weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind. <sup>3</sup>Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, daß weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit. <sup>4</sup>Für Akten, die zu einer minderjährigen Person geführt werden, gelten die vorstehenden Prüfungs- und Lösungsfristen entsprechend.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Dauer der Speicherung in Dateien und in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, auf das Maß festzulegen, das zur Erfüllung seiner Aufgabe nach diesem Gesetz erforderlich ist.

(4) Werden Bewertungen über Betroffene gespeichert, muß erkennbar sein, wer die Bewertung vorgenommen hat und wo die Informationen gespeichert sind, die der Bewertung zugrunde liegen.

**Art. 8****Berichtigung und Löschen von Daten**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten die zu einer bestimmten Person geführt werden, ist dies zu vermerken.

(2) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen wenn ihre Speicherung nach Art. 7 unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Erfüllung seiner gesetzlich festgelegten Aufgaben nicht mehr erforderlich ist; Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, sind unter diesen Voraussetzungen zu vernichten. <sup>2</sup>Ob die Voraussetzungen der Löschung und Vernichtung nach Satz 1 vorliegen, ist bei jeder Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen zu entscheiden. <sup>3</sup>Die Löschung oder Vernichtung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden. <sup>4</sup>In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur noch mit Einwilligung der betroffenen Person übermittelt werden.

(3) <sup>1</sup>Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Bayerischen Archivgesetzes. <sup>2</sup>Die Anbieterspflicht bestimmt sich nach Maßgabe der nach Art. 6 Abs. 2 BayArchivG abzuschließenden Vereinbarung.

**Art. 9****Errichtungsanordnung**

(1) <sup>1</sup>Für den erstmaligen Einsatz einer automatisierten Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, hat das Landesamt für Verfassungsschutz in einer Errichtungsanordnung, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Betroffener Personenkreis,
4. Art der zu speichernden Daten,
5. Eingabeberechtigung,
6. Zugangsberechtigung,
7. Regelmäßige Übermittlungen,
8. Überprüfungsfristen, Speicherdauer,
9. Protokollierung des Abrufs.

<sup>2</sup>Nach der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern ist die Errichtungsanordnung dem Landesbeauftragten für den Datenschutz unverzüglich mitzuteilen. <sup>3</sup>Entsprechendes gilt für wesentliche Änderungen des Verfahrens.

(2) Die Zustimmung des Staatsministeriums des Innern darf nur erteilt werden, wenn die Speicherung personenbezogener Daten auf das erforderliche Maß beschränkt ist.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung seiner Dateien zu prüfen.

#### Art. 10

##### Geltung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der gesetzlich festgelegten Aufgaben durch das Landesamt für Verfassungsschutz finden die Art. 10 bis 13, 15 bis 23 und 26 bis 28 des Bayerischen Datenschutzgesetzes keine Anwendung.

#### Art. 11

##### Auskunftserteilung

(1) <sup>1</sup>Ein Anspruch auf Auskunft über die beim Landesamt für Verfassungsschutz in Dateien oder Akten gespeicherten Informationen besteht nicht. <sup>2</sup>Hat eine Person ein besonderes Interesse an einer Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, so entscheidet das Landesamt für Verfassungsschutz nach pflichtgemäßem Ermessen über das Auskunftsbegehren.

(2) Soweit eine Person einer Sicherheitsüberprüfung nach Art. 3 Abs. 2 unterzogen wird oder zu einer Person Auskunft nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 erteilt wird, hat diese Person abweichend von Absatz 1 einen Anspruch auf Auskunft über die Daten des Landesamts für Verfassungsschutz, die es im Rahmen der Erfüllung dieser Aufgaben übermittelt hat.

(3) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Erfüllung der Aufgaben nach Art. 3 durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamts für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Information oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden muß.

(4) <sup>1</sup>Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung. <sup>2</sup>Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist der Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, daß er sich hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten an den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. <sup>3</sup>Dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, daß dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. <sup>4</sup>Mitteilungen des Landesbeauftragten an den Betroffenen dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamts für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

### III. Abschnitt

#### Übermittlungsregelungen

#### Art. 12

##### Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden, Gerichte hinsichtlich ihrer Register, Gebietskörperschaften und andere der staatlichen Aufsicht unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Stellen des Freistaates Bayern haben von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekanntgewordenen Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 1 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes erforderlich sein kann.

(2) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die übermittelten Informationen nach ihrem Eingang unverzüglich darauf zu überprüfen, ob sie für die Erfüllung seiner in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlich sind. <sup>2</sup>Ergibt die Prüfung, daß sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. <sup>3</sup>Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall dürfen die nicht erforderlichen Informationen nicht verwendet werden.

**Art. 13****Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen**

(1) <sup>1</sup>Die in Art. 12 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekanntgewordenen Informationen zu übermitteln, soweit das zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach diesem Gesetz erforderlich ist. <sup>2</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Ersuchen nach Satz 1 nur stellen, wenn die Information auf andere Weise nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Gruppierung oder Person stärker belastende Maßnahme gewonnen werden kann. <sup>3</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat Ersuchen zu begründen, es sei denn, daß eine Begründung dem Schutz der betroffenen Gruppierung oder Person zuwiderläuft oder den Zweck der Maßnahme gefährden würde. <sup>4</sup>Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtlich geführte Dateien unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 einsehen, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Dateien den Zweck der Maßnahme gefährden, einen übermäßigen Aufwand erfordern oder das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen unnötig beeinträchtigen würde. <sup>2</sup>Über die Einsichtnahme in amtlich geführte Dateien hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die eingesehene Datei hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(3) <sup>1</sup>Hält eine in Art. 12 Abs. 1 genannte öffentliche Stelle das Ersuchen nach Absatz 1 oder die Einsichtnahme nach Absatz 2 für unzulässig, so teilt sie das dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. <sup>2</sup>Besteht dieses auf dem Ersuchen oder der Einsichtnahme, so entscheidet darüber die oberste fachliche Aufsichtsbehörde, die für die ersuchte Stelle zuständig ist.

(4) Art. 12 Abs. 2 gilt entsprechend.

**Art. 14****Personenbezogene Datenübermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz**

(1) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen über-

mitteln, wenn das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist oder wenn die öffentliche Stelle die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Strafverfolgung benötigt. <sup>2</sup>Gleiches gilt, wenn der Empfänger die personenbezogenen Daten zur Erfüllung anderer ihm zugewiesener Aufgaben benötigt, sofern er dabei auch zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beizutragen oder Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit oder auswärtige Belange zu würdigen hat. <sup>3</sup>Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden, es sei denn, daß das Landesamt für Verfassungsschutz einer anderen Verwendung für Zwecke nach Satz 1 und 2 zugestimmt hat. <sup>4</sup>Satz 1 gilt auch für die Übermittlung personenbezogener Daten innerhalb des Landesamts für Verfassungsschutz.

(2) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Dienststellen der Stationierungstreitkräfte im Rahmen von Art. 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl II 1961 S. 1183) personenbezogene Daten übermitteln. <sup>2</sup>Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(3) <sup>1</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes sowie an über- oder zwischenstaatliche öffentliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. <sup>2</sup>Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Person entgegenstehen. <sup>3</sup>Sie ist aktenkundig zu machen. <sup>4</sup>Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(4) <sup>1</sup>Personenbezogene Daten dürfen an andere Empfänger als öffentliche Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist und

das Staatsministerium des Innern seine Zustimmung erteilt hat; die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl von gleichartigen Fällen vorweg erteilt werden. <sup>2</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. <sup>1</sup>Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. <sup>4</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz hat den Empfänger darauf hinzuweisen.

(5) <sup>1</sup>Übermittlungspflichten nach bundesrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt. <sup>2</sup>Das Landesamt für Verfassungsschutz kann andere Verfassungsschutzbehörden auch dadurch unterrichten, daß es diesen den Abruf von Daten im automatisierten Verfahren ermöglicht, soweit deren gesetzliche Aufgaben identisch sind.

#### **Art. 15** **Unterrichtung der Öffentlichkeit**

<sup>1</sup>Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1. <sup>2</sup>Dabei dürfen der Öffentlichkeit personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn das Interesse der Öffentlichkeit an der Unterrichtung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person an der Wahrung ihrer Anonymität überwiegt.

#### **Art. 16** **Nachberichtspflicht**

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn das zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

#### **Art. 17** **Übermittlungsverbote**

(1) Die Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz nach den Art. 4 und 14 hat zu unterbleiben, wenn

1. erkennbar ist, daß unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegt, oder
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

(2) Besondere Rechtsvorschriften, die Informationsübermittlungen zulassen oder verbieten, bleiben unberührt.

### **IV. Abschnitt** **Parlamentarische Kontrolle**

#### **Art. 18** **Parlamentarische Kontrollkommission**

(1) <sup>1</sup>Die Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission. <sup>2</sup>Die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) <sup>1</sup>Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern. <sup>2</sup>Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission werden zu Beginn jeder neuen Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte gewählt. <sup>3</sup>In gleicher Weise wird für jedes Mitglied ein Stellvertreter gewählt. <sup>4</sup>Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(3) <sup>1</sup>Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission; Absatz 4 bleibt unberührt. <sup>2</sup>Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet. <sup>3</sup>Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Stellvertreter.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch über das Ende der Wahlperiode des Landtags solange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

#### **Art. 19** **Geheimhaltung**

(1) <sup>1</sup>Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. <sup>2</sup>Die Mitglieder und ihre Stellvertreter sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. <sup>3</sup>Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) <sup>1</sup>Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. <sup>2</sup>Jedes Mitglied kann die Einberufung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen. <sup>3</sup>Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und gibt sich eine Geschäftsordnung.

**Art. 20****Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission und Berichtspflicht der Staatsregierung**

(1) <sup>1</sup>Die Staatsregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. <sup>2</sup>Die Staatsregierung berichtet zu einem konkreten Thema aus dem Aufgabenbereich des Landesamts für Verfassungsschutz, sofern die Parlamentarische Kontrollkommission dies wünscht.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Staatsregierung bestimmt.

(3) <sup>1</sup>Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz bleibt der in Art. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) genannten Kommission nach den dortigen Bestimmungen vorbehalten. <sup>2</sup>Der Parlamentarischen Kontrollkommission ist auf Anforderung, mindestens aber einmal im Jahr, der Bericht nach Art. 3 AGG 10 zu erstatten.

## V. Abschnitt Schlußvorschriften

**Art. 21****Erfüllung bundesrechtlicher Aufgaben**

Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

**Art. 22****Einschränkung von Grundrechten**

Auf Grund dieses Gesetzes kann das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 des Grundgesetzes und Art. 106 Abs. 3 der Verfassung eingeschränkt werden.

**Art. 23****Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz**

Das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12-2-I) wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 3 Satz 6 erhält folgende Fassung:

„<sup>o</sup>Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes bedarf.“

2. In Art. 3 werden die Worte „den für Sicherheitsfragen zuständigen Ausschuß des Landtags“ durch die Worte „die Parlamentarische Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes“ ersetzt.

**Art. 24****Inkrafttreten**

<sup>1</sup>Dieses Gesetz tritt am 1. November 1990 in Kraft.\*

<sup>2</sup>Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Das Gesetz über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz (BayRS 12-1-I),
2. Art. 8 Abs. 2 Nr. 5 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayRS 204-1-I).

\* Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 24. August 1990 (GVBl S.323). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

# Sachwortregister

Agri-Verlag	122	Arbeitsgemeinschaft Cuba si	77
Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)	37	Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS (AG Junge GenossInnen)	82
Aktion Oder-Neiße (AKON)	37	Arbeitsgemeinschaft PDS/Linke Liste Westliche Bundesländer (AG West)	76
Aktionsbündnis gegen Rassismus	108	Arbeitskreis Republikanische Jugend	23
Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)	49	Autonome	97
Amt für Volksaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit (AVÖ)	54	Autonome Antifa (M)	101
analyse & kritik (ak)	110	Autonome Zelle „Erich Mühsam“	100
Anarchistische Plattformen bei der PDS	86	Barricada	111
Another Voice of Freedom	54	Bayern-Stimme	63
Anti-Antifa-Kampagne	43	Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ)	44
Antifa Jugend Info	104	Berxwedan-Verlag	117
antifa-rundschau	110	Bewegung freier Frauen Kurdistans (TAJK)	132
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)	101	Bewegung (Gruppe Mosler)	49
Antifaschistische Aktion Passau	101	Bolschewistische Partei Nordkurdistan/ Türkei (BP-KK/T)	134
Antifaschistische Front	100	Bund Frankenland	64
Antifaschistische Jugendfront	100	Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK)	110
Antifaschistisches Komitee - Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung (AKS)	97	Castel del Monte Verlag	64
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah (AIW)	156	Courage	111
Antiimperialistische Zelle (AIZ)	156	Das Freie Forum	64
Antiimperialistischer Widerstand	156	Demokratie-Partei (DEP)	119
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	96	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP)	131
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	115	Demokratischer Informationsdienst (DID)	111
Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus und Antirassismus	77	Denk mit!	64
Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS	77	Denk mit!-Verlag	64
Arbeitsgemeinschaft BWK in und bei der PDS	77	Der Aktivist	63
		Der Einblick	49
		Der Republikaner	63

Der Scheinwerfer	64	Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	117
Deutsche Alternative (DA)	45	Förderverein Vereinigte Rechte	41
Deutsche Geschichte	64	Forum der Neuen Europäischen Linken	88
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	91	Französische Kommunistische Partei (FKP)	88
Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG)	51	Franz-Schönhuber-Stiftung	24
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	40	Frauen für Demokratie im Iran	129
Deutsche Nationalisten (DN)	45	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	44
Deutsche National-Zeitung (DNZ)	37	Freundeskreis Ulrich von Hutten	51
Deutsche Stimme	63		
Deutsche Volksunion (DVU)	34	GEGENSTANDPUNKT	110
Deutsche Volksunion e.V. (DVU)	63	„Germania-Rundbrief“	58
Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ)	37	Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP)	50
Deutscher Anzeiger (DA)	55	Gesellschaft iranischer Flüchtlinge e.V.	129
Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur	37	Gesellschaften für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH (GNN)	91
Deutsches Manifest	48	Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)	49
Deutschland Report	55	Gruppe K	110
Devrimci Sol	125	Gruppe Mehrheit	110
Die Bauernschaft	58		
Die Deutsche Freiheitsbewegung (DDF)	63	Haus der kurdischen Künstler e.V.	132
Die Freiheitlichen (DF)	23	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	63
Die Republikaner (REP)	19	Hizb Allah	131
Digital Freedom BBS	54	Huttenbriefe	51
DISPUT	109		
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)	55	Info-Läden der Autonomen	101
		Informationsstelle Kurdistan e.V.	90
Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten	37	Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)	37
Einheit und Kampf	63	Initiative für die Vereinigung der revolutionären Jugend (IVRJ)	97
		Institute for Historical Review (IHR)	54
Flüchtlingshilfe Iran e.V.	129	INTERIM	102
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)	124	Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V.	129
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan)	117	Iranische Moslemische Studenten- Vereinigung Bundesrepublik Deutsch- land e.V. (IMSV)	128
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)	126		

Iranischer Kulturverein	129	Kurdischer Roter Halbmond (HSK)	132
Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)	132	Kurdisches Exilparlament	119
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG)	127	Kurdistan-Arbeitervereinigung in Nürnberg e.V.	123
Islamische Heilsfront (FIS)	142	Kurdistan Haber Ajansi - News Agency (Kurd-HA)	117
Janus BBS	60	Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB)	120
Journal of Historical Review	54	Kurdistan-Komitee e.V., Köln	117
Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)	111	Kurdistan-Kultur-Zentrum e.V., Ingolstadt	121
Junge Nationaldemokraten (JN)	33	Kurdistan Kulturzentrum in Nürnberg e.V.	123
Junges Franken	64	Kurdistan Kunst- und Kulturzentrum Nürnberg und Umgebung e.V.	121
Kameradschaft Franken	63	Kurdistan-Solidaritätsgruppen	118
Kameradschaften	43		
KB-Gruppe Nürnberg	110	lernen und kämpfen (luk)	109
Knallrot e.V.	78	„Leuchter-Bericht“	53
Komala Kurdistan - Kurdische Unabhängigkeit - Internationale Freundschaft e.V., München	121	Liberaldemokratische Partei Rußlands (LDPR)	38
K.O.M.I.T.E.E.	102	Libertäres Forum bei der PDS	86
Komitee für Staatssicherheit (KGB)	168	Linker Block Böhmen	89
KOMKAR - Verband der Vereine aus Kurdistan e.V.	123		
Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)	96	Mailbox „Spinnennetz“	101
Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF)	88	Mailboxen	60
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/DDR)	81	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	95
Kommunistische Plattform (KPF)	80	Marxistische Blätter	109
Kommunistischer Bund (KB)	110	Marxistische Gruppe (MG)	110
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)	124	Marxistisches Forum (MF)	85
Kraftwerk BBS	60	Media World	55
Kurdisch-Deutsche Presseagentur (KURD-A)	117	Mensch und Maß	64
Kurdisch-deutscher Kulturverein Nürnberg und Umgebung	121	Ministerium für Staatssicherheit (Mfs)	168
Kurdisch-Deutsches Kulturzentrum, Ingolstadt	121	Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS	109
Kurdischer Elternverein e.V., München	121	Mufflons gegen Rechts	101
		Münchener Bündnis gegen Rassismus	108
		Münchener Kurdistan-Solidaritätskomitee	108

Nachrichten der HNG	63	radikal	102
Nation-Europa-Freunde e.V.	56	REBELL	95
Nation Europa Verlag GmbH	56	Recht und Wahrheit	63
Nation und Europa - Deutsche Rundschau	41	Regionale Aktionsgruppe (RAG)	34
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	27	Remer-Depesche	55
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	63	Republikanischer Bund der öffentlichen Bediensteten (RepBB)	23
Nationale Befreiungsarmee (NLA)	129	Revisionismus	51
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)	116	Revolutionäre Volksbefreiungs- partei/-front (DHKP-C)	125
Nationale Heilspartei (MSP)	128	Revolutionäre Zellen (RZ)	160
Nationale Info-Telefone	61	Rote Antifa Nürnberg (RAN)	101
Nationaler Block (NB)	33	Rote Armee Fraktion (RAF)	154
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	129	Rote Fahne	95
Nationalistische Front (NF)	50	Rote Zora	161
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)	44	„Rudolf-Gutachten“	53
Neues Deutschland (ND)	109	Samisdat Publishers Ltd.	58
Nordbayerischer Landbote	109	Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV)	64
NSDAP-Auslands- und Aufbau- organisation (NSDAP-AO)	57	Skinheads	45
NS Kampfruf	57	Skinheads Allgäu 88	47
Oberland BBS	60	Sozialismus von unten	110
Odal-Verlag	64	Sozialistische Alternative VORAN (SAV)	111
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK)	133	Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	108
Pahl-Rugenstein-Verlag	82	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	110
Partei der Nationalen Bewegung (MHP)	126	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	68
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	68	Sozialistische Partei Kurdistans (PSK)	123
Partizan	133	Sozialistische Zeitung (SoZ)	110
PDS-Arbeitskreis Kurdistan	89	Staatsbriefe	64
PDS-Pressedienst	109	Ständiger Rat Marxistischer Parteien	81
Politische Berichte	110	Sturmtrupp	46
position	110	Süddeutsche Allgemeine	44
Proletarischer Internationalismus	88	Thule-Netz	60
		TITEL - Informationsforum der PDS Bayern	78
		TKP/ML Bolsevik	134

Türkische Arbeiter- und Bauern- befreiungsarmee (TIKKO)	124	Vereinigte Linke (VL)	88
Türkische Kommunistische Partei/Mar- xisten-Leninisten (TKP/ML)	124	Vereinigung der patriotisch-revolutio- nären Jugend Kurdistans (YCK)	132
Türkische Volksbefreiungspartei/-front (THKP-C)	133	Vereinigung der Verfolgten des Nazire- gimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	110
Umbruch	18	Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP)	110
Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)	132	Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG	64
Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)	132	VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH	64
Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)	132	Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)	115
Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)	131	Volksbewegung gegen antideutsche Propaganda (VOGA)	37
Union zur Pflege der kurdischen Kultur (YRWK)	132	Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	131
Unsere Zeit (UZ)	91	Volkfront für die Befreiung Palä- stinas - Generalkommando (PFLP-GC)	131
UTOPIE - kreativ - Diskussion sozialisti- scher Alternativen	109	Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT)	111
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)	127	Volksmodjahedin	128
Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)	132	Vorderste Front	63
Verein der Künstler und Schriftsteller des iranischen Widerstandes e.V.	129	Widerstand BBS	60
Verein für Arbeiterbildung Nordbayern	109	wie weiter	111
Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA)	129	Wohlfahrtspartei (RP)	128
		Zetkany	89
		zusammen kämpfen	100

